

Universitätsbibliothek Wuppertal

Reden im Plenum des Nordrhein-Westfälischen Landtags

Ministerpräsident 1978-1985

Rau, Johannes

Düsseldorf, Mai 1998

8. Wahlperiode: 1978 - 1980

Nutzungsrichtlinien Das dem PDF-Dokument zugrunde liegende Digitalisat kann unter Beachtung des Lizenz-/Rechtehinweises genutzt werden. Informationen zum Lizenz-/Rechtehinweis finden Sie in der Titelaufnahme unter dem untenstehenden URN.

Bei Nutzung des Digitalisats bitten wir um eine vollständige Quellenangabe, inklusive Nennung der Universitätsbibliothek Wuppertal als Quelle sowie einer Angabe des URN.

[urn:nbn:de:hbz:468-1-54](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:468-1-54)

(A) **Beginn: 10.03 Uhr**

Präsident Dr. Lenz: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die **84. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen** und heiÙe Sie alle recht herzlich willkommen.

Für die heutige Sitzung haben sich 14 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden im Protokoll festgehalten.

Meine Damen und Herren, in der vergangenen Sitzung haben wir einen der Herren Minister, die vom Herrn Ministerpräsidenten ernannt worden sind, nicht vereidigt. Ich möchte das heute nachholen und bitte, damit einverstanden zu sein, daß wir gemäß § 40 unserer Geschäftsordnung unsere **Tagesordnung** entsprechend **ergänzen** und mit diesem Punkt beginnen. – Ich nehme an, Sie sind damit einverstanden.

Meine Damen und Herren! Ehe wir mit unserer Arbeit beginnen, möchte ich des **Polizeibeamten Hans Wilhelm Hansen gedenken**,

(Die Anwesenden erheben sich.)

der am Sonntag in Ausübung seines Dienstes ermordet worden ist. Unser Mitgefühl gehört seiner Witwe und den anderen Angehörigen ebenso wie dem Beamten, der am Sonntag verletzt worden ist, und den übrigen Opfern des Terrorismus in unserem Lande.

(B)

Wir stellen fest, daß wir mit Abscheu und Entsetzen von diesem Mord Kenntnis nehmen. – Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 1 a** unserer Tagesordnung auf:

Vereidigung des neuen Ministers für Wissenschaft und Forschung

Ich bitte Herrn Minister Prof. Dr. Jochimsen, zu mir zu kommen, damit der Amtseid abgelegt werden kann.

(Minister Dr. Jochimsen wird vereidigt.)

Herr Minister, wir gratulieren Ihnen recht herzlich und wünschen Ihnen Glück und Erfolg.

(Minister Dr. Jochimsen: Vielen Dank! – Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Meine Damen und Herren, ich rufe dann **Punkt 1** unserer Tagesordnung auf:

Entgegennahme der Regierungserklärung

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Johannes Rau.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich dem Hohen Hause meine Regierungserklärung abgebe, will ich ein Wort an Herrn Ministerpräsidenten Heinz Kühn richten.

Wer zwölf Jahre lang die Geschicke eines Landes mit 17 Millionen Einwohnern verantwortet, der prägt die Geschichte dieses Landes. Die Erfolge und die Leistungen, die Heinz Kühn und seine Regierungen in diesen Jahren für Nordrhein-Westfalen gebracht haben, sind jederzeit und für jedermann nachprüfbar.

Heinz Kühn hat 1966 den Bergarbeitern, den Menschen im Ruhrgebiet, den Menschen in unserem Land das Vertrauen in unseren Staat wiedergegeben. Seinem persönlichen Einsatz ist es zu verdanken, daß dem Land an Rhein und Ruhr eine soziale und politische ZerreiÙprobe erspart worden ist – eine ZerreiÙprobe, die, wie immer sie ausgegangen wäre, die innere Stabilität in der Bundesrepublik erschüttert hätte.

Heinz Kühn hatte seinen Blick nach vorn gerichtet. Seine Regierungen haben mit klaren Konzeptionen die Entwicklung Nordrhein-Westfalens auf die Zukunft hin orientiert: durch stetige Strukturverbesserungen; durch den Abbau von Bildungsbarrieren; durch großzügige Förderung des Städtebaus, die in ihrer Kombination aller wesentlichen Aspekte – Wohnungsbau, Freizeit, Umwelt, Verkehr – vorbildlich geworden ist.

Heinz Kühn hat das Land verändert. Wir haben ihm für die gestalterische Kraft zu danken, mit der er unser Land weitergebracht hat.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Unser Dank will kein Abschied und kein Ende des gemeinsamen Weges sein. Heinz Kühn hat, wie er es seit langem angekündigt hatte, sein Amt als Ministerpräsident abgegeben. Aber ein Mann wie er wird immer zu den politisch Handelnden gehören. Wir werden seinen kämpferischen Einsatz und seinen erfahrenen Rat weiterhin brauchen.

Meine Damen und Herren! Die Politik der drei von Heinz Kühn geführten Regierungen war erfolgreich. Sie ist der Erfolg einer guten und bewährten Partnerschaft zwischen Sozialdemokraten und Freien Demokraten. Diese gemeinsame Politik zu festigen, aber nicht bei ihr stehenzubleiben, sondern sie ein gutes Stück weiterzubringen, ist unsere Verpflichtung, ist die Aufgabe und das Ziel dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

Bei der Verwirklichung ihrer politischen Absichten wird sich die Landesregierung von zwei Grundsätzen leiten lassen:

(C)

(D)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) – Wir wollen die Freiheit im Staat und die Liberalität des Staates sichern.

– Wir wollen das Unsere tun, damit es in unserer Gesellschaft menschlicher zugeht.

Für Nordrhein-Westfalen gilt, was für die gesamte Bundesrepublik Deutschland gilt: Noch nie zuvor hat es auf deutschem Boden eine freiere und sozial gerechtere Ordnung gegeben. Wer die Geschichte kennt, weiß das. Aber Freiheit und Liberalität stellen sich nicht von selbst ein; sie sind eine ständige Aufgabe. Diese Aufgabe ist heute mehr denn je eine ernste Herausforderung für alle politisch Verantwortlichen.

Viele Bürger sind besorgt darüber, daß sich ein Klima der Intoleranz ausbreiten könnte. Ich verstehe das. Auch ich habe die Sorge, daß der Schutz der staatlichen Ordnung als totaler Kontrollanspruch mißverstanden werden könnte.

Auch ich habe die Sorge, daß das von bestimmten Gruppen geforderte Kontrollsystem über ein ausgewogenes Programm in Rundfunk und Fernsehen zu einem Instrument politischer Bevormundung mißbraucht werden könnte.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Egon Bahr! – Weitere Zurufe von der CDU)

(B)

Auch ich Sorge mich um die Individualität des einzelnen, der sich dem Zugriff des Computers ausgesetzt fühlt.

Diese Gefahren müssen uns schon in den Ansätzen alarmieren.

(Pürsten CDU: Sehr richtig!)

Hier geht es um die Grundwerte, nach denen wir zusammenleben wollen. Die Landesregierung wird alle Angriffe auf die Freiheit im Staat und auf die Liberalität des Staates entschlossen abwehren.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Sie weiß sich darin mit den sie unterstützenden Koalitionsparteien einig.

(Dr. Brüggemann CDU: Der Staat muß aber die Liberalität auch schützen! Das ist auch seine Funktion!)

Freiheit im Staat und Freiheit in der Gesellschaft sind untrennbar. Freiheit, so wie ich sie verstehe, ist zunächst die Freiheit des einzelnen.

(Dr. Schwefer CDU: Und des anderen!)

(C) Aber Freiheit meint nicht menschliche Isolierung; sie ist nicht das Gegenteil von Solidarität. Wie Menschen miteinander umgehen, das kann und darf vom Staat nicht angeordnet werden. Gleichwohl gehört es zu seiner politischen Verantwortung, die Voraussetzungen für eine menschliche Gesellschaft zu schaffen, soweit dies in seiner Hand liegt.

Wir wollen deshalb Schulen, in denen Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft den Umgang prägen und nicht ein vom bloßen Konkurrenzstreben verfälschter Leistungsdruck.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Hört, hört! bei der CDU)

Wir wollen deshalb Dörfer und Städte, die humanes Wohnen sichern.

(Zuruf von der CDU: Ratingen!)

Haben wir nicht den Auftrag, das Gefühl der Mitverantwortung für diejenigen in unserer Gesellschaft zu stärken, die auf der Schattenseite des Fortschritts stehen? Wie können wir Ausländern der zweiten Generation dazu helfen, daß sie wirklich zu uns gehören? Wie können wir erreichen, daß demjenigen, der Hilfe nötig hat, nicht bloß institutionelle Versorgung, sondern auch menschliche Wärme und Zuwendung zuteil werden?

(E)

Freilich der Staat kann das Nötige nicht allein bieten. Wir brauchen die Mitarbeit der gesellschaftlichen Gruppen, der Kirchen, der Gewerkschaften und Arbeitgeber, der Träger der freien Wohlfahrtspflege. Sie können und müssen Werte und Verhaltensweisen bewahren, beleben und entwickeln, die aus Solidarität mit dem, der in Not ist, erwachsen, sei es aus christlicher Nächstenliebe, sei es aus humanistischer Gesinnung.

Die Landesregierung wird die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen freiheitlichen Kräften unserer pluralistischen Gesellschaft suchen. Die Politik der Landesregierung wird darauf gerichtet sein, wo immer sie kann, den Bürger zum Eintreten für den anderen zu ermutigen.

Für ihr Handeln geht die Landesregierung von folgenden Leitlinien aus.

Erstens! Die Landesregierung wird von zwei Parteien getragen. Sie ist von der Mehrheit der Wähler legitimiert und steht in der verfassungsmäßigen Verantwortung vor dem ganzen Volk, das durch dieses Parlament repräsentiert wird. Von dieser Verantwortung wird sich die Landesregierung leiten lassen. Die Landesregierung will die Argumente der Opposition ernst nehmen und das Gespräch mit ihr suchen; sie wird die gesellschaftlichen Gruppen hören; sie wird sich besonders derjeni-

(Rau, Ministerpräsident)

(A) gen annehmen, die sich nur schwer organisieren können und die keine einflußreiche Lobby haben. Sie wird sich der in sachlichem und demokratischem Geist geführten Auseinandersetzung um die beste Politik für unser Land stellen.

Zweitens! Die Landesregierung ist die Regierung für das ganze Land. Sie wird keinen Landesteil bevorzugen und keinen Landesteil benachteiligen. Gefordert ist aber entsprechend den lokal und sektoral sehr vielschichtigen Problemen eine Politik der differenzierten Lösungen. Ballungsgebiete, die in großen Teilen von hoher Arbeitslosigkeit wie von erheblichem Bevölkerungsrückgang betroffen sind, werden wir stärken;

(Beifall bei den Regierungsparteien)

die großen Städte unseres Landes dürfen nicht notleidend werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Den ländlichen Raum werden wir so fördern, daß seine Städte und Dörfer ihren Aufgaben auch weiterhin gerecht werden können.

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien)

(B) Drittens! Die Landesregierung weiß sich in Mitverantwortung für die Bundesrepublik Deutschland. Sie nimmt diese Mitverantwortung insbesondere im Bundesrat wahr. Wir werden die sozial-liberale Politik der Bundesregierung unterstützen. Wenn es die Interessen des Landes gebieten, werden wir auch in Zukunft mit allem Nachdruck für diese Interessen eintreten, auch gegenüber dem Bund.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Ein ganz neuer Zug!)

Viertens! Die Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern und zwischen den Ländern untereinander sind durch eine Entwicklung parteipolitischer Unversöhnlichkeit bedroht. Diese Entwicklung dient nicht dem Wohl unseres gemeinsamen Staates Bundesrepublik Deutschland.

(Dr. Schwefer CDU: Sehr richtig!)

Sie dient auch nicht den Interessen der einzelnen Länder. Ich lehne sie daher ab.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen wird für eine faire und konstruktive Zusammenarbeit zwischen allen Ländern und mit dem Bund werben. In diesem Sinne werde ich auch den Vorsitz in der Ministerpräsidenten-

(C) konferenz wahrnehmen, der turnusgemäß Ende des Jahres auf Nordrhein-Westfalen übergehen wird; in diesem Sinne wird die Landesregierung im Bundesrat handeln.

Unsere politischen Überlegungen und Initiativen für die nächsten Jahre müssen vor allem vier Entwicklungen berücksichtigen: das verringerte wirtschaftliche Wachstum, die enger gewordenen finanziellen Möglichkeiten, die Folgen des Rückgangs der Kinderzahl und die zunächst weiter ansteigende Zahl der Erwerbstätigen.

In der Wirtschaft beobachten wir weltweit einen Wachstumsrückgang, ein Zurückbleiben hinter den Wachstumsraten, die noch in den 60er Jahren erreicht wurden. Die Landesregierung weiß, daß dem Wachstum nicht zuletzt ökologische Grenzen gesetzt sind, und sie handelt danach. Sie wird keine Entwicklung dulden oder gar fördern, die das Leben oder die Gesundheit der Bürger oder unsere natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(E) Die Bewertung des wirtschaftlichen Wachstums ist auch an qualitativen Maßstäben auszurichten: an der Umweltverträglichkeit, am sparsamen Umgang mit Rohstoffen und Energien, an einer gerechten Verteilung, an humanen Arbeitsbedingungen, am Schutz des Verbrauchers. Wir lassen jedoch keinen Zweifel daran, daß weiteres wirtschaftliches Wachstum besonders wichtig ist für einen erfolgreichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Beschäftigung zu sichern ist die wichtigste Aufgabe. Hier müssen alle am Wirtschaftsprozess Beteiligten – die Gewerkschaften und die Arbeitgeber, Bund, Länder und Gemeinden – alles in ihren Kräften stehende tun, damit die vorhandenen Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Über ein Fünftel der Arbeitslosen ist seit mehr als einem Jahr arbeitslos. Das ist bitter. Wir dürfen nicht zulassen, daß in unserer Gesellschaft Menschen leben, die das Gefühl haben, ihre Arbeit und ihre Leistungen würden nicht mehr gebraucht.

Die Schwere des Problems fordert uns heraus, noch intensiver über Lösungswege nachzudenken. Dazu gehört auch, daß wir analysieren und diskutieren, welchen Beitrag wir von einer sinnvollen, schrittweisen Verringerung der Arbeitszeit erwarten können.

(Köppler CDU: Welchen?)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Die finanz- und haushaltspolitische Situation werden wir ausführlicher miteinander debattieren, wenn in wenigen Wochen die erste Lesung des Etats und des Finanzausgleichsgesetzes 1979 stattfinden. Ich will mich deshalb jetzt auf einige Bemerkungen beschränken.

Die Landesregierung wird auch in Zukunft eine beschäftigungsorientierte Haushaltspolitik verfolgen, die erstens durch Einnahmeverzicht die Rahmenbedingungen für die private Wirtschaftstätigkeit verbessert, die zweitens durch Verstärkung der öffentlichen Investitionen Wachstumsimpulse sichert und die drittens durch bedarfsgerechte Personaleinstellungen zur unmittelbaren Entlastung des Arbeitsmarktes beiträgt.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Waren die wachstums- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen der Finanzpolitik bislang überwiegend ausgabenorientiert, so wirken sie sich mit den steuerlichen Entlastungen des vergangenen und dieses Jahres nun auf der Einnahmenseite des Haushalts aus. Die Landesregierung wird die steuerpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung so unterstützen, daß auch die Gemeinden Nordrhein-Westfalens sie mittragen können.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(B) Sie wird alle Bemühungen fördern, die das Steuersystem einfacher und für den Bürger durchschaubarer machen. Bei der jetzt im Vordergrund stehenden Ausrichtung des Landeshaushalts auf Beschäftigung und Wachstum muß die notwendige Konsolidierung des Haushalts vorübergehend zurücktreten.

Gegenwärtig wird in der Bundesrepublik viel über die Bevölkerungsentwicklung diskutiert – mancherorts auch spekuliert. Die wichtigsten Fakten sind bekannt: Seit einigen Jahren sinken die Geburtenzahlen, und die Bevölkerungszahl nimmt insgesamt ab, während der Anteil derjenigen noch wächst, die in das Erwerbsleben eintreten.

Die Entwicklung läßt sich nicht auf eine einfache Formel bringen. Zu Schwarzmalerei besteht kein Anlaß. Die langfristigen Fragen werden wir offen zur Diskussion stellen, und wir werden gewissenhaft die nötigen politischen Folgerungen ziehen. Bei allen unseren Überlegungen wollen wir immer respektieren, daß es ausschließlich Sache der Eltern ist, zu entscheiden, wann sie Kinder haben wollen und wie viele Kinder sie haben wollen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das entläßt die Landesregierung jedoch nicht aus ihrer Verpflichtung, ihr besonderes Augenmerk auf die Situa-

(C) tion in der Familie und auf die Situation der Kinder in unserer Gesellschaft zu richten.

Kurz- und mittelfristig müssen wir uns auf die bereits erkennbar veränderten Bevölkerungsstrukturen einstellen;

(Pürsten und andere Abgeordnete der CDU: Heiraten!)

denn bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre brauchen wir für die geburtenstarken Jahrgänge noch mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

In diesem Zusammenhang ein Wort zu den Problemen unserer ausländischen Mitbürger! Nach dem Anwerbestopp ist die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer zwar zurückgegangen, die Gesamtzahl der Ausländer ist jedoch auf Grund hoher Geburtenraten und auf Grund des uneingeschränkten Familiennachzugs nicht gesunken. Diese Entwicklung macht nicht nur im Interesse des sozialen Friedens, sondern auch aus mitmenschlicher Verantwortung erhöhte Anstrengungen nötig. Die Landesregierung wird ein Bündel von Maßnahmen vorschlagen, deren Ziel es sein soll, Hilfen zur sozialen, zur schulischen und zur beruflichen Integration der ausländischen Mitbürger und ihrer Familienangehörigen, insbesondere in der zweiten Generation, zu leisten und zur Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung beizutragen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(E) Meine Damen und Herren! Wenn ich Ihnen jetzt die Handlungsziele der Landesregierung für die nächsten Jahre im einzelnen erläutere, so will ich das an Hand der Bereiche, auf die wir das Schwergewicht unserer Arbeit legen, tun:

– auf die Sicherung der Arbeitsplätze und die Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes,

(Beifall bei der SPD)

– auf die Zukunftschancen unserer Jugend in Schule, Bildung und Beruf,

(Beifall bei der SPD)

– auf die Umwelt, in der wir wohnen und arbeiten,

(Beifall bei den Regierungsparteien)

– auf die Hilfe für alle diejenigen, die der besonderen Solidarität der Gemeinschaft bedürfen,

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) – auf die Wahrung von Freiheit und Gerechtigkeit und auf demokratisches Handeln in unserem Staat.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Wirtschaftslage sieht nach allen uns zur Verfügung stehenden Daten wieder besser aus. Die Wachstumsaussichten für 1978 sind gestiegen – entgegen den pessimistischen Erwartungen im Frühjahr. Besonders die Investitionsbereitschaft hat zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen im Bundesgebiet wird im September vermutlich unter 900 000 liegen. Diese Entwicklung vollzieht sich auf der Grundlage einer international hochbewerteten und stabilen Währung. Die Verbraucherpreise stiegen im August nur noch um 2,4 %. Dies ist der niedrigste Anstieg seit 1969.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Im internationalen Vergleich sind wir nach der Schweiz das Land mit den geringsten Preissteigerungen.

(B) Aber die Lage am Arbeitsmarkt bleibt nach wie vor unbefriedigend. Das gilt besonders für das Ruhrgebiet. Die Ursachen hierfür liegen zum großen Teil in der hohen Empfindlichkeit, mit der die revierprägenden Industriezweige auf Änderungen in den weltwirtschaftlichen Nachfrage- und Angebotsbedingungen reagieren. Einmal hat der Rückgang des Weltstahlverbrauchs dazu geführt, daß die Produktion in den einheimischen Stahlwerken gedrosselt werden mußte. Zum anderen haben die jungen Industriestaaten, die Entwicklungsländer und die Staatshandelsländer ihre Stahlkapazität zunehmend ausgebaut. Dadurch ist eine mächtige Konkurrenz entstanden, die schon seit Jahren den Anteil Nordrhein-Westfalens der Bundesrepublik und anderer traditioneller Stahlerzeugungsländer am Weltmarkt vermindert hat. Die Absatzprobleme der Stahlindustrie schlagen sich unmittelbar in einem verringerten Koksverbrauch nieder. Die daraus folgenden Beschäftigungsschwankungen sind kaum zu vermeiden, weil Kohle und Stahl als Basisindustrien auf lange Sicht erhalten bleiben müssen.

Im einzelnen ist die Arbeitsmarktlage im Lande unterschiedlich. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen konnte – bei einer bereits unterdurchschnittlichen Jugendarbeitslosenquote – erheblich verringert werden, und zwar stärker als in anderen Bundesländern.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Bedenklich ist dagegen die Verschlechterung bei den Schwerbehinderten, bei den Älteren, den Ausländern und den ungelerten Arbeitnehmern. Auch die Arbeitslosigkeit von Frauen ist leider nicht zurückgegangen.

(C) Die Landesregierung wird diesen Entwicklungen auch in Zukunft ihre ganze Aufmerksamkeit widmen. Sie wird alles tun, um in der Wirtschafts- und Strukturpolitik dazu beizutragen, daß die wirtschaftliche Leistungskraft des Landes gestärkt, daß die vorhandenen Arbeitsplätze gesichert und daß neue, zukunftsträchtige und qualifizierte Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Sie wird mit ihren Fördermaßnahmen auf eine Verbesserung der Wirtschaftsstruktur hinwirken.

Dies alles gilt auch und gerade für das Ruhrgebiet. Die Landesregierung wird wegen besonderer Probleme für diesen strukturpolitischen Aktionsraum an der Ruhr eine Regionalkonferenz einberufen. Sie soll dem verstärkten Gespräch der Beteiligten in diesem Wirtschaftsraum dienen und die Gemeinsamkeit des Handelns fördern.

Bund und Land haben in den letzten Jahren besondere Anstrengungen zur Sicherung der Arbeitsplätze unternommen. Das zur Zeit laufende Programm für Zukunftsinvestitionen, das in Nordrhein-Westfalen Investitionen von über 4 Milliarden DM von 1977 bis 1980 vorsieht, ist schon jetzt – vor der Hälfte seiner Laufzeit – zum größten Teil mit Projekten belegt.

Die verstärkte Produktions- und Investitionstätigkeit in der Bauindustrie ist vor allem auf diesen staatlichen Impuls zurückzuführen.

(D) Wir werden in Kürze den Entwurf eines Rahmengesetzes zur Wirtschaftsförderung vorlegen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir unternehmen damit einen entscheidenden Schritt zu einer „Strukturpolitik aus einem Guß“, die besser als bisher den Arbeitsmarktbedingungen gerecht wird. Dieses Gesetz soll die einzelnen Förderinstrumente auf der Grundlage eines strukturpolitischen Gesamtkonzepts zusammenfassen und für eine bessere Abstimmung sorgen.

Die übergreifenden Ziele des strukturpolitischen Gesamtkonzepts sind: Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen, Chancengleichheit im Wettbewerb und befriedigende Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Zu den wichtigsten Instrumenten dieses Konzepts gehören: die Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, zur Agrarstruktur, das Mittelstandskreditprogramm und das Technologieprogramm Wirtschaft.

Die regionale Wirtschaftsförderung ist der Schwerpunkt der strukturpolitischen Bemühungen der Landesregierung. Allein von 1972 bis 1977 wurden zur Verbesserung

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) der regionalen Wirtschaftsstruktur Investitionen der gewerblichen Wirtschaft von 9,2 Milliarden DM gefördert und damit 92 000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Von zentraler Bedeutung bleibt in der strukturpolitischen Konzeption eine an den Grundsätzen der marktwirtschaftlichen Ordnung ausgerichtete Mittelstandspolitik.

(Aha! bei der CDU)

Die Landesregierung wird die schon bisher erfolgreichen Förderungsmaßnahmen fortsetzen und dabei vor allem Eigeninitiative und Selbsthilfe unterstützen, die Anpassung an den wirtschaftlichen und technologischen Wandel erleichtern und Wettbewerbsnachteile auszugleichen suchen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Im Jahre 1977 wurden im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms in 3 300 Fällen zinsgünstige Darlehen in Höhe von insgesamt rund 180 Millionen DM bewilligt. Die Förderungsmöglichkeiten sind in diesem Jahre noch beträchtlich erweitert worden.

- (B) Einen neuen Weg der Technologieförderung hat die Landesregierung mit dem Technologieprogramm Wirtschaft beschritten. Das Programm wird insbesondere mittelständische Unternehmen dazu anregen, neue technische Lösungen aufzugreifen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit langfristig stärken, damit gleichzeitig Arbeitsplatzrisiken beseitigen und neue zukunftssichere Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen helfen. Die Landesregierung wird die Förderungsmöglichkeiten nach diesem Programm planvoll weiterentwickeln.

Eine so gestaltete beschäftigungsorientierte Wachstumspolitik bedarf der Ergänzung auf der Seite des Arbeitsmarktes. Die Landesregierung wird, wenn auch die Zuständigkeit in erster Linie beim Bund liegt, von ihren Handlungsmöglichkeiten vollen Gebrauch machen. Ihre Initiativen gelten vor allen Dingen den Arbeitnehmern, die in ihren Beschäftigungsaussichten benachteiligt sind, nämlich den Ungelernten, den Jugendlichen, den Frauen, den Behinderten und den älteren Menschen.

Die Landesregierung wird sich vor allem dafür einsetzen, daß in den nächsten Jahren mehr Ausbildungs- und mehr Arbeitsplätze für die geburtenstarken Jahrgänge zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die beispielhaften Bemühungen der Landesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit werden fortentwickelt. Die Landesregierung wird zusätzliche Ausbildungsplätze in gewerblich-technischen Berufen fördern, um die Chancen der weiblichen Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt weiter zu verbessern.

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Förderungsmaßnahmen zur besseren beruflichen Qualifikation Erwachsener werden weitergeführt. Ich verweise namentlich auf den Ausbau des Netzes der Berufsbildungszentren, der Berufsbildungswerke und der Werkstätten für Behinderte.

Die Bemühungen um die Eingliederung von Jugendlichen und schwer vermittelbaren Arbeitslosen werden weiterentwickelt. In den Verwaltungen und den übrigen Einrichtungen des Landes soll die Zahl der Ausbildungsplätze um mindestens 7 % jährlich steigen, solange die geburtenstarken Jahrgänge in das Berufsleben eingegliedert werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich betone in diesem Zusammenhang, daß es bisher gelungen ist, auf der Grundlage des dualen Systems der Berufsausbildung dank der gemeinsamen Bemühungen aller Beteiligten insgesamt genügend Ausbildungsplätze bereitzustellen, auch wenn nicht allen individuellen Wünschen Rechnung getragen werden konnte. Nur wenn die Betriebe, die geeigneten Verwaltungen und die übrigen Ausbildungsstätten auch in Zukunft jede verantwortbare Möglichkeit ausnutzen und Ausbildungsplätze anbieten, können wir in den nächsten Jahren das Recht der Jugend auf eine qualifizierte Berufsausbildung einlösen.

Die Landesregierung wird die überbetriebliche Ausbildung auch weiterhin dort fördern, wo sie ergänzend neben die betriebliche tritt und wo sie den Mangel an Ausbildungsplätzen in einzelnen Gebieten oder Berufen beseitigen hilft.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Allerdings werden zunächst alle noch freien Kapazitäten ausgeschöpft sein.

Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist das energiewirtschaftliche Zentrum der Bundesrepublik. Seine Wirtschaftsstruktur wird maßgeblich von der heimischen Kohle geprägt. Die Landesregierung sieht sich in der gesamtstaatlichen Verantwortung, das hier Mögliche für eine sichere und unabhängige Energieversorgung der Bundesrepublik zu leisten. Sie betreibt eine Politik des Vorrangs für die Kohle, mit der zugleich die

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bergbaureviere gewahrt und weiterentwickelt wird.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Allein das Land hat von 1966 bis 1977 rund 4,3 Milliarden DM für die Steinkohle zur Verfügung gestellt. Damit der Bergbau seine gegenwärtigen Absatzschwierigkeiten überwindet, werden die finanziellen Hilfen zur Förderung des Absatzes wie der Investitionen verstärkt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Um den Absatz der heimischen Steinkohle in der Stromerzeugung zu sichern, müssen neue Steinkohlekraftwerke errichtet werden.

Die Landesregierung setzt sich dafür ein, daß der notwendige Bau von Steinkohlekraftwerken durch eine vertragliche Vereinbarung zwischen Elektrizitätswirtschaft und Steinkohlebergbau abgesichert wird.

Besonders wichtig ist dabei, daß alte, umweltbelastende Steinkohlekraftwerke durch neue Anlagen mit umweltfreundlicher Technologie im Rahmen eines Sanierungsplanes ersetzt werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

- (B) Das bedeutet Investitionen und damit Arbeitsplätze. Mit dem Landesentwicklungsplan VI, der dem Landtag vorliegt, soll vorgesorgt werden, daß den Investoren für den Fall der Bauentscheidung geeignete Standorte angeboten werden können.

Die auf Initiative der Landesregierung zustande gekommenen Beschlüsse der Bundesregierung zur Novellierung des Bundesimmissionsschutzgesetzes und der Technischen Anleitung Luft sollen die Rahmenbedingungen für den Kraftwerksbau verbessern. Die sachgerechte Abwägung der Notwendigkeiten von Umweltschutz und Energiepolitik auch in den Einzelregelungen wird im Gesetzgebungsverfahren zu prüfen sein.

Besondere Schwierigkeiten bereitet der Kraftwerksbau im Ibbenbürener Raum und im Aachener Revier. Die Landesregierung wiederholt ihre Bereitschaft, sich in Ibbenbüren wie auch in anderen Revieren vergleichbarer Problematik an denjenigen Mehrkosten für Investitionen und Brennstofflagerung zu beteiligen, die in den besonderen Standort- und Qualitätsbedingungen begründet sind.

Die Politik des Vorrangs für die Kohle bedeutet zugleich, daß die Kernenergie nur in dem unbedingt notwendigen Umfang eingesetzt werden kann. Da in absehbarer Zeit keine Lücke in der Stromversorgung zu erwarten ist, gibt es gegenwärtig keinen Bedarf für die Errichtung eines Leichtwasserreaktors. Es besteht auch kein Anlaß, die bisherige und durch die Entwicklung vollauf ge-

rechtfertigte Behutsamkeit in Fragen der Kerntechnologie aufzugeben.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Sicherheit der kerntechnischen Anlagen hat absolute Priorität. Die Landesregierung wird die Qualitäts- und Betriebskontrollen verstärken. Darüber hinaus wird sie, soweit erforderlich, Maßnahmen zur Nachrüstung der schon betriebenen Anlagen ergreifen. Damit wird sie dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik Rechnung tragen.

Kernenergie darf ferner nur eingesetzt werden, wenn die Entsorgungsfragen gelöst sind. Für eine Übergangszeit hat sich die Landesregierung aus gesamtstaatlicher Verantwortung bereit erklärt, in Nordrhein-Westfalen ein Zwischenlager für bestrahlte Brennelemente aufzunehmen. Es ist für schon bestehende oder im Errichtungsverfahren befindliche Leichtwasserreaktoren bestimmt. Obwohl die Landesregierung nach den gesetzlichen Zuständigkeitsregelungen nur einen begrenzten Handlungsspielraum hat, wird sie das Ihre dazu beitragen, um die Errichtung des Zwischenlagers in Ahaus zu ermöglichen.

Sichere und möglichst unabhängige Energieversorgung durch Stärkung der Position der heimischen Steinkohle – das setzt auf Dauer zukunftsgerichtete Technologien voraus, mit denen neue Märkte für die Kohle beim Ersatz von Erdöl und Erdgas erschlossen werden können. Die Landesregierung sieht in dem Einsatz nuklearer Prozeßwärme zur Kohlevergasung mit Hilfe des Hochtemperaturreaktors eine bedeutsame Zukunftsentwicklung.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Landesregierung hat das Gesamtkonzept der energiepolitischen Technologieförderung bereits frühzeitig mit dem Technologieprogramm Energie vorgelegt. Die rationelle Energieverwendung und die Energieeinsparung werden bei der Fortschreibung neu in das Programm aufgenommen.

(Köppler CDU: Wie ist das denn mit der Plutoniumvernichtung? Darauf sind alle gespannt, und dazu hören wir nichts!)

Erziehung und Bildung, Wissenschaft und Forschung bleiben ein Schwerpunkt in der Arbeit der Landesregierung. Sie bestimmen nicht nur die Zukunft des einzelnen jungen Bürgers, sondern auch die des Landes.

Die Landesregierung sieht den Ausgang des Volksbegehrens als eine Mahnung zur Besonnenheit,

(Beifall bei der CDU – Dr. Brüggemann CDU: Sehr gut!)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) nicht aber als eine Aufforderung zum Verzicht auf bildungspolitisches Handeln.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Soll die Landesregierung künftig untätig bleiben, wenn Probleme offenkundig werden, wenn Verbesserungen dringend nötig sind? Das wäre keine verantwortungsvolle Politik.

(Pürsten CDU: Jugendarbeitslosigkeit!)

Die Landesregierung wird sich künftig allerdings verstärkt darum bemühen, den Bürgern bestehende Probleme deutlich und bewußt zu machen

(Dr. Pohl CDU: Die kennen die Probleme! – Dr. Brüggemann CDU: Ich habe den Eindruck, daß die sie besser kennen!)

und sie von der Richtigkeit dessen zu überzeugen, was geschehen muß.

(Dr. Pohl CDU: Die sind von Ihren Lösungen nicht überzeugt!)

Das übergreifende Ziel aller bildungspolitischen Maßnahmen in den nächsten Jahren bleibt es, die Zukunftschancen der jetzt heranwachsenden jungen Generation zu sichern und zu verbessern, auch unter den veränderten Bedingungen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Die Lage auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt ist nach wie vor schwierig.

Die Berufs- und Lebenschancen der jungen Generation sichern heißt, allen Jugendlichen nach ihren Neigungen, Befähigungen und Leistungen eine breite und möglichst umfassend qualifizierende Ausbildung zu vermitteln. Damit wollen wir den jungen Menschen sowohl unmittelbar wie auch längerfristig vielfältige berufliche Möglichkeiten eröffnen, die durch gezielte Fort- und Weiterbildung ständig vergrößert werden können.

Sicherung der Zukunftschancen bedeutet weiter, die Zahl der Jugendlichen mit erfolgreichem Schulabschluß entscheidend und nachhaltig zu erhöhen. Sicherung der Zukunftschancen heißt schließlich, auch unter veränderten Bedingungen ein dichtes und regional ausgewogenes Bildungsangebot zu gewährleisten.

Deshalb kommt es jetzt darauf an, die Bildungspolitik mit Augenmaß weiterzuführen,

(Dr. Brüggemann CDU: Ausgezeichnet! – Weiterer Zuruf von der CDU: Das haben wir doch schon einmal gehört?!)

um die konkreten Unterrichtsbedingungen in den Schulen durch beharrliche Arbeit und im ständigen Gespräch mit Lehrern, Eltern und Schülern zu verbessern, um die eingeleiteten Reformmaßnahmen zu sichern, um die künftigen Anforderungen an unser Bildungssystem erkennbar zu machen und zukunftsorientierte Lösungen zu erarbeiten.

In allen Schulstufen und Schulformen sind die allgemeinen Unterrichtsbedingungen und insbesondere die Schüler-Lehrer-Relationen weiter zu verbessern.

(Dr. Beckel CDU: Das sagen wir doch schon seit langem!)

Darüber hinaus wollen wir zusätzliche Lehrerstellen flexibel und gezielt einsetzen, damit auch der kurzfristig auftretende Unterrichtsausfall erheblich geringer werden kann.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Der in einigen Schulformen noch bestehende Lehrermangel wird schon in absehbarer Zeit beseitigt sein. Nordrhein-Westfalen konnte durch außerordentliche finanzielle Anstrengungen in diesem Jahr wieder, als einziges Bundesland alle Bewerber in den Schuldienst einstellen. Im Interesse einer guten Schule werden wir uns auch in den nächsten Jahren darum bemühen, für alle Lehrer Einstellungsmöglichkeiten zu finden.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Dr. Beckel CDU: Zwei Drittel oder wie?)

Ein wichtiger Schritt in der Zusammenarbeit zwischen Lehrern, Eltern und Schülern ist mit dem in diesem Jahr in Kraft getretenen Schulmitwirkungsgesetz getan worden. Es wird nun darauf ankommen, die gegebenen Möglichkeiten einer intensiven Kooperation in der Praxis auszuschöpfen.

Der Gesamtschulversuch und der Kollegschulversuch werden fortgeführt. Vom Kollegschulversuch versprechen wir uns weitere Aufschlüsse über die Möglichkeiten und Erfordernisse doppelt qualifizierender Bildungsgänge und Abschlüsse sowie insgesamt bessere Erkenntnisse darüber, wie berufliche und allgemeine Lerninhalte miteinander verzahnt werden können. Ende nächsten Jahres wird die Landesregierung den Bericht über die wissenschaftliche Auswertung des Gesamtschulversuchs vorlegen.

Die Reformbemühungen werden sich künftig von den organisatorischen und strukturellen Fragen stärker auf die innere Reform, auf die inhaltlichen und auf die erzieherischen Aufgaben der Schule verlagern müssen.

(Dr. Brüggemann CDU: Gut so, ausgezeichnet!)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) So ist die Entlastung der Lehrpläne von überflüssigem oder von nicht altersgemäßem Stoff fortzuführen.

In den Bildungsgängen aller Schulformen wollen wir ein ausgewogenes Verhältnis von breit angelegten allgemeinen Grundkenntnissen und einer darauf aufbauenden Schwerpunktbildung herbeiführen.

Der innere Zusammenhang von Wissensvermittlung und erzieherischer Aufgabe muß gewahrt werden. Der Freiraum des einzelnen Lehrers für ein offenes pädagogisches Wirken ist zu sichern; dabei bitte ich alle Lehrer um verständnisvolle Zuwendung zu den Kindern und zu den jungen Menschen, die ihnen anvertraut sind. Grundlegende Wertvorstellungen und Leitprinzipien demokratischen Zusammenlebens sind in der Schule stärker zu vermitteln.

Wegen dieser Ziele ist auch in Zukunft die Abstimmung der bildungspolitischen Grundsätze des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Bund und den anderen Ländern nötig. Sowohl bei der Fortschreibung des Bildungsgesamtplans als auch im Rahmen der Kultusministerkonferenz wird Nordrhein-Westfalen darauf dringen, für das Bildungswesen in der Bundesrepublik vergleichbare Rahmenbedingungen zu schaffen und die gegenseitige Anerkennung vergleichbarer Abschlüsse zu sichern.

- (B) (Dr. Beckel CDU: Lehrerausbildungsgesetz!)

Unser Ziel muß es sein,

(Dr. Brüggemann CDU: Aus der Isolierung herauszukommen!)

die Freizügigkeit auch im Bildungsbereich zu verwirklichen und die Funktionsfähigkeit des föderativen Bildungssystems für den Bürger überzeugend darzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Im schulischen Bereich wollen wir für die nächsten Jahre folgende Schwerpunkte setzen:

Die Landesregierung wird die Hauptschule weiterhin und verstärkt als eine weiterführende Schule ausbauen und dabei den zweifachen Bildungsauftrag der Hauptschule berücksichtigen, erstens die Vorbereitung auf den Übergang in eine Berufsausbildung oder eine Berufstätigkeit, zweitens den Zugang zu den studienqualifizierenden Bildungsgängen. Die Landesregierung wird hierbei die im Hauptschulbericht des Kultusministers genannten Schritte tun.

Ein wesentlicher Beitrag zur Annäherung der Bildungsgänge und Schulformen im Sekundarbereich I ist die

Einführung des 10. Vollzeitschuljahres ab 1979, das wahlweise an einer allgemeinbildenden oder einer beruflichen Schule angeboten werden soll.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Für die Weiterentwicklung des beruflichen Schulwesens wird die Landesregierung ein umfassendes Entwicklungskonzept vorlegen. Es ist vordringlich, die begonnene Umstrukturierung der beruflichen Erstausbildung in eine einjährige Berufsbildung und eine anschließende – in der Regel zweijährige – Fachbildung fortzuführen. Damit wollen wir Beschäftigungsrisiken mindern. Die berufliche Grundbildung wird in Nordrhein-Westfalen vorwiegend als schulisches Berufsgrundbildungsjahr eingeführt. Die Landesregierung wird jedoch prüfen, in welchen Berufsfeldern auch ein Berufsgrundbildungsjahr innerhalb des dualen Systems stattfinden kann. Mit speziellen Maßnahmen und Förderprogrammen muß die Situation von Jugendlichen ohne Arbeits- und Ausbildungsplatz verbessert werden. Ein wichtiger Ansatz hierzu ist in der Berufsschule der verstärkte Ausbau des Berufsvorbereitungsjahres.

Die Landesregierung wird sich wie bisher und verstärkt bemühen, das schulische Angebot für ausländische Kinder und Jugendliche zu verbessern.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das gilt sowohl für die bessere Vorbereitung der Kinder auf die Schule wie auch für eine flexiblere Organisation des Unterrichts und eine Steigerung der Schulabschlüsse.

Die Schulberatung wird in den nächsten Jahren einen zunehmend größeren Stellenwert erhalten, damit die Schule und die Ausbildung nicht denen fremd bleiben, für die sie da sind.

Auch unsere Hochschulpolitik wird die Zukunftschancen der jungen Generation sicherer machen.

– Wir wollen die Politik der Öffnung der Hochschulen fortsetzen und absichern und damit den Numerus clausus weiter abbauen.

– Wir wollen die Arbeiten an der Studienreform, die mit der Gründung der Gesamthochschulen einschließlich der Fernuniversität und der Einrichtung der Studienreformkommissionen eingeleitet wurden, gemeinsam mit den Hochschulen intensivieren und mit dem Ziel greifbarer Ergebnisse noch in dieser Legislaturperiode beschleunigen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) – Wir wollen das Forschungspotential als Chance zum wirtschaftlichen und sozialen Wandel in unserem Land für eine humane Arbeitswelt und für mehr Gesundheit nutzen und ausbauen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

– Wir wollen die Hochschulen durch den Abschluß der strukturellen und organisatorischen Hochschulreform stabilisieren, vor allem auch die Hochschulgesetzgebung in dieser Legislaturperiode im wesentlichen abschließen,

(Beifall bei den Regierungsparteien)

– und wir wollen den Dialog zwischen der Hochschule und den Gruppen der Gesellschaft intensivieren.

(Lemper CDU: Was heißt das denn konkret?)

Wir müssen die Forschung an den Hochschulen für die wissenschaftliche, wirtschaftliche, technologische und kulturelle Entwicklung unseres Landes besser nutzen. Deshalb muß die Hochschulforschung auch in Zeiten besonderer Belastung durch die Lehre gesichert bleiben und ausgebaut werden. Mit dem Aufbau neuer Hochschulen haben wir in allen Landesteilen Forschungseinrichtungen geschaffen, die sich auch der Probleme ihrer Region annehmen. Dabei kann die Hochschulforschung den erforderlichen Nutzen für Gesellschaft und Wirtschaft im Lande nur bringen, wenn es gelingt, ihr einen international hohen Standard dauernd zu sichern.

(B) Die Landesregierung wird Ende 1979 erstmals einen Bericht zur Situation und Entwicklung der Forschung im Lande Nordrhein-Westfalen vorlegen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

In den letzten Jahren ist der Bereich der Weiterbildung – seiner großen Bedeutung entsprechend – ständig erweitert und ausgebaut worden. Bei der vorgesehenen Novellierung des Weiterbildungsgesetzes muß die Stellung der kommunalen Weiterbildungseinrichtungen gestärkt werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die inhaltlichen Angebote der Weiterbildungseinrichtungen werden künftig mehr und mehr auch darauf gerichtet sein müssen, schulische Abschlüsse nachzuholen und damit insbesondere die Berufschancen derjenigen jungen Menschen zu verbessern, die die Schule ohne formellen Abschluß verlassen haben.

(Pürsten CDU: Ein richtiger Schulabschluß wäre besser!)

(C) Die außerschulische Jugendbildung hat einen eigenständigen Bildungsauftrag neben der Erziehung und Bildung des jungen Menschen in Familie, Schule und Beruf. Der Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung und Förderung der außerschulischen Jugendbildung steht vor dem Abschluß.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Lebensumstände des einzelnen Bürgers und der einzelnen Familie werden in hohem Maße von der Qualität unserer Städte und Gemeinden bestimmt. In den Städten und Gemeinden entscheidet es sich, in welchem Umfang die Bedürfnisse des täglichen Lebens befriedigt werden. Darum mißt der Bürger die Qualität unserer Gesellschaft auch an menschenwürdigen und familiengerechten Wohnungen in gesunder Umgebung, an einem funktionstüchtigen Verkehrssystem, an ausreichenden Arbeitsplätzen, an Schutz vor Gefahren, am Bildungs- und Versorgungsangebot und an Beteiligungsmöglichkeiten in der Freizeit.

Wir wollen dabei helfen, daß auf Dauer diesen berechtigten Erwartungen der Bürger entsprechende Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes geschaffen werden. Die Landesplanung ist Rahmen und Grundlage dafür – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Der in der Novellierung befindliche Landesentwicklungsplan für die Raum- und Siedlungsstruktur wird die kommunalen Entscheidungsmöglichkeiten nicht verringern, sondern die Gemeinden für ihre Versorgungsaufgaben und Entwicklungsmöglichkeiten stärken. Die Landesregierung weiß, daß eine lebensfähige kommunale Selbstverwaltung mit kraftvollem Gestaltungswillen, die auch das Interesse aller Bürger an der demokratischen Mitarbeit in öffentlichen Angelegenheiten des eigenen Gemeinwesens weckt, zugleich die beste Grundlage für die Entwicklung des Landes in allen seinen Teilen ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(I) Viele Bürger leben lieber in der unmittelbaren Umgebung einer Stadt als in ihr selbst. Das zeigt die Abwanderung der Bevölkerung aus den Innenstädten in die Randzonen. Diese Entwicklung führt nicht nur zu hohen gesellschaftlichen Kosten, sie birgt auch die Gefahr, daß unsere Städte ihre Versorgungsaufgaben und ihre kulturellen Funktionen auf Dauer zu unser aller Schaden nicht mehr erfüllen können.

Die innerstädtischen Wohngebiete dürfen nicht veröden, damit den großen Städten nicht nur die Last der Versorgung des Umlandes bleibt. Zwar gibt es gegen die Bevölkerungsverluste der großen Städte keine Patentrezepte, tatsächlich ist aber schon außerordentlich viel geleistet worden, um sie aufzuhalten. Seit Jahren stellt das Land im Bundesgebiet die höchsten Städtebauförderungsmittel bereit und setzt sie zusammen mit

(Rau, Ministerpräsident)

(A) der Wohnungsbauförderung und anderen Infrastrukturmitteln koordiniert und konzentriert ein, damit die Innenstädte wieder wohnlicher werden.

Die Leistungen vieler Gemeinden zur attraktiven Gestaltung der Umwelt und die aktive Mitarbeit der Bürger haben aber schon deutlich sichtbare Erfolge: Viele Städte sind freundlicher und belebter geworden.

Die Landesregierung fördert die städtebauliche Sanierung durch Wohnungsmodernisierung und Neubau, aber auch durch eine Vielzahl anderer Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnumwelt. Dazu zählen namentlich die Verlagerung störender Gewerbegebiete, die Erhaltung gewachsener und erhaltenswerter Siedlungen, die Schaffung von Grün- und Freiflächen in Wohnblöcken, der Ausbau von Wohnstraßen, der Bau von wohnungsnahen Freizeit-, Erholungs- und Kleingartenanlagen, die Pflege stadtnaher Wälder und Grünzonen und des Stadtbildes. Auch außerhalb der Ballungsgebiete gibt es viele Beispiele gelungener Sanierung und Modernisierung. Am Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ beteiligen sich zahlreiche Ortschaften und viele Bürger. Die Landesregierung befürwortet gemeindliche und bürgerschaftliche Initiativen, um in Stadt und Land eine Wohnumwelt zu schaffen, in der zu leben Freude macht.

(B) Die allgemeine Wohnungsnot ist nach Jahrzehnten erstmals überwunden. Diese Feststellung belegt einen großartigen Erfolg langer gemeinsamer Anstrengungen. Das Schwergewicht im Wohnungsbau liegt deshalb jetzt in der Eigentumsbildung und in der Modernisierung. Die öffentliche Förderung neuer Wohnungen ist auf die sozial schwachen Mitbürger und auf spezielle Gruppen ausgerichtet: auf Kinderreiche, auf Aussiedler, auf alte Mitbürger. Das Förderungssystem muß dabei so angelegt bleiben, daß die Mieten und Belastungen für breite Bevölkerungskreise tragbar sind.

(Dr. Pohl CDU: Härteausgleich!)

Meine Damen und Herren! Die Attraktivität unserer Städte und Gemeinden hängt auch von der Kulturpflege ab. Nordrhein-Westfalen hat als Bundesland noch keine lange historische Tradition. Um so wichtiger ist es, daß das kulturelle Erbe und die landsmannschaftliche Bindung in der Vielfalt der einzelnen Landesteile erhalten und gestärkt werden. Wir können stolz darauf sein, in Nordrhein-Westfalen zu leben. Die Schönheit unserer Landschaften und die Lebenskraft unserer Städte und Gemeinden bieten allen Grund dazu. Die Mannigfaltigkeit der Theater, der Orchester und Museen zeugt vom Reichtum des kulturellen Lebens im Industrieland Nordrhein-Westfalen.

Im Leben der Bürger wird der Anteil der arbeitsfreien Zeit wachsen. Um so wichtiger ist es, ausreichende Frei-

(C) zeit- und Sportmöglichkeiten zu schaffen. Die Landesregierung wird einen Landessportplan vorlegen.

(Beifall bei der SPD)

Auf der Grundlage des bundesweit beachteten „Aktionsprogramms Breitensport“ werden wir besonders die Bevölkerungsgruppen und Siedlungsräume verstärkt fördern, für die im sportlichen Bereich ein Nachholbedarf besteht. Der Schulsport wird wegen seiner Schlüsselfunktion für die sportlichen Grunderfahrungen aller Bürger konsequent weiter ausgebaut werden.

(D) Im Ballungsraum zwischen Rhein und Ruhr ist das politische Umweltbewußtsein zuerst wach geworden. Nirgendwo ist der Kampf um die Verbesserung der Umweltsituation nötiger und wichtiger als hier, nirgendwo sind aber auch schon größere Erfolge zu verzeichnen. Nirgendwo stoßen die widerstreitenden Interessen so unmittelbar zusammen: Die Wandlung der Wirtschaftsstruktur, die Notwendigkeit zur Nutzung der heimischen Energiequellen und das vorrangige Ziel der Sicherung der Arbeitsplätze konkurrieren mit dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, des Wassers, des Bodens und der Luft, und mit der Erhaltung und Entwicklung großflächiger natürlicher Freiräume. Daraus ergeben sich zahlreiche und vielfältige Zielkonflikte. Sie zu lösen, ist die erste Aufgabe praktischer Umweltpolitik. Unternehmer und Arbeitnehmer, Staat und kommunale Selbstverwaltung tragen hier gemeinsam Verantwortung.

Die Landesregierung versteht Umweltpolitik als umfassende und als ständige Aufgabe. Mit der industriellen Revolution hat der Mensch sich unter Nutzung der Ressourcen der Natur eine neue, künstliche Umwelt geschaffen: die technisch-ökonomische Umwelt, die in jüngster Zeit zunehmend im Widerspruch zur natürlichen gesehen und als latente Bedrohung empfunden wird. Die Umweltpolitik muß sich diesem Konflikt stellen. Sie muß zu langfristig orientierten Konzeptionen finden, auf deren Grundlage die verschiedenen berechtigten Interessen jeweils sorgsam abgewogen werden.

Vieles ist schon getan – von der Regierung und vom Parlament, im Bund und im Land. Ich greife nur einige Maßnahmen heraus: Die Luftqualität ist deutlich besser geworden. Die Rauchwolken, die früher über dem Ruhrgebiet den Himmel verdunkelten, sind verschwunden.

(Pürsten CDU: Die Arbeitsplätze auch! – Weiterer Zuruf von der CDU: Keine Arbeit mehr da! – Unruhe bei der CDU)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Noch 1963 gingen im Ruhrgebiet 312 000 t Staub nieder. Diese Belastung wurde bis 1976 schon auf die Hälfte verringert.

(Starker Beifall bei den Regierungsparteien – Zuruf des Abg. Dr. Schwefer CDU)

Die Schwefeldioxydbelastung ist seit dem Jahre 1963 um nahezu 40 % gesenkt worden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Der neugefaßte Rauchgasentschwefelungserlaß wird weitere Verbesserungen bringen. Eine weitere deutliche Verbesserung der Luftqualität ist im Zuge der Luftreinhaltepläne zu erwarten. Zwei von ihnen liegen inzwischen vor. Sie sind die ersten ihrer Art in der Bundesrepublik.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Mit dem Entwurf eines neuen Landeswassergesetzes hat Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland die rechtlichen Voraussetzungen für den Vollzug des neuen Bundesrechts zur langfristigen Sicherung der Wasserversorgung und zum Schutz und zur Sanierung der Gewässer formuliert.

(B) Vieles ist noch zu tun. Die vom Land finanziell geförderte Abwasserreinigung, deren Umfang seit 1967 nahezu verdoppelt wurde, wird fortgesetzt.

Die Landesregierung wird verstärkt schadstoff- und abfallärmere Technologien und Produktionsverfahren fördern; sie wird die Rückgewinnung von Rohstoffen aus Abfällen erleichtern. Sie wird weitere Luftreinhaltepläne aufstellen. Das automatische Meßsystem, das der Immissionskontrolle dient, wird zügig ausgebaut. Dabei werden die Voraussetzungen geschaffen, um die zulässige und die tatsächliche Belastung schnell und exakt bestimmen zu können. So können wir sowohl einen besseren Umweltschutz als auch mehr Rechtsklarheit und Investitionssicherheit für die Unternehmen erreichen. Das trägt auch dazu bei, in hochbelasteten Räumen eine angemessene wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen.

Die Landesregierung wird den Lärmschutz wesentlich verbessern. Sie wird zur Festsetzung und Abgrenzung von besonders durch Lärm belasteten Gebieten Lärm-minderungspläne erarbeiten.

Im Verkehrsbereich hat die Landesregierung große, unübersehbare Leistungen aufzuweisen. Dennoch sind aus gesellschafts- und strukturpolitischen Gründen weiterhin erhebliche Anstrengungen nötig. Die Einstellung der Bürger zu den Fragen des Verkehrswesens hat sich geändert. Dem wird die Verkehrspolitik der Landesregierung Rechnung tragen.

(C) Nachdem in der Verkehrspolitik die Phase des quantitativen Aufbaus weitestgehend abgeschlossen ist, müssen die bisherigen Konzepte überdacht werden. Die aus der Gesellschaftspolitik abzuleitenden Zielfunktionen, die der Verkehrspolitik der Landesregierung zugrunde liegen, sind

- Verbesserung der Verkehrssicherheit,
- Umweltschutz,
- Verbesserung der Infrastruktur und
- Hebung der Wirtschaftlichkeit.

Verbesserung der Verkehrssicherheit – vor allem für die besonders gefährdeten Gruppen der Kinder und Jugendlichen sowie der älteren Bürger – und Umweltschutz dienen der Erhaltung von Gesundheit und Leben.

Die Landesregierung ist deshalb grundsätzlich bereit, erheblich mehr Mittel des Verkehrsetats als bisher dafür anzusetzen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das betrifft nicht nur den Neu- und Ausbau von Verkehrswegen und Verkehrsanlagen. In vielen Fällen wird auch der durchgreifenden Sanierung von Verkehrswegen und -anlagen Vorrang einzuräumen sein, um humanere Umweltbedingungen zu erreichen. Grundsätze, Maßnahmen und Finanzierung wird die Landesregierung in einem Verkehrsstrukturprogramm darlegen.

Im öffentlichen Personennahverkehr werden S-Bahnen und Stadtbahnen weiter ausgebaut. Die Landesregierung strebt die Zusammenarbeit der Verkehrsunternehmen an. Sie selbst fördert in diesem wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge schon mehrere erfolgreich arbeitende große Verkehrsgemeinschaften; sie hat ein großzügiges finanzielles Angebot zur Gründung weiterer Verkehrsverbände und Verkehrsgemeinschaften gemacht und erwartet, daß alle politisch verantwortlichen Kräfte im Lande an dieser wichtigen Aufgabe mitwirken.

Die Landesregierung wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, daß die Deutsche Bundesbahn bei ihrer neuen Netzkonzeption die strukturpolitischen Interessen unseres Landes berücksichtigt.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Neue Straßen sollen landschaftsgerecht und emissionsarm werden. Wohngebiete müssen beruhigt, die Verkehrssicherheit muß auch für Fußgänger und Radfahrer erhöht werden. Mit erheblichen Finanzmitteln

(Rau, Ministerpräsident)

(A) werden wir bestehende Straßen umweltfreundlicher gestalten, auch durch Lärmschutzmaßnahmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren! Menschliche Gesellschaft und liberaler Staat bedingen einander. Freiheit ist nach unserer Auffassung immer auch Freiheit füreinander, in der Gemeinschaft zu erfüllende Verantwortung für den Mitmenschen.

Ich denke dabei zuerst an die Kinder. Viele müssen in einer Umwelt leben, die auf ihre speziellen Bedürfnisse und Wünsche wenig Rücksicht nimmt. Eine Gesellschaft, die sich gleichgültig oder gar feindlich gegenüber den Kindern verhält, hat keine Zukunft.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Kinderfreundlichkeit läßt sich gewiß nicht durch Gesetz vorschreiben. Aber wir können dazu verhelfen, daß in vielen Bereichen bessere Voraussetzungen geschaffen werden: in der Familien- und Sozialpolitik im engeren Sinne, in der Schule, im Städte- und Wohnungsbau, im Straßenverkehr, in der Freizeit oder im Sport. Die Landesregierung wird daher im kommenden Jahr ein Programm „Für ein kinderfreundliches Land“ vorlegen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(B) Hilfen, die den Kindern zugute kommen sollen, werden zum großen Teil Hilfen für die Familien sein müssen. Die am 30. August gefaßten Beschlüsse der Bundesregierung zur Erhöhung des Kindergeldes und zum Mutterschutz sind in dieser Hinsicht ein bedeutender Durchbruch.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Der Familienbericht, den die Landesregierung im Laufe des Jahres 1979 fertigstellen wird,

(Schlottmann CDU: Der ist längst fertig!)

soll die gegenwärtige Situation beschreiben und umfassend darstellen, welche familienpolitischen Maßnahmen nötig sind und welche punktuellen Verbesserungsvorschläge wir zu machen haben.

Nordrhein-Westfalen hat sich in den letzten Jahren in besonderer Weise um eine Verwirklichung der Politik für Frauen bemüht. Seit über zweieinhalb Jahren gibt es eine besondere Arbeitsgruppe „Frauenpolitische Angelegenheiten“.

(Dr. Brüggemann CDU: Sagt bloß!)

(C) Ziel der Arbeit ist es, die Benachteiligung der Frauen in der Gesellschaft aufzuzeigen und sich um ihren Abbau zu bemühen. Nordrhein-Westfalen kann für sich in Anspruch nehmen, daß es diese Thematik als erstes Bundesland theoretisch und praktisch aufgegriffen hat, hierfür im Haushalt 1978 erhebliche Mittel bereitgestellt hat und praktische Erfolge nachweisen kann.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien – Dr. Schwefer CDU: Auch in der Frauenarbeitslosigkeit!)

Die Berücksichtigung und die Förderung der Frauen in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen werden weiterhin unsere Aufgabe sein.

Auch die ältere Generation erfordert unser Augenmerk. Ich sehe die Gefahr, daß sich viele ältere Mitbürger an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlen. Die Leistungen dieser Generation in den harten Aufbaujahren nach dem Krieg scheinen plötzlich nicht mehr zu zählen. Anerkennung, Familiensinn, gute Nachbarschaft und menschliche Rücksichtnahme könnten die Kluft zwischen der jüngeren und der älteren Generation verringern.

(D) Die Maßnahmen des Landes sind im wesentlichen im Landesaltenplan zusammengefaßt, nach dem schon seit mehr als drei Jahren erfolgreich gearbeitet wird. Dieser Plan ist nun fortzuschreiben und zu ergänzen. Mit dem Aufbau der Sozialstationen, die im Lande auf eine sehr große Nachfrage stoßen, wird es künftig noch stärker als bisher möglich sein, alten Menschen in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung zu helfen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die soziale Sicherheit hat einen hohen Stand erreicht. Deshalb stehen jetzt gezielte Hilfen im Vordergrund. Zu den Menschen, die besonderen Anspruch auf diese unsere Hilfe haben, gehören die Behinderten.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Der Landesbehindertenplan wird alle vorbeugenden, eingliedernden und nachgehenden Hilfen zusammenfassen und koordinieren.

Ziel der Landespolitik im Gesundheitswesen ist in erster Linie Vorbeugung. Bessere Gesundheitsvorsorge setzt aber bessere Gesundheitsförderung voraus. Mit Sorge beobachten wir, daß die Mütterberatung so wenig genutzt wird. Hier muß die Aufklärung verstärkt werden.

Dem Ziel der Vorbeugung wie auch dem der Rehabilitation dient das zweite Kurortförderungsprogramm. Die Arbeiten am Krankenhausbedarfsplan gehen zügig weiter. Medizinische und pflegerische Leistungsfähigkeit und Bürgernähe müssen gleichermaßen entscheidend

(Rau, Ministerpräsident)

(A) dafür sein, welche Krankenhäuser wir künftig fördern werden und welche nicht. Da gibt es für uns kein Dogma der Größe.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir in Nordrhein-Westfalen können auf das Niveau der medizinischen Einrichtungen stolz sein. Wir sollten aber nicht vergessen, daß zum Heilerfolg auch menschliche Betreuung und persönliche Zuwendung gehören. Was wir dazu beitragen können, etwa durch bessere Ausbildung des Personals, wollen wir tun.

Meine Damen und Herren! Unser Staat und seine Rechtsordnung sind kein Selbstzweck; sie sollen dem Bürger dienen. Unsere Bürger, vor allem auch unsere Jugend, sollen diesen Staat mit Leben erfüllen, die Werte unserer Verfassung verwirklichen und diesen Staat als gemeinsame Ordnung für unser aller Zusammenleben bejahen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(B) Aber eine ernst zu nehmende Zahl von Bürgern unseres Landes – von jungen Bürgern zumal – beklagt Verständigungsschwierigkeiten mit der staatlichen Politik. Wir beobachten den Rückzug ins Private, die Verweigerung des Gesprächs, die Abkapselung im Mißtrauen. Das sind nicht allein nordrhein-westfälische Probleme, und das hat vielfältige Ursachen, die längst nicht alle ausgelotet sind. Die häufige Undurchsichtigkeit staatlichen Handelns, die Unausweichlichkeit bürokratischer Begrenzungen, die Unübersichtlichkeit immer größerer Einheiten in Wirtschaft und Gesellschaft, im Betrieb und in der Gemeinde tragen zu der Flucht in die Verweigerung ebenso bei wie die mangelnde Erfahrung einer jungen Generation, die in einer Zeit aufgewachsen ist, in der auf der Basis eines ungebrochenen wirtschaftlichen Wachstums nahezu alles machbar, nahezu alles lösbar und regelbar erschien. Diese Generation erlebt nun die Grenzen des Machbaren, versteht sie in der Theorie, ist aber häufig für sich selbst nicht in der Lage, sie zu akzeptieren.

Daß dies so ist, können wir sicher nicht einfach dem Staat, den Politikern, den Parteien anlasten. Aber wir alle tragen Mitverantwortung. Verständlichkeit und Durchsichtigkeit sind in der Demokratie Bringschulden der Politiker an den Bürger.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir wollen daher für einen neuen Dialog mit dem Bürger eintreten, und wir wollen ihn mit der jungen Generation besonders intensiv führen. Ein solcher Dialog kann nur gelingen, wenn die Gesprächspartner einander ernst nehmen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(C) Die Landesregierung geht in den Dialog mit dem ersten Willen zuzuhören, wo Argumente sind, Position zu beziehen, wo unangenehme Entscheidungen durchgehalten werden müssen, und ihre Überzeugungskraft einzusetzen, wo es um die Sicherung der geistigen Offenheit und der politischen Toleranz geht.

An dieser Stelle warnen wir vor den linksextremistischen Gruppierungen, sei es, weil sie die Grundpositionen unserer Verfassung verändern wollen, sei es, weil sie private Gewaltanwendung predigen oder gar praktizieren. Im Grundgesetz gibt es uns alle verpflichtende Grundpositionen, deren Veränderung wir nicht zulassen werden. Darum widerstehen wir linksextremistischen Gruppen, ob sie uns nun als politische Sekten oder als autoritär geführte Kader begegnen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ein anderes Problem, das noch nicht ausreichend gewürdigt wird, droht unsere Jugend negativ zu beeinflussen. Das ist die Werbung für neonazistische Tendenzen. Ich meine weniger die bedenkenlosen Geschäftemacher, die mit nationalsozialistischen Orden und Emblemen handeln. Ich meine in erster Linie das, was in Wort und Bild geschieht, von der Verharmlosung des dunkelsten Kapitels deutscher Geschichte bis hin zur offenen nationalsozialistischen Propaganda.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das kommt auf eine Generation zu, die totalitäre Systeme nicht selber erlebt hat und die deshalb durch diese Erfahrung nicht immunisiert ist. Hier müssen wir den Anfängen wehren!

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ein anderes Problem ist der Versuch von Extremisten, in den öffentlichen Dienst einzudringen. Die Landesregierung bekräftigt, daß Verfassungsfeinde nicht in den öffentlichen Dienst gehören. Dies ist das eine, und ich sage das mit aller Klarheit. Wir bemühen uns, die wirklichen Feinde der Demokratie mit einem Verfahren fernzuhalten, das auf strengste Rechtsstaatlichkeit ausgerichtet ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Das wollen wir hoffen!)

Wir wollen aber kein überperfektioniertes Überwachungssystem.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Haben wir das jetzt im Lande, Herr Ministerpräsident?)

– Nein! –

(Köppler CDU: Aha!)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) das vielerorts ein Klima der Gesinnungsschnüffelei und der Einschüchterung vermittelt.

(Köppler CDU: Hier im Lande?)

Wir wollen helfen, daß sich dieser Eindruck nicht verfestigt.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Zurufe von der CDU)

Unsere Bibliotheken sollen auch weiterhin nicht darauf überprüft werden, wer welche Bücher gelesen hat.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Zurufe von der CDU)

Wir wollen Schutz vor Gewalt, aber Freiheit für Gedanken.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Wer will das nicht?)

Wir alle wollen eine engagierte und kritische Jugend. Deshalb müssen wir uns auch einer manchmal übersteigerten Kritik stellen. Sogenannte Jugendsünden dürfen einem Menschen nicht den Lebensweg verbauen;

(B) (Köppler CDU: Richtig!)

engagierte Kritik ist ebensowenig Indiz für Verfassungsfeindlichkeit wie stillschweigende Unauffälligkeit etwa Verfassungstreue garantiert.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Es wäre verhängnisvoll, wenn die Erfüllung der verfassungsrechtlichen Pflicht, das Eindringen von Gegnern unseres Gemeinwesens in den öffentlichen Dienst zu verhindern, unser politisches Klima vergiften würde. Tatsächlich gibt es dazu keinen Grund. Es gibt keine Ermittlungen gegen Bewerber für den öffentlichen Dienst aus Anlaß einer Einstellung. Auf Anfrage der Einstellungsbehörden werden vom Verfassungsschutz nur solche Tatsachen weitergegeben, die im Zeitpunkt der Bewerbung ernsthaft und gerichtsverwertbar Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers begründen können.

(Ostrop CDU: Alles klar!)

Dies geschieht nur in einer verschwindend geringen Zahl von Fällen.

(Köppler CDU: So ist es!)

(C) Vor diesem Hintergrund sind wir, die Politiker, als erste dazu aufgerufen, mit Reden und Handeln eine glaubwürdige Offensive für den demokratischen Staat zu führen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich appelliere an die Besonnenen in allen demokratischen Parteien, verhärtete Fronten zu überwinden und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Die Landesregierung wird im Bundesrat die Initiative für eine gesetzliche Regelung für einen Vorbereitungsdienst außerhalb des Beamtenverhältnisses ergreifen. Sie soll es den Ländern erlauben, einen einheitlichen Vorbereitungsdienst außerhalb des Beamtenverhältnisses einzuführen. Sobald diese bundesgesetzliche Regelung erreicht ist, wird das Land eine entsprechende Initiative ergreifen. Damit wollen wir einen Beitrag zur Entspannung der Situation im Ausbildungswesen leisten. Unser Ziel muß es sein, unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit die Diskrepanz zwischen Aufwand, Ergebnis und politischer Wirkung der Überprüfungsverfahren zu beseitigen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(D) Die Landesregierung hat alles getan, und sie wird alles tun, um die innere Sicherheit zu gewährleisten. Sie wird ein Verfassungsschutzgesetz einbringen, mit dem die Kontrolle des Verfassungsschutzes durch ein neu zu schaffendes kleines parlamentarisches Gremium verstärkt wird. Die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden des Landes vollzieht sich auf gesetzlicher Grundlage und verdient Respekt. Die personelle und technische Ausstattung der Polizei ist gut. Sie wird nach den Zielen des Programms für die innere Sicherheit in der Bundesrepublik weiter ausgebaut. Die seit Jahren konsequent durchgeführte zahlenmäßige Verstärkung der Polizei hat zu mehr Sicherheit und Bürgernähe nicht nur in den Städten und Ballungsgebieten geführt. Ein neues Polizeigesetz, dessen Entwurf die Landesregierung demnächst vorlegen wird, soll die Tatbestände des polizeilichen Handelns nicht verschärfen, sondern zu bundeseinheitlichen Regelungen beitragen und damit sowohl dem Bürger als auch dem Beamten mehr Rechtssicherheit geben.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich an dieser Stelle zum ersten und einzigen Male von dem vorliegenden Manuskript abweiche – was bei einer Regierungserklärung nicht üblich ist –, dann deshalb, weil ich als Ministerpräsident dieses Landes bei der Abgabe der Regierungserklärung das bestätigen, auch als der Chef dieser Regierung noch einmal sagen möchte, was der Landtagspräsident zu Beginn der Sitzung ausgeführt hat: Wir gedenken des jungen Polizeimeisters, der sein Leben am vergangenen Sonntag auch für unsere Sicherheit gegeben hat, mit Respekt. Wir gedenken sei-

(Rau, Ministerpräsident)

(A) ner jungen Witwe, und wir wünschen dem Polizeibeamten, der verletzt ist, baldige Genesung. Ich bitte um Verständnis, wenn ich morgen nicht zur Sitzung des Hauptausschusses komme, wie ich das vorhatte, sondern wenn ich es als meine erste Pflicht sehe, morgen in Dortmund bei denen zu sein, deren Trauer wir nicht wegnehmen können, deren Schmerz wir kennen und denen wir verpflichtet sind durch die Art, wie wir politisch handeln.

Wie schwer die Aufgabe der Polizei ist und welche Anerkennung sie verdient, ist uns durch diese aktuelle Bedrohung durch terroristische Gewalttäter wieder schrecklich vor Augen geführt worden. Trotz großer Fahndungserfolge schätzt die Landesregierung die Gefährlichkeit und das Ausmaß dieser Bedrohung nach wie vor hoch ein. Die Landesregierung ist entschlossen, alles zu tun, um dieser Bedrohung Herr zu werden; aber absoluten Schutz vor Mördern aus dem Hinterhalt gibt es nicht.

Die Terroristen sind junge Menschen, die mitten unter uns leben, aber aus der Wirklichkeit geflohen sind. Sie spüren den Abscheu der Bevölkerung in allen Schichten schon nicht mehr. Sie vermögen nicht mehr zu begreifen, daß ihr vermeintliches Paradies auf Erden mit Bomben und mit Pistolen nicht zu haben ist. Aber bei ihnen werden keine Appelle mehr helfen.

(B) An alle jedoch, die vielleicht ratlos sind, richte ich die Aufforderung: Zeigen wir der Jugend die wahren Aufgaben, nämlich unser Zusammenleben zu verbessern und unsere Ordnung menschlicher zu machen! Helfen wir ihnen dabei!

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das ist ein mühsamer Weg mit vielen kleinen Schritten; aber nur auf diesem Wege halten wir unserer Wirklichkeit stand.

Meine Damen und Herren! Für den Justizbereich gehört zu den vordringlichsten Aufgaben der nächsten Zeit auch die Mitwirkung des Landes an den von der Bundesregierung geplanten Gesetzentwürfen zur Beratungshilfe und zur Verbesserung der Chancengleichheit beim Zugang zu den Gerichten für Bürger mit geringem Einkommen. Mit diesen Hilfsleistungen sollen finanzielle Barrieren abgebaut und soll das Vertrauen des Bürgers zur Justiz gestärkt werden.

Der Rechtskunde-Unterricht an weiterführenden Schulen hat sich als Beitrag zur Überwindung der Rechtsfremdheit unseres Volkes bestens bewährt. Er soll deshalb ausgeweitet und insbesondere auch an Hauptschulen eingeführt werden.

(C) Die drei sozialen Dienste in der Strafrechtspflege – ich meine die Bewährungshilfe, die Gerichtshilfe und die Führungsaufsicht – sollen aufgabengerecht verstärkt werden. Im Strafvollzug steht die Verbesserung der Ausbildung der Mitarbeiter im Vordergrund, damit die Vollzugsbediensteten den erheblich gewachsenen Anforderungen des modernen Behandlungsvollzuges genügen können.

Im Straf- und im Strafverfahrensrecht steht eine Reihe von Neuregelungen durch den Bundesgesetzgeber bevor. Die Landesregierung befürwortet hier im Grundsatz die Bestrebungen der Bundesregierung, namentlich den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Umweltkriminalität.

Ich habe vorhin von der Freiheit der Gedanken gesprochen. Zu einem liberalen Staat gehört auch die Freiheit der Meinung und der Information. Die Landesregierung ist entschlossen, an der bewährten, öffentlich-rechtlichen Struktur des Rundfunks festzuhalten.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Unabhängigkeit von staatlichem Einfluß, Mitwirkung der gesellschaftlich relevanten Kräfte und Ausschluß unzulässiger Einwirkungen von dritter Seite gewährleisten am besten, daß in Rundfunk und Fernsehen Informations- und Meinungsfreiheit gewahrt bleiben.

(Elfring CDU: Also keine Konkurrenz!)

Daß sich die Landesregierung um ein gutes Verhältnis zur Presse bemüht, habe ich deutlich gemacht, als ich wenige Stunden nach meiner Vereidigung ein erstes Gespräch mit der Presse gesucht habe. Wir alle wollen das weiterhin tun.

Die Landesregierung begrüßt es, daß eines der geplanten Kabelfernseh-Pilotprojekte in Nordrhein-Westfalen durchgeführt wird. Sie hält auch hier an der öffentlichen Trägerschaft fest.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Gewiß hat das, was man die neuen Medien nennt, eine wichtige rechtliche und politische Seite, verbunden mit technischen Problemen. Dafür werden die bevorstehenden Versuche Lösungshilfen vermitteln. Aber über Recht und Technik dürfen wir die Menschen nicht vergessen. Was die neuen Medien für die zwischenmenschlichen Beziehungen – etwa in der Familie – tatsächlich bedeuten werden, das sollten wir ebenfalls sorgfältig prüfen. Die Erweiterung von technischen Kommunikationsmöglichkeiten darf nicht zur Sprachlosigkeit zu Hause führen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Viele Bürger klagen über Bürokratie und Paragraphendschungel. Gewiß, in einer komplizierten Welt können Verwaltung und Recht nicht einfach sein; dennoch müssen wir uns ständig bemühen, wo immer es möglich ist, Verwaltungszuständigkeiten und Verwaltungsverfahren einsichtiger zu machen, das Gewirr der Vorschriften zu entrümpeln und ihre Notwendigkeit vorurteilslos in Frage zu stellen, wenn die Erfüllung der uns gestellten Aufgaben das erlaubt. Wir müssen uns selber und unsere Mitarbeiter zu einer Sprache zwingen, die der Bürger verstehen kann, und damit die Verwaltung näher an den Bürger heranbringen.

Zum Schutz des Bürgers vor einem Mißbrauch seiner persönlichen Daten, die der Staat an vielen Stellen erfragen muß, hat die Landesregierung den Entwurf eines Datenschutzgesetzes eingebracht. Nach den bisherigen parlamentarischen Beratungen wird unser Land ein Datenschutzgesetz erhalten, das vorbildlich sein wird.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Landesregierung wird die Funktionalreform auf der Grundlage der Regierungserklärung vom 29. Januar 1976 fortsetzen. Wir werden dem Landtag noch in diesem Herbst den Entwurf eines 2. Funktionalreformgesetzes zuleiten.

(B)

Bei allen Arbeiten an der Funktional- und Verwaltungsreform in unserem Lande gehen wir von dem Grundsatz aus, daß die politische Selbstbestimmung auf kommunaler Ebene gestärkt und gesichert werden muß.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Hier hat der Bürger die größte Möglichkeit zu unmittelbarer Mitarbeit in öffentlichen Angelegenheiten. Dem entsprechen unsere Ziele bei der Reform der Gemeindeordnung.

Wir wollen auch nicht, daß unsere Gemeinden von Dotationen und Zuschüssen abhängig werden.

(Beifall bei der SPD)

Bund und Land müssen darauf achten, daß die kommunale Selbstverwaltung auch die finanzielle Autonomie hat, um eigenverantwortlich planen, entscheiden und durchführen zu können.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Elfring CDU: LEP I/III!)

(C) Das entspricht unserer Verfassung und unserem politischen Willen.

Dieser Gesichtspunkt muß auch in die Beurteilung des Entwurfs des Steueränderungsgesetzes 1979 einfließen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Landesregierung begrüßt die Steuerentlastung der Wirtschaft. Sie wird nachdrücklich dafür eintreten, daß diese Entlastung in dem von der Bundesregierung vorgesehenen Umfang in allen Teilen der Bundesrepublik gleichmäßig eintritt und daß Disparitäten, wie sie durch die Abschaffung der Lohnsummensteuer entstehen würden, ausgeschlossen werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Steuerentlastung darf aber nicht zu Lasten der Gemeinden gehen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(D) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dieser Regierungserklärung habe ich vor dem Parlament und vor der Öffentlichkeit die Grundzüge des Arbeitsprogramms der Landesregierung vorgelegt. Die Erklärung und die anschließende Debatte werden die Unterschiede in den politischen Auffassungen deutlich machen, damit der Bürger weiß, woran er ist.

Daß die Regierungsparteien und die Opposition mit unterschiedlichen Auffassungen um die sachlich jeweils beste Politik kämpfen, gehört zum Wesen der Demokratie. Demokratischem Geist entspricht es aber nicht, wenn daraus unversöhnliche Konfrontationen entstehen. Weder in unserem Lande noch in der Politik überhaupt darf sich ein Klima ideologischer Polarisierung ausbreiten.

Die Landesregierung wird jeder Art von polemischem Dauerstreit widerstreben und widerstehen. Die Landesregierung will sich stets um das sachliche Argument bemühen. Weil es um das Wohl unseres ganzen Landes geht, sollte die Fairneß auch in der streitigen Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte selbstverständlich sein.

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Setzen wir die bewährte Politik mit einem neuen Anfang fort!

(Anhaltender, lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Dr. Lenz: Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende unserer heutigen Sitzung. Die nächsten **Plenarsitzungen** finden am **4. und 5. Oktober** statt. Die Aussprache über die Regierungserklärung wird am 4. Oktober sein.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt. Die **Sitzung** ist **geschlossen**.

Schluß: 11.43 Uhr

(B)

Ausgegeben: 4. Oktober 1978

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend und einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.

(Koch (Langenfeld) F.D.P.)

(A) teilung der vorliegenden Erkenntnisse, sondern auch Unrecht durch eine Verzögerung des nach den vorläufigen Richtlinien vorgesehenen Verfahrens. Hier muß insbesondere der Zeitraum der Ungewißheit für den Bewerber, d. h. die Verfahrensdauer, verkürzt werden, damit der junge Mensch seine Existenz planen kann. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß der Bewerber für die Dauer des langwierigen Verfahrens – manchmal dauert das zwei Jahre – enormen psychischen Belastungen ausgesetzt ist. Meine Damen und Herren, hier muß nach unserer Auffassung Abhilfe geschaffen werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Es ist ja nicht nur so, daß das Verfahren in allen Ländern unterschiedlich ist, es ist sogar in den einzelnen Ressorts der Landesregierung unterschiedlich, und mindestens, Herr Ministerpräsident, in diesem Punkt sind Sie gefordert.

(Pürsten CDU: Es gibt noch andere!)

Meine Damen und Herren, ich darf wiederholen: Hier muß Abhilfe geschaffen werden; denn auch ein Kommunist ist ein Mensch, der Anspruch auf unsere Fürsorge hat genauso wie ein Rechtsextremist. Dies ist schlicht und einfach eine Frage der Humanitas, sonst gar nichts. Auch das sind Bürger dieses Staates.

(B) Vor allem ist bei der Behandlung der gesamten Problematik zu beachten, daß wir bei der Abwehr von Extremisten im öffentlichen Dienst nicht in einen Übereifer verfallen, der eine Vielzahl von Bürgern unseres Landes durch die Mühlen der Verfassungsschützer treibt. Wir begrüßen die Absicht des Innenministers --

(Pürsten CDU: Aber auch keine Verklärung! – Koppler CDU: Das ist doch eine falsche Behauptung!)

Das sind keine falschen Behauptungen!

(Koppler CDU: Das hier eine Vielzahl durch die Mühlen gedreht werden?)

Sie werden schlicht und einfach durch die Mühlen gedreht, vor allen Dingen im Anhörungsverfahren. Da ist es noch viel schlimmer! Da mahlen die Mühlen langsam, aber meist nicht gründlich.

Die gesetzlich verankerte parlamentarische Kontrolle – dies sage ich im Zusammenhang mit der demnächst kommenden Vorlage eines Verfassungsschutzgesetzes – soll nach liberaler Auffassung garantieren, daß die Verfassung wirksam geschützt werden kann, dieser Schutz sich in den Grenzen von Gesetz und Verfassung halt und darüber ein parlamentarisches Gremium

wacht. Wir sind, meine Damen und Herren, so hoffe ich, mit Ihnen einig, daß sich in unserem Land kein den Tatsachen widersprechendes Klima der Gesinnungsschnüffelei und Einschüchterung festsetzen darf. Ich weiß, Herr Kollege Köppler, die Sache mit der Schnüffelei gefällt Ihnen nicht. Aber hier wird schlicht und einfach geschnüffelt. Dies sind Fakten, über die man doch nicht einfach hinweggehen kann.

Sofern man von dem lateinischen Wort „radix“, die Wurzel, ausgeht und dem Adjektiv „radikal“ die Bedeutung beimißt, daß man eine Sache oder ein Problem vollständig bis zur Wurzel anpacken und lösen will, erhebe ich keinen Widerspruch, wenn Sie mich als einen Radikalen bezeichnen.

(Pürsten CDU: Die Sorge besteht nicht!)

In diesem Sinne danke ich dem Herrn Ministerpräsidenten im Namen der F.D.P.-Fraktion für seine durch Problembewußtsein, durch Nachdenklichkeit und Entschlossenheit zum Handeln gekennzeichnete Regierungserklärung,

(Pürsten CDU: Beifall!)

die Seite für Seite verdeutlicht – man darf das nicht nur hören, man muß es noch einmal lesen –, daß Johannes Rau der Ministerpräsident einer sozial-liberalen Koalition ist. Die F.D.P. spricht der Regierung Rau/Riemer ihr Vertrauen aus.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Dr. Lenz: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin für diese Debatte dankbar, weil sie die Akzente der Regierungserklärung, die ich Ihnen in der vergangenen Woche vorgetragen habe, noch einmal deutlich macht, weil sie sie in den Streit der Meinungen und in das Abwägen der Argumente hineinbringt, und ich will versuchen, mit meinem Diskussionsbeitrag ein paar Bemerkungen zu dem bisher Gesagten hinzuzufügen.

Nachdem Herr Kollege Köppler mir minuziös vorgezeichnet hat, daß ich 92 Minuten die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses für die Regierungserklärung in Anspruch genommen habe, und nachdem er auf mancherlei Echo auf diese Regierungserklärung hingewiesen hat, will ich nun nicht den Versuch einer Nachauflage machen und eine ebensolange Rede halten; aber ich will doch auch meinen Eindruck hier wiedergeben, daß diese Regierungserklärung offenbar wesentlich besser war, als sie Herrn Kollegen Köppler am ersten Tage erschienen ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Diese Regierungserklärung ist der Handlungsplan, den wir uns für die 19 Monate gesetzt haben, die wir einander verpflichtet sind, und dieser Handlungsplan macht gleichzeitig, so glaube ich, deutlich – jedenfalls, wenn man genau differenziert liest –, daß in dieser Regierungserklärung Perspektiven über das Jahr 1980 hinaus enthalten sind.

(Beifall bei der SPD)

Entsprechend widersprüchlich ist die Kritik an dieser Regierungserklärung und an dem, was sich im Umfeld der personellen Veränderung, des Übergebens der Stafette, vollzogen hat. Da hat Herr Kollege Köppler auch heute wieder und vorher schon einmal – übrigens in Übereinstimmung mit einigen Journalisten – das Wort kritisiert, das ich in einer Pressekonferenz gebraucht habe, von der „Lebensaufgabe“, die da für mich liege.

(Köppler CDU: Ich habe es gelesen!)

– Ich habe es auch gesagt. Ich habe es ein bißchen anders gesagt, als Sie es zitiert haben. Ich habe gesagt: „Diese Wahl zum Ministerpräsidenten ist für mich nicht irgendeine Art von Beförderung, sondern eine Lebensaufgabe, der ich mich ganz zuwenden will.“ Lebensaufgaben sind ja nicht immer lebenslanglich; wenn Sie mir 12 Jahre gäben, wäre ich schon zufrieden.

(B) (Beifall bei den Regierungsparteien – Dr. Haak SPD: Meyers Vision: 30 Jahre SPD in der Regierung!)

Aber daß ich mit dem Wort „Lebensaufgabe“ nicht zu hoch gegriffen habe, Herr Kollege Köppler, können Sie daran erkennen, daß 8 Tage später jemand diese gleiche Worte für sich in Anspruch nahm, dem ich den Vorwurf des Plagiats nie machen würde. Richard von Weizsäcker hat gesagt: „Wenn ich nach Berlin gehe, dann will ich da eine Lebensaufgabe wahrnehmen.“ Und da kann er nur die des Oppositionsführers im Berliner Abgeordnetenhaus gemeint haben.

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei den Regierungsparteien – Pürsten CDU: Überheblich sind Sie gar nicht, Herr Ministerpräsident!)

– Ich bin nicht überheblich, sondern ich habe Vertrauen zu Dietrich Stobbe, Herr Kollege Pürsten.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Zuruf von der CDU: Achten Sie mal auf den Wähler!)

Da sagt Herr Köppler, bei einigen Passagen der Regierungserklärung hätte ich wohl von Biedenkopf abgeschrieben. Nun würde ich zuerst einmal sagen, daß Übereinstimmung mit Kurt Biedenkopf in einigen Fragen, was Randgruppen der Gesellschaft angeht, die ich

(C) bewußt mit einem hohen Stellenwert in der Regierungserklärung genannt habe, für mich nichts Beschämendes ist. Ich würde mich einer solchen Übereinstimmung freuen.

(Köppler CDU: Nur die Genossen haben darüber nachgedacht!)

Ich unterscheide mich unter anderem in einem von Kurt Biedenkopf. Ich halte das, was ich dazu gesagt habe, nicht für die neue soziale Frage, sondern für alte sozialdemokratische Antworten.

(Beifall bei der SPD – Frau Altewischer CDU: Prüfen Sie einmal daraufhin, Herr Ministerpräsident, nur die Aktivität Ihrer Fraktion in den letzten Jahren! – Beifall bei der CDU)

– Ich bin gern bereit, alles zu prüfen.

(Dr. Haak SPD: Das kann sich sehen lassen!)

– Das wird sich sehen lassen können. Aber ich bin auch gern bereit, da, wo Kurskorrekturen nötig sein sollten, an solchen Kurskorrekturen mitzuwirken. Nur sehe ich gegenwärtig keine solche Verpflichtung.

(Frau Altewischer CDU: Wir werden Sie daraufhin prüfen!)

(D) Ich empfinde es als gut, daß die Regierungserklärung offenbar ein so differenziertes Echo gefunden hat, daß einmal gesagt werden kann, es sei alter Wein in alten Schläuchen, einmal, da sei offenbar eine Kurskorrektur im Gange und ein drittes Mal, das sei doch Original-CDU-Ton. Ich empfinde das nicht als Kritik, sondern ich empfinde das als ein Zeichen für Verunsicherung an einigen Stellen, da nämlich, wo wir Sachverhalte neu formulieren, dem Bürger neu dargestellt und zur Diskussion gestellt haben.

Ich füge hinzu: Ich weiß, daß in dieser Regierungserklärung nicht alle angesprochenen Probleme mit Antworten versehen sind. Das kann heute keine Regierungserklärung leisten, meine auch nicht. Wer den Dialog will, darf nicht vorlaut Antworten geben, sondern der muß das Gespräch

(Beifall bei der SPD)

mit dem Bürger und mit den Gruppen der Gesellschaft suchen. Er muß dann zu Korrekturen bereit sein, auch zu Korrekturen gegenüber einer Politik, die sich in der Sache als richtig erwiesen hat, aber nicht in allen Bereichen den Bürgern so verständlich und so deutlich gemacht worden ist, daß sie ihre zunehmende innere Legitimation immer wieder finden könnte.

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Ich bin zu einem solchen Gespräch bereit. Ich möchte ein solches Gespräch mit den übrigen Mitgliedern des Kabinetts in der jeweiligen Ressortzuständigkeit nicht nur anregen, sondern mich an ihm beteiligen. Wenn das geschieht, dann ist mir der Vorwurf des Warenhauskataloges recht, vor allen Dingen dann –

(Köppler CDU: Nein, den haben wir nicht wegen der Warenhäuser erhoben, die sind konkreter! – Heiterkeit)

– Ich weiß, daß Sie Warenhäuser stärker schätzen, während ich mehr für die kleinen Geschäfte bin, Herr Köppler.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Köppler CDU: Die haben klare Preise und klare Angebote!)

Aber wer einerseits den Vorwurf erhebt, da sei zu vieles angesprochen, da habe man doch gar nichts ausgelassen, dann zwei Seiten später fragt, wie es denn mit Textil und mit Maschinenbau stehe, dem wird deutlich: Man kann es gar nicht allen recht machen. Man kann nur Schwerpunkte setzen. Die Schwerpunkte dieser Regierungserklärung sind in diesen acht Tagen auch in der Kontroverse nach meiner Überzeugung deutlich geworden. Dafür bin ich dankbar.

(Zuruf von der CDU: Schwerpunkte sind die Auslassungen!)

(B) – Ich komme noch auf einige dieser Punkte zu sprechen.

(Köppler CDU: Klose und Kalkar interessieren uns heute!)

Ich weiß, daß vieles, was mit K anfängt, Sie interessiert. Aber die Themen, zu denen ich rede, bestimme ich selber noch mit.

(Beifall bei der SPD – Köppler CDU: Weltmeister im Wegtauchen!)

– Nein. Ich werde zu Klose und Kalkar etwas sagen, so wie ich bisher versucht habe, zu Köppler etwas zu sagen.

(Dr. Schwefer CDU: Er weicht schon wieder aus! – Spellerberg CDU: Er bestimmt selber, was er sagt, das hat er seiner Mutter auch gesagt. – Heiterkeit bei der CDU)

– Ach, Herr Spellerberg, wenn Sie diese Bemerkung für geschmackvoll halten, dann meinen bedauernswerten Glückwunsch zu dem, was Sie da gesagt haben.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe und weitere Zurufe von der CDU – Köppler CDU: Herr Rau, Sie mußten doch selber darüber lachen!)

(C) – Ich lache gern. Ganz gewiß kennen wir miteinander Geschichten, über die wir gemeinsam lachen können; die finden wir wieder.

Ich würde ganz gern noch an einem Beispiel deutlich machen, daß manches, was Ihnen verwunderlich vorkommt, nicht verwunderlich zu sein braucht. Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitiere ich:

Staat und Gesellschaft haben die Familie zu schützen, zu fördern und zu stärken. In der materiellen Sicherung der Familie liegt die Anerkennung ihrer ideellen Werte. Ein Familienlastenausgleich im Steuersystem, Mutterschaftshilfe und Kindergeld sollen die Familie wirksam schützen. Die Jugend muß befähigt werden, ihr Leben selbst zu meistern und in die künftige Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft hineinzuwachsen. Staat und Gesellschaft haben deshalb die Aufgabe, die Erziehungskraft der Familie zu stärken, sie in den Bereichen, die sie nicht ausfüllen kann, zu ergänzen und notfalls zu ersetzen.

(Wagner CDU: Das müssen Sie mal in der Praxis machen!)

– Das machen wir in der Praxis. Das werden Sie sehen und erleben und hoffentlich begrüßen. Dies ist nämlich der Originaltext des Godesberger Programms von 1959 und nicht irgendein neuer Ton oder gar ein –

(Köppler CDU: Dann muß man aber die Schulbücher mit der Stärkung der Erziehung erleben!)

– Über die Schulbücher können wir auch noch reden. – Dies ist jedenfalls nicht irgendein Original-CDU-Ton, sondern dies ist das Grundsatzprogramm der SPD, auf das nicht das Kabinett als Ganzes, aber ich als Person verpflichtet bin und nach dem ich mich zu richten wünsche.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich nun das, was Herr Kollege Köppler zur Sache gesagt hat, in einigen Schwerpunkten noch einmal anspreche und wenn ich das weglassen, was er aus rhetorischen Gründen hinzugefügt hat – die Augenwischerei, die Wechselreiterei, die Führungsschwäche; eine Führungsschwäche, die sich darin zeigt, daß diese Regierungserklärung Satz für Satz mit den Kollegen im Kabinett abgestimmt, vom ganzen Kabinett getragen und als Handlungsmaxime angenommen worden ist –, dann meine ich, ich sollte zu vier Punkten einige Bemerkungen machen.

Die erste gilt der beschäftigungsorientierten Haushaltspolitik und zu der Aussage der Regierungserklärung, daß die Konsolidierung des Haushalts demgegenüber

(Rau, Ministerpräsident)

(A) zurücktreten müsse, zurücktreten in einem zeitlichen Sinne, nicht in dem Sinne, daß wir dieses Ziel aufgeben!

(Dr. Schwefer CDU: Wann wollen Sie denn einmal anfangen?)

Ich glaube, daß wir uns in Nordrhein-Westfalen mit unserer Verschuldung gegenüber allen anderen Bundesländern sehen lassen können.

(Dr. Schwefer CDU: Die höchste Progression seit zwei Jahren!)

Sicher, aber man kann die höchste Progression der letzten zwei Jahre doch nicht sehen ohne die Entwicklung in den letzten zwölf Jahren. Wenn Sie die Pro-Kopf-Verschuldung sehen – wir werden das in 14 Tagen oder in 3 Wochen hier miteinander diskutieren –, dann meine ich, sei es richtig, daß die Landesregierung sagt: Wir wollen eine beschäftigungsorientierte Haushaltspolitik; wir sind auch bereit zu einer stärkeren Verschuldung des Landes, weil die Verschuldung der Gemeinden in unserem Lande so nicht weitergehen kann; und wir wollen damit Arbeitsplätze möglich machen.

(Dr. Schwefer CDU: Aber wie?)

(B) Da fragt Herr Kollege Köppler, ob damit auch der öffentliche Dienst gemeint sei. Ich sage ja; auch der öffentliche Dienst ist gemeint, aber nicht die öffentliche Verwaltung.

(Hellwig SPD: Sehr gut!)

Wir haben von der bedarfsorientierten Beschäftigungspolitik im Bereich des öffentlichen Dienstes gesprochen – das haben Sie überlesen, das steht in der Regierungserklärung –, und wir meinen damit, daß wir gegenwärtig aus arbeitsmarkt- wie aus konjunktur- und strukturpolitischen Gründen die Chance hätten, in unserer Gesellschaft danach zu fragen, wo ungedeckter, aber berechtigter Bedarf ist, und diesen Bedarf durch die Schaffung von Arbeitsplätzen sowohl im Landesbereich als auch im Ausbildungsbereich innerhalb dessen, was dem Land zugeordnet ist, als auch in den Kommunen zu fördern. Ich denke dabei an soziale Dienste.

(Hellwig SPD: Sehr gut!)

und ich denke an den Bildungsbereich. Das sind für mich die beiden Schwerpunkte.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, da ist noch viel zu tun, von der Bekämpfung des Drogen- und Alkoholmißbrauchs in der jungen Generation bis zu dem Bereich der älteren Menschen in unserem Lande, denen wir mehr zu bieten haben als Be-

(C) treuungsfahrten mit Kaffeekränzchen und denen wir – das habe ich in der Regierungserklärung zu sagen versucht – mit der Art unseres politischen Handelns unseren Dank dafür abstatten müssen, daß sie dieses Land so aufgebaut haben, wie dieses Land jetzt steht und existiert.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Nur um der Legendenbildung vorzubeugen, will ich anfügen, daß mich niemand aus der SPD-Fraktion gebeten hat, den Denkmalschutz nicht zu erwähnen, sondern daß wir im Kabinett, ohne von irgend jemandem angesprochen worden zu sein, gesagt haben: Nachdem die Fraktion gestern ihren Entwurf verabschiedet hat, brauchen wir dieses Thema nicht mehr expressis verbis zu erwähnen. Das geschah im Zuge der Kürzung der Regierungserklärung auf 92 Minuten, Herr Köppler.

Das ist uns nicht schwergefallen. Denn jeder, der hören und lesen konnte und wollte, der weiß, daß der Regierungschef dieses Landes nicht nur ein Freund des Denkmalschutzes ist, sondern daß er dem Denkmalschutz in diesem Lande ein paar besondere und andere Akzente geben möchte, indem wir hinnehmen und annehmen, daß bei uns zu den Denkmälern eben nicht nur das barocke Schloß gehört, sondern auch die Industriedenkmäler, die den Fleiß unserer Väter und Vorväter dokumentieren.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien – Dr. Petermann CDU: Und wo bleibt das Neue?)

Ich hoffe, daß Herr Kollege Hirsch hernach noch zu Fragen der inneren Sicherheit und zu dem, wie ich finde, ungenuten Wort vom Zentrum des Terrorismus in Nordrhein-Westfalen einiges sagt. Mich hat vor allen Dingen der Ort gestört, an dem Sie dies gesagt haben, Herr Kollege Köppler, nämlich bei einer Bilanz der Regierung Kühn. Ich glaubte, das sei nicht angemessen, und ich meine, wenn ich Ihre Kritik höre, werden Sie meine Kritik zu hören bereit sein. Dies hat für mein Empfinden einen falschen Zungenschlag in eine Diskussion gebracht, bei der wir uns um der Menschen in unserem Lande willen nicht auseinanderdividieren lassen dürfen.

Wenn es hier Karawanen des Terrorismus gibt, die einmal hier und einmal dort auftauchen, dann wollen wir uns von niemandem übertreffen lassen in der Schärfe unserer Auseinandersetzung, in dem Bemühen um Fahndungserfolge – wir wollen all denen danken, die daran mitwirken –; aber ich glaube, wir tun gut daran, dieses Thema aus dem Parteienstreit herauszuhalten.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Zum Thema Radikalenerlaß, das Sie mit dem Stichwort „Klose“ ins Gespräch gebracht haben, bin ich Ihnen eine Antwort schuldig; ich will sie Ihnen geben. Sie steht nämlich in der Regierungserklärung. Sie ist dort nachzulesen; es ist ihr nichts hinzuzufügen.

Aber wer sie zitiert, der möge sie in vollem Wortlaut zitieren. Der möge sowohl jenen Teil zitieren, in dem steht, daß diese Landesregierung nicht will, daß solche Menschen in den öffentlichen Dienst kommen, die diesen Staat bekämpfen und seine Grundrechte negieren, wie auch die Erkenntnis dieser Landesregierung, daß der Aufwand, den wir treiben, das politische Ziel, das wir miteinander wollen, und die Wirkungen, die dieser Aufwand auf das Ziel hin für die junge Generation in unserem Lande erweckt, in eine neue Relation zueinander gebracht werden müsseh.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Dazu hat Herr Klose übrigens aus der Situation eines Stadtstaates, die man nach meiner Überzeugung so gar nicht auf Flächenstaaten übertragen darf, weil die Nähe zu den Personen in einem Flächenstaat sehr viel geringer sein muß als in einem Stadtstaat,

(Zuruf von der CDU: Wer sagt das?)

– das sage ich! –

(B) (Ostrop CDU: Das ist eine Theorie!)

einen Diskussionsvorschlag gemacht, der nach meiner Überzeugung dem vorgreift, was in den nächsten Monaten geschehen muß, nämlich intensive Gespräche auf der Ebene der Bundesparteien über die Frage, wie wir das, was man den Ministerpräsidentenerlaß nennt, ablösen.

Wir sind in Nordrhein-Westfalen da in einer anderen Situation, weil wir die vorläufigen Richtlinien als Ablösung dieses Ministerpräsidentenerlasses schon haben. Wir werden darüber zu reden haben, ob diese vorläufigen Richtlinien dem gerecht werden, was wir als Koalition wollen und wovon ich glaube – oder jedenfalls doch noch zu hoffen wage –, daß es unsere gemeinsame Position zu werden imstande ist.

Daß ich diese Hoffnung haben kann, entnehme ich unter anderem der Tatsache, daß in einer heutigen Zeitung in einem wörtlichen Interview Karl Carstens, der Bundestagspräsident, in einem Zusammenhang, dessen Einzelteile ich nicht mit meiner Überzeugung zu verbinden bereit bin, dennoch sagt: „Es mag sein, daß man bei bestimmten Kategorien im Bereich der Arbeiter und Angestellten mit weniger strengen Maßstäben auskommen könnte, ohne daß ich mich da jetzt in Einzelheiten begeben will.“ So Karl Carstens heute in der „Welt“.

(Elfring CDU: Herr Klose hat von Lehrern gesprochen!)

(C) Und am Schluß sagt er: „Zunächst sollte man doch den Versuch machen, die Praxis auf die zwingenden Vorschriften der Gesetze zurückzuführen.“

(Spellerberg CDU: Da haben Sie aber mühsam gesucht, etwas Untaugliches zu finden!)

So Karl Carstens. Ich schließe aus diesen und anderen Äußerungen – etwa meines Kollegen Lothar Späth nach der Regierungserklärung in Baden-Württemberg –, daß die Unruhe über das, was sich da gegenwärtig an Klimaveränderung hier und da vollzieht – übrigens in einigen Ländern stärker als bei uns –, über die Parteigrenzen hinweggeht. Deshalb möchte ich das Gespräch mit den Bonner Parteien ebenso suchen wie das Gespräch mit der jungen Generation, zu dem wir uns bereiterklärt haben.

Schließlich zum Thema Kalkar! Es ist nicht richtig, daß ich erklärt hätte, ich hätte das, was Herr Kollege Riemer mir geschrieben hätte, nicht lesen und nicht prüfen können.

(Köppler CDU: So dpa über die Sitzung der SPD-Fraktion!)

– Nun ist das immer so, daß Berichte aus nichtöffentlichen Sitzungen einen apokryphen Wert haben. Sie sind zwar nützlich und wert zu lesen, aber der Heiligen Schrift nicht gleichzuachten.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD)

Ich habe in der Tat gesagt, daß mir der Brief des Kollegen Riemer am 25. zugegangen sei, daß ich dazu noch nicht abschließend Stellung nehmen könne und daß ich deshalb diesen Gesichtspunkt für die Regierungserklärung nicht verwendet hätte. Ich füge hinzu: Dies hätte ich auch nach meinem heutigen Erkenntnisstand nicht getan. Ich will das begründen. Gerade nachdem Herr Köppler mich beim Thema Kernenergie auf meine bisherige Tätigkeit als Wissenschaftsminister angesprochen hat, darf ich für diejenigen, die das nicht wissen, noch einmal sagen: Nicht nur der Wissenschaftsminister in den letzten acht Jahren, sondern diese Landesregierung und ihre Vorgänger haben sich viele Jahre lang intensiv und leider nicht immer mit dem gewünschten Erfolg dafür eingesetzt, daß in der Kernenergiepolitik der Bundesrepublik Deutschland der Hochtemperaturreaktor, der Schulten-Reaktor, Vorrang bekam vor dem Schnellen Brüter, und das war mein erstes Ziel in diesem Bereich. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß der HTR, der Schulten-Reaktor, den Leo Brandt mit nahezu missionarischem Eifer auch in den Gremien des Bundes, und damals getragen von allen politischen Kräften –

(Köppler CDU: Staatssekretär in einer CDU-Regierung!)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) – Staatssekretär in Regierungen der CDU wie der SPD und der F.D.P.

(Köppler CDU: Mit einer absoluten Mehrheit!)

– Da auch, da sehen Sie mal, wie gut der war.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Das war nämlich zum Thema Kooperation, Herr Rau!)

– Richtig! Herr Köppler, wenn Sie mir einen Mann von der Qualität Leo Brandts bringen, meinen Sie, den nähme ich nicht?

(Große Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Herr Köppler, wir machen doch heute nicht Konfrontation, sondern lebendiges Gespräch untereinander; den Eindruck habe ich jedenfalls.

(Köppler CDU: Ich habe mir das Recht genommen, mit Herrn Posser einige Worte zu wechseln! – Minister Dr. Posser: 1970 war Herr Freienstein Staatssekretär im Finanzministerium!)

– Diether, jetzt laß mich mal hier!)

(Große Heiterkeit und Beifall – Pürsten CDU: Jetzt zeigt er aber Führungsqualitäten!)

(B) Wir sind hier beim Thema Kalkar. Ich meine, das ist ein Thema, das man mit großer Ernsthaftigkeit besprechen muß. Ich will versuchen, das zu tun und Ihnen sagen: Ich halte von der Kernenergieentwicklung her den Schnellen Brüter innerhalb der Systeme nicht für vorzugswürdig. Aber ich bin in Übereinstimmung mit meinen politischen Freunden der Meinung, daß wir diese Option offenhalten müssen.

(Zurufe von der CDU)

– Wissen Sie, das kann man nicht so oberflächlich behandeln, wie das in ein paar Zwischenrufen jetzt deutlich wird. Denn ich meine, darauf könnten wir uns doch bei allen unterschiedlichen Positionen, die der einzelne politisch haben mag, verständigen: Die Frage, ob wir mit dem Prototyp den Einstieg in die sogenannte Plutoniumwirtschaft unveränderlich machen, ob wir die Risiken begrenzen, ob wir die Sicherheiten übernehmen können – und zwar nicht nur für uns und für die nächste Generation, sondern auf eine menschlichen Dimensionen sich nicht erschließende zeitliche Frist hin –, diese Frage, meine ich, müßte immer wieder und im Wortsinn gewissenhaft geprüft werden. Diese Prüfung habe ich nicht abgeschlossen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(C) Mein Gewissen ist da nicht letzte Instanz. Aber mein Gewissen ist eine Instanz, an der ich in dieser Frage nicht vorbei kann. Deshalb sage ich: Darüber wird jetzt mit der mir bemerkenswert erscheinenden, aber mich noch nicht voll überzeugenden Variante, die Horst Ludwig Riemer mit dem Stichwort von der Plutoniumvernichtung eingebracht hat,

(Köppler CDU: „Variante“ ist gut!)

sowohl im Kabinett, wo die Prüfung eingeleitet ist, als auch mit dem Bund sowie mit dem Betreiber von Kalkar und ebenso mit den Partnern – die ja über die Grenzen der Bundesrepublik hinausgehen – ein ernsthaftes und gewissenhaftes Gespräch geführt.

Dieses Gespräch wird unverzüglich, also ohne schuldhaftes Zögern geführt; da wird nicht „weggetaucht“. Aber dieses Gespräch wird ohne einen Zeitdruck geführt, der sich von einzelnen Ausschuß- oder Plenarsitzungsterminen her ergeben könnte. Denn hier steht eine Entscheidung an, die eine Dimension hat, von der ich mir wünschte, daß sie nicht gerade unserer Generation aufgegeben wäre. Das wage ich hier zu sagen, jedenfalls als meine persönliche Überzeugung.

Deshalb sage ich: Wir werden über die dritte Teilerrichtungsgenehmigung sofort nach diesen Gesprächen im Kabinett entscheiden. Wir sind bereit, darüber zu jeder Zeit dem Landtag den Stand unserer Erkenntnis mitzuteilen. Wir sagen kein Nein zur Kernenergie, sondern wir wollen die Option offenhalten; wir wollen aber hier in Nordrhein-Westfalen den Vorrang der Kohle, und bei der Kernenergie wie bei den Kohlekraftwerken der ersten Jahrzehnte wollen wir den absoluten Vorrang des Schutzes der Bürger, ihres Lebens und ihrer Gesundheit.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich spiele hier keine Bälle nach Niedersachsen oder nach Bayern.

(Zuruf von der CDU: Aber?)

– Kein Aber! Ich sage, gerade weil dies so verantwortliche Entscheidungen sind und gerade weil ich mich diesen Entscheidungen stellen möchte, bitte ich das Parlament, die Fristen dazu zu geben und zu bedenken, daß der Hinweis darauf, dort würde schon seit 1972 gebaut und da sei schon soundsoviel investiert, ein in der Tat wichtiger Hinweis ist, den ich nicht überhöre. Aber dieser Hinweis darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir in der Diskussion des Jahres 1978 an einem anderen historischen Ort stehen als 1972. Es hat sich viel geändert:

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Es hat sich geändert die Position der Menschen im Lande zu den Problemen der Energiepolitik, es hat sich geändert die Haltung mancher Wissenschaftler, auf deren Urteil ich sehr viel gebe. Nehmen Sie nur einmal die Wandlungen der Argumentation von Carl Friedrich v. Weizsäcker, der im Augenblick weniger die Entscheidungsfrage stellt als die der gegenwärtigen Sicherungsmöglichkeiten in unserem spannungsgeladenen Westeuropa.

Ich möchte alle diese Argumente hören, wägen – mit dem Mut zur gewissenhaften Entscheidung. Ich verstehe unter einer solchen gewissenhaften Entscheidung, daß sie weder von Wahlterminen noch von irgend einem Zeitdruck abhängig gemacht wird, den wir einander aufreden. Ich bin gern bereit, Ihnen dazu Verfahrensvorschläge zu machen und Ihnen zu sagen, wann mit einer solchen Entscheidung noch in diesem Jahr gerechnet werden kann.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, auch wenn Sie das, was ich zu diesem Thema gesagt habe, nicht befriedigen sollte – ich könnte das angesichts der Kompliziertheit dessen verstehen, was bei diesem die bisherigen Dimensionen des Politischen übersteigenden Sachverhalt zu erörtern ist –, daß Sie jedenfalls merken: Diese Landesregierung weicht keiner Entscheidung aus; aber sie möchte alle ihre Entscheidungen so treffen, daß sie sie verantworten kann vor dem Bürger, verantworten kann vor diesem Parlament, mit dem sie das Gespräch sucht und dem sie für die heutigen Diskussionsbeiträge dankbar ist. Ich hoffe, wir kommen in einen neuen Dialog mit scharfen Konturen und ohne Freund-Feind-Denken.

(Anhaltender, lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Dr. Lenz: Das Wort hat Herr Abg. Köppler für die Fraktion der CDU.

Köppler CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu der Kritik des Herrn Ministerpräsidenten an der Kritik seiner Regierungserklärung beschränke ich mich auf eine Feststellung: Herr Ministerpräsident, wenn Sie weiter die Attitude der Überheblichkeit so produzieren, wie wir das hier erlebt haben,

(Lebhafter Widerspruch und Lachen bei der SPD – Zustimmung bei der CDU – Zurufe)

dann erleichtern Sie uns das Geschäft, Sie nach 19 Monaten von diesem Amt wieder abzulösen.

(Anhaltende Zurufe von der SPD – Unruhe)

(C) Ich kann Ihnen nur sagen: Hochmut kommt vor dem Fall!

(Zuruf von der SPD: Absoluter Blödsinn! – Weitere erregte Zurufe)

Zur Frage des Terrorismus – –

(Zuruf von der SPD: Was Sie tun, das ist Hochmut! – Weitere Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CDU)

– Ich kann Sie nur ermuntern, in diesem Stil weiterzumachen; das erleichtert uns das Geschäft in anderthalb Jahren!

(Sehr gut! und Zustimmung bei der CDU – Anhaltende Zurufe von SPD und F.D.P.)

– Verehrter Kollege, wir haben das auch einmal erlebt. Wir haben auch einmal Ermüdungserscheinungen gezeigt und hier und da mangelnde Sachkompetenz durch Überheblichkeit ausgleichen wollen.

(Widerspruch bei der SPD)

Wir haben es bezahlt. Sie sind dabei, die Zeche zu bezahlen.

(Beifall bei der CDU)

(D) Sie sind dabei, und ich kann Sie nur ermuntern: Springen Sie mit immer größeren Füßen im Land umher, werden Sie immer überheblicher – um so leichter wird unsere Aufgabe für die nächsten Jahre!

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Was hat Qualität mit Überheblichkeit zu tun?)

Und das gilt auch für Sie, Herr Ministerpräsident!

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zum Thema Terrorismus sagen. Herr Ministerpräsident, Sie haben gemeint, ich hätte hier ein böses Wort gesagt. Ich will mich nicht mit dem, was Herr Haak dazu erklärt hat, auseinandersetzen.

(Zurufe von der SPD: Das sollten Sie aber! Nicht so überheblich!)

Ich habe eine schlichte Feststellung getroffen.

(Weitere Zurufe von der SPD – Dr. Schwefer CDU: Nicht unruhig werden!)

– Wenn Sie fertig sind, werde ich gern weiterreden. Ich kann Sie nur nicht verstehen. Ich würde sonst gern auf

(Heinz F.D.P.)

- (A) ring, wenn Sie behaupten, der NDR sei bankrott. Das ist er nicht. Die Gefahr war groß.

(Elfring CDU: Ich habe die „Zeit“ zitiert!)

– Ja, Sie haben die „Zeit“ vom 16. Juni, wenn ich das richtig sehe, zitiert. Ich zitiere denselben Artikel in der „Zeit“: Der NDR ist nicht bankrott, sondern er soll ja nach Meinung des Herrn Stoltenberg liquidiert werden.

(Elfring CDU: Das stimmt nicht!)

– Ich beziehe mich wieder auf Gerd Bucerus in der „Zeit“. – Dies ist ein zusätzliches Fragezeichen, das in unserer Entscheidung über den Staatsvertrag zur Gebührenerhöhung eine ganz entscheidende Rolle spielt.

Herr Elfring, an Ihrem Beitrag, den ich über weite Passagen gut verstehen kann, denn in der Problembewertung sind wir uns ja in vielen Teilen einig, nicht in den Schlußfolgerungen, ist mir eins problematisch: daß Sie sich gar nicht so sehr damit auseinandergesetzt haben, wie sich die Union in anderen Parlamenten verhalten hat. Die Ausgangsforderung der CSU im Bayerischen Landtag zum Beispiel war, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe, eine Erhöhung um 3,50 DM. Das ist ja nun mit Hilfe der KEF und der Ministerpräsidenten stufenweise auf 2,50 DM reduziert worden. Die CDU hat – ausgenommen in Hessen – in allen Landtagen, die bisher ratifiziert haben, nach meinen Informationen zugestimmt. Die Ratifikation durch Berlin und Hamburg steht noch aus. Das muß doch Gründe gehabt haben, mit denen Sie sich gewiß auseinandergesetzt haben. Es wäre hilfreich gewesen, darüber hier etwas zu erfahren.

(B)

Jedenfalls wollte ich mich an dieser Stelle bei den Kollegen bedanken – auch den Kollegen Ihrer Fraktion –, die in dieser Frage eine doppelte Verantwortung tragen, und ich wollte mich ebenso für die Ratschläge bedanken, die die Kollegen, die im WDR Verantwortung tragen, der CDU-Fraktion gegeben haben. Ich freue mich auch, daß in diesem Zusammenhang von Herrn Elfring in der letzten Hauptausschuß-Sitzung klargestellt worden ist – und hoffe, daß wir das über die ganze Debatte auch durchhalten können –, daß ein Zusammenhang zwischen der Gebührenerhöhung und der Debatte über die Ausgewogenheit von Rundfunkprogrammen nicht bestehen soll und nicht hergestellt werden darf. Hier sind wir alle in unserer Verantwortung gefordert, und, wie gesagt, ich hoffe, daß das von allen Beteiligten so durchgehalten werden kann.

Meine Damen und Herren, die F.D.P.-Fraktion stimmt heute unter ausdrücklicher Aufrechterhaltung – ich sage das noch einmal mit allem Nachdruck – ihrer Bedenken und Forderungen dem Staatsvertrag doch zu. Sie ist sich dabei der Last bewußt, die uns das föderative System auferlegt. Sie stimmt in erster Linie aus Verant-

wortungsbewußtsein gegenüber den anderen Rundfunkanstalten zu. Wir wissen ja, daß der WDR die Gebührenerhöhung jetzt noch nicht bräuchte. Er müßte aber wohl doch alsbald darauf zurückkommen, wenn die Planungen zur Programmverbesserung in nächster Zeit greifen sollten.

Uns geht es dabei in erster Linie um die Erhaltung der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Einrichtung hat über viele Jahrzehnte hinweg ihren entscheidenden Wert für eine freie Berichterstattung und Kommentierung und für ein gutes Programmangebot unter Beweis gestellt.

Von der folgenden Kritik möchte ich den Westdeutschen Rundfunk, der unsere Forderungen im Gespräch mit den anderen Anstalten sehr ernst unterstützt hat, und die nordrhein-westfälische Staatskanzlei ausdrücklich ausnehmen. Die Verantwortlichen in den anderen Ländern sollten aber nicht meinen, Nordrhein-Westfalen sei jedesmal bei der gemeinsamen Verantwortung für die ARD und die anderen Anstalten zu packen; deshalb könne man nach Ratifizierung und Inkrafttreten dieses Staatsvertrages auf die Weiterarbeit zur Erfüllung unserer Forderungen verzichten, die nachweislich schon jetzt mit guten Ergebnissen begonnene Arbeit abbrechen. Wer das meint, hat sich in den Finger geschnitten; der muß wissen, daß die möglicherweise – das wird ja schon diskutiert – in späteren Jahren neu zu diskutierende Gebührenfrage nicht mehr zur Disposition steht, wenn folgende drei Forderungen nicht erfüllt sein werden: einheitliche Haushaltssystematik zwecks besserer Vergleichbarkeit der Anstalten; Tarifgemeinschaft, um das Hochschaukeln der Gehälter zu vermeiden; verbesserter Finanzausgleich für alle Anstalten.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident Dr. Vogt: Ich erteile das Wort Herrn Ministerpräsidenten Rau.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat der Unterzeichnung des Staatsvertrages zugestimmt, weil sie überzeugt ist, daß die Neufestsetzung der Gebühren, die hier diskutiert wird und zu der ich wichtige Gesichtspunkte gehört habe, dennoch insgesamt sachlich geboten und angemessen ist. Diese Lösung ist ein Kompromiß. Wir haben diesen Kompromiß in Abwägung und in Kenntnis aller Umstände gebilligt. Wir wollten so zu einer Lösung beitragen, die den Rundfunkanstalten für die kommenden Jahre eine gesicherte finanzielle Basis geben kann.

Ich bedaure, daß die Opposition trotz der langwierigen und eingehenden Beratungen des Hauptausschusses

(Rau, Ministerpräsident)

(A) die Ratifizierung weiter ablehnen will, wie Herr Kollege Eifring es heute morgen erklärt hat. Ich will auf ein paar Argumente doch noch einmal kurz eingehen.

Es heißt, der WDR benötige wegen seiner außerordentlich günstigen Haushalts- und Vermögenslage in den kommenden Jahren keine Gebührenerhöhung. Ich will dem für die Jahre 1979 und 1980 nicht widersprechen. Aber der Staatsvertrag bezweckt ja eine Gebührenerhöhung nicht nur bei uns im Lande Nordrhein-Westfalen, sondern in allen Bundesländern. Die Rundfunkanstalten in den übrigen Bundesländern würden ohne eine Gebührenerhöhung von einer heute schon schlechten Finanzlage in eine existenzbedrohende Finanzkrise geraten. Das gilt nicht nur für den Norddeutschen Rundfunk, sondern das gilt in erster Linie für die kleinen und mittleren Rundfunkanstalten, etwa für den Saarländischen Rundfunk, für den Sender Freies Berlin, für Radio Bremen. Eine Finanzkrise dieser Anstalten könnte jedoch leicht zu einer Krise der ARD insgesamt führen.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich diese Folge einer Finanzkrise durch eine Ausweitung des Finanzausgleichs vermeiden ließe. Dann müßte der WDR noch deutlich höhere Finanzausgleichszahlungen leisten als bisher. Mein Eindruck war, daß das für alle Fraktionen dieses Hauses undenkbar wäre.

(B) Ich glaube, daß die Zweifel an der Sparfähigkeit aller Rundfunkanstalten nicht begründet sind. Diese Zweifel lassen zweierlei außer Betracht. Einmal haben die Rundfunkanstalten selber, nicht zuletzt auf Grund der Entschließung dieses Landtages aus dem Jahre 1973, unverkennbare Sparanstrengungen und Rationalisierungsbemühungen unternommen, wenn auch in dem einen oder anderen Punkt – da stimme ich Herrn Kollegen Heinz zu – weitere Verbesserungen wünschenswert bleiben. Ich denke aber, daß derartige Einwände vor allem unberücksichtigt lassen, daß die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten weitere erhebliche Abstriche an den Finanzplanungen der Rundfunkanstalten vorgenommen hat.

Die jetzt vorgesehene Erhöhung der Rundfunkgebühren wird daher die Rundfunkanstalten ohnehin dazu zwingen, ihre Sparanstrengungen noch einmal zu intensivieren. Wie richtig diese Einschätzung ist, zeigt sich besonders daran, daß zwischenzeitlich der NDR, dessen Finanzsituation besonders heikel war, nach den vor kurzem veröffentlichten Erklärungen der ARD-Intendanten durch eigene Anstrengungen eine erhebliche Konsolidierung seiner Finanzsituation erreicht hat.

Die Opposition hat als einen der entscheidenden Gesichtspunkte für die Ablehnung des Staatsvertrages die vorliegenden verschiedenen Berechnungen der Rundfunkanstalten, des Landesrechnungshofs und der so-

genannten KEF genannt. Auch Herr Kollege Eifring hatte noch einmal darauf hingewiesen, diese Berechnungen seien so unterschiedlich, daß erhebliche Zweifel an ihrer Tragfähigkeit für die zu treffende Entscheidung geblieben seien.

Mit den ursprünglich von den Rundfunkanstalten vorhergesagten hohen Defiziten hat sich bereits die KEF in ihrem ersten Bericht ausführlich auseinandergesetzt. Sie hat nach meiner Überzeugung glaubhaft und überzeugend dargestellt, inwieweit und aus welchen Gründen die Rundfunkanstalten selbst ihre Finanzplanungen in der Vergangenheit schon weitgehend korrigiert hatten.

Von den verschiedenartigen Ursachen, die eine Verbesserung der Finanzsituation zur Folge hatten, möchte ich hier vor allem die unerwartet große Zahl von Neuanmeldungen im zeitlichen Zusammenhang mit der Umstellung des Gebühreneinzugsverfahrens nennen, aber auch den Rationalisierungseffekt, der mit der Übernahme des Gebühreneinzugs durch die eigene Einrichtung der Rundfunkanstalten, die Gebühreneinzugszentrale in Köln, verbunden war. Weitere Ursachen von erheblichem finanziellen Gewicht waren die Beilegungen des Streits um die Besteuerung der Werbeeinnahmen der Rundfunkanstalten und Einsparungen bei der Vergütung der technischen Leistungen der Deutschen Bundespost.

Diese Beispiele widerlegen den gegen die Rundfunkanstalten in der Öffentlichkeit wiederholt erhobenen Vorwurf, bei den ursprünglichen Finanzplanungen unredlich vorgehen zu sein. Die Rundfunkanstalten hatten und haben vielmehr mit vielen Faktoren zu tun, die sie selber in aller Regel nicht durchgreifend beeinflussen oder die sie in dieser Form nicht voraussehen konnten.

Über die Unterschiede, die zwischen den Berechnungen der KEF und einem vom Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen vorgelegten Arbeitspapier bestehen, ist im Hauptausschuß auf der Grundlage verschiedener ausführlicher Stellungnahmen – auch von Seiten der Landesregierung, der Staatskanzlei – schon eingehend diskutiert worden. Ich will diese Diskussion hier nicht noch einmal aufrollen.

Ich möchte aber feststellen: Die Unterschiede ergeben sich nach übereinstimmender Auffassung aller Mitglieder des Hauptausschusses, wenn ich es richtig verstanden habe, nicht aus Berechnungen, die man als richtig oder falsch bezeichnen könnte, sondern aus unterschiedlichen Bewertungen verschiedener Grundannahmen, über die so oder so entschieden werden kann.

Dabei sprechen für die Überlegungen, die die KEF ihrer Empfehlung zur Gebührenerhöhung zugrunde gelegt hat, nach Auffassung der Landesregierung die über-

(Rau, Ministerpräsident)

(A) zeugenderen Argumente. Der Landesrechnungshof hat beispielsweise seiner Zahlenübersicht nicht die neuesten verfügbaren Daten aus den Ist-Abrechnungen der Rundfunkanstalten zugrunde gelegt, sondern er hat ältere Zahlen benutzt, die von der heutigen Tendenz deutlich abweichen.

Mir ist auch die Forderung nach einer radikalen Streichung aller zusätzlichen Mittel für einen von den Rundfunkanstalten geltend gemachten programmbedingten Mehrbedarf unverständlich. Ich glaube, diese Art des Umgangs mit den Programmvorstellungen der Rundfunkanstalten rührt an fundamentale verfassungsrechtliche Positionen.

Nach meiner Überzeugung hat die KEF mit ihrer Empfehlung, den programmbedingten Mehrbedarf auf einen Betrag von 300 Millionen DM für alle Rundfunkanstalten zu reduzieren, einen nach der Sache und der verfassungsrechtlichen Problematik gerechten Mittelweg gewiesen.

Bei den sogenannten liquiden Eigenmitteln der Rundfunkanstalten und bei den Rückstellungen für Pensionsaufwendungen hat die Landesregierung bisher stets die Auffassung vertreten, daß ein echter Finanzverbund zwischen den Rundfunkanstalten nicht bestehen kann und nicht bestehen darf. Deshalb ist eine völlige Umverteilung von Finanzmitteln, die die einzelnen Anstalten in unterschiedlichem Maße angesammelt haben, weder zulässig noch möglich. Die Landesregierung teilt vielmehr mit der KEF die Überzeugung und die Erwartung, daß jede einzelne Anstalt die bei ihr verfügbaren Finanzmittel bereitstellt, wie dies zur Deckung des bei ihr entstehenden Fehlbetrags nötig ist. Alle anderen Berechnungen – also auch die des Landesrechnungshofs – würden den mit freien Finanzmitteln weniger ausgestatteten Anstalten Beträge zurechnen, die für diese nicht realisierbar sind.

Schon an diesen wenigen Beispielen ist meines Erachtens zu sehen, daß die Vorschläge der KEF entgegen der Meinung der Opposition im Hauptausschuß keineswegs politische Kompromisse sind. In der KEF hat vielmehr nach langwierigen und eingehenden Erörterungen ein an der Sachproblematik orientierter Meinungsbildungsprozeß stattgefunden, dessen Ergebnis von allen Mitgliedern der KEF gemeinsam und ohne Einschränkung getragen worden ist und weiterhin getragen wird.

Aus den Beratungen im Hauptausschuß über die Ratifizierung des Staatsvertrages und auch aus den Äußerungen des Landesrechnungshofs haben sich für die Landesregierung keine neuen Gesichtspunkte ergeben, die gegen die Annahme dieses Staatsvertrages sprechen könnten.

(C) Deshalb sehe ich weder Anlaß noch irgendeine erfolgversprechende Möglichkeit, an Stelle des jetzt vorliegenden Staatsvertrages über einen neuen mit einer geringeren Gebührenerhöhung zu verhandeln. Ich halte nach wie vor die Erhöhung der Rundfunkgebühren in dem jetzt vorgesehenen Umfang für sachgerecht.

Bei einer Ablehnung des vorliegenden Staatsvertrages wäre eine Erklärung des Landtags in der Öffentlichkeit unerlässlich, und diese Erklärung müßte klar und präzise sagen, mit welchem Ziel die dann nötigen neuen Verhandlungen über einen Staatsvertrag erfolgen sollten, und sie müßten konsequenterweise auch Aussagen darüber einschließen, ob und in welchem Umfang ein Finanzverbund zwischen den Rundfunkanstalten hergestellt werden soll, ob der Grundsatz einer einheitlichen Rundfunkgebühr in allen Bundesländern beibehalten oder aufgegeben werden und ob es zur gespaltenen Gebühr kommen soll.

Ich halte eine gesplattene Gebühr für nicht gut im Sinne dessen, was wir alle medienpolitisch wollen. Die Folge wäre, daß im Rahmen eines dann neu auszuhandelnden Finanzausgleichsabkommens zwischen den Rundfunkanstalten der Anteil des WDR an der Finanzausgleichsmasse erheblich über das bisherige Maß hinaus angehoben werden müßte. Ich glaube, daß keine Seite dieses Hohen Hauses das wünscht, und ich hatte bisher den Eindruck, daß die besondere Problematik der nicht ganz neuen Überlegungen um eine gesplattene Gebühr von den Mitgliedern des Hohen Hauses durchaus gesehen worden ist.

Wer an dieser Haltung festhalten will, der muß aber meines Erachtens konsequenterweise durch eine Erhöhung der Rundfunkgebühren dafür sorgen, daß auch die kleinen Rundfunkanstalten die von ihnen benötigten Finanzmittel erhalten.

Ich möchte schließlich, meine Damen und Herren, noch einmal wiederholen, was in den Beratungen des Hauptausschusses schon angeklungen ist. Ich halte eine Ablehnung der Gebührenerhöhung für eine entscheidende Niederlage des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik. Sie würde nicht den Westdeutschen Rundfunk, aber sie würde die Vielzahl der kleinen und mittleren Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik in unübersehbare finanzielle Schwierigkeiten bringen und den Bestand der ARD gefährden.

Der Intendant des Westdeutschen Rundfunks hat im Hearing des Hauptausschusses dazu einen Hinweis gegeben, den ich gern noch aufgreifen möchte. Die Gebührenzahler in Nordrhein-Westfalen profitieren gerade im Bereich des Ersten Fernsehprogramms ganz erheblich von den Programmen und Leistungen, die andere Rundfunkanstalten erbringen.

(van Nes Ziegler SPD: Sehr richtig!)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Mit einer Verabschiedung des Staatsvertrages sind aber nicht alle weiteren Probleme im Bereich der Rundfunkfinanzen gelöst. Ich werde daher auch in Zukunft die im Hauptausschuß erhobenen Forderungen und die heute hier noch einmal artikulierten Bedenken und Wünsche mit besonderem Nachdruck weiterverfolgen.

(Beifall bei der SPD und CDU)

Ich will darauf hinwirken, daß so bald wie möglich die Voraussetzungen für eine wesentliche Verbesserung des Finanzausgleichs zwischen den Rundfunkanstalten geschaffen werden können. Das gleiche gilt für die Vereinheitlichung des Rundfunkhaushaltsrechts und für die Bildung einer Tarifgemeinschaft der Rundfunkanstalten.

Wie Sie wissen, ist auf Drängen unseres Landes im Kreise der Ministerpräsidenten der Länder schon beschlossen worden, die KEF mit entsprechenden Prüfungen und Vorschlägen zu beauftragen. Ich gehe deshalb davon aus, daß der in etwa einem halben Jahr zu erwartende zweite Bericht der KEF sich auch diesen Problemen widmen wird.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der Landesregierung noch einmal, dem Staatsvertrag über die Erhöhung der Rundfunkgebühren zuzustimmen.

(B) (Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident Dr. Vogt: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Pohl das Wort.

Dr. Pohl CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man hier heute die Redner der Koalition gehört hatte – den Kollegen Bäumer und den Kollegen Heinz –, dann ging es uns heute wie den Mitgliedern der CDU im Hauptausschuß: Man hätte konsequent ein Nein der beiden Fraktionen zur Rundfunkgebührenerhöhung erwarten können.

(Zustimmung bei der CDU)

Unsere Argumente, daß der Westdeutsche Rundfunk die Rundfunkgebührenerhöhung nicht braucht, daß wir Zweifel an der Sparfähigkeit und Willigkeit der Rundfunkanstalten haben und daß die vorgelegten Zahlen Zweifel an einer positiven Entscheidung für den Staatsvertrag begründen, sind heute in der Diskussion nicht widerlegt worden.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben mit uns unstreitig festgestellt, daß der WDR bis 1980 eine Gebührenerhöhung nicht braucht, haben aber dann darauf hingewiesen, daß ja der Staatsvertrag zwei Jahre länger läuft.

(C) Nun müssen wir doch dazu zweierlei feststellen. – Erstens, Herr Intendant von Sell hat sich dahin geäußert, daß es sehr problematisch sei, ob der Staatsvertrag überhaupt vier Jahre laufe;

(Elfring CDU: Sehr richtig!)

wahrscheinlich müßten nach zwei Jahren erneut die Rundfunkgebühren erhöht werden. Und zum zweiten muß doch dann die Frage gestellt werden: Wenn der Westdeutsche Rundfunk sie in den nächsten zwei Jahren nicht braucht, kann man es dann dem nordrhein-westfälischen Gebührenzahler für diese zwei Jahre zumuten, eine höhere Gebühr zu zahlen? Diese Frage muß doch gestellt werden.

(Erneute Zustimmung bei der CDU)

Sparfähigkeit und Sparwilligkeit der Rundfunkanstalten! Herr Kollege Heinz hat hier die Frage der Honorare angesprochen. Ich kann dem ein weiteres Beispiel beifügen. In der „Wirtschaftswoche“ vom 8. 9. 1978 steht unwidersprochen – bisher –, daß der Unterhaltungschef des NDR-Fernsehens für Drehbücher, die er für seine eigene Abteilung geschrieben hat, 1975 86 400 DM Honorare neben dem Gehalt bezogen hat, meine Damen und Herren.

(Hört, hört! bei der CDU)

(I) Ich meine, hier muß doch einmal die Frage gestellt werden, ob dies eigentlich wirklich Sparfähigkeit, hier speziell beim Norddeutschen Rundfunk ist.

Und nun, Herr Kollege Heinz, haben Sie erklärt, der Norddeutsche Rundfunk sei nicht überschuldet. Ich kann nur noch einmal feststellen – es ist nicht widersprochen worden –, daß der Norddeutsche Rundfunk 300 Millionen DM mehr Schulden hat, als er als Vermögen ausweist.

Ihre Ausführungen, Herr Kollege Heinz, zum ZDF – so kann ich nur sagen – werden von uns vollinhaltlich geteilt. Nur: Wenn Sie dann erklären, Sie wollten sich nicht dem Gebührenautomatismus unterwerfen, dann hätte ich gerade von der F.D.P. Fraktion erwartet, daß sie aus diesem Grunde heute nein zum Staatsvertrag sagt.

(Beifall bei der CDU)

Nun die Zahlen, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Bäumer, Sie haben aus 1973 zitiert: Glauben statt Wissen sei die Prämisse. – Nun müssen wir natürlich feststellen, daß sich seither in der Tat einiges gebessert hat. Es ist hier darauf hingewiesen worden, daß wir die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs haben. Es war zwar nicht unsere Intention; wir wollten nur die Rechnungshöfe haben. Wir haben in der Kom-

(Köppler CDU)

(A) Wir wollen vom Ministerpräsidenten und seinem Stellvertreter jetzt klipp und klar – ich wiederhole das – wissen: Wie stehen Sie –?

Herr Kollege Hirsch, Sie brauchen darüber gar nicht zu lachen;

(Pürsten CDU (erregt): Er feixt nur!)

Sie spielen ohnehin in all den Fragen mehr eine Gastrolle in der SPD-Fraktion als in Ihrer eigenen, wenn man den Presseberichten glauben kann.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wenn etwas beraten wird, erfahren wir über dpa, daß Sie zufällig an Beratungen der SPD-Fraktion teilgenommen haben.

(Minister Dr. Hirsch: Erstens stimmt es nicht, und zweitens: na und?)

Meine Damen und Herren! Wir wollen vom Herrn Ministerpräsidenten und vom Herrn Wirtschaftsminister wissen: Wie stehen Sie, nachdem dieses Thema von der F.D.P.-Fraktion hochgebracht worden ist, zu der Empfehlung, die die Landesregierung dem Ausschuß gegeben hat? Stehen Sie – die beiden Minister, der Ministerpräsident und sein Stellvertreter – zu den vier Kollegen der SPD-Fraktion und den neun Kollegen der CDU-Fraktion, die gegen Mitternacht nach einer stundenlangen Sitzung dieser Empfehlung, wenn auch schweren Herzens, gefolgt sind? Dieses Haus hat einen Anspruch, darauf eine klare Erklärung des Ministerpräsidenten und seines Stellvertreters zu erhalten.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Lassen Sie mich im übrigen noch eins hinzufügen, Herr Ministerpräsident. Man hat hören können, daß Ihnen in der vergangenen Woche fast der Rasierer aus der Hand gefallen sei, als Sie gehört hätten, der Vorsitzende des Finanzausschusses dieses Hauses verhandele mit dem Lande Niedersachsen. Ich frage mich: Sind Sie von den Staatssekretären Ihrer eigenen Regierung so schlecht informiert, daß Ihnen der Rasierer aus der Hand fallen mußte, weil Sie nicht wußten, daß sowohl der Kollege Schwefer wie der Kollege Brenne auf dringendes Bitten der niedersächsischen Landesregierung, weil sie offenbar auch die Zuständigkeitssituation in Nordrhein-Westfalen kannten, an Gesprächen über das uns gemeinsam interessierende Problem teilgenommen haben? Würden Sie vielleicht die Güte haben, ehe Sie solche Bemerkungen machen, sich bei den Staatssekretären, die für Ihre Regierung teilgenommen haben, einmal darüber zu erkundigen, ob das nützlich oder nicht nützlich war, daß die beiden Abgeordneten da waren?

(Beifall bei der CDU)

(C) Ich frage mich: Wo waren eigentlich die Mitglieder der Landesregierung

(Dr. Pohl CDU: Ja, eben! – Zurufe bei der CDU: Beim Sechstagerrennen!)

in einer Woche, die zwar sitzungsfreie Woche des Landtags war, was aber den Haushalts- und Finanzausschuß und andere Mitglieder dieses Hauses nicht gehindert hat, ein schwieriges Problem, das wir nicht zu terminieren hatten, das auf uns zukam, durchzubearbeiten und, wie ich meine, zu einer Entscheidung zu bringen, mit der wir in diesem Lande insgesamt leben können? Herr Finanzminister, ich höre, daß in den schwierigen Beratungen, die der Finanzausschuß hinter sich zu bringen hatte, und zwar nicht nur in der, die bis in die Nachtstunden dauerte, nie ein Mitglied der Landesregierung anwesend war.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich habe zwar viel Sinn und Verständnis für Ferienpausen, auch für die Nutzung der Kartoffelferien. Aber ich habe mich ohnehin gewundert. Hier war ja in dieser Woche einiges los im Lande.

(Dr. Pohl CDU: Dreitausend Arbeitsplätze!)

(D) Wir hatten auch einen Besuch, der nicht unter XY eingruppiert werden kann. Ich frage mich wirklich: Wo war der Wirtschaftsminister – das wollen wir wissen – in einer Situation, wo wichtige Gespräche um die Wirtschaft dieses Landes mit ausländischem Besuch stattgefunden haben? Herr Ministerpräsident, Herr Wirtschaftsminister, ich wäre Ihnen beiden dankbar, wenn Sie diese Fragen beantworteten.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lenz: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Köppler hat mich nach zwei Themenfeldern gefragt; ich will auf beide antworten. Aber, Herr Köppler, ich muß eine Vorbemerkung machen.

Nach dem Ende der nächtlichen Sitzung, von der Sie gerüchweise gehört haben, haben mich einige meiner Bonner Freunde gefragt, ob es mir möglich wäre, zu Beginn dieser Landtagssitzung unser Verhandlungsergebnis hier im Landtag vorzutragen, weil es auch in Bonn noch eine Hilfe bringen könnte. Ich habe darauf erklärt: Ich bitte um Verständnis, daß ich dies nicht tue, sondern daß ich mich erst zu Wort melde, wenn die Stunde des Parlaments gewesen ist und wenn die drei Sprecher der Fraktionen zum eingebrachten Haushalt

(Rau, Ministerpräsident)

(A) geredet haben. Dies halte ich für eine faire Haltung des Regierungschefs bei dieser Beratung.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien – Abweisende Gesten bei der CDU – Wortmeldung des Abg. Köppler CDU)

Präsident Dr. Lenz: Lassen Sie eine Zwischenfrage zu, Herr Ministerpräsident?

(Ministerpräsident Rau: Ja, gern!)

– Herr Abg. Köppler!

Köppler CDU: Herr Ministerpräsident, ist die Nachricht, die durch das Haus geht, falsch, daß Sie erklärt haben sollen, wenn der Oppositionsführer das Wort nähme, würden Sie ihm antworten, um unter anderem auch dieses Ergebnis vorzutragen, wenn er sich nicht zu Wort melde, wollten Sie es mit einer schriftlichen Erklärung Ihres Pressechefs bewenden lassen? Ist diese Meldung falsch?

Rau, Ministerpräsident: Diese Meldung ist mindestens unvollständig.

(Lachen bei der CDU – Spellerberg CDU: Jetzt kommt die Wahrheit zutage!)

(B) – Ach, Herr Spellerberg! Ich habe während der Rede des Herrn Kollegen Schwefer mit meinen Freunden über die Frage gesprochen, ob es zeitlich noch möglich wäre, daß ich das vor 13.30 Uhr sagen könne, weil ich dann zur ersten Ministerpräsidentenkonferenz weg muß. Darüber haben wir offene Gespräche geführt. Ich denke doch nicht daran, mich am Landtag vorbei zu erklären, wenn es eine Chance gibt, mich vor dem Landtag zu äußern.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wenn Sie dies in Ihr Klischee vom „Wegtauchen“ bringen wollen, dann bin ich gern bereit, von diesem Brauch abzugehen und mich nach der Verfassung am Anfang zu Wort zu melden, ohne Rücksicht auf die Position der Fraktionen. Ich wollte das nicht.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Schulze-Stapen CDU: Es wäre aber nützlich gewesen!)

Zur Sache! Ich unterstelle – und Herr Köppler hat darauf hingewiesen –, daß der Sachverhalt, bei dem es um die Lohnsummensteuer geht, hier nicht dargestellt zu werden braucht.

(Dr. Pohl CDU: Richtig!)

(C) daß ich Beschlüsse und Protokolle nicht zu verlesen brauche, die bis in den Sommer zurückgehen, sondern daß ich vom gegenwärtigen Sachstand reden kann.

Der gegenwärtige Sachstand ist so, daß uns in der Regierung, in den Koalitionsfraktionen, und im Gespräch untereinander seit langer Zeit nicht nur die Frage bewegt, sondern das Thema beschäftigt, wie denn aus dem Beschluß der Bundesregierung der Satz zu realisieren sei, in dem es heißt:

Die Bundesregierung wird deshalb in Beratungen mit den Bundesländern und mit den kommunalen Spitzenverbänden vorher übereinstimmende Lösungen für die finanzwirtschaftlichen Probleme suchen, die sich für die betroffenen Gebietskörperschaften ergeben.

Nun gab es – zumindest bis gestern – einen Dissens zwischen Vertretern der Bundesregierung und der Bundestagsfraktionen, die mich aufgesucht haben, nämlich Frau Kollegin Funcke, der Vorsitzenden des Finanzausschusses, und dem Parlamentarischen Staatssekretär im Finanzministerium, Dr. Rolf Böhme, mit denen wir ein mehrstündiges Gespräch gehabt haben.

In diesem Gespräch, das gestern auch Gegenstand der Fraktionssitzung der SPD gewesen ist, ging es um einen Streitpunkt, nämlich um den Streitpunkt, ob die Verabschiedung im Finanzausschuß heute, im Bundestag morgen und in der Sondersitzung des Bundesrates in der nächsten Woche in der von den beiden Koalitionsfraktionen in Bonn verabredeten Formulierung zumutbar wäre und das ausfülle, was als die übereinstimmende Regelung beschrieben worden ist. Das war der Streitpunkt.

(Spellerberg CDU: Da war ja von Betrug die Rede!)

– Ach, nicht alles, was in Gänsefüßchen steht, ist damit auch schon gefiedert, Herr Spellerberg.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Köppler CDU: ...ist doch als Strolch bezeichnet worden! – Dr. Pohl CDU: Schmidt soll doch seine Mütze festhalten!)

Nun gab es diesen Streitpunkt: Während unsere Bonner Freunde der Auffassung waren, diese Gesetzesformulierung sei die rechtstechnische Erfüllung dieses hier zitierten Anspruchs, war die Auffassung in der Landtagsfraktion, es müsse über den Modus des Ausgleichs intensiver miteinander gesprochen werden, bevor eine Stimmabgabe möglich sei. Das war der Gegenstand unseres gestrigen Gesprächs, das für beide Seiten hilfreich war und bei dem der Bundesfinanzminister seinen neuen Vorschlag für eine Ausgleichsregelung vor-

(Rau, Ministerpräsident)

(A) gelegt hat, die wir vorgestern informell andiskutiert hatten. Alle Teilnehmer der Beratungen waren sich einig, daß über diesen Vorschlag des Bundesfinanzministers noch verhandelt werden muß, daß also über den Ausgleich noch kein Einvernehmen besteht. Ziel des Gesprächs war es auch nicht, den Ausgleich festzulegen.

(Köppler CDU: Eben!)

Ziel des Gesprächs war es, die Verabschiedung des Steueränderungsgesetzes einschließlich einer Regelung über die Lohnsummensteuer zu ermöglichen. Es wurde gemeinsam festgestellt und bekräftigt, daß durch den Vorbehalt einer einvernehmlichen Ausgleichsregelung die Interessen der Gemeinden unseres Landes gewahrt sind. Das war der Sachverhalt, und das war das Ergebnis des gestrigen Gesprächs.

Präsident Dr. Lenz: Zu einer Zwischenfrage Herr Abg. Köppler!

Köppler CDU: Herr Ministerpräsident, habe ich Sie richtig verstanden, daß am Ende Ihres gestrigen oder – wenn es länger gedauert haben sollte – heutigen Gesprächs die Bestätigung der Gesetzesfassung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages von gestern mittag stand?

Rau, Ministerpräsident: Dies war nicht der Gegenstand unseres Gesprächs. Wir haben –

(B) (Köppler CDU: Das Ergebnis! Ich habe nach dem Ergebnis gefragt!)

– Ergebnisse richten sich nach dem Gegenstand.

(Zurufe von der CDU)

Wir hatten gestern in dieser Sitzung nicht –

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU)

– Wenn Sie fragen, wie die Sitzung ausgegangen ist, muß ich doch berichten können, wie die Sitzung war.

(Erneute Zurufe von der CDU)

Wir hatten dort keinerlei Beschlußfassung zu treffen. Aber wir glauben, daß mit dieser erneuerten Zusage, daß der Ausgleich einvernehmlich mit uns verhandelt wird und daß dieses Einvernehmen die Voraussetzung für das Inkrafttreten des Gesetzes ist, die Beschwerden, die wir gestern hatten, weggenommen sind und daß deshalb das Gesetz in Kraft treten kann.

(Lachen bei der CDU – Schulze-Stapen CDU: Ohne Lösung! – Spellerberg CDU: Etwas Konkretes! Das kann man nicht fassen! – Weitere Zurufe und Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, –

(Fortgesetzte Zurufe und Lachen bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

– Meine Damen und Herren, viel Spaß an Ihrer Fröhlichkeit! Aber wenn Sie glauben, daß das intensive Eintreten dieser Landesregierung für die Interessen der Gemeinden unseres Landes von Ihnen in einen parteiinternen Streit umstilisiert werden könnte, dann irren Sie!

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Spellerberg CDU: Wer hat es denn dazu gemacht?)

Es gibt eine Presseerklärung meines Freundes Karl Liedtke zu diesem Thema, die ich Ihnen hier jetzt nicht vortragen will, aber die die Elemente eines solchen Ausgleichs noch einmal beschreibt. Aber ich denke, ich habe deutlich gesagt, was gestern unser Bemühen war, und ich glaube,

(Dr. Pohl CDU: Ich habe es nicht verstanden!)

daß es der Anstrengungen dieser Tage bedurfte, daß sich diese Anstrengungen gelohnt haben und daß wir das zeigen werden.

(Zurufe von der CDU: Was ist denn nun jetzt? – Welches Ergebnis? – Dr. Pohl CDU: Also doch das Gesetz wie es ist, ohne Ausgleichsregelung! – Weitere Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Köppler hat einen zweiten Fragenkreis angesprochen,

(Dr. Schwefer CDU: Der erste war noch nicht beantwortet! – Weitere Zurufe von der CDU)

nämlich den, wie es mit der Haltung der Landesregierung zur van-Delden-Bürgschaft stehe. Das war eine ganz schwierige Güterabwägung, und ich bin allen, die an dieser Güterabwägung mitgewirkt haben, für diese Mitwirkung dankbar. Hier stand die Frage an – unter anderem – ob ein Unternehmen, das ja nicht zu den typisch mittelständischen gehört, sondern das vorher in Konflikt mit mittelständischen gestanden hatte, eine solche Hilfe zusätzlich erfahren konnte und mußte. Und da verstehe ich das, was Herr Kollege Dorn hier heute unter dem Stichwort „Marktwirtschaft“ für Bedenken vorgetragen hat.

(Dr. Schwefer CDU: Ich auch!)

Aber wir hatten nicht Bedenken zu artikulieren, sondern einen Entscheidungsvorschlag zu machen, und diesen Entscheidungsvorschlag haben wir gemacht, und zu diesem stehen wir. Damit ist, so glaube ich, deutlich – das will ich hier noch einmal sagen –, daß dies für uns

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) keine Entscheidung pro oder contra Marktwirtschaft war, sondern daß dies für uns in dieser aktuellen Situation auf Spitz und Knopf die Frage war, ob wir 2 800 Arbeitsplätze in einer monostrukturierten Gegend verlorengehen lassen wollten.

(Zustimmung bei der SPD – Zuruf von der CDU: Genau!)

Diese Entscheidung haben wir uns nicht leicht gemacht.

(Dr. Pohl CDU: 9 : 4! – Weitere Zurufe von der CDU)

Nun will ich, Herr Kollege Köppler, meine Gedanken beim Rasieren nicht näher darstellen, weil ich Verletzungen mitbringe.

(Zuruf von der CDU: Lohnt aber nicht!)

Ich habe dieses Bild, das ich übrigens intern gebraucht, das ich nie irgendeinem Außenstehenden gesagt habe

(Köppler CDU: Was?)

– ich sage das hier –, gebraucht, nicht, weil ich von der Reise von Herrn Schwefer nichts hielt, sondern weil ich die Formulierung in seinem ersten Statement in der Sendung „Mosaik“ für problematisch hielt.

- (B) (Dr. Schwefer CDU: Es war ein Auftrag!)

Ich habe mich erkundigt, ob dies denn wohl in der Außenvertretung des Landes richtig wäre, und ich habe gebeten, mich darüber einmal zu informieren.

(Dr. Schwefer CDU: Und?)

Ich habe dies zu keinem Zeitpunkt zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen gemacht und hatte das auch nicht vor.

(Ostrop CDU: Wer hilft denn beim Rasieren? – Heiterkeit bei der CDU)

– Ach, wissen Sie, Herr Ostrop, ich rasiere mich selber. Aber Sie sind nicht imstande, mich über den Löffel zu balbieren!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Spellerberg CDU: Sehr schwach! – Giesen CDU: Er hat sich nicht geschritten! Das ist schon etwas wert!)

Ich will hinzufügen, Herr Kollege Köppler, die Reisen, die die Mitglieder des Kabinetts in der letzten Woche gemacht haben und von denen, soweit ich weiß, keine länger als fünf Tage dauerte, waren alle von mir genehmigt und waren alle nötig. Es gibt überhaupt keinen

Anlaß, anzunehmen, daß wir bei den Besuchen unserer ausländischen Gäste und bei den dort anstehenden wirtschaftspolitischen Fragen nicht vorher, während der Gespräche und nachher jeweils voll informiert und beteiligt gewesen wären. Sie können sicher sein, daß das so ist.

(Spellerberg CDU: Der große Geist schwebte immer darüber!)

– Was Sie da jetzt mit dem „großen Geist“ sagen, das hat Franz Josef Strauß in der „Welt“ gesagt. Das ist aber ein altes biblisches Bild

(Spellerberg CDU: Das ist allein Ihre Stärke!)

und bezog sich auf einen völlig anderen Sachverhalt.

Präsident Dr. Lenz: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Zustimmung des Ministerpräsidenten Rau)

– Herr Abg. Dr. Brüggemann!

Dr. Brüggemann CDU: In der vergangenen Woche war eine wichtige chinesische Delegation in der Bundesrepublik und auch Gast unseres Landes. Können Sie mir sagen, welches Mitglied Ihres Kabinetts die Verhandlungen geführt und an den entscheidenden Gesprächen mit der chinesischen Delegation teilgenommen hat?

Rau, Ministerpräsident: Herr Kollege Brüggemann, die chinesische Delegation hatte nicht den Wunsch nach wirtschaftspolitischen Verhandlungen mit dem Lande Nordrhein-Westfalen. Sie war Gast der Bundesregierung.

(Zuruf von der SPD: Das haben die gar nicht gemerkt! – Heiterkeit bei der SPD)

Die Bundesregierung hatte uns gebeten, einen Tag dieses Programmes mitzugestalten. Das haben wir wie folgt organisiert: Ich habe die Delegation am Morgen empfangen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Zuruf von der SPD: Das ist Anstand! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Jochimsen hat die Delegation den Tag über begleitet.

(Beifall bei SPD und CDU)

Dies war der ausdrückliche Wunsch von Teilnehmern der Delegation.

(Giesen CDU: Ja, weil der gerade dort war!)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Es ging nicht nur um Technologieprogramme und um Hochschulfragen. Herr Kollege Jochimsen hatte auch wenn nicht die ausführlichste, so doch die aktuellste Kenntnis des Landes, aus dem die Gäste kamen.

(Elfring CDU: Der kann wenigstens mit Stäbchen essen!)

Am Abend hat die Landesregierung ein Essen für die chinesische Delegation gegeben.

(Unruhe bei der CDU)

Dieses Essen konnte ich nicht geben, und zwar wegen einer öffentlich angekündigten Versammlung, an der teilzunehmen ich vor Wochen zugesagt hatte, weil ich es für einen Fehler meinen Freunden gegenüber gehalten hätte, wenn ich in letzter Minute abgesagt hätte. Dazu kam die Anforderung zu spät.

(Beifall bei der SPD)

Dabei hat der dienstälteste Minister des Landes, Herr Kollege Deneke, wie das dem Protokoll entspricht, mich vertreten; und andere Kabinettsmitglieder haben an diesem Abendessen teilgenommen.

(Köppler CDU: Wie bitte? Andere?)

- (B) – Soweit ich weiß, war Herr Kollege Jochimsen bei dem Essen anwesend.

(Köppler CDU: Ja, und sonst niemand?)

Ich weiß nicht, ob ein weiteres Kabinettsmitglied dabei war.

(Unruhe – Zurufe und Gegenrufe – Glocke des Präsidenten)

– Meine Damen und Herren, das können wir auch noch anfangen, daß wir im Plenum des Landtages die Dignität von Gästelisten der Landesregierung miteinander erörtern.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Es gibt keinen Anlaß zu der Vermutung, daß wir diese ausländischen Gäste nicht mit dem gleichen Respekt empfangen hätten, wie wir das bei allen tun, mit denen wir uns um freundschaftliche Beziehungen bemühen. Ich fände es gut, wenn dies eine Sache des ganzen Landes bliebe.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Dr. Lenz: Das Wort hat Herr Minister Dr. Riemer.

(C) Dr. Riemer, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Daß Herr Köppler mich in dieser Frage zuerst angesprochen hat, geht wohl darauf zurück, daß er meinte, daß ich in Fragen der Bürgschaften, auch wenn es um strukturpolitisch relevante geht, zuständig oder federführend sei. Das ist nicht der Fall. Ich will damit aber nicht sagen, daß ich nicht die Verantwortung trage; das auf jeden Fall.

Die Situation in dieser Frage war die: Sie wissen, daß nach dem Haushaltsgesetz in all den Fällen, in denen die bankmäßige Bonität nicht gegeben ist, die Entscheidung beim Haushalts- und Finanzausschuß liegt. Das ist Punkt 1.

Punkt 2: Der Haushalts- und Finanzausschuß hat schon zu einem früheren Zeitpunkt den Standpunkt vertreten, daß in den Fällen, mit denen er sich bereits beschäftigt hat und in denen eine Anschlußregelung zu finden ist, es nicht einer erneuten Aktivität und Initiative der Landesregierung bedarf, um tätig zu werden, sondern daß er in diesen Fällen seine Verhandlungen fortsetzt, so daß nach unserer Auffassung Herr dieses Verfahrens formell der Haushalts- und Finanzausschuß war.

Ich habe meinen Staatssekretär zu allen Sitzungen, die der Haushalts- und Finanzausschuß abgehalten hat, gesandt. Ich war auch damit einverstanden, verschiedene protokollarische Probleme, die sich, was die Reise nach Niedersachsen anbetraf, vielleicht hätten ergeben können, zurückzustellen, weil ich der Meinung bin: Wenn der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses dies wünscht, muß der ranghöchste Beamte dieses Hauses, der für diese Fragen zuständig ist, dabei sein, um beraten zu können. Das ist geschehen.

Was die Weisungen und Richtlinien anbetrifft, so war dies im Hinblick auf die marktwirtschaftlichen Prinzipien und die Ordnungspolitik meiner Meinung nach der übelste Fall überhaupt.

(Dr. Pohl CDU: Einverstanden!)

Das haben Leute von Ihnen genauso gesagt wie ich; aber im Hinblick auf den Zeitdruck, unter dem zu entscheiden war, stellt sich die Frage, ob sich das Parlament und auch die Regierung jemals wieder unter solchen Zeitdruck stellen lassen werden.

(Sehr richtig! und Beifall bei der F.D.P.)

Das brachte uns in die allergrößten Schwierigkeiten. Ich konnte eine endgültige Weisung auch für meinen Vertreter, den Staatssekretär, noch nicht formulieren, weil vor allen Dingen die Vertreter des Unternehmens selbst noch Unterlagen beizubringen hatten und diese erst am Donnerstag in der Sitzung vorlegten, zum Teil dort mündlich vortrugen, so daß die Landesregierung keine

(Schulze-Stapen CDU)

- (A) wie sogar die beiden Regierungsfractionen die Entsendung so vieler Landesminister in die Organe der Westdeutschen Landesbank als problematisch ansahen, und drittens, als im Zusammenhang mit den Vorgängen um den früheren Vorstandsvorsitzenden das Verhalten von Landesministern und auch sein eigenes Verhalten in die öffentliche Diskussion gerieten. Meine Damen und Herren, vor 1975 waren nicht so viele Landesminister in den Organen der Bank tätig. Die Präsenz in diesen Organen war damals wesentlich besser.

(Spellerberg CDU: Die Politik der WestLB auch!)

Darüber sollte man einmal nachdenken.

(Reinhard (Gelsenkirchen) SPD: Das ist Aufgabe eines Untersuchungsausschusses! Sie nehmen alles vorweg! Der Untersuchungsausschuß muß darüber befinden!)

– Ich wollte eine Anregung auch für die Überlegungen der Kollegen geben. Vielleicht ist das für diese ganz hilfreich.

(Zustimmung bei der CDU – Reinhard (Gelsenkirchen) SPD: Das wissen die selber!)

- (B) Meine Damen und Herren, ein freiwilliger Verzicht des Herrn Innenministers wäre der Opposition im Interesse der Bank lieber gewesen. Er hat diese Konsequenz nicht gezogen. Deswegen sollte nun nach unserer Ansicht das Parlament insgesamt der Landesregierung Entscheidungshilfe in einer Sache leisten, die im Interesse der Bank, der Landesregierung insgesamt und im Landesinteresse schlechthin liegt.

Meine Damen und Herren, das, was wir hier vortragen, ist kein Generalangriff auf einen Minister oder auf eine Landesregierung.

(Reinhard (Gelsenkirchen) SPD: Es sieht aber so aus!)

Es ist ein Werben für einen Schritt, der sachlich geboten, ja, unabweisbar geworden ist. Der CDU-Antrag datiert ja schon vom 30. August 1978. Wenn er nun erst jetzt behandelt werden kann, dann eröffnet das den beiden anderen Fraktionen, weil inzwischen durch den Zeitablauf erste Emotionen abgeklungen sein können, die Möglichkeit, in kühler Sachlichkeit Fakten zu wägen und Konsequenzen zu ziehen.

Die CDU-Fraktion bittet das Hohe Haus, ihrem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Ministerpräsidenten Rau.

(C) **Rau, Ministerpräsident:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Abberufung des Innenministers aus dem Verwaltungsrat der Westdeutschen Landesbank, die die Opposition verlangt und die Herr Kollege Schulze-Stapen soeben als eine Entscheidungshilfe für die Landesregierung angeboten hat, steht für diese Landesregierung nicht zur Diskussion. Wir haben diesen Innenminister kennen- und schätzengelernet als einen Kollegen des guten und des kritischen Dialogs. Sein anerkannter innenpolitischer Sachverstand ist im Verwaltungsrat der WestLB erwünscht, und wir möchten ihn deshalb dort weiter vertreten sehen.

(Gelächter bei der CDU – Zuruf von der CDU: Ein Witz!)

Auch die Opposition bestreitet nicht, daß der Innenminister den Verwaltungsrat als das wichtigste Organ der Westdeutschen Landesbank ansieht.

(Spellerberg CDU: Die Besten sind immer die, die nicht da sind!)

– Herr Kollege Spellerberg, dieser Ihr Zuruf war falsch; denn daß er die Termine des Verwaltungsrates regelmäßig all seinen anderen Dienstpflichten vorgezogen hat, ist ja wohl unbestritten.

(D) Ich bin freilich der Überzeugung, daß überlegt werden muß, ob die Automatik zwischen Mitgliedschaft im Verwaltungsrat und im Kreditausschuß eigentlich zwingend sein sollte.

(Beifall bei der CDU – Reinhard (Gelsenkirchen) SPD: Richtig! Das ist das Problem!)

Und ich rege an, diese Frage, wenn es denn schon hier um eine sachliche Frage geht, zu erörtern und das sine ira et studio zu tun.

Der Innenminister hat sich in der Tat, was die Sitzungen des Kreditausschusses angeht, anders entschieden als bei den Sitzungen des Verwaltungsrates. Er hat aber auch begründet, warum er sich so oft und immer nach sorgfältiger Prüfung der Tagesordnungen der Sitzungen

(Pürsten CDU: Regelmäßig!)

in gründlicher Interessenabwägung dafür entschieden hat, anderen Verpflichtungen seines Amtes nachzukommen und nicht an den Sitzungen des Kreditausschusses teilzunehmen. Sie selber haben in Ihrem Antrag diese Begründung zitiert. Ich glaube, daß deshalb der Bewertung, die die Opposition hier vorgenommen hat, nicht zu folgen ist.

Für mich haben die Erwägungen des Innenministers Gewicht, und ich akzeptiere sie. Aber wir werden uns

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) nach Abschluß der Arbeit des Untersuchungsausschusses natürlich darüber zu verständigen haben, ob und welche Konsequenzen in der Konstruktion – etwa in der Kombination von Verwaltungsrat und Kreditausschuß – zu ziehen sind.

Vizepräsident van Nes Ziegler: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Petermann?

(Ministerpräsident Rau: Ja!)

– Bitte sehr, Herr Dr. Petermann!

Dr. Petermann CDU: Herr Ministerpräsident, der Herr Innenminister hat in der öffentlichen Sitzung des Untersuchungsausschusses gesagt, er wisse nicht, welche Termine das gewesen seien, die für ihn wichtiger als Kreditausschußsitzungen waren. Er sei aber bereit, das nachzunenennen. Hat er es Ihnen wenigstens mitgeteilt? Dem Untersuchungsausschuß hat er es nicht mitgeteilt.

Rau, Ministerpräsident: Herr Kollege Petermann, jeder von uns, der im Kabinett tätig ist – und sicher gilt das auch für viele Abgeordnete –, ist gezwungen, einen so genauen Terminkalender zu führen. Und wir stehen alle so unter der Knute dieses Terminkalenders.

(Pürsten CDU: Deshalb wollen wir helfen!)

- (B) daß es dem Innenminister sicher überhaupt keine Schwierigkeiten bereiten wird, jeden einzelnen Fall darzustellen. Ob dies hier erwünscht und sinnvoll ist, ist eine andere Frage.

(Schulze-Stapen CDU: Hat er Ihnen das dargestellt?)

– Nein, ich habe ihn auch nicht darum gebeten, das zu tun. – Ich glaube, daß der Zeitpunkt, zu dem Sie diesen Ihren Antrag stellen, etwas über die Motive Ihres Antrags sagt.

(Köppler CDU: Das war im August!)

Gegenwärtig prüft ein Untersuchungsausschuß. Zu dem, was dieser Untersuchungsausschuß – den die Opposition angeregt hat – zu prüfen hat, gehört auch die Frage nach der Tätigkeit von Mitgliedern der Landesregierung in den Gremien. Das betrifft also die hier anstehende Frage. Da der Untersuchungsausschuß seine Prüfung noch nicht abgeschlossen hat und da es noch nicht einmal einen Zwischenbericht gibt, glaube ich, daß gegenwärtig eine sachgerechte Diskussion nicht möglich sein kann.

(Schulze-Stapen CDU: Über feststehende Fakten, Herr Ministerpräsident!)

Hier geht es nicht darum, sachliche Auseinandersetzungen über die Fragen zu führen, zu deren Klärung ein Untersuchungsausschuß eingesetzt worden ist, sondern darum, der abschließenden Wertung des Untersuchungsausschusses vorzugreifen. Wir sehen dafür keinen Grund.

Der Innenminister tut seine Pflicht als Innenminister und als Mitglied des Verwaltungsrates. Deshalb ist für uns dieser Antrag gegenstandslos.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Ich erteile Herrn Abg. Köppler das Wort.

Köppler CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der letzten Feststellung des Herrn Ministerpräsidenten, die dem Sachverhalt, den Herr Kollege Schulze-Stapen hier unbestreitbar und unwiderlegbar dargelegt hat, geradezu ins Gesicht schlägt, muß ich mit allem Nachdruck widersprechen.

(Beifall bei der CDU)

Der Herr Innenminister erfüllt eben nicht seit Oktober 1975 seine Pflichten als Mitglied des Kreditausschusses, die eine Folgepflicht seiner Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Westdeutschen Landesbank ist.

Herr Ministerpräsident, wir brauchen hier nicht dieses jeweils schwierige Abwägungsproblem bei der Einladung einer Sitzung weiter zu erörtern. Herr Kollege Schulze-Stapen hat dargelegt, daß eine solche regelmäßige Abwägung zuungunsten der Wahrnehmung einer Verpflichtung in der Landesbank nicht durch Zufälle herbeigeführt werden kann, sondern offenkundig auf der Überzeugung des Herrn Innenministers beruht, daß er die Tätigkeit im Kreditausschuß nicht für so wichtig hält wie andere Pflichten.

Meine Damen und Herren, wenn ein Mitglied des Verwaltungsrates diese Auffassung hat, dann sollte es ein Mandat im Verwaltungsrat nicht übernehmen. Oder es sollte, wenn ihm die Erkenntnis später gekommen ist, dieses Mandat dann zurückgeben.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist um so notwendiger, als der Kreditausschuß nicht irgendein vorbereitender Ausschuß im Sinne von parlamentarischen Ausschüssen bei der Landesbank ist, sondern er entscheidet aus eigenem Recht und abschließend über wichtigste Vorgänge innerhalb der Westdeutschen Landesbank. Es ist also nicht so, wie man vielleicht glauben könnte, daß im Kreditausschuß Entscheidungen des Verwaltungsrates vorbereitet werden, sondern der Kreditausschuß entscheidet selbst

(Weiss CDU)

- (A) dung über Kalkar getroffen werden soll. Es wird ein Kabinettsausschuß gebildet, bestehend aus Rau, Riemer und Farthmann sowie Fachleuten, der den Vorschlag Riemers prüfen soll.

4. Zur gleichen Zeit setzt sich die Bundesregierung in einem Brief des Bundeskanzlers an Ministerpräsident Rau und zahlreiche Bundesminister sowie in Presseveröffentlichungen für die Erteilung der 3. Teilerrichtungsgenehmigung ein. Ende Oktober ergibt sich aus Presseberichten, daß sich eine Mehrheit im Kabinett Düsseldorf gegen den Brüter in Kalkar abzeichne.

5. Anfang November wird mit großem Werbeaufwand eine Klausurtagung des Kabinetts angekündigt, in der alle Aspekte des Brüterproblems ausgewertet werden sollten. Gleichzeitig wird erneut von der Landesregierung verkündet, eine Entscheidung über den Brüter solle noch in diesem Dezember stattfinden.

6. Am 4. November 1978 verlautet über die Presse, daß das Kabinett der Auffassung sei, daß der Bundestag über diese Frage entscheiden solle. Mitte November nun verkündet der gleiche Ministerpräsident, daß der Bundestag über diese Frage Kalkar noch in diesem Jahre entscheiden werde, während die F.D.P. andererseits eine Kommission fordert, die über die Fortführung des konzipierten Kalkar-Projekts beraten soll.

- (B) 7. Ende November schließlich läßt sich der Wirtschaftsminister dahingehend ein, daß er sich durch die Bundesregierung „anweisen“ lassen werde. Er werde aber nicht selbst als Wirtschaftsminister unterschreiben, sondern seine „Behörde Wirtschaftsminister“ werde diesen Unterschriftenakt durch einen Beamten vollziehen.

(Elfring CDU: Durch einen Referendar! – Dr. Pohl CDU: Fürsorgepflicht für die Beamten!)

Obwohl, meine Damen, meine Herren, tausende Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, versucht die Landesregierung verzweifelt, die Entscheidung von einem Tisch auf den anderen zu schieben.

(Beifall bei der CDU – Elfring CDU: Unter den Tisch!)

Das, meine Damen, meine Herren, ist eindeutig das Bild einer in sich zerstrittenen Regierung.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen, meine Herren! Im Grunde ist die Durchführung des Vorschlags von Minister Riemer, Thorium anstelle von Uran einzusetzen, eine völlige Abkehr von dem auch durch Riemer genehmigten Konzept. Dies würde nämlich alle bisherigen Genehmigungen in Frage stellen.

Die Nichterteilung der beantragten 3. Teilerrichtungsgenehmigung muß deshalb zwangsläufig zu einem Abbruch des Projekts oder zumindest zu einem völlig neuen Genehmigungsverfahren führen.

Im übrigen dürfte der Vorschlag Riemers zu ganz erheblichen Entschädigungsansprüchen gegen das Land Nordrhein-Westfalen und gegen den Wirtschaftsminister selbst führen, falls die Betreiber des Schnellen Brüters vor die Wahl gestellt würden, das von Herrn Riemer vorgeschlagene Konzept zu beantragen oder andernfalls keine weiteren Genehmigungen zu erhalten.

Meine Damen, meine Herren! Die CDU-Fraktion ist der Meinung, daß sich dieses Parlament auf Grund der Bedeutung der Frage unverzüglich für den Weiterbau des Reaktors in Kalkar aussprechen sollte.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir fordern darüber hinaus den Herrn Wirtschaftsminister auf, hier und heute vor dem Parlament zu erklären, daß er seine Meinung zur 3. Teilerrichtungsgenehmigung in Kalkar revidiert und ein klares Bekenntnis zu dem internationalen Großversuch des Schnellen Brüters ablegt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lenz: Das Wort hat Herr Ministerpräsident Rau.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn die Frage der 3. Teilerrichtungsgenehmigung des Schnellen Brüters so schlicht wäre, wie Herr Kollege Weiss sie hier dargestellt hat, dann bedürften wir sicher keiner ausführlichen Debatte. Die Darstellung zielte offenbar auf den letzten Satz hin, und deshalb sind die verschiedenen Daten so konstruiert worden, daß bei Ihnen, Herr Kollege Weiss, der Eindruck entstehen mußte, den Sie hier wiedergegeben haben.

Die Klausurtagung des Kabinetts zum Beispiel ist nicht mit großem Propagandaaufwand bekanntgegeben worden.

(Soénius CDU: Entgegen den üblichen Gepflogenheiten!)

sondern diese Klausurtagung des Kabinetts ist bei der Regierungsbildung bereits vereinbart worden, und zwar nicht zum Thema Kalkar, sondern zu allen Schwerpunkten der Regierungserklärung. Dazu haben wir uns den 1. November als Termin genommen.

(Köppler CDU: Das ist eine Neuigkeit!)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Ich habe in der Debatte am 4. Oktober meine Position zum Schnellen Brüter deutlich gemacht. Aber die Landesregierung steht bei der Entscheidung über die 3. Teilerrichtungsgenehmigung vor einer Frage, die, wie sie meint, besonders sorgfältig geprüft werden muß. Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen. Und ich habe hier vor dem Landtag gesagt, daß wir über die 3. Teilerrichtungsgenehmigung noch in diesem Jahr entscheiden werden. An diese meine Zusage fühle ich mich gebunden.

(Zuruf von der CDU: Wie denn?)

– Das werde ich Ihnen dann mitteilen.

Allerdings ist es richtig, Herr Kollege Weiss, daß wir der Auffassung sind, daß der Schnelle Brüter ein Projekt des Bundes ist. Die politische Entscheidung muß auf der Ebene des Bundes getroffen werden. Sie muß nach unserer Auffassung – und das war Gegenstand der Erörterung im Kabinettsausschuß und im Kabinett – parlamentarisiert werden. Nordrhein-Westfalen ist Auftragsverwaltung, aber in meinen Augen Auftragsverwaltung in Mitverantwortung. Wir müssen die Entscheidung, die getroffen wird, mittragen. Und bei dem von mir genannten Termin der Entscheidung des Kabinetts noch in diesem Jahr ist davon ausgegangen worden, daß die entsprechenden Entscheidungen in Bonn zu dem Zeitpunkt getroffen sein können.

(B) Es kann keine Rede davon sein, daß wir aus Opportunismus einer Entscheidung ausweichen oder daß wir die Verantwortung dafür jemand anderem zuschieben wollen. Ich bin bereit, diese Entscheidung mitzutragen.

(Soénius CDU: Unterschreiben Sie selbst? Oder lassen Sie unterschreiben?)

Aber es geht darum, bestehende Bedenken aufzugreifen und sie ernst zu nehmen. Und ich würde Ihnen wünschen, Herr Kollege Weiss, daß Sie ein Gespür dafür hätten beziehungsweise bekämen,

(Beifall bei den Regierungsparteien)

daß die Frage der Kerntechnologie in diesem Jahr die Menschen in diesem Lande besonders bewegt, daß wir eine im Wortsinne gewissenhafte Entscheidung miteinander treffen müssen und daß die Tatsache, daß die 1. und die 2. Teilerrichtungsgenehmigung erteilt worden sind, uns der neuen gewissenhaften Prüfung bei der 3. nicht enthebt.

(Weiss CDU: Dann müssen die ersten zwei zurückgezogen werden! – Detert CDU: Wie konnten Sie denn die ersten erteilen?)

(C) Ich möchte, daß diese ernsthafte Prüfung so stattfinden kann, daß uns nicht später angebliche Sachzwänge vorgehalten werden können, sondern daß die Option für den Schnellen Brüter und für die mit ihm verbundene Technologie offengehalten werden kann. Und unter Option verstehe ich die Möglichkeit, sich nach beiden Seiten hin beziehungsweise für eine der beiden Richtungen entscheiden zu können.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Soénius CDU: Eine tolle Definition der Option!)

Wenn Freiheit zur Entscheidung nur noch als hypothetische Möglichkeit besteht, dann ist in der Tat das Parlament zum Notar degradiert.

Mit dieser 3. Teilerrichtungsgenehmigung – und deshalb ist die Entscheidung so schwer – soll zum erstenmal über maschinentechnische Anlageteile entschieden werden. Damit tritt das Projekt in eine neue Phase.

Viele vertreten die Meinung, dies sei der Punkt des Projektes, von dem an es kein Zurück mehr gäbe. Nicht wenige vertreten die Meinung, daß mit dieser 3. Teilerrichtungsgenehmigung schon eine so wesentliche Vorentscheidung falle, die mehr als nur Weiterbau bedeute. Und diese nicht kleine Gruppe ist der Meinung, daß mit der 3. Teilerrichtungsgenehmigung eine Vorentscheidung für die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters und vielleicht sogar schon für die generelle Einführung der Brütertechnologie falle. Ich teile diese Meinung nicht; aber ich kann mich der darin ausgesprochenen Sorge nicht entziehen. Die Befürchtung, daß Bundes- und Landesregierung durch den Weiterbau in einen Zugzwang geraten könnten, der eine spätere freie Entscheidung illusorisch erscheinen läßt, ist ja nicht völlig aus der Luft gegriffen. Und die Art, Herr Kollege Weiss, wie Sie hier das Problem und das Projekt unproblematisch dargestellt haben, bestärkt mich in dieser Sorge.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das Bewußtsein hinsichtlich der Gefahren der Proliferation ist in der ganzen Welt geschärft. Das wird in der öffentlichen Diskussion deutlich, auch am Beispiel der im vergangenen Jahr erfolgten Gründung der Internationalen Kommission zur Bewertung von Brennstoffkreisläufen. Diese Kommission bemüht sich intensiv und solide, auch den Vorschlag des Wirtschaftsministers zu überprüfen. Sie bezieht diese interessante Variante in ihre Überlegungen ein.

Wir können nicht so tun, als ginge es um die Genehmigung eines x-beliebigen Maschinenteils.

(Giesen CDU: Das war beim ersten Mal aber so!)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Wir wollen eine politische Willensbekundung desjenigen Verfassungsorgans, das hierzu allein legitimiert ist, und das ist der Deutsche Bundestag.

(Weiss CDU: Sie warten auf eine Anweisung!)

– Wir warten nicht auf eine Anweisung, sondern wir warten auf eine übereinstimmende Meinung zwischen Bundestag und Landesregierung.

(Zuruf von der CDU: Der Wirtschaftsminister wartet auf eine Anweisung! – Weitere Zurufe)

Darüber muß Klarheit geschaffen werden. Darüber werden Gespräche mit den Fachministern und viele Gespräche mit dem Bundeskanzler geführt, mit dem ich mir in der Frage des Verfahrens voll einig bin.

(Köppler CDU: Und wie sieht das aus?)

– So, wie ich gerade dargestellt habe. Ich wiederhole, es besteht volle Übereinstimmung.

(Soénius CDU: Wie denn, wann denn, wo denn?)

Für uns ist das eine politische Grundsatz- und keine Rechtsfrage.

(Detert CDU: Diese Grundsatzfrage hätte aber vorher kommen müssen! Es geht doch um über eine Milliarde! – Weitere Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD – Giesen CDU: Sie scheinen nicht exakt informiert zu sein.)

– Doch, Herr Kollege Giesen, ich bin sehr exakt informiert; denn ich habe die Gespräche mit dem Bundeskanzler geführt. Ich habe beklagt, daß Sie nicht dabei sein konnten; aber wir hatten das nicht verabredet.

(Dr. Pohl CDU: Wie war das denn? Erzählen Sie doch mal! – Soénius CDU: Haben Sie das so auch in der SPD-Fraktion gesagt? – Unruhe)

– Wir sind mit dem Bundeskanzler darin einig, daß nach der Entscheidung des Bundestages, von der ich hoffe, daß sie parlamentarisch noch in diesem Jahr stattfinden wird,

(Weiss CDU: Jetzt hoffen Sie das nur!)

hier die Entscheidung über die 3. Teilerrichtungsgenehmigung fallen kann. Wir haben alle dazu notwendigen Schritte miteinander verabredet.

(Zurufe von der CDU – Unruhe)

Wir führen außerdem Gespräche zwischen den zuständigen Fachministern. In diesen Gesprächen müssen

(C) nach meiner Überzeugung auch neue wissenschaftliche Erkenntnisse und neue Erfahrungen über Schnelle Brutreaktoren erörtert werden. Das Ziel ist die Verbreiterung der Entscheidungsbasis und die Entwicklung zusätzlicher Sicherheitsfaktoren, die das Risiko dieser Technologie mindern.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Einführung einer Plutoniumtechnologie

(Köppler CDU: Plutoniumtechnologie!?)

eine schwerwiegende Entscheidung mit weitreichenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Konsequenzen wäre. Sie beträfe nicht nur die Menschen in unserem Lande. Da die Landesregierung immer erklärt hat, daß bei dieser Entscheidung dem Schutz von Leben und Gesundheit der Bürger absolute Priorität zukomme, bitte ich um Verständnis für diese gewissenhafte Prüfung.

(Schulze-Stapen CDU: Bis Weihnachten!)

(D) Ich gehe nach den Gesprächen mit dem Bundeskanzler auch davon aus, daß gleichzeitig mit der Willensbekundung des Bundestages Einvernehmen über die Einsetzung einer Enquête-Kommission des Bundestages erzielt werden kann. Ich selber wünsche mir, daß in dieser Kommission nicht nur die sicherheits- und kerntechnischen, sondern auch die politischen und die gesellschaftspolitischen Dimensionen der gegenwärtigen Entscheidung mit erörtert werden.

Ich bin der Überzeugung, daß dieser Verfahrensweg voll den Forderungen Rechnung trägt, die ich Ihnen schon am 4. Oktober d. J. dargelegt habe. Deshalb sage ich nochmals, daß die Landesregierung bereit ist, bis zum Ende dieses Jahres über den Weiterbau des Schnellen Brüters zu entscheiden, wenn durch die vorherige Erklärung des Bundestages die volle Handlungsfreiheit bei künftigen Entscheidungen gewahrt bleibt.

Im übrigen gehen Sie fehl in der Annahme und tun Sie Unrecht in dem Versuch, dieser Landesregierung vorzuwerfen, sie entscheide in Fragen der Kerntechnologie nicht.

(Weiss CDU: Nein, Sie schieben es vom Tisch! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das beweist die Haltung der Landesregierung, die sie zur Zwischenlagerung für abgebrannte Brennelemente in Ahaus eingenommen hat.

(Köppler CDU: Imponierend! – Erneute Zurufe von der CDU)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Hier war das Land sofort bereit – im Gegensatz zu anderen Bundesländern, bei denen angefragt worden war –,

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

aus gesamtstaatlichem Interesse Verantwortung zu übernehmen. Als sich abzeichnete, daß sich bei der Verwirklichung der Anlage in Gorleben Verzögerungen ergeben würden, hat diese Landesregierung sofort erklärt, sie werde sich nicht gegen ein Zwischenlager in Nordrhein-Westfalen sperren. Wir haben mit der Stadt Ahaus mittlerweile so intensiv über die Modalitäten bei der Errichtung des Zwischenlagers verhandelt, daß Einigkeit hergestellt ist.

(Köppler CDU: Einigkeit? Mit wem? Mit der SPD-Fraktion in Ahaus? – Weitere Zurufe)

– Nein, mit dem Rat der Stadt Ahaus und mit der Verwaltung der Stadt.

(Köppler CDU: Ach so! – Soënius CDU: Mit der Mehrheit im Rat!)

Der Rat der Stadt Ahaus kann morgen –

(Nagel CDU: Gott sei Dank sind die Mehrheiten dort in Ordnung! – Beifall bei der CDU)

(B) – Herr Nagel, die Mehrheiten in Ahaus sind so in Ordnung wie hier; das heißt, es gibt eine handlungsfähige Mehrheit in Ahaus, so wie es sie hier gibt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben beschlossen, im Haushalt des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr von 1979 bis 1985 jährlich je 7 Millionen DM als pauschalierte Zuweisung für Investitionen der Stadt Ahaus vorzusehen. Der Wirtschaftsminister wird Sie bei den Haushaltsberatungen darum bitten, im Etat 1979 noch einen entsprechenden Titel auszubringen. Die Haushaltsberatungen werden Ihnen, meine Damen und Herren, Gelegenheit geben, zu zeigen, wie ernst Sie Ihre Verantwortung nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lenz: Das Wort hat Herr Abg. Köppler für die Fraktion der CDU.

Köppler CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß diese Rede vom Herrn Ministerpräsidenten auch gestern vor der SPD-Fraktion gehalten wurde.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann nicht umhin, den Kollegen der SPD ein Kompliment zu machen, daß sie trotz dieser Rede eine klare Entscheidung getroffen haben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie kommen nicht an der Tatsache vorbei, daß seit 15. Juni dieses Jahres die 3. Teilerichtungsgenehmigung fällig ist, das heißt nach monate- und jahrelangen Prüfungen der zuständigen Behörden dieses Landes unterschriftsreif vor dem Kabinett liegt. Seit dem 15. Juni, seit fast einem halben Jahr, erleben wir eine Politik der Landesregierung, die schon nicht mehr den Ausdruck „Eiertanz“ verdient, sondern einfach eine Unfähigkeit ist, eine fällige Entscheidung vorzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Und sagen Sie uns nicht, daß es hier um das Problembewußtsein ginge. Es wird doch nicht erst seit dem 15. Juni geprüft,

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU)

sondern schon am 15. Juni dieses Jahres waren die Prüfungen abgeschlossen. Erst dann begannen die Eskapaden Ihres Wirtschaftsministers,

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU – Dr. Schwefer CDU: Er ist auch selbst anderer Meinung!)

die inzwischen nicht nur seinen Ruf lädiert, sondern mittlerweile auch das Land Nordrhein-Westfalen und seine Landesregierung zum Gespött gemacht haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Das hat nichts mit Schlichtheit zu tun, sondern hier erleben wir, Herr Ministerpräsident, wie eine Landesregierung ununterbrochen, Woche für Woche, andere Positionen einnimmt oder einzunehmen scheint. Da wird mal geredet: Dann soll man uns doch anweisen! Dazu haben Sie Gott sei Dank heute erklärt, Sie ließen sich nicht anweisen. Ich hoffe, es ist Ihnen klar, daß die Anweisung, das heißt der Durchgriff der Bundesregierung über das Grundgesetz und das Atomrecht zur Voraussetzung hat, daß der Bund zunächst einmal einen klaren Ermessensmißbrauch dieser Landesregierung feststellen muß.

(Zustimmung bei der CDU)

Das wird ihm zwar nicht schwerfallen; aber ich hoffe doch, daß Sie das Ansehen des Landes nicht so weit lädieren –

(Ministerpräsident Rau: Ich lasse mich nicht anweisen!)

(Girgensohn, Kultusminister)

(A) Meine Damen und Herren, ganz abgesehen von der rechtlichen Frage: Ich fände es für die Interessen unserer Bürger im Lande fatal, wenn wir das Instrument der Schulentwicklungsplanung durch eine, wie ich glaube, nicht notwendige und ungetragene Kontroverse in seiner Wirksamkeit beeinträchtigen. Wer sich darüber klar ist, mit welchem Verantwortungsbewußtsein und auch mit welchem Erfolg über die Parteien hinweg – auch das muß einmal gesagt werden – im kommunalen Bereich auf der Grundlage der Vorläufigen Richtlinien zur Schulentwicklungsplanung an einer Verbesserung der schulischen Versorgung gearbeitet worden ist, der kann sich zwar um eine notwendige Aktualisierung dieser Richtlinien bemühen, nicht aber ihre Abschaffung wollen. Wir sollten die Chance der in Nordrhein-Westfalen geübten Praxis auch nicht verspielen. Es ging in der Schulentwicklungsplanung nie um Zentralismus und um Dirigismus bei der Gestaltung des örtlichen Schulwesens, sondern immer um die Stärkung der kommunalen Verantwortung und um die Ermöglichung flexibler Lösungen. Das sollten wir beibehalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Dr. Lenz: Herr Abg. Köppler zur Geschäftsordnung!

(B) Köppler CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben bei der Festsetzung der Tagesordnung mit Rücksicht auf die Wünsche des Herrn Innenministers die Tagesordnung für die beiden Plenartage umgestellt. Wie ich höre, ist der Herr Innenminister zur Zeit dabei, während der Plenarsitzung eine Pressekonferenz über ein ganz anderes Thema zu veranstalten.

(Elfving CDU: Unglaublich! – Nagel CDU: Hört, hört!)

Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten, dafür zu sorgen, daß der für Schulbaulinien mit zuständige Innenminister an der Plenarsitzung ab sofort teilnimmt, damit auch die Presse wieder Gelegenheit hat, den Beratungen des Landtags zu folgen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lenz: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Rau, Ministerpräsident: Herr Kollege Köppler! Meine Damen und Herren! Ich habe soeben gehört, daß der Innenminister und der Arbeits- und Sozialminister einige gestern im Kabinett erörterte Zahlen zur Frage des Asylrechts für Ausländer mit Journalisten besprechen wollten. Ich halte es für falsch, während der Plenarsitzung Pressekonferenzen zu veranstalten,

(Beifall bei der CDU)

(C) wie ich es auch für legitim halte, am Tage nach der Kabinettsitzung Journalisten zu unterrichten, damit nicht Indiskretionen zum einzigen Verständigungsmittel werden. Ich selbst hatte von diesem beabsichtigten Pressegespräch keine Kenntnis. Ich habe sofort veranlaßt, daß sowohl der Innenminister wie auch der Arbeits- und Sozialminister hierher kommen. In den wenigen Minuten seit der Kenntnisnahme habe ich aber nicht feststellen können, wo die beiden Herren gerade sind. Ich Sorge dafür, daß sie bald kommen.

(Spellerberg CDU: Dann sollten wir die Sitzung unterbrechen und warten!)

– Herr Spellerberg, wenn Sie da sind, sind wir doch quasi vollständig.

Meine Damen und Herren, es ist völlig selbstverständlich: Pressekonferenzen während des Plenums sollten nicht sein. Ich füge hinzu, Herr Köppler: Journalistengespräche führen Sie und ich auch an Plenartagen. Das wird man nie ganz vermeiden können. Mir lag daran, daß die gestern im Kabinett erörterten Sachverhalte auch öffentlich bekanntwerden. Ich werde dafür sorgen, daß wir so schnell wie möglich sachgerecht weiter beraten können.

Präsident Dr. Lenz: Das Wort hat Herr Abg. Bahr für die Fraktion der SPD.

(D) Bahr SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Beckel, Sie haben bei der Begründung Ihres Antrages ein Viertel Ihrer Zeit darauf verwendet, über Kooperative Schule, über Mitbestimmung und über Weiterbildung zu sprechen. Als Sie sich dann dem eigentlichen Thema zuwandten, haben Sie einen Pappkameraden aufgebaut und kräftig polemisiert. Ich will mich Ihrem Antrag mit der notwendigen Sachlichkeit und Ernsthaftigkeit zuwenden. Und ob Sie wollen oder nicht, Herr Kollege Dr. Petermann, werde ich dabei auch auf die Notwendigkeit und die bisherigen Erfahrungen mit der Schulentwicklungsplanung eingehen. Denn dem Grunde nach – das ist zum mindesten zwischen den Zeilen Ihres Antrags zu lesen – sind Sie auch dagegen.

(Dr. Petermann CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

Die im Dezember 1972 erlassenen Vorläufigen Richtlinien sollen es entsprechend den bereits vorliegenden Planungsvorgaben in anderen Bundesländern auch den Schulträgern unseres Landes ermöglichen, langfristige Zielvorstellungen für die schulische Versorgung in ihrem Zuständigkeitsbereich zu entwickeln und die mittelfristige Schulerrichtung und die notwendigen Baumaßnahmen kontinuierlich und systematisch aus der Gesamtplanung heraus vorzunehmen, zu erläutern und zu

(Köppler CDU)

(A) Viertens. Die CDU wird diesen Sachverhalt, der zumindest eine grobe Fahrlässigkeit des Innenministers im Umgang mit dem Parlament erkennen läßt,

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU – Dr. Schwefel CDU: Und mit dem Bürger dieses Landes!)

nicht auf sich beruhen lassen. Sie verlangt eine rückhaltlose Klärung des Sachverhalts im Interesse des Parlaments und im Interesse der Öffentlichkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Vogt: Herr Ministerpräsident Rau hat das Wort.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Innenminister kann heute an unseren Beratungen wegen eines anderen Termins nicht teilnehmen; das war abgestimmt und ist gestern auch kurz hier erörtert worden.

(Dr. Schwefel CDU: Er ist sicher im Kreditausschuß!)

Wir haben die Tagesordnung umgestellt, um ihm gestern die Teilnahme hier zu ermöglichen. Er ist bei einer Konferenz der Innenminister der EG. Diese seine Teilnahme dort war abgestimmt.

(B)

Der Herr Innenminister hat nach einem Gespräch mit mir Herrn Kollegen Köppler nach der gestrigen Debatte einen Brief geschrieben und ihm zusätzliche Informationen über den ihm zu diesem Zeitpunkt bekannten Sachverhalt gegeben. Wenn dieser Brief, Herr Kollege Köppler, Sie nicht befriedigt

(Abg. Köppler CDU schüttelt den Kopf.)

oder Sie nicht befriedigen kann,

(Schulze-Stapen CDU: Es geht um die Öffentlichkeit! – Weitere Zurufe von der CDU)

dann bin ich mit Ihnen der Meinung

(Spellerberg CDU: Alles Klimmzüge!)

– Herr Spellerberg, lassen Sie mich doch einmal etwas Sportliches versuchen! –,

(Heiterkeit bei der SPD)

daß das Parlament auf die völlige Aufklärung eines solchen Sachverhalts Anspruch hat.

(Allgemeiner Beifall)

(C) Ich werde mich also – und ich bin überzeugt, im Einvernehmen mit dem Innenminister – um diese Aufklärung bemühen, und ich hoffe, daß bei dieser Aufklärung deutlich wird, daß dem Innenminister nichts ferner lag als eine fahrlässige Täuschung des Parlaments.

(Zurufe von der CDU: Na, na!)

– Wissen Sie, meine Damen und Herren, ich habe vor zwei Jahren einmal in einer solchen Situation gestanden, in der mir eine Panne unterlaufen ist. Da ist es mir schwer gewesen, mich zu entschuldigen.

(Giesen CDU: Warum eigentlich? – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich bin der Auffassung, daß um des Ansehens des Parlaments und der Regierung willen dies nicht zu einem parteipolitischen Streit werden darf. Wenn jemand einen Fehler gemacht hat, dann wird gesagt: Das war ein Fehler. Und wenn jemand keinen Fehler gemacht hat, wird auch das gesagt. Aber dies geschieht in Anwesenheit und unter Mitwirkung des Betroffenen.

Dies biete ich Ihnen an. Denn dieser Innenminister hat jenseits dieser Panne – falls es eine gewesen ist – das Vertrauen des Regierungschefs; das wird hier deutlich. Es wird ebenso deutlich, daß ich mit Ihnen an der Aufklärung dieses Sachverhalts interessiert bin. – Das wollte ich Ihnen sagen, damit hier nichts in falsche Fährten kommt.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident Dr. Vogt: Das Wort hat Herr Abg. Köppler. Bitte schön!

Köppler CDU: Herr Präsident! Nachdem der Herr Ministerpräsident das Wort ergriffen hat, mache ich von der Möglichkeit des § 73 der Geschäftsordnung Gebrauch und erlaube mir, noch einmal das Wort zu nehmen.

Herr Ministerpräsident, es ehrt Sie, daß Sie offenbar den Vorgang in seiner Qualität im Umgang mit dem Parlament und der Öffentlichkeit richtig einschätzen. – Ich bedaure es auch, daß der Innenminister heute nicht da ist; denn ich möchte dieses Verhalten des Innenministers nicht gern in seiner Abwesenheit im Parlament diskutieren.

Aber ich weiß, Herr Ministerpräsident, daß Sie einen Brief angesprochen haben. Ich weiß, daß dieser Brief nicht ohne Ihre Mitwirkung zustande gekommen ist. Aber ich muß hier erklären: Dieser Brief unterscheidet sich von der seinerzeitigen klaren Erklärung, die Sie in einer möglicherweise vergleichbaren Situation abge-

(C)

(D)

(Dr. Pohl CDU)

- A) chen, damit die Bevölkerung in der Lage ist, sich ein richtiges Urteil zu bilden?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Herr Innenminister!

Dr. Hirsch, Innenminister: Herr Abgeordneter, ich weiß nicht, ob Sie das, was ich jetzt gesagt habe, richtig wiedergegeben haben; ich habe das Protokoll noch nicht vorliegen. Ich will sagen, daß für das erste Halbjahr 1978 eine steigende Tendenz, eine Zunahme rechtsextremistischer Aktivitäten festzustellen war – für das erste Halbjahr 1978! Wir haben den Eindruck, daß sich diese zunehmende Tendenz des ersten Halbjahres 1978 im zweiten Halbjahr 1978 nicht in gleicher Weise fortgesetzt hat – wir haben den Eindruck. Ich muß aber sagen, daß man eine Bilanz immer erst am Ende eines Zeitraumes ziehen kann. Deswegen bin ich sehr vorsichtig, vor Ende des zweiten Halbjahres 1978 wirklich verbindliche Aussagen dazu zu machen. Ich wiederhole: Wir haben den Eindruck, daß die zunehmende polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Tätigkeit auf diesem Gebiet in der Tat Wirkung gehabt hat, erfreulicherweise! Ich bin selbstverständlich bereit, sobald signifikante Aussagen dazu gemacht werden können oder exakte Zahlen vorliegen, Ihnen das auch im einzelnen darzustellen, was sonst im Verfassungsschutzbericht stehen und dort veröffentlicht werden würde.

B)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Zu einer weiteren Zusatzfrage Herr Abg. Dr. Pohl!

Dr. Pohl CDU: Herr Minister, da Ihre Antwort doch eine sehr differenzierte Beurteilungsnotwendigkeit ergeben hat, darf ich noch einmal meine Bitte wiederholen und Sie fragen: Sind Sie bereit, dem Hohen Hause oder dem Hauptausschuß einen Sonderbericht über die neonazistischen Umtriebe zu geben?

Vizepräsident van Nes Ziegler: Herr Innenminister!

Dr. Hirsch, Innenminister: Herr Abgeordneter, ich habe Ihnen schon als erste Antwort auf die Fragen gesagt: Natürlich bin ich bereit, zu jedem Punkt einen Bericht zu geben, wenn das gewünscht wird; man muß nur sehen, zu welchem Zeitpunkt.

Mein Bestreben ist es eigentlich, zu einer ausgewogenen Berichterstattung über die Extremisten beider Seiten zu kommen, das heißt, gleichzeitig dem Hohen Hause mitzuteilen, was sich auf der rechtsextremistischen und auf der linksextremistischen Seite getan hat, weil man beides im Zusammenhang sehen muß. In beiden Bereichen gibt es natürlich Gründe, über die man besorgt sein kann. In beiden Bereichen! Ob es sinnvoll ist, einen extra darzustellen – darüber kann man verschiedener Meinung sein. Wenn das Haus es wünscht, stehe ich dem natürlich nicht entgegen.

Vizepräsident van Nes Ziegler: Danke sehr, Herr Minister!

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die Mündliche Anfrage 341 erledigt. Ich schließe die Fragestunde.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Landtagssitzung vom 29. November 1978 hat der Innenminister im Zusammenhang mit der Auffindung des Sicherheitsberichtes zum SNR 300 MWe, Prototyp-Kernkraftwerk mit Schnelltem Natriumgekühltem Reaktor – Band III, Abbildungen, Kopie 249 – auf einer Essener Straße durch Sicherheitsbedenken eine erhebliche Beunruhigung hervorgerufen.

Seine in diesem Zusammenhang geäußerten Bedenken hält der Innenminister nicht mehr aufrecht. Er bedauert die durch seine Bemerkung entstandene Beunruhigung und entschuldigt sich dafür.

Vizepräsident van Nes Ziegler: Das Wort hat der Herr Innenminister!

Dr. Hirsch, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gegenstand der Erklärung ist mein Redebeitrag in der Aktuellen Stunde vom 29. 11. 1978, in dem ich im Anschluß an die Mitteilung über das Auffinden einer Akte mit technischen Zeichnungen zum SNR 300 Sicherheitsbedenken geäußert habe.

Dazu war mir folgendes bekannt:

Am Sonntag, dem 26. 11. 1978, gegen 17.00 Uhr, wurde von zwei Schülern in Essen an der Ecke Liebig-/Colißstraße auf einem Verteilerkasten der Bundespost ein Ordner „SNR 300 MWe Prototyp-Kernkraftwerk mit Schnelltem Natriumgekühltem Reaktor – Sicherheitsbericht, Band III, Abbildungen, Konsortium SNR, Kopie-Nr. 249 –“ gefunden.

Der Polizeipräsident Essen richtete am selben Tag eine entsprechende WE-Meldung – das heißt: Wichtige Ereignismeldung – unter anderem an den Innenminister, das Landeskriminalamt und das Bundeskriminalamt.

Aus der Meldung ergab sich, daß sich die Unterlagen auf den sogenannten Schnellen Brüter Kalkar beziehen und unter anderem Lageplan, Standort, weitere Pläne, Skizzen, Aufzeichnungen über Reaktorgebäude, Dampferzeugergebäude, Maschinenhaus, Schaltanlagengebäude, Erdbebengebiete, Maschinenhaus, Schaltanlagengebäude, Erdbebengebiete, Bevölkerungsdichte und anderes mehr enthalten.

(C)

(D)

(Dr. Pohl CDU)

- A) selbst bei einer formgerechten Entschuldigung der in der Öffentlichkeit entstandene Vertrauensverlust als Schaden wieder gutgemacht werden? Darüber hätten wir hier und heute von Ihnen, Herr Ministerpräsident, gern etwas gewußt.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß das mit dem, was Sie, Herr Kollege Pohl, hier vorgetragen haben, doch zu holzschnittartig wird.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Die Tatsache, daß ein Bericht von ermittelnden Beamten in Essen für nicht geheimhaltungsbedürftig gehalten wird, und die Tatsache, daß auch die betreibende Firma diesen Bericht nicht für geheimhaltungsbedürftig hält, ist wichtig und mußte deutlich gemacht werden.

(Pürsten CDU: Das ist der Anlaß der Prüfung!)

Eine ganz andere Frage ist, ob denn ein Sicherheitsband, der unter bestimmten Beschränkungen vor 6, 7 Jahren ausgelegt hat --

- B) (Zuruf von der CDU: Keine Beschränkung!)

– Doch, das ist hier vorgetragen worden!

(Dr. Pohl CDU: Welche Beschränkung?)

– Daß aus ihm nicht abgeschrieben, nicht fotokopiert werden durfte! Daß dieser Band irgendwo auf der Straße gefunden wird, ist doch schließlich bei allem, was sich jetzt herausgestellt hat, dadurch nicht zur Lapalie geworden. Darauf wollte ich hingewiesen haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Zuruf von der CDU: Eben! Eben!)

Wer heute bewertet, was man alles in den Stunden zwischen 14 Uhr und der Aktuellen Stunde am nächsten Tage hätte recherchieren können, sollen und müssen,

(Köppler CDU: Eine halbe Stunde haben wir dafür gebraucht! – Pürsten CDU: Ohne Apparat!)

der kommt in der Tat zu der Bewertung, die hier heute morgen in den Schlußsätzen des Innenministers deutlich geworden ist und die ihn zu seiner Entschuldigung geführt hat. Aber, meine Damen und Herren, wenn eine solche Entschuldigung – lesen Sie den Text noch einmal nach, Herr Kollege Pohl – in dieser Form hier vorgelesen wird, wenn dann eine Debatte darüber stattfindet

und wenn dann deutlich ist, was der Innenminister Ihnen als das Motiv seiner Aussage vor dem Landtag dargestellt hat, dann sollten wir diese Sache für erledigt erklären. Sonst bleibt die Entschuldigung keine Sache, die man ausspricht und die angenommen wird, dann wird sie nicht mehr eine faire Geste im Parlament, sondern dann wird die Entschuldigung zu einer Art parlamentarischen Spielmaterial, und das darf sie nicht werden!

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Köppler.

Köppler CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! So einfach geht das nicht, Herr Ministerpräsident!

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, daß der Herr Innenminister die Wertung der Essener Polizei rechtzeitig vorher kannte, als er seine Erklärung abgab. Wenn er diese Bewertung bezweifelt hätte, dann hätte er Gelegenheit gehabt, weitere Ermittlungen und Erkundigungen einzuziehen. Er hätte mindestens so schnell wie wir – nämlich in einer halben Stunde – von Interatom erfahren, daß diese Unterlagen 1971 ausgelegt haben, damit öffentlich zugänglich waren, infolgedessen nach logischen Grundsätzen auch nicht geheim sein konnten. Das konnte er wissen, und das wußte er auch!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Ich kann doch nicht annehmen, daß wir einen Innenminister im Amt haben, der solche Mitteilungen der Polizei einfach nicht zur Kenntnis nimmt.

(Klein CDU: Aber die Akte anfordert!)

– Aber die Akte anfordert, sogar die Rückfragen bei dem Konsortium anordnet, aber von allem keine Kenntnis nimmt, dann aber hierher kommt und erklärt: „Das alles habe ich bei meiner Intervention im Landtag nicht gewußt.“

(Pürsten CDU: Ein Trauerspiel!)

Das gibt's doch nicht! So einfach können wir das doch nicht geschehen lassen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, wir hätten eine rückhaltlose Entschuldigung – nicht die verklausulierte für eine falsche Einschätzung – dafür, daß hier dem Parlament die Unwahrheit gesagt worden ist, akzeptiert.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

(Köppler CDU)

- (A) leicht modulierter Form wiederholen können. Das werden wir nicht zulassen. Jetzt – heute – wird der Haushalt für das Jahr 1979 geschlossen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wer heute nicht zustimmt, vertagt die Hilfe für das Revier aufs nächste Jahr. Das, meine Damen und Herren, sollten Sie sich zu Gemüte führen.

(Beifall bei der CDU)

Dann seien Sie schon so ehrlich und sagen: „Wir wissen nicht, wie man helfen kann, wie man die gezielte Hilfe anbringen kann, wir brauchen dazu noch eine Serie von Studien und Konferenzen; wir können in diesem Jahr noch nicht.“ Seien Sie dann so ehrlich und sagen Sie das! Dann wollen wir uns in den nächsten Monaten weiter darüber unterhalten. Aber, meine Damen und Herren, mit Spiegelfechtereien lassen wir Sie hier nicht aus der Verantwortung entfliehen.

(Heinz F.D.P.: Wir Sie auch nicht!)

Heute und hier muß die Hand gehoben werden. Ich kann Sie nur noch einmal bitten: Überlegen Sie sich gut, ob Sie den Mut aufbringen, gegen das Revier zu stimmen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

- (B)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident Rau.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich las in diesen Tagen eine dpa-Meldung, in der es hieß, Herr Köppler wolle in den nächsten Tagen nicht für Schlagzeilen sorgen. Das bezog sich aber offenbar auf einen anderen Sachverhalt als auf den, den Sie, Herr Köppler, in Ihrem letzten Satz angesprochen haben.

(Zurufe von der CDU)

– Meine Damen und Herren, ich finde es richtig, wenn man sich gegenseitig zuhört. Das haben wir eben getan. Ich habe Herrn Köppler genau zugehört.

(Zuruf von der CDU: Wir hören ja zu!)

Herr Köppler hat in seiner Rede damit geendet, daß er sagte: Überlegen Sie es sich, ob Sie gegen das Revier stimmen. – Wer gegen die CDU stimmt, stimmt nicht gegen das Revier, Herr Köppler!

(Beifall bei SPD und F.D.P. – Köppler CDU: Sie meinen, gegen die CDU-Anträge, Herr Ministerpräsident!)

– Wer gegen CDU-Anträge stimmt, stimmt nicht gegen das Revier.

(Erneuter Beifall bei SPD und F.D.P.)

Aber es wäre ganz gewiß gut gewesen, wenn wir in den letzten zehn, zwanzig Jahren mehr Gelegenheit gehabt hätten, gleichzeitig für CDU-Anträge und fürs Revier zu stimmen.

(Zustimmung bei SPD und F.D.P. – Dr. Pohl CDU: Und die Kohlefraktion des Herrn Posser?)

– Ich fände es gut, Herr Kollege Pohl,

(Dr. Pohl CDU: Von wegen 20 Jahre!)

wenn wir nach gemeinsamen Überlegungen zu gemeinsamem Handeln kämen. Ich habe deshalb das, was der Kollege Posser dazu gesagt hat, ausdrücklich begrüßt. Wer aber seine Anträge für das Ende der eigenen Überlegungen hält und wer nur noch den Überlegungsspielraum von Zustimmung und Ablehnung läßt, der will nicht ins Gespräch kommen.

(Zuruf von der CDU: Das ist eine Unverschämtheit!)

sondern der will einen Erfolg mit nach Hause, in den eigenen Fraktionssaal, nehmen.

(Zustimmung bei der SPD – Schulze-Stapen CDU: Sie haben nicht zugehört!)

Meine Damen und Herren, die Probleme des Reviers, mit denen wir es in den nächsten Monaten und Jahren zu tun haben werden, werden unterschiedliche Qualität und unterschiedliche Schwierigkeitsgrade haben. Dabei wird manches von dem wieder ins Gespräch kommen und zitiert werden können, was am Vormittag von Vertretern aller Fraktionen und von Sprechern der Regierung besprochen worden ist. Aber ich hoffe jedenfalls, daß dabei ein Grundton verschwindet, der heute morgen die Debatte mit bestimmt hat und den ich für einen nicht nur schrillen, sondern für einen falschen und ungerechten Ton halte. Ich meine die Aussage, daß jetzt nach Pleitejahren Gründerjahre kommen müßten.

Meine Damen und Herren, wer die Politik fürs Revier, die Politik im Revier, die dort von den Kommunalvertretern betrieben worden ist, die wir von der Landesregierung und die wir in vielen Jahren auch gemeinsam betrieben haben, sachlich verfolgt und bewertet, der stellt keine Pleitejahre fest, sondern der stellt fest, daß hier in den letzten zehn, zwanzig Jahren Probleme einer

(C)

(D)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Dimension bewältigt worden sind, wie sie unsere Väter gar nicht geahnt haben.

(Beifall bei SPD und F.D.P. – Dr. Heimes (Essen) CDU: Sie kennen doch die Zahl der Firmenzusammenbrüche!)

Ich gehöre diesem Landtag seit 1958 an. Ich erinnere mich der schwierigen, jahrelangen Diskussionen um die Kohle, ich erinnere mich an die Zeit, in der ein völlig ungeplantes, unkontrollierbares und unkontrolliertes Zechensterben herrschte, und ich erinnere mich daran, wie wir über die Gründung der Ruhrkohle AG und über jährliche Leistungen, von deren Höhe heute kaum jemand spricht und die der Steuerzahler heute noch jedes Jahr erbringt, dafür gesorgt haben, daß die Kohle in einer geordneten Wirtschaftspolitik

(Zuruf von der CDU: Stillgelegt wird!)

auf den Tag hingeführt wird, an dem wir sie wieder stärker als die sicherste und wichtigste und eines Tages dann auch preiswerteste Energiequelle zur Verfügung haben werden.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Das ist geleistet worden, und daran haben viele Anteil: viele im Bund und viele bei uns in Parlament und Regierung, viele Sozialdemokraten, viele Freie Demokraten und viele, die der Opposition angehören. Niemand hat daran ein größeres Verdienst als mein Amtsvorgänger Heinz Kühn.

(B)

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Wer heute in manchen Redebeiträgen aus dem Revier das Armenhaus der Bundesrepublik macht

(Zuruf des Abg. Giesen CDU)

– lesen Sie einmal nach, was Herr Heimes und was Herr Rinsche hier gesagt haben,

(Schulze-Stapen CDU: Das Gegenteil hat Herr Rinsche gesagt!)

lesen Sie einmal alles nach, was die beiden geäußert haben –, der darf nicht anschließend kommen und diesem Armenhaus Waren anbieten, die zu solchen Preisen zu teuer sind.

(Schürmann CDU: Das ist eine Unterstellung!)

Herr Kollege Köppler hat Herrn Riemer mit der Rede aus der Ruhrdebatte im vergangenen Jahr zitiert. Die Zitate

waren richtig, aber sie waren unvollständig; denn eines hat Riemer damals auch gesagt, und das ist für mich die wichtigste Erkenntnis dieser Monate: Man kann die Monostruktur des Ruhrgebiets nicht abschaffen, sondern nur auflockern.

(Zustimmung des Abg. Köppler CDU)

Ich warne davor, die bisherigen Erfolge in der Auflockerung dieser Monostruktur zu verkleinern und die negativen Aspekte der verbliebenen Monostruktur so zu vergrößern, daß kein Mensch mehr ins Revier kommen will und daß die, die da sind, auch noch gehen wollen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Herr Kollege Köppler, es ist immer eine schlechte Sache – heute für Sie, manchmal für mich; das gilt für jeden einmal –, daß man Leute zitieren muß, die man nicht zitieren kann, also die Oberbürgermeister, die so schrecklich besorgt sind. Ich weiß, daß manches in Privatgesprächen gesagt wird. Ich selbst kann mir nicht vorstellen, wer solches sagt, denn der Termin dieser Ruhrkonferenz ist von mir zum Beispiel mit einigen meiner Freunde, die Oberbürgermeister sind, einvernehmlich besprochen worden, bevor ich dem Kabinett einen Vorschlag gemacht habe. Das habe ich im Kabinett auch gesagt. Ich habe gute Gründe für diesen Termin und habe die, mit denen ich darüber geredet habe, so glaube ich, von der Richtigkeit dieses Termins überzeugt.

(Spellerberg CDU: Damit sie an Europa glauben! – Schürmann CDU: Kommunalwahlen!)

Wenn das bei den Oberbürgermeistern oder anderen Kommunalvertretern noch nicht gelungen wäre, würde ich, wenn ich jetzt mit diesen meinen Oberbürgermeisterfreunden spräche, sie danach fragen, ob sie wirklich den Eindruck gehabt hätten, daß in der Frage der Lohnsummensteuer diese Landesregierung nicht die Interessen des Reviers gesehen und in den Verhandlungen mit dem Bund durchgesetzt hätte.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Durchgesetzt?)

– Ja, durchgesetzt! – Ich bin sicher, daß das anerkannt ist und anerkannt wird.

(Köppler CDU: Gibt es keine Probleme mehr?)

Es gibt Probleme im Blick darauf, wie wir den Spitzenausgleich innerhalb der Landesregierung so miteinander verabreden, daß dabei gleichmäßig gefördert oder nicht gefördert wird. Da gibt es Probleme innerhalb, hier haben wir die Gespräche noch nicht zu Ende geführt, aber in der Frage des Spitzenausgleichs selbst gibt es keine Probleme. Die Zusagen, die ich und die Landesre-

(Rau, Ministerpräsident)

C

(A)

gierung gemacht haben, sind nach Absprache mit dem Bund eingehalten worden. Das wird auch für die Hilfen für das Revier gelten.

Dies wird leichter, wenn wir den Mut haben, differenzierte Bilder anzubieten, statt Holzschnitte zu verkaufen, auch wenn Holzschnitte sich von anderen Malereien dadurch unterscheiden, daß sie in der Originalfarbe schwarz sind.

(Elfring CDU: Nicht nur, nicht mehr!)

Die differenzierten Bilder gelten für alle Bereiche. Sie gelten dafür, daß wir einmal darstellen müßten, bei welchen Positionen, die Sie zu Anträgen verarbeitet haben, denn das vorhandene Geld im Landeshaushalt nicht ausreicht. Diesen Befehl sind Sie heute schuldig geblieben.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Es ist richtig, daß wir bei der institutionellen Förderung von Forschung den Bundesdurchschnitt nicht erreichen. Darauf haben Sie zu Recht hingewiesen. Ich habe darauf ebenfalls hingewiesen, zuletzt in dem gestrigen Gespräch mit dem Bundeskanzler. Aber ich pflege die Gründe hinzuzufügen. Ich pflege nämlich hinzuzufügen: Daß wir bei der institutionellen Forschungsförderung noch so knapp liegen, das liegt daran, daß unsere Universitäten erst in den letzten zehn Jahren aufgebaut worden sind.

(D)

(B)

(Erneute Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Wenn Sie sich dann die Entwicklung ansehen, werden Sie feststellen, daß die institutionelle Forschungsförderung durch den Bund für Nordrhein-Westfalen in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt worden ist. Wo ist denn die Anerkennung der Opposition für diese Tatsache?

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Der Bundeskanzler hat in Essen beim Forum Arbeit und Technik eine Rede gehalten, in der er Bemerkungen zur Situation im Ruhrgebiet gemacht hat. Ich möchte diese Bemerkungen ausdrücklich unterstützen, und ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß nach meiner Überzeugung in der Diskussion – die ich begrüße und zu der viele Beiträge gekommen sind und noch kommen, mit Phantasie und Intelligenz und mit neuen Vorschlägen zur Infrastruktur des Reviers und zu dem, was man dort machen könnte – eine Gefahr liegt, daß nämlich die Unternehmer meinen, sie brauchten nichts mehr zu unternehmen. Das darf nicht geschehen.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Lachen bei der CDU – Dr. Schwefer CDU: Und die Landesre-

Das ist der nach meiner Meinung wichtige Hinweis in der Rede des Bundeskanzlers: daß die eigentlichen Kräfte in der inneren Umstrukturierung der Industrie liegen, und da sind – ob in mitbestimmten oder nicht mitbestimmten Unternehmen – die Unternehmensleitungen herausgefordert. Wir reden seit einiger Zeit mit diesen Unternehmensleitungen, wie das geschehen könnte und wie wir dann dabei helfen könnten.

(C)

Der Erwartungshorizont gegenüber der Ruhrkonferenz kann in der Tat zu groß werden. Es kann die Sorge entstehen, diese Ruhrkonferenz sei so etwas wie ein Ersatz für das Landesparlament. Das kann sie nicht werden, auch nicht Ersatz für Regierungshandeln. Aber was sie sein soll, habe ich in der Regierungserklärung ausgeführt; ich hoffe, daß sie das wird, wie ich auch hoffe, daß es gut wird, wenn Menschen an einen Tisch kommen und miteinander reden, denen dieses Land und denen das Herzstück dieses Landes Nordrhein-Westfalen den Einsatz ihrer Leistungsfähigkeit, ihrer Intelligenz und ihrer Phantasie wert ist. Wer glaubt, da würde eine Wundertüte verteilt, wer glaubt, das sei die Verteilungsstelle für Landesmittel, der hat die Ruhrkonferenz, die wir gemeint haben, in der Tat mißverstanden. Das kann sie nicht sein, und das soll sie nicht werden.

Aber bis heute haben Sie den Nachweis nicht erbracht, daß die Probleme des Reviers, die wir nicht haben lösen können, mit zusätzlichem Geld schneller gelöst werden könnten als auf dem von uns vorgeschlagenen Weg.

(D)

Es gibt Probleme im Revier, Herr Schulze-Stapen; ich habe oft darauf hingewiesen; der Wirtschaftsminister hat das auch getan. Man muß dann nur die Rede ganz bewerten und nicht nur Teile. Aber es gibt eben nicht bloß Probleme im Revier, sondern es gibt auch kontinuierlich in den letzten zehn, zwölf Jahren mit finanziellen Mitteln des Landes eine überproportionale Förderung im Revier, gerade auf den Gebieten, die hier heute morgen angesprochen worden sind.

(Dr. Schwefer CDU: Mit erhöhter Arbeitslosigkeit!)

Es gibt eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit,

(Dr. Schwefer CDU: Seit Jahren! Das ist immer bestritten worden!)

es gibt auch ein Auseinandergehen der Schere, Herr Kollege Schwefer, weil in der Tat jetzt andere Regionen der Bundesrepublik Teile der Entwicklungen nachholen, die das Revier vor Jahren und Jahrzehnten durchgemacht hat, nämlich bei seinem industriellen Aufschwung von den Branchen her, die an die Grundstoffindustrie gebunden waren. Daß das jetzt in anderen Bereichen Nachholeffekte bewirkt, ist doch keine Frage. Deshalb ist es auch keine Frage, daß die anderen Länder sehr sorgsam darauf achten, daß wir ihnen keine Mittel

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) wegnehmen, von denen sie glauben, sie könnten ihnen noch helfen. Ich glaube, daß wir in eine Grundsatzdiskussion der Gemeinschaftsaufgaben eintreten müssen.

(Dorn F.D.P.: Sehr wahr!)

Ich bin der Meinung, Gemeinschaftsaufgaben sind nicht mehr das richtige Mittel überhaupt als Verfassungsinstrument.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wenn es sie aber noch gibt, müssen sie so ausgestaltet werden – und es muß eventuell über Gesetzesinitiativen dafür gesorgt werden, daß sie so ausgestaltet werden können –, daß nicht Städte wie Lübeck oder Schweinfurt Mittel aus Gemeinschaftsaufgaben bekommen und Gelsenkirchen und Herne leer ausgehen. Dann müssen wir die entsprechenden Initiativen erörtern, beschließen und in Gang setzen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Aber vorher werden wir alles tun, um Gesprächspartner und Kombattanten für die Sache des Reviers zu finden. Im Augenblick sind wir dabei. Das ist keine Sache für Öffentlichkeitsarbeit, das ist keine Sache, mit der der Ministerpräsident ständig Interviews geben könnte – das ist auch gar nicht sein Interesse –, aber seien Sie versichert, Herr Kollege Köppler: Kein Tag vergeht, an dem nicht Termine stattfinden, in denen ich mit der Sache des Reviers befaßt bin und mit Menschen des Reviers über diese Sache des Reviers rede. Das scheint mir wichtiger zu sein, als Namensartikel zu schreiben oder Interviews zu geben.

(B)

(Beifall bei SPD und F.D.P. – Zuruf von der CDU: Warten Sie dann immer noch bis Mai?)

Herr Kollege Dreyer, der Bundeskanzler braucht für das Revier nicht erst gewonnen zu werden.

(Köppler CDU: Also was er da in Essen erzählt hat!)

Als wir 1967 Probleme hatten, als wir Karl Schiller hier im Fraktionssaal hatten und ihn nicht für den Gedanken der Einheitsgesellschaft Ruhrkohle gewinnen konnten,

(Köppler CDU: Er hat sie doch gemacht!)

haben wir Helmut Schmidt, den damaligen Fraktionsvorsitzenden eingeladen, und er ist mit Alex Möller gekommen. Helmut Schmidt ist für uns nicht nur for show in die Grube gefahren, sondern er hat mit der Bundestagsfraktion dafür gesorgt, daß die Ruhrkohle-Gesellschaft zustande kam. Daß uns Helmut Schmidt nach Maßgabe seiner Möglichkeiten und im Rahmen dessen,

was er an Ausgleich leisten muß, helfen will, dafür hat das gestrige Gespräch, das ich geführt habe, deutliche Belege gezeigt.

(Köppler CDU: Von Werften versteht er mehr!)

– Für Ruhrort kann er auch etwas tun. Da werden wir doch nicht kleinlich sein, wenn dabei etwas für den Duisburger Hafen herauskommt, weil er davon noch mehr versteht.

Das gleiche gilt übrigens für Herbert Wehner. Wie immer Sie die gegenwärtige politische Landschaft betrachten mögen und wie immer Sie die Interessen sehen: Seien Sie sicher, der Bundeskanzler und der Fraktionsvorsitzende der SPD werden in den nächsten Monaten nicht nur zu Gesprächen zur Verfügung stehen, sondern bei Entscheidungen helfen. Ich bin überzeugt, daß die Differenzen, die zwischen Herrn Kollegen Riemer und Graf Lambsdorff bestehen, die Sie soeben in der Frage dargestellt haben, wie das bei Investitionszulage und Gemeinschaftsaufgabe sei, Differenzen im Blick auf die richtige Methode sind – da stütze ich Riemer –, daß dies aber nichts über einen mangelnden Willen des Grafen Lambsdorff aussagt, uns in Nordrhein-Westfalen zu helfen.

(Köppler CDU: Das habe ich nicht gesagt!)

Deshalb gehe ich davon aus, daß Sie wieder Anlaß zu Wehgeschrei haben werden und daß Sie wieder sagen werden: Da sieht man es, die Landesregierung versteckt sich hinter der Bundesregierung. Dazu wird es nicht kommen.

Aber ich würde mich freuen – darauf arbeite ich hin –, wenn Sie die Landesregierung und die Bundesregierung bei der Bewältigung der bestehenden Probleme jedenfalls nahe beieinander fänden und wenn die Koalitionen in Bonn und Düsseldorf dabei wären.

(Langanhaltender lebhafter Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die **Beratung geschlossen**, und wir kommen zur **Abstimmung**.

Ich lasse zunächst über die vorliegenden **Änderungsanträge Drucksachen 8/4179 bis 8/4182** abstimmen.

Wer dem **Änderungsantrag Drucks. 8/4179** der Fraktion der CDU zu § 2 FAG seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke sehr. – Die Gegenprobe! – Stimmhaltungen? – Das letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist **abgelehnt**.

(C)

(Köppler CDU)

- (A) Wir sind durch die Politik dieser Koalition in eine Situation hineinmanövriert worden, durch die es für Nordrhein-Westfalen im statistischen Vergleich der Flächenstaaten immer weiter zurückging. Heute stellen wir fest, daß Nordrhein-Westfalen – vielleicht abgesehen vom Saarland – immer mehr Nr. 1 in einem negativen Sinn geworden ist.

(Finanzminister Dr. Posser: Das stimmt gar nicht!)

Zum Beispiel im Sinn der Arbeitslosigkeit, verehrter Herr Finanzminister!

(Finanzminister Dr. Posser: Nein!)

– Doch, genau das stimmt!

(Finanzminister Dr. Posser: Aber nicht für Nordrhein-Westfalen!)

Wenn es um Wachstum und Vollbeschäftigung geht, sind wir bei weitem nicht mehr Nr. 1.

(Finanzminister Dr. Posser: Seit 1960!)

Meine Damen und Herren, das fordert uns heraus, und das motiviert uns, die Wende nicht nur zu wollen, sondern sie auch herbeizuführen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen den neuen Anfang, nicht, um eine sogenannte bewährte Politik, wie der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung gesagt hat, fortzusetzen, sondern um die Bürger unseres Landes vor weiterem Schaden zu bewahren. Das ist unsere Aufgabe fürs nächste Jahr.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die dritte Lesung des Landeshaushalts sollte uns – und hier wird eine erste Unterscheidung zwischen der Rede von Herrn Kollegen Köppler und mir liegen – unter anderem mit dem Landeshaushalt beschäftigen,

(Beifall bei der SPD)

der hier mit keinem Satz in der Sache angesprochen worden ist, und darum führe ich Sie zunächst zu diesem Thema.

Wir entscheiden heute nach mehrmonatigen Beratungen über Ausgaben in Höhe von fast 50 Milliarden DM, über Leistungen an unsere Gemeinden von 12 Milliarden DM. Wir entscheiden – und wie gut wäre es, wenn ein Oppositionsführer das einmal erwähnte! – über 10700 neue Arbeitsplätze an den Schulen, den Hochschulen, den Gerichten, bei der Polizei, den Finanzämtern und im übrigen Landesdienst.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir entscheiden über 11 Milliarden DM Investitionen, davon allein 2,6 Milliarden für den Wohnungsbau. Hier wird ein Haushalt verabschiedet, bei dem nicht die Frage gestellt wird, wer Nr. 1 ist, sondern ob wir am richtigen Platz stehen,

(Beifall bei der SPD)

ob wir das Richtige tun, um mit den Fragen unserer Zeit und unseres Landes fertig zu werden. Und dabei, Herr Kollege Köppler, werde ich den Wettbewerb in Vollmundigkeit nicht zu führen versuchen; den haben Sie gewonnen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Aber den Wettbewerb um das Vertrauen des Bürgers, den haben Sie noch nicht gewonnen, und den will und werde ich gewinnen.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien – Lachen bei der CDU – Dr. Heimes (Essen) CDU: Aber nicht mit Sprüchen!)

Wir werden deutlich machen, daß die bewährte und zielstrebige Politik für unser Land und für unsere Gemeinden am besten dann fortgeführt wird, wenn die sozial-liberale Koalition in diesem Lande fortgeführt wird.

(Dr. Schwefer CDU: Das kann doch nicht wahr sein!)

– Das kann wahr sein, Herr Kollege Schwefer. Das, was Herr Kollege Köppler seit 1970 sagt und zusätzlich jeden Dienstagmittag – diese Landesregierung ist unfähig, ist untätig, hat keine Konturen –,

(Zurufe von der CDU: Sehr richtig!)

aus der gleichen Funktion wie jetzt weiter zu sagen, möchten wir ihm noch viele Jahre Gelegenheit geben.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Zuruf des Abg. Evertz CDU)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) – Auf die Genossen komme ich noch, Herr Evertz. – Von meinem dienstjüngeren Amtskollegen Franz Josef Strauß habe ich gelesen, er habe in den ersten 100 Tagen seiner Regierungszeit zwei Entscheidungen getroffen. Die eine war ein bayerisches Internum. Die andere wurde in einigen Zeitungen als haushaltspolitische Meisterleistung vorgeführt, wie sie wohl niemand anderer zuwege bringe, nämlich die Steigerungsrate für den bayerischen Haushalt auf 6,3% zu drücken.

(Dr. Schwefer CDU: Er hat ein gutes Haus!)

Wir bleiben in einer Lage und mit einem Haushalt, in der Kollege Strauß keine Chance hätte, bei 5,8% und haben deshalb einen stabilen, einen richtigen Haushalt.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Spellerberg CDU: Was ist das für eine Schönfärberei!)

Wir sehen die konjunkturelle Entwicklung nicht gefährdet, und wir halten dennoch die hohe Kreditaufnahme von 7,7 Milliarden DM für berechtigt und für vertretbar. Wir haben die Mittel des Haushaltsrechtes, die uns die Möglichkeit geben, auf Veränderungen im Laufe des Jahres durch Nachtragshaushalte zu reagieren, und wir haben das angekündigt.

- (B) Deshalb rate ich der Opposition, zur allgemeinen konjunkturellen Lage ein neues Lied einzuüben. Sie können nicht mehr mit Andreas Gryphius Jahr für Jahr singen, die Erde sei ein Jammertal, und wir hätten am meisten Anlaß, dieses Lied zu singen. Selbst der Vertreter des berufsmäßigen Pessimismus unter den Konjunkturfröschchen, nämlich das Institut der Deutschen Wirtschaft, liegt mit seinen Erwartungen für dieses Jahr, das Jahr 1979, einige Sprossen über dem, was der Bundeswirtschaftsminister sagt. Ich streite jetzt nicht darüber, ob das die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft sind oder die Ergebnisse einer zielsicheren und ausdauernden, einer von der Opposition immer wieder bekämpften und miesgemachten staatlichen Konjunkturpolitik. Ich brauche das in Prozentsätzen nicht auszurechnen. Ich sage: Erst kam die Politik, und dann kam die Selbstheilung.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das gilt auch für unser Land. Jährlich 8 Milliarden DM Kaufkraftstärkung allein in Nordrhein-Westfalen durch die von 1974 bis 1978 beschlossenen Steuererleichterungen für die privaten Haushalte, jährlich 7 Milliarden DM allein in unserem Land machen die Investitionshilfen aus, die mit diesem Steuerprogrammen verbunden sind. Und ich sage, auch die Haushaltspolitik der Landesregierung und der Landtagsmehrheit, die die Opposition bis zu der überraschenden Kehrtwendung in der zweiten Lesung bekämpft hat, hat ihren gewichtigen

Anteil an dieser erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Herr Kollege Köppler, Sie haben immer schon ein, wie ich finde, schwieriges Verhältnis zu Zahlen und Statistiken gehabt. Sie haben heute von dem Wachstum in Bayern in Höhe von 16% gesprochen und von dem von 9% – –

(Köppler CDU: Ich habe zitiert.)

– Sie haben zitiert, ja, ja. Sie haben richtig zitiert; ganz im Gegensatz zu dem Artikel des Bundeskanzlers, den Sie so zitiert haben, wie Sie ihn gern verstehen möchten; denn da standen noch ein paar andere Dinge drin.

(Köppler CDU: Aber diese standen auch drin.)

Aber wenn ich neben eine Fabrik eine andere Fabrik setze, habe ich eine Steigerung von 100%. Wenn ich also ein Land, das nicht die Infrastruktur hatte – –

(Köppler CDU: Zum Beispiel Hessen, nicht wahr?)

– Darauf kommen wir gleich noch. Ich rede jetzt von Bayern und Nordrhein-Westfalen, die Sie genannt haben.

(Köppler CDU: Reden Sie mal über Hessen!)

Dann müssen Sie ausgehen von dem, was an Ausgangsdaten für Wachstum vorhanden ist. Und da haben wir nun einmal in Nordrhein-Westfalen die bessere Infrastruktur als andere Länder, und da müssen Sie auch bei den Wachstumsdaten von diesen Zahlen ausgehen.

(Zuruf von der CDU: Als Hessen, als Baden-Württemberg!)

– Als Bayern!

(Köppler CDU: Das nenne ich, sich in die Tasche lügen! – Dr. Schwefer CDU: Jawohl!)

Herr Kollege Köppler, ich bin mit Ihnen darin einig, daß die Kohle als nationale Aufgabe gesehen werden muß. Ich bin mit Ihnen darin einig, daß wir Bemühungen gegenüber dem Bund und den anderen Ländern unternehmen müssen, um von den 30% herunterzukommen. Aber als ich das in meiner ersten und bisher einzigen Rede als Ministerpräsident im Bundesrat gesagt habe, da hat Herr Kollege Albrecht dies zurückgewiesen, und deshalb hatte Diether Posser recht, wenn er die CDU aufgefordert hat, doch außer den vollmundigen Erklärungen hier ein paar Bemühungen anzusetzen, damit

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) die anderen Bundesländer diese Politik der nationalen Kohlereserve mit stützen.

(Beifall bei den Regierungsparteien. – Pürsten CDU: Wer stellt denn die Bundesregierung?)

Wir zum Glück und noch lange, Kollege Pürsten.

(Pürsten CDU: Dann macht doch was! – Beifall bei der CDU)

Wir werden in der Energiepolitik nicht hektisch umsteuern auf den Vorrang der Kernenergie, schon deshalb nicht, weil die Entsorgungsprobleme uns in allen Ländern bedrücken.

(Zuruf des Abg. Köppler CDU)

Wir werden das, was sich an Ölkrise entwickeln könnte, nicht durch Panikmache unterstützen.

(Köppler CDU: Das überlassen Sie Herrn Koschnick!)

– Auch Herr Koschnick macht keine Panik.

(Köppler CDU: Lambsdorff hat ihm das aber vorgeworfen.)

- (B) Und wir werden, Herr Kollege Köppler, bei unserer Energiepolitik die Schritte weitergehen, die wir eingeleitet haben; das Stichwort Ahaus haben Sie selber genannt.

Ich warne davor, Entsorgungseinrichtungen wie Ahaus und wie Gorleben zum Gegenstand parteipolitischer Polemik zu machen,

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

ganz gleichgültig, wer das tut,

(Pürsten CDU: Sagen Sie das den Leuten dort!)

ob das einzelne meiner Freunde am Ort sind oder ob das Oppositionspolitiker hier sind.

(Koch (Langenfeld) F.D.P.: Sehr gut! – Beifall bei der F.D.P.)

Damit wird die Sache nicht besser.

(Zuruf von der CDU: Einzelne Freunde? – Köppler CDU: Wer denn?)

Ich bin von der Stadt Ahaus eingeladen worden – –

(Köppler CDU: Herr Ministerpräsident! Jetzt Roß und Reiter nennen! – Abg. Köppler meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Vizepräsident Dr. Vogt: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage? – Bitte schön, Herr Kollege Köppler!

Köppler CDU: Herr Ministerpräsident, darf ich Sie bitten, die Oppositionspolitiker hier im Hause zu nennen, die in dieser Sache parteipolitisch gegen die Entsorgungsanlage bzw. die Zwischenlagerung vorgegangen sind.

(Beifall bei der CDU)

Rau, Ministerpräsident: Ich habe mit keinem Wort gesagt, es gäbe Oppositionspolitiker, die hier gegen das Entsorgungszentrum sprächen, sondern ich habe davor gewarnt, die Auseinandersetzung um die Entsorgung zum Gegenstand parteipolitischer Probleme zu machen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Sie dürfen auch bei der Frage der Kohlekraftwerke mit den rhetorischen Formulierungen, wo denn nun die Kohlekraftwerke wären, nicht den Eindruck erwecken, Herr Köppler, als wären Sie draußen der Vertreter der freien Marktwirtschaft und als erwarteten Sie bei den Kohlekraftwerken ein Handeln der Landesregierung, als seien wir hier in einem Staatshandelsland, in einem Staatswirtschaftsland.

(Starker Beifall bei den Regierungsparteien. – Köppler CDU: Sie sollten öfter mal mit Lambsdorff reden.)

– Mit Lambsdorff habe ich vorige Woche noch gesprochen, Herr Kollege Köppler.

(Köppler CDU: Das sollten Sie öfter tun. – Pürsten CDU: Vielleicht bleibt mal was hängen.)

Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen für sieben Kohlekraftwerke mit 7 700 Megawatt die Genehmigungen erteilt, und wir dürfen nun nicht so tun, als habe der Staat die Mittel, hinter die Genehmigung auch den Baubeginn zu setzen, sondern da sind die EVU's anzusprechen; da sind die anzusprechen, die, aus welchen Gründen auch immer, mit dem Bau zögern und denen wir so viele Schwierigkeiten wie möglich wegräumen, damit sie bauen können.

(Beifall bei der F.D.P.)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Und ich bin in den letzten vier Monaten um nichts anders stärker bemüht, als um dieses Wegräumen von Schwierigkeiten.

Dazu gehört, daß ich für Ibbenbüren und für Siersdorf bin – aber nicht nur dafür, sondern auch für das, was in Voerde zu geschehen hat.

Aber es hier so darzustellen, als hätten wir eine Politik der Verzögerung bei der Genehmigung von Kohlekraftwerken betrieben, das ist ein starkes Stück. Diesen Vorwurf weise ich zurück.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Das sitzt!)

Meine Damen und Herren, was diese von Herrn Kollegen Köppler nahezu im ritualisierten Verfahren der Unfähigkeit bezichtigte Landesregierung für das Ruhrgebiet getan hat, ist mehr als das, was Sie, Herr Kollege Köppler, in Druckerschwärze vorweisen können.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Das sitzt, das tut weh!)

Die Leistungsbilanz dieser Landesregierung seit 1966 für das Ruhrgebiet kann sich sehen lassen

(Zuruf von der CDU: Mehr Arbeitslose im Ruhrgebiet!)

(B)

und ist nach wie vor ohne Alternative der Opposition.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Lachen bei der CDU – Köppler CDU: Der Satz war klassisch!)

Herr Kollege Köppler, zu den Anträgen mit den 692 Millionen DM, die Sie in der zweiten Lesung eingebracht haben und die Sie heute wiederholen wollen, müßten Sie erst einmal nachweisen, daß die Mittel für die Projekte, die Sie fördern wollen, nicht im Haushalt stehen. Da werden Sie – Herr Kollege Posser hat es Ihnen nachgewiesen – Schiffbruch erleiden.

(Dr. Haak SPD: Sehr gut!)

Wir haben seit 1966 die Kohle in einer Weise gefördert, die auch von Ihnen anerkannt wird:

(Köppler CDU: Wir haben das mit gefördert!)

die Gründung der Ruhrkohle, das Stabilisierungsprogramm für die Ruhrkohle.

(Köppler CDU: Die Beschlüsse haben wir hier mit gefaßt!)

– Richtig!

(Dr. Pohl CDU: Dann würde ich das auch sagen!)

– Ich bin ja noch nicht am Ende meiner Rede, Herr Kollege. Ich rede nicht so lange wie Herr Kollege Köppler; aber ich bringe noch ein paar andere Gesichtspunkte mit ins Gespräch.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie danach fragen, ob das Vertrauen in den Bundeskanzler genügt, Herr Kollege Köppler, dann kann ich nur sagen: Nein, das genügt nicht; aber es ist gut, wenn man Vertrauen zu diesem Bundeskanzler hat. Fangen Sie damit mal an!

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Sie könnten dann mehr Beiträge leisten: zum Energieprogramm, das der Bund mit unserer Hilfe zustande gebracht hat, zur Stabilisierung und zum Ausbau der Position unserer Steinkohle. Was wir hier miteinander zustande gebracht haben, das kann sich sehen und hören lassen. Ich nenne das Dritte Verstromungsgesetz; ich nenne die Rahmenvereinbarung zwischen der Elektrizitätswirtschaft und dem Steinkohlenbergbau – einen Jahrhundertvertrag – mit den 33 Millionen t deutscher Steinkohle; ich nenne das, was wir in der Förderung des Hochtemperaturreaktors tun, und ich nenne das Technologieprogramm Energie des Landes von 1974, das Vorhaben enthält, die zukunftsweisend sind bei der Kohleveredelung, bei der Kohleverwendung, bei der wirtschaftlicheren Energienutzung, auf die es uns ankommt.

Wir haben im Ruhrgebiet seit Anfang der siebziger Jahre Investitionen von über 26 Milliarden DM nach § 32 des Kohlegesetzes gefördert. Wir haben in den letzten 10 Jahren fast 9 Milliarden DM für die Verbesserung des Verkehrswesens bereitgestellt, ohne den Anteil der Gemeinden. Wir haben – darauf wollte Friedhelm Farthmann in seinen Pressekonferenzen hinweisen; leider werden die schlechten Nachrichten stets stärker wiedergegeben als die guten Nachrichten, die in solchen Pressekonferenzen vorgetragen werden – den Staubbiederschlag im Revier um mehr als die Hälfte, die Schwefeldioxidimmission um ein Drittel und die Feinstaubimmission um ein Fünftel verringert. Wann sagen Sie endlich einmal, daß die Situation besser geworden ist?!

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir haben im Sozialen Wohnungsbau 510 000 Wohnungen gefördert, überalterte Wohngebiete saniert und Wohnungen modernisiert.

Wie hat denn diese nach Meinung des Herrn Kollegen Köppler unfähige und untätige Landesregierung – von der ich sage, sie setzt eine bewährte Politik mit einem neuen Anfang fort – das Revier verändert, etwa im Bil-

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) dungsbereich? Wir haben nach 1966 zusätzlich und parallel zur Universität Bochum vier Hochschulen von Universitätsrang im Revier aufgebaut, nämlich Duisburg, Essen, Hagen und das von Ihnen immer sträflich vernachlässigte Dortmund.

(Widerspruch bei der CDU – Dr. Heimes (Essen) CDU: Das haben Sie doch vernachlässigt! – Köppler CDU: Da war doch die Gründung der CDU! – Dr. Heimes (Essen) CDU: Er erinnert sich nicht mehr an seine eigene Amtszeit!)

1966/67 studierten 10,7 % aller nordrhein-westfälischen Studenten im Ruhrgebiet. 1978/79 waren es 27 %, und rund 75 % dieser Studenten stammen aus dem Revier selbst. Wir haben einen Anteil an Arbeiterkindern auf unseren Hochschulen, der größer ist als in jedem anderen Bundesland.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Zuruf von der SPD: Das paßt denen doch nicht!)

Was ist das eigentlich für ein Ruhrgebiet, das kaputtzureden Sie in Gefahr sind,

(Beifall bei den Regierungsparteien)

in dem wir den Anteil der Beschäftigten im Montanbereich von 1967 bis 1977 von 55 % auf 37 % gesenkt haben?

(B)

(Dr. Schwefer CDU: Wer, Sie?! – Weitere Zurufe von der CDU)

Was ist das eine landespolitische Leistung!

(Zuruf des Abg. Koch (Langenfeld) F.D.P. – Köppler CDU: Das ist doch verräterisch! – Zuruf des Abg. Ostrop CDU – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ach, Herr Ostrop! – Sehen Sie sich die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes an!

(Zuruf des Abg. Koch (Langenfeld) F.D.P. – Weitere Zurufe von der CDU – Köppler CDU: Da hat er ja wohl auch die Arbeitsplätze weggeschafft!)

– Ich rede jetzt nicht von der Arbeitslosenzahl, Herr Kollege Köppler; aber wir können davon auch noch reden.

(Pürsten CDU: Davon redet er nicht! – Köppler CDU: Da lassen Sie dann weiterreden!)

Wir haben in der Entwicklung der Löhne und Gehälter im Ruhrgebiet immer noch die Spitzenstellung. 1977 lag die Lohn- und Gehaltssumme derer, die in der Industrie

des Reviers tätig sind, fast um 8 % über der des übrigen Bundesgebietes.

(Dr. Schwefer CDU: Auch vor Frankfurt?)

– Nein, Sie können da nicht immer Einzelstädte nehmen,

(Dr. Schwefer CDU: Großraum Frankfurt! Rheinschiene!)

sondern es gibt in der Tat Entwicklungen, Herr Kollege Schwefer, die uns veranlassen – und davon haben wir in der Regierungserklärung gesprochen –, die spezifischen Probleme des Gebiets besonders zu erörtern und gemeinsame Wege zu suchen. Aber wer an den Anfang erst die Schwarzmalerei setzt, wer durchs Land läuft und das Ruhrgebiet in einer Art und Weise darstellt, daß da kein Mensch mehr wohnen will –

(Köppler CDU: Herr Farthmann! – Dr. Heimes (Essen) CDU: Das ist ja nicht zu fassen! – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

– Nein, nicht Farthmann!

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Köppler vertritt die Meinung, ich würde bei der Ruhrgebietskonferenz Schritt für Schritt zurückgehen. Das ist nicht meine Auffassung. Wenn Sie den Text der Regierungserklärung noch einmal lesen, dann werden Sie folgende beiden Sätze bedenken müssen:

Die Landesregierung wird wegen besonderer Probleme für diesen strukturpolitischen Aktionsraum an der Ruhr eine Regionalkonferenz einberufen. Sie soll dem verstärkten Gespräch der Beteiligten dieses Wirtschaftsraumes dienen und die Gemeinsamkeit des Handels fördern.

Genau das ist gemeint. Aber es ist nicht ein Ersatzparlament gemeint, es ist nicht gemeint die Vorwegnahme von Entscheidungen von Parlament und Regierung, und es ist auch nicht irgendeine Akademietagung gemeint, die wir da miteinander veranstalten wollen, sondern ich möchte, daß die im Revier Verantwortlichen und die für das Revier Ansprechbaren aus Wirtschaft und Gesellschaft dort in ein Gespräch über die drängenden Fragen eintreten, und zwar auf der Basis einer Leistungsbilanz, auf der Basis von Zielprojektionen und Perspektiven, die dort vorzutragen sein werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Bevor das geschieht – auch auf dem Hintergrund dieser Sätze aus der Regierungserklärung –, werde ich die Ruhrgebietsgespräche fortsetzen, die ich in den letzten Wochen begonnen habe, bei denen es mir nicht um Öffentlichkeit ging, aber um Aktivierung von Sachverständigen, unabhängig davon, wo dieser Sachverständigen

(Rau, Ministerpräsident)

(A) politisch angesiedelt fühlte, und ich gedenke, bei diesem Stil zu bleiben!

Ich werde gleich, meine Damen und Herren, noch ein paar Sätze zu meinem Führungsstil zu sagen haben, den Sie, Herr Kollege Köppler, hier angesprochen haben.

(Köppler CDU: Ich doch nicht!)

Aber lassen Sie mich vorher sagen, daß diese Ruhrkonferenz am 8. und 9. Mai stattfinden soll und daß ich zu ihr nach Castrop-Rauxel einladen werde.

Ich denke, daß wir heute so intensiv über das Ruhrgebiet reden, ist schon das erste Ergebnis dieser meiner Ankündigung in der Regierungserklärung.

(Lachen bei der CDU – Pürsten CDU: Das gibt's doch nicht!)

Daß die Kommunalpolitiker im Ruhrgebiet ihre Forderungen anmelden, ihre Vorschläge unterbreiten, daß es die Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion gibt und die Koalitionsgruppe, die am 1. März ins Revier kommt, daß die beiden Bezirksvorstände Niederrhein und Westliches Westfalen der SPD diese gemeinsame Sitzung abgehalten haben, daß sich der Landtag in jeder Sitzung mit diesem Thema befaßt und daß da der Marktwirtschaftler Biedenkopf vom Marktwirtschaftler Lambsdorff mehr Dirigismus fürs Revier fordert – das alles gehört dazu!

(B)

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Und daß die nordrhein-westfälische CDU, meine Damen und Herren, überstürzt und ohne Konzept jetzt von Parteikonferenz zu Parteikonferenz hastet – das alles hätte es doch ohne unsere Absicht, eine Ruhrkonferenz zu veranstalten, überhaupt nicht oder viel verzögerter gegeben.

(Lachen bei der CDU – Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien – Dr. Heimes (Essen) CDU: Sie haben Ihre Konferenz angekündigt, weil wir tätig wurden!)

Ein Erfolg, den die Ankündigung der Ruhrkonferenz gebracht hat, ist auch der Gesinnungswandel in Teilen der CDU gegenüber dem Ruhrgebiet, die jahrelang erzählt haben –

(Schürmann CDU: Das ist ja eine Beleidigung! – Lachen bei den Regierungsparteien – Weitere Zurufe von der CDU)

– Herr Kollege Schürmann,

(Zuruf von der SPD: Schlechtes Gewissen!)

nicht einmal der zweite Teil dessen, was ich sagen möchte, ist eine Beleidigung. Ich will nämlich niemanden beleidigen, sondern ich will nur sagen: Bei Ihnen hatten mir zu lange Zeit Leute das Sagen, die das platte Land vergolden wollten, und die warfen uns vor, wir blickten immer nur aufs Revier.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Leistungen der Regierung für das Revier sind nicht ohne Spuren geblieben; sie haben das Gesicht des Reviers stärker verwandelt, als viele das zugeben.

(Zuruf von der CDU: Arbeitslose! – Zurufe von der SPD)

Wer vor lauter Schwarzmalerei keine Farben mehr kennt, kann dem Revier auch gar nicht helfen, wo es Hilfe braucht, in erster Linie also beim Abbau von Arbeitslosigkeit.

Wer das Ruhrgebiet zum Armenhaus hinredet, der wird eines Tages einen Sozialplan machen müssen, statt einen Strukturplan zustande zu bringen.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien – Zuruf des Abg. Köppler CDU)

Bei der Bewältigung der Arbeitslosigkeit im Revier hat uns bis 1975 der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ein Stück weit geholfen; aber bis 1985 wird dieser Teil der Bevölkerung wieder um eine Million wachsen. Die Monostruktur im Montanbereich ist ganz gewiß einer der Gründe für die Probleme der hohen Arbeitslosigkeit, die wir da haben.

Die Anforderungen der Wirtschaft an den Arbeitsmarkt stimmen mit nachweisbaren Qualifikationen und Arbeitsplatzvorstellungen vieler Arbeitssuchender nicht überein, und wir werden der Frage nicht ausweichen dürfen, ob von beiden Seiten ausreichend viel Risikobereitschaft investiert wird, ob wirklich unter den vielen unbesetzten Arbeitsplätzen keiner mehr vorhanden ist, aus dem man zwei Teilarbeitsplätze machen könnte. Ich denke mit Sorge an die Frauenarbeitslosigkeit im Revier, und ich glaube, ohne Teilzeitarbeitsplätze ist da nicht zu helfen.

Die Ruhrgebietskonferenz wird der Ort sein, an dem wir Beteiligte dazu hören können. Sie wird sich aber auch mit Bevölkerungsfragen befassen. Dabei wird sie die demagogischen Formeln von der „Abstimmung mit den Füßen“ nicht aufnehmen.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien – Dorn F.D.P.: Geschmacklose Formeln!)

„Galoppierende Auszehrungen“ werden kein Thema sein. Wir werden diese Formulierungen nicht übernehmen.

(Rau, Ministerpräsident)

(A) men; denn bei der Ruhrgebietskonferenz soll ernsthaft gearbeitet werden. Das, was Sie, Herr Kollege Köppler, zum Thema „Abstimmung mit den Füßen“ zu sagen haben, ist falsch. Ich frage mich, ob Ihre Kollegen das nicht wissen. Gibt es da nicht Leute, die sorgfältiger mit Zahlen umgehen? Wohin geraten wir, wenn Wandermotive mit der Parteienpräferenz der Regierungen verarbeitet werden? Dann werden wir wohl feststellen müssen, daß die abwandernden Bürger gerade nicht in CDU-regierte Länder ziehen und daß wir Wanderungsgewinne etwa aus dem Saarland haben. Es gibt eine Untersuchung über Motive und Strukturen der Wanderungen im Ruhrgebiet vom letzten Herbst. Sie kommt zu bemerkenswerten Feststellungen.

(Dr. Schwefer CDU: Wer hat die denn gemacht?)

– Die hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen gemacht, Herr Kollege Schwefer.

(Dr. Schwefer CDU: Welcher Mann?)

– Bitte?

(Dr. Schwefer CDU: Welche Leute?)

– Das weiß ich nicht. Die Namen von Autoren habe ich jeweils nicht bei mir. Die muß ich auch nicht wissen, Herr Kollege Schwefer.

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

Aber ich muß wissen, daß in dem untersuchten Zeitraum von 1970 bis 1975 zwar anderthalb Millionen Menschen das Ruhrgebiet verlassen haben, aber auch 1,4 Millionen zugezogen sind. Ich muß darauf hinweisen, daß viele Ruhrgebietler sich nicht etwa mit Grauen abwandten, sondern ins nahe Umland gezogen sind, so daß wir landesweit auch Zuwanderungsüberschüsse haben.

(Köppler CDU: Wie viele Türken sind denn dabei? – Schürmann CDU: Sie sind ins Umland gezogen, weil sie dort Grundstücke für Familienheime erhielten, die ihnen die Städte nicht geben konnten.)

Wir müssen wissen und wir müssen sagen, daß unter den Fortziehenden überproportional viele Ältere sind und unter den Zuziehenden viele beruflich und schulisch Hochqualifizierte, und wir müssen wissen, daß die Zeit der Massenabwanderungen vorbei ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Köppler, vielleicht darf ich hier einmal eine persönliche Bemerkung machen. In einem sind wir

heute morgen hier, glaube ich, voll einig; ich würde das hier gerne einmal sagen: Die Akustik dieses Mikrophons ist abscheulich.

(Allgemeine Zustimmung)

Ich habe hier niemanden zu rügen; ich will auch nicht Ihre oder meine Rede bewerten, aber bei einer solchen Akustik ist man nicht imstande, einen Sachzusammenhang so vorzutragen, daß das nicht schweißtreibend auch für die Zuhörer wird.

(Allgemeine Zustimmung – Eifring CDU: Das ist seit Monaten so, Herr Ministerpräsident!)

Ich wollte das nur einmal sagen, damit Sie nicht denken, ich hätte hier etwas mit dem Kreislauf. Ich habe nur etwas damit, daß hier etwas anderes nicht läuft.

(Eifring CDU: Das ist aber seit Monaten so!)

Lassen Sie mich diesen Punkt saldieren. Der gesamte Wanderungsverlust im Ruhrgebiet hat in den ersten drei Quartalen des Jahres 1978 mit etwas über 10 000 Personen einen gegenüber den vorangegangenen Jahren absoluten Tiefpunkt erreicht.

Vizepräsident Dr. Vogt: Herr Ministerpräsident, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bahr?

(Ministerpräsident Rau: Ja!)

– Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Bahr SPD: Herr Ministerpräsident, könnten Sie sich vorstellen, daß das Präsidium des Hohen Hauses von den jetzt schon seit Wochen andauernden Klagen über die unzulängliche Akustik in diesem Raum Kenntnis nimmt und entsprechende neue technische Anlagen einbauen läßt?

(Dr. Schwefer CDU: Nein, das kann er sich nicht vorstellen!)

Vizepräsident Dr. Vogt: Herr Ministerpräsident, einen Augenblick! Darf ich dazu bemerken, daß in der Sommerpause eine neue Anlage eingebaut wird.

(Beifall – Ostrop CDU: Herr Präsident, das war hier nicht zu verstehen! – Dr. Schwefer CDU: Das war nicht zu hören!)

– Ich darf wiederholen: In der Sommerpause wird eine neue Anlage eingebaut.

(Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Vizepräsident Dr. Vogt)

- (A) Meine Damen und Herren, vielleicht sollten Ihnen die Bemerkungen des Herrn Ministerpräsidenten Veranlassung geben, etwas ruhiger zu sein.

Rau, Ministerpräsident: Meine Damen und Herren, nach dieser Bekundung der Solidarität mit meinem Vorredner über die Schwierigkeit, sich hier angemessen äußern zu können und verstanden zu werden, will ich mich einem Thema zuwenden, bei dem ich Ihnen, Herr Kollege Köppler – das sage ich ganz offen –, mit außerordentlicher Nachdenklichkeit zugehört habe.

Das ist die Frage, wie das denn wohl stehe mit dem Bild, das dieser neue Ministerpräsident auch bei seinen eigenen Freunden und nach Veröffentlichungen, die Sie zitiert haben, darbierte.

(Köppler CDU: Zeitungen!)

– Sie haben von Zeitungsberichten gesprochen. Ich gebe zu: Die kommen ja nicht alle aus dem „Schwarzen Adler“; die gehen ja quer durch.

(Köppler CDU: Es wäre ein Irrtum, wenn Sie das glaubten!)

– Eben, ich gebe das ja zu! Deshalb würde ich dazu gern ein hoffentlich auch nachdenkliches Wort sagen, nachdem mich diese Frage – zu den Sachproblemen, Funktionalreform usw., komme ich noch – natürlich sehr beschäftigt hat.

(B)

Das erste ist: Ich betreibe in diesem Punkt keine Journalistenschelte. Ich denke gar nicht daran, für Gerede auf Gängen die verantwortlich zu machen, die das Gerede aufschreiben, sondern ich meine dann immer die, die da reden.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Ich füge hinzu: Demokratie bedarf der Führung genauso wie jede andere Staatsform, ja, sogar noch mehr. Aber sie bedarf einer anderen Führung und anderer Qualitäten in der Führung als andere Systeme.

(Dr. Schwefer CDU: Das klingt wie Ayatollah!)

Wenn ich angeblich immer auf leisen Sohlen schreite – wie ich gelesen habe: der sanfte Rau –, so kann ich nur sagen: Ich gedenke keine Marschstiefel anzuziehen!

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Ich gedenke auf leisen oder normalen Sohlen sichere Schritte in die richtige Richtung zu tun und möglichst viele Menschen auf diesem Weg mitzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Welt hat an Führern selten Mangel gehabt. Die Stabilität der wirtschaftlichen und der politischen Verhältnisse bei uns in der Bundesrepublik beruht nicht auf der Stärke von Führern, sondern auf der Bereitschaft der Bürger, Entscheidungen mitzutragen, die durch Diskussionen möglich gemacht worden sind. Ich will diese Diskussion, und ich werde sie geduldig und beharrlich suchen und nach der Diskussion so entscheiden, daß keine Zweifel bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Nun wissen wir alle miteinander, daß solche Diskussionen gelegentlich über einen kommen. Sie wissen das, Herr Kollege Köppler; Sie haben das selber leidvoll erfahren.

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Biedenkopf gegen Köppler! Köppler und Biedenkopf gegen Kohl! In Düsseldorf Kohls Sturz beschließen, in Bonn seine Sänfte tragen! Kohl gegen Katzer, Katzer gegen Biedenkopf – und Strauß über alles! Das Bild hat es ja auch mal gegeben.

(Hellwig SPD: Und gibt es noch!)

Ich zeichne das Bild nicht nach. Ich betreibe keine Journalistenschelte, obwohl ich sagen muß: Man kann auch durch beharrliches Dementieren von Gerüchten Nachrichten verbreiten und das Image vertiefen, das man angeblich dementiert. Solche Journalisten gibt es auch.

Nur, Herr Kollege Köppler: Wenn aller Unmut, der aus den Gängen mal über Sie oder mich geäußert wird – nach einer Sitzung bei Ihnen oder bei mir –, gedruckt würde, wären wir beide längst wieder im Seniorenrat des Bundesjugendringes. Aber das sind wir nicht.

(Heiterkeit bei den Regierungsparteien)

Natürlich hat es mal Minuten und Stunden in den letzten Tagen gegeben, in denen ich – wenn ich Heinz Kühn einmal zitieren darf – zu denen hätte gehören können, bei denen die Galle die Funktion des Gehirns übernahm, weil man sich so ärgerte. Aber die Kunst besteht doch darin, dann ruhig zu bleiben, dann sachlich weiterzumachen, dann den Kompromiß nicht nur zu suchen, sondern auch durchzusetzen. Das habe ich bisher immer hingekriegt. Bei der Lohnsummensteuer haben wir es geschafft; bei Kalkar haben wir es geschafft; bei der Funktionalreform haben wir es geschafft;

(Köppler CDU: Loben Sie es nicht zu früh!)

und beim sogenannten Extremistenerlaß werden wir es auch hinkriegen. Darauf komme ich noch.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Ich möchte hier gern noch ein Wort, Herr Kollege Köppler, zu der Sitzung des Landesplanungsausschusses am 14. Februar sagen, weil öffentlich nicht verstanden worden ist, daß ich nicht dort gewesen bin.

(Völker CDU: Da haben Sie die Messe eröffnet!)

– Ja, das wollte ich Ihnen jetzt erklären.

Es wird immer meine vornehmste Pflicht sein, Einladungen des Landtages und seiner Ausschüsse anzunehmen. Bisher habe ich diesen Verpflichtungen auch immer nachkommen können, ohne andere Termine zu verletzen. Aber in einer Lage, in der ich jedenfalls jeder noch so geringen Aussicht nachlaufe, der Wirtschaft unseres Landes und ganz besonders der im Ruhrgebiet zusätzliche Impulse zu geben, wollte ich bei einer der wenigen Wachstumsbranchen, die es bei uns im Land gibt, nämlich bei der Druckindustrie, nicht fehlen, die mich vor Monaten eingeladen hatte. Ich bitte dafür um Verständnis.

(Zustimmung bei der SPD)

- (B) Die Funktionalreform, die in der Regierungserklärung angesprochen worden ist, nach der mich Herr Kollege Worms in einem Brief gefragt hat und von der Sie gesagt haben, dazu solle in der dritten Lesung etwas gesagt werden,

(Elfring CDU: Sehr richtig!)

diese Funktionalreform hat mich in den letzten Wochen mit meinen Kollegen im Kabinett intensiv beschäftigt. Wir haben dazu bis gestern keine Beschlüsse gefaßt. Nicht, Herr Kollege Köppler, weil wir eine Regierung wären, die nicht entscheiden könnte, sondern weil ich auch in solchen Fragen nicht müde werde, das Meinungsbild, das sich im Kabinett bildet, mit denen zu erörtern, auf deren besonderes politisches Vertrauen ich angewiesen bin und deren besonderes politisches Vertrauen ich in den letzten Jahren mehrfach demonstrativ erfahren habe.

Nun haben wir beschlossen: Wir werden die Gesetzentwürfe oder die entsprechenden Verordnungen zum LEP I/II, zu dem mit der Funktionalreform technisch nicht verbundenen, materiell aber vergleichbaren Krankenhausbedarfsplan, zur Neuordnung der Arbeitsgerichtsbezirke, zur Neuordnung der Gewerbeaufsichtämter, zu den Veränderungen im Polizeiorganisationsgesetz und zur Neuordnung im Bereich der Staatshoch-

bauämter einbringen. Ich weiß nicht, ob ich jetzt alle genannt habe.

(Köppler CDU: Schulaufsicht!)

– Die Schulaufsicht werden wir gegenwärtig nicht einbringen; aber wir werden weiter bemüht sein, die Schule immer wieder dahin zu verändern, daß das Lehren wieder Spaß und das Lernen wieder Freude macht.

(Lachen bei der CDU – Köppler CDU: Wieder Spaß macht! Das war eine ehrliche Zwischenbemerkung – Weiterer Zuruf von der CDU: Mit dem Schulkollegium macht er das!)

– Aber ich habe gesagt: nach wie vor und immer mehr. Nicht mit dem Schulkollegium!

Herr Kollege Köppler, es gibt den berühmten Satz – ich weiß nicht, von wem er ist –, der lautet: Zeichnen heißt weglassen. Wissen Sie, wer es gesagt hat?

(Ostrop CDU: Das könnte Rau gewesen sein!)

Das war irgendein bedeutender Mann; ich glaube, es war Heinz Gollwitzer aus Stuttgart. Wenn es stimmt, daß Zeichnen Weglassen heißt, dann ist Kollege Köppler einer der besten Zeichner, die es gibt.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien – Völker CDU: Sehr lustig! – Spellerberg CDU: Das ist ein mieser Stil!)

Denn da zitieren Sie aus meinen Pressekonferenzen oder meinen Interviews und sagen, ich hätte gesagt: „flächendeckend ab 1980 die Gesamtschule“; aber Sie lassen weg, daß ich gesagt habe: „flächendeckend ab 1980 die Gesamtschule schrittweise als Angebotschule neben dem herkömmlichen Schulsystem, damit das Elternrecht endlich zustande kommt“.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Pürsten CDU: Dann müßten Sie aber gleiche Bedingungen schaffen! – Zurufe von der SPD)

– Über die Bedingungen können wir dann miteinander reden.

(Pürsten CDU: Aber unsere Anträge ablehnen!)

– Albert, ich habe doch ein Buch gelesen, was aus eurem Kreis kommt in dem Bereich. Aber wer in Erklärungen sagt: „Hier hat die Regierung die Maske fallen lassen“, und wer dann sagt: „Da sieht man's, die Gesamtschule ist doch der geheime Hammer!“, der sollte doch einmal sagen, daß wir uns auf das Elternrecht auch für

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) die Gesamtschule verständigen müssen, und nicht nur an besonderen Orten.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das ist doch merkwürdig --

(Völker CDU: Das ist aber schon märchenhaft, was Sie hier erzählen!)

-- Das ist nicht märchenhaft, sondern das werden wir miteinander hinkriegen, wenn Sie endlich vernünftig werden, Herr Kollege!

(Beifall bei der SPD)

Die Gesamtschule, die in vielen Meinungsumfragen und Publikationen als eine ungeliebte Schule dasteht -- das bestreitet ja keiner --, diese Gesamtschule hat da, wo sie existiert, einen Numerus clausus, der den Eltern und Schülern nicht zuzumuten ist.

(Beifall bei der SPD -- Dr. Heimes (Essen) CDU: Weil es eine Ganztagschule ist, die Sie anderen Schulformen verweigert haben!)

Vizepräsident Dr. Vogt: Herr Ministerpräsident, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Meuffels?

(B)

(Ministerpräsident Rau: Bitte sehr!)

-- Bitte, Herr Abg. Meuffels!

Meuffels CDU: Herr Ministerpräsident, sind Ihnen die Vorlagen bekannt, wonach dort, wo die Gesamtschule schon sehr lange besteht, die Anmeldezahlen zurückgehen?

(Lachen bei der SPD)

Rau, Ministerpräsident: Mir sind in einigen Fällen auch Zahlen bekannt, in denen die Zahl der Anmeldungen sich stärker auf die Zahl der möglichen Plätze hin orientiert, als das noch vor zwei Jahren der Fall war. Das ist richtig.**Vizepräsident Dr. Vogt:** Herr Ministerpräsident, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Kollegen Kuhlmann?

(Ministerpräsident Rau: Ja!)

-- Bitte schön, Herr Kollege Kuhlmann!

Kuhlmann SPD: Herr Ministerpräsident, würden Sie in Ihre Überlegungen mit aufnehmen, daß in Gelsenkirchen die Zahl der Anmeldungen seit zehn Jahren das

Dreifache des Platzangebots übersteigt und daß dort der Wunsch nach Einrichtung einer zweiten Gesamtschule besteht?

Rau, Ministerpräsident: Genau. Diese Gelsenkirchener Gesamtschule kenne ich auch.

(Meuffels CDU: Statten Sie die anderen Schulformen genauso gut aus wie die Gesamtschulen!)

-- Herr Meuffels, mit Ihnen fahre ich in die Friedensschule nach Münster, damit Sie ein Freund der Gesamtschule werden. Daran soll's doch nicht liegen.

(Beifall bei der SPD)

Mich hat doch nur geärgert, wie verkürzt Einzelsätze zitiert werden können. Diese Entscheidung der SPD zur Gesamtschule, die Sie hier zitiert haben, stammt vom 4. März 1978, und die ist so ausgewogen und abgewogen, wie ich sie Ihnen jetzt hier dargestellt habe.

Nun noch etwas, Herr Kollege Köppler! Sie warnen mich vor Rechtsbruch. Herzlichen Dank! Zu dieser Mahnung kann ich nur sagen, diese Mahnung schadet nichts, im Gegenteil, sie nützt auch nichts. Sie brauchen mich vor Rechtsbrüchen nicht zu warnen. Ich bin auf Verfassung und Gesetz vereidigt, und ich werde so wenig einen Rechtsbruch bei der Frage der Regelanfrage begehen wie die Landesregierung des Saarlandes, die die Regelanfrage abgeschafft hat.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

so wenig, wie Kollege Goppel oder Strauß, die die Regelanfrage im einfachen und mittleren Dienst bis zum Dezember vergangenen Jahres überhaupt nicht kannten, so wenig wie Hessen und Hamburg und wie Berlin, die die Beschlüsse der Bundesregierung umsetzen, so wenig wie

(Dorn F.D.P.: Herr Rommel in Stuttgart!)

Herr Späth, der entsprechende Äußerungen -- die ich jetzt hier nicht mehr zitieren will

(Köppler CDU: Will oder kann?)

-- will -- gemacht hat. Der Staat darf sich doch nicht künstlich dumm halten im Blick auf die Verfassungstreue seiner Bürger.

(Elfring CDU: Sehr gut!)

-- Das habe ich immer gesagt, Herr Kollege Köppler, und die Frage, wie man seine Kenntnisse erwirbt, wollen wir miteinander diskutieren. Dazu haben Sie eine Zusage, daß wir das im Hauptausschuß tun. Nur ein Staat, der

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) sich nicht künstlich dumm halten darf, der darf auch um Himmels willen nicht den Eindruck erwecken, als gehe er erst einmal bei jungen Menschen grundsätzlich von Mißtrauen aus.

(Beifall bei den Regierungsparteien -- Dorn F.D.P.: Sehr wahr!)

Das geht nicht. Ich kann gern darüber reden und rechnen, wie viele denn dazu beigetragen haben, daß es Verunsicherung gibt, wie viele ausländische Presseorgane, Bewegungen, Einrichtungen, aber ich darf doch damit --

(Dr. Heimes (Essen) CDU: Und Minister!)

-- Auch der eine oder andere Minister, übrigens auch der eine oder andere Mißbrauch von Beschlüssen. Da gibt es ja Beispiele zu nennen. Aber die Tatsache, daß Teile der jungen Generation verunsichert sind, die darf doch auch die Opposition nicht ruhen lassen. Da müssen Sie doch mit uns darüber reden, wie wir die Verunsicherung beseitigen bei den jungen Leuten.

(Köppler CDU: Nicht dadurch, daß wir das Recht biegen!)

-- Nicht dadurch, daß man das Recht biegt, seien Sie ganz sicher!

(B)

Übrigens: Dies diesem Innenminister auch nur zuzumuten --

(Köppler CDU: Nein, der steht da richtig!)

-- Nein, der steht da --

(Köppler CDU: Da waren auch Ihre Ankündigungen noch nicht gemacht!)

-- Der Innenminister ist mit den Ankündigungen, die ich zu diesem Thema gemacht habe, ganz gewiß voll einverstanden; aber wir müssen dann einmal miteinander sehen, wie wir diese vorläufigen Richtlinien verändern. Da können Sie ganz sicher sein: Das werden wir auf die gleiche geduldige Weise und in der gleichen Offenheit miteinander erörtern, die Ihnen die Chance geben wird, wieder einmal zu sagen, das dauere zu lange. Aber dann wird dabei ein Ergebnis herauskommen, das die Koalitionsfraktionen tragen werden, und es wäre schön, wenn sich an diesem Punkt Gemeinsamkeit darstellte.

(Elfring CDU: Aber nicht erst am Schluß des Prozesses!)

-- Nein, natürlich nicht, Herr Elfring!

(Büssow SPD: Aber dann sind Sie trotzdem nicht dabei!)

Jetzt können Sie doch einmal erleben, ob und wo diese Regierung kooperationsfähig und kooperationsbereit ist.

Wenn Sie das Bild zeichnen, das Herr Kollege Köppler hier heute morgen -- wie ich zugebe -- von mir nicht gezeichnet, sondern nachgezeichnet hat, dann sage ich: Ich habe mich meines Weges vergewissert. Es ist richtig, geduldig zu reden, geduldig zuzuhören und dann klar zu entscheiden, wie wir es gestern in der Frage der Funktionalreform getan haben und wie wir es in den übrigen Bereichen tun werden. Wollte ich den Versuch machen, mich selber auf das Bild umzutrimmen, das alle 105 Kollegen dieser Koalition als das voll mit ihren Erwartungen und Wünschen übereinstimmende Bild ansehen, dann könnte dies nicht mehr das Bild eines Menschen sein, der mit einer Partei, für eine Partei, in einer Koalition und für eine Koalition um Vertrauen beim Bürger wirbt, dessen Ziel Stabilisierung und Erweiterung der Mehrheit der sozial-liberalen Koalition in Nordrhein-Westfalen ist, der dieses Ziel erreichen wird, so wie dieses Ziel seit 1966 erreicht worden ist, der die Chance sieht, daß Sie, Herr Kollege Köppler, 1980 als Oppositionsführer wiederkommen,

(Beifall bei der SPD -- Dr. Heimes (Essen) CDU: Sie wollten doch über den Haushalt reden! Sie reden dauernd über Rau!)

und der dann auch nach 1980 seine Warnungen aussprechen kann.

(Köppler CDU: Herr Rau, an wessen Adresse reden Sie jetzt?)

-- Jetzt rede ich ganz bewußt, Herr Kollege Köppler, an Ihre Adresse, weil ich das Ritual Ihrer Pressekonferenzen am Dienstagnachmittag gern verändert sähe und weil ich möchte, daß die Opposition mit uns in ein Sachgespräch eintritt. Zu diesem Sachgespräch sind wir bereit.

(Pürsten CDU: Und lehnen alles ab!)

Der Haushalt, den wir Ihnen vorlegen und dem Sie zustimmen sollten, dieser Haushalt ist eine solide Basis für vernünftige Politik in und für Nordrhein-Westfalen!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Vogt: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Haak das Wort.**Dr. Haak SPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten gehen mit großem Optimismus in das Jahr 1979/1980, denn wir sind ganz sicher: Wir haben in Bonn und Düsseldorf programma-

(Pürsten CDU)

- (A) nen –, dann sorgen Sie dafür, daß gleiche Verhältnisse geschaffen werden. Das ist das Problem.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wenn ich der Gesamtschule einen Vorsprung in der Stundenzahl, im Nachmittagsunterricht und im Lehrerpotential gebe, dann brauche ich mich nicht zu wundern, daß die Eltern gern ihre Kinder dahinschicken. Sie haben doch jahrelang unsere Anträge, Silentien an anderen Schulen einzurichten, systematisch abgelehnt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben um Chancengleichheit gebeten. Wir haben gesagt: Gebt denen die gleiche Chance, gebt der Hauptschule Silentien, gebt ihr die gleiche Lehrerzahl – alles das ist abgelehnt worden. Wenn Sie so ungleiche Voraussetzungen schaffen, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn die Eltern anders reagieren.

Herr Ministerpräsident, Sie sind heute von den beiden Koalitionsparteien sehr gelobt worden. Herr Kollege Schwefer hat schon gesagt: Ich würde etwas nachdenklich werden, wenn nach 14 Wochen, die Sie im Amt sind, von allen Seiten so viel Lob ausgesprochen wird. Sie haben sich auch siegessicher gegeben, haben aber offensichtlich die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der Wirt in diesem Lande ist der Wähler, und der wird zu entscheiden haben, wie der nächste Ministerpräsident heißt.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Dann haben Sie vom Stil gesprochen. Sie haben gesagt: weder auf leisen Sohlen noch auf Marschstiefeln. Da kann ich Ihnen nur beipflichten. Aber über eines müssen Sie sich im klaren sein: Mit Puschen, vom Lehnstuhl aus kann dieses Land nicht regiert werden. Keiner in diesem Lande will Marschstiefel; da haben wir unser Soll erfüllt. Was unser Land braucht, ist eine entscheidungsfreudige, eine handlungsfähige Regierung, die auch Mut hat, Herr Ministerpräsident, zu entscheiden in der Energiepolitik, in der Schulpolitik, im Ruhrrevier. Da haben Sie unser Angebot auf dem Tisch liegen. Sie brauchen sich nur mit uns zusammzusetzen, und Sie sollen mal sehen, wie gut uns das bekommt! Dann sind Sie auf dem richtigen Dampfer!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lenz: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte mich nach den Ausführungen von Herrn Kollegen Nagel gemeldet, bei denen ich nicht im Raum war, die ich aber gehört habe. Ich bin Herrn Kolle-

gen Rademaker dankbar, daß er schon einige Dinge klargestellt hat. Ich möchte dazu aber doch noch ein paar Bemerkungen machen.

Herr Nagel, ich war eingeladen von Betriebsräten in Bocholt und vom Ortsverein in Borken. Beide Einladungen habe ich angenommen. Dann ist die Anfrage des Bürgermeisters, des Stadtdirektors und des Oberkreisdirektors gekommen, ob sie mich bei der Gelegenheit in einem Hotel über die Bedingungen für das Zwischenlager sprechen könnten. Ich habe zugesagt, bin hingegangen und habe verhandelt. Die Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß wir in der darauf folgenden Kabinettssitzung die Entscheidung treffen konnten, die mit diesem Haushalt heute bestätigt wird. Dies halte ich für richtig; denn wir alle miteinander sind verpflichtet, für das Zwischenlager in Ahaus so viel zu tun, wie wir nur können, so wie Kollege Albrecht verpflichtet ist, für Gorkleben so viel zu tun, wie er kann. Denn die beiden Dinge gehören zusammen.

Wenige Wochen danach hat mich die Stadt Ahaus zu einem Besuch eingeladen. Ich habe diese Einladung angenommen. Die Annahme der Einladung ist in der dortigen Presse veröffentlicht worden; ich habe die Belege bekommen. Ich fahre dort also hin. Der Versuch, daraus einmal wieder ein bißchen „Imagepflege“ zu betreiben – in dem Sinne, wie Sie hier mein Image zu pflegen versuchen –, geht an mir vorbei. Da mir hier vorgeworfen worden ist, ich sei von meinen Freunden zu viel gelobt worden, möchte ich hier selber hinzufügen: Wer mich kennt – und Albert Pürsten kennt mich ja seit 20 Jahren –, der weiß, wie immer mein Stil sein mag, feige bin ich nie gewesen. Ich habe mit Rudi Dutschke schon diskutiert, und zwar hart und vor 5000 Leuten, als noch niemand anders daran dachte. Das war im Februar 1968 keine leichte Sache. Ich habe auch keine Angst vor dem Professor Scheer aus Bremen. Aber wann ich ihm sein Happening liefere, das wird von meinem Terminkalender her entschieden und nicht von dem Image her, das Sie hier aufzubauen versuchen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Dr. Lenz: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage zu? – Herr Abg. Nagel zu einer Zwischenfrage!

Nagel CDU: Herr Ministerpräsident, sind Sie nicht trotz allem mit mir der Meinung, daß Sie, nachdem wir dort unten das jetzt schon über ein Jahr auszuhalten haben, als Parteivorsitzender und Regierungschef schon längst hätten Gelegenheit nehmen können, sich einmal in einem Jahr zu stellen?

(Zustimmung bei der CDU)

- (A) **Rau, Ministerpräsident:** Zunächst einmal: Ihr Nebemann hat eben gesagt, ich sei seit 14 Wochen Ministerpräsident. Das ist ja kein ganzes Jahr. Aber Sie können mir glauben: Wenn ich in dem Jahr von diesem Ortsverein eingeladen worden wäre, wäre ich dort hingegangen. Ich gehe nun bald dort hin.

Ich wollte noch eine zweite Bemerkung machen, die zu dieser Debatte gehört. Da gibt es immer wieder solche Untertöne – Herr Kollege Schwefer hat sich auch wieder darin geübt, gestern und heute –: Da hatte Diether Posser mehr Beifall! oder – so Köppler –: Rau hat nichts zu Farthmann gesagt.

(Zuruf von der CDU)

– Doch! – Meine Damen und Herren, wir haben Ausscheidungswettkämpfe bei uns gehabt, die sind entschieden. Und nun möchte ich Ihnen sagen: So eine Troika wie den Posser, den Farthmann und den Rau müssen Sie in Ihrer Partei suchen! Wir drei sind nämlich –

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ein Beifallmeßgerät werde ich mir nicht kaufen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Jetzt wollte ich gern noch ein paar Bemerkungen zu Albert Pürsten machen. Wir haben ja in den letzten beiden Jahrzehnten schon öfter die Klängen gekreuzt. Ich habe gelesen, Kollege Pürsten „gehe nach Europa“. Das würde hier einen Farbtupfer wegnehmen. Mir täte das leid. Wir wollen einmal sehen, ob wir das nicht verhindern können durch Wählerentscheid, so daß er hier bleibt!

(Heiterkeit und Beifall bei den Regierungsparteien)

Kollege Pürsten, Sie halten mir immer die Oberbürgermeister vor. Nun bringen Sie doch einmal einen der Ruhr-Oberbürgermeister mit mir ins Gespräch, seien Sie dabei und stellen Sie fest, ob wir Differenzen in der Frage haben, wie wir dem Ruhrgebiet helfen! Das ist alles mit jedem einzelnen abgestimmt.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte es allerdings für denkbar, daß eine Situation kommt, in der die Oberbürgermeister untereinander nicht mehr eins sind. Dann nämlich, wenn man zwischen Hellweg und Emscherzone entscheiden muß, wenn Standortentscheidungen nicht mehr global für das Revier, sondern für den Standort X zu treffen sind. Da muß ich dann geschäftsfähig sein, damit die richtigen Entscheidungen zustande kommen.

Präsident Dr. Lenz: Herr Ministerpräsident, lassen Sie noch eine Zwischenfrage zu?

(Ministerpräsident Rau: Ja.)

– Herr Abg. Dr. Heimes zu einer Zwischenfrage!

Dr. Heimes (Essen) CDU: Herr Ministerpräsident, wenn Sie in Sachen Ruhrgebiet schon alles mit den Oberbürgermeistern abgestimmt haben, welchen Sinn hat dann Ihre Ruhrkonferenz?

(Heiterkeit bei der CDU und Zurufe)

Rau, Ministerpräsident: Herr Kollege Heimes, die Ruhrkonferenz wird keine Zusammenkunft der Oberbürgermeister, in der die ihre Abstimmungen absegnen. Ich bin mit den Oberbürgermeistern in den Zielvorstellungen einig, die dort mit der Wirtschaft, mit dem Bund, mit den Verbänden, mit den Gewerkschaften usw. zu diskutieren sind, und zwar in den verschiedenen Schwerpunkten, die wir dieser Konferenz geben möchten. Ich hoffe, dabei kommt etwas Vernünftiges heraus.

Dann hat Kollege Pürsten uns vorgehalten, wir sollten nicht nach dem Erstgeburtsrecht fragen; wir sollten nicht fragen, wer denn nun zuerst an der Ruhr gewesen sei. Zwei Sätze vorher hat er gesagt, wir seien erst wach geworden, als die CDU ihre Beschlüsse gefaßt gehabt habe. Die CDU-Ruhrkonferenzen liegen nach der Ankündigung in der Regierungserklärung, ein paar Monate später, und ich sage: darauf sind sie auch zurückzuführen.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Zuruf von der CDU: Aber nicht der Antrag der CDU!)

Meine Damen und Herren! Ich teile die Meinung von Albert Pürsten, daß wir über das Akademikerproblem reden müssen.

(Pürsten CDU: Das freut mich.)

Obwohl ich hinzufüge: Auf ganz lange Sicht wird in der Beschäftigungs- und in der Bildungspolitik unser Problem nicht die Überqualifikation, sondern die Unterqualifikation sein.

(Zustimmung bei der SPD – Pürsten CDU: Herr Ministerpräsident, ich würde sagen: die falsche Qualifikation.)

Präsident Dr. Lenz: Herr Ministerpräsident, lassen Sie noch eine Zwischenfrage zu?

(Ministerpräsident Rau: Ja.)

– Herr Abg. Dr. Heimes zu einer Zwischenfrage!

- (A) **Dr. Heimes (Essen) CDU:** Herr Ministerpräsident, sollte es Ihnen wirklich entgangen sein, daß unser Antrag zum Ruhrgebiet, den wir im Mai gestellt haben, noch vor der Sommerpause diskutiert worden ist, daß dies der große Auftakt der Ruhrgebetsdiskussion war und daß Ihre Regierungserklärung erst im Herbst desselben Jahres erfolgte?

Rau, Ministerpräsident: Nein, ich bin absolut kalendersicher, und ich erinnere mich genau Ihres Antrags –

(Spellerberg CDU: Das einzige, was man weiß: theoretisch bibelfest!)

– Herr Spellerberg, wetteifern Sie einmal nach, was die Bibelfestigkeit angeht. Da braucht's in Ihrer Partei Zuwachs.

(Beifall bei der SPD)

Nur, Herr Kollege Heimes, der Antrag, den Sie da im Mai gebracht haben, der ist hier vor der Sommerpause mit einem so imposanten Zahlenwerk und mit einer so imposanten Leistungsbilanz des Reviers von der Regierung, vertreten durch Herrn Riemer, beantwortet worden, daß ich Ihnen rate, hin und wieder in diesem Werk zu lesen, damit Sie auf dem neuesten Stand der Erkenntnisse sind.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Ich wollte noch einmal zu den Akademikern kommen und wollte dem Kollegen Pürsten sagen, daß mich immer stört, wenn man die Haltung des anderen für Ideologie erklärt und die eigene für eine vernünftige Position.

(Beifall bei der SPD)

Und ich wollte Ihnen gern sagen, Herr Kollege Pürsten – und das gilt für viele Sprecher auf der Bundes- und auf der Landesebene und in allen möglichen Bildungsgremien –: Mich stört immer, daß diejenigen, die vor dem Besuch von Gymnasien und Hochschulen in übersteigertem Maße warnen, leider stets identisch sind mit denen, die selber das Privileg gehabt haben, auf eine höhere Schule zu gehen.

(Starker Beifall bei der SPD)

und die selber haben studieren können –

(Pardon SPD: Auch ihre Söhne und Töchter!)

übrigens unter schwierigen Verhältnissen. Wer das in den Nachkriegsjahren geschafft hat, verdient Anerkennung. Aber dann muß es doch unser Ehrgeiz sein, es jetzt auch vielen möglich zu machen. Und ich möchte so gern einmal in den Parlamenten diejenigen in den Frak-

tionen, die davor warnen, die Hauptschule ausbluten zu lassen, fragen, wie viele ihrer Kinder denn auf der Hauptschule sind und wie viele auf einem Gymnasium.

(Pardon SPD: Gar keine!)

Präsident Dr. Lenz: Herr Ministerpräsident, lassen Sie noch eine Zwischenfrage zu? – Herr Abg. Pürsten!

Pürsten CDU: Herr Ministerpräsident, da Sie nicht im Saal waren, nehme ich an, daß Sie mich doch nicht ganz richtig verstanden haben. Darf ich das interpretieren, weil ich es auch und gerade auf meine persönliche Situation bezogen habe? Es geht mir nicht um Über- oder Unterqualifikation, sondern –

(Zurufe von der SPD: Frage!)

– Ich bitte um Entschuldigung; Sie haben recht. – Meinen Sie nicht, Herr Ministerpräsident, daß es nicht um Über- oder Unterqualifikation, sondern um die falsche Qualifikation geht? Ich glaube, das ist das Problem.

(Zustimmung bei der CDU)

Rau, Ministerpräsident: Ich bin bereit, das aufzunehmen. Aber dann möchte ich mit Ihnen gern darüber reden, ob man eigentlich richtige oder falsche Qualifikationen allein aufgrund unserer überkommenen Leitbilder und unserer gegenwärtigen Situation sehen darf

(Dorn F.D.P.: Sehr wahr! – Beifall bei den Regierungsparteien)

oder ob man nicht danach fragen muß, ob ein so rohstoffarmes Land, wie wir es sind, nicht in den nächsten Jahrzehnten so stark auf den Export von Know how und manpower angewiesen sein wird, daß wir beispielsweise in der Frage der technischen Ausbildung, der Ausbildung an sogenannten Ingenieurschulen, Technischen Hochschulen und in all diesen Feldern einen Nachholbedarf

(Zurufe von der CDU)

zu erfüllen haben, den wir längst noch nicht erreicht haben,

(Beifall bei der SPD)

und ob wir nicht vieles von dem, was Herr Kollege Roerich in seiner Zwischenfrage angesprochen hat, nämlich die damalige Äußerung von Ludwig Erhard, die ja vor der Picht'schen Werbung lag, und alle die Hinweise, die es damals gegeben hat, die ja nach den Stichworten „Sputnikschock“, „technologische Lücke“ usw. entstanden sind, und was da an Nachholbedarf existiert, bis heute noch nicht aufgeholt haben, so daß wir nach

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) meiner Überzeugung bis heute noch einiges zu tun haben, um den internationalen Durchschnitt der im tertiären Bereich Ausgebildeten zu erreichen. Und da liegt meine Präferenz.

(Schulze-Stapen CDU: Inzwischen fehlen uns ja die Facharbeiter. – Weitere Zwischenrufe von der CDU.)

Damit sage ich ja nichts gegen die Ausbildung von Facharbeitern.

(Aha! bei der CDU)

Ganz im Gegenteil: Daß wir da viel tun müssen bei uns im Land, das bestreite ich nicht.

(Pürsten CDU: Darum ging es mir.)

Aber Sie dürfen auch nicht bestreiten, daß wir da in den letzten Jahren eine Unmenge getan haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Schwefer CDU)

– Herr Schwefer, wenn Sie im Blick auf meine Sprache nicht so sensibel wären, hätte ich gesagt: Da haben wir schon manches „hingekriegt“. Aber ich will ja nicht Landespolitik oder Führung „hinkriegen“; das ist nicht gemeint. Sondern ich will Kompromisse da hinkriegen, wo sie nötig sind. Und da würde ich Sie noch einmal bitten: Halten Sie nicht den Kompromiß an sich für falsch und glauben Sie nicht, das Bemühen um Kompromiß wäre Schwäche, und glauben Sie nicht, meine Zuversicht, Kollege Pürsten, im Blick auf den Wahltag, diese meine Zuversicht wäre irgendeine arrogante Selbsteinschätzung. Der Souverän ist der Wähler.

(Pürsten CDU: Sehr gut!)

Natürlich. Ich habe nur gesagt, daß ich an diesen Wähler appellieren werde und daß ich zuversichtlich bin. Der entscheidet richtig. Der bestätigt diese Regierung.

(Starker Beifall bei der SPD – Ostrop CDU: Hoffentlich hört er Sie auch.)

Präsident Dr. Lenz: Das Wort hat Herr Abg. Wilczok.

Wilczok SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche zum vierten Mal seit acht Jahren zwar aus der Fraktion der SPD, aber zunächst einmal nicht für die Fraktion der SPD, und meine Freunde mögen am Schluß meiner Ausführungen beurteilen, ob ich nicht doch auch für die Fraktion der SPD gesprochen habe.

(Dr. Haak SPD: Das kann ich jetzt schon sagen: Nein!)

– Ja, Herr Vorsitzender, ich bitte zu warten.

(Nagel CDU: Ego te absolvo!)

1963 gab es in Bottrop 1450 Gymnasialschüler, 1978 4100.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben dank einer guten Bildungspolitik inzwischen nicht nur lesen und schreiben gelernt; wir können auch etwas mehr, und wir können beurteilen, meine sehr verehrten Kollegen von der CDU, was Sie falsch gemacht haben, und wir können feststellen, was unsere Freunde bisher noch nicht ganz richtig gemacht haben; aber der Lernprozeß geht bei unseren Freunden etwas schneller voran.

Ich möchte zum Finanzausgleich sprechen und möchte sagen: Meine Freunde haben mich gestern in der Fraktion überstimmt, aber nur mit knapper Mehrheit, und das läßt mich hoffen, daß beim nächsten Mal eine Mehrheit für meine Vorstellungen da ist. Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben im Kommunalpolitischen Ausschuß zu dieser entscheidenden Frage keine Anregungen gegeben, und Sie haben sich dann der Stimme enthalten, das heißt, Sie scheinen das Problem überhaupt noch nicht begriffen zu haben. Ich sehe also hier bei meinen Freunden Fortschritte, die 1980 wahrscheinlich zum Durchbruch führen; bei Ihnen warte ich noch darauf.

Ich habe in dieser Frage wieder einmal festgestellt, daß sich meine vor einigen Wochen getroffene Feststellung, daß es hier nicht um schwarz und rot, sondern um arm und reich geht, bestätigt. Eine Tatsache können wir nicht in einem Jahr überwinden:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ministerialbürokratie und kommunale Spitzenverbände liegen auf einer Linie, die ihnen seit 30 Jahren – damals von Ihnen – eingetrichtert wurde. Wir haben es leider noch nicht fertiggebracht, die Bürokratie auf den richtigen Weg zu führen.

Deshalb hat man beim Finanzausgleichsgesetz 1978 gesagt: Es muß der Anteil der großen Städte über 500 000 Einwohner verbessert werden. Dazu haben Sie geschwiegen. Bei uns ist darüber gesprochen worden, wenn auch noch nicht mit einem positiven Ergebnis, und zwar deshalb nicht, weil der Landtag in Unkenntnis der Zusammenhänge entschieden hat. Das heißt, die Starken und Reichen haben das natürlich längst begriffen, und weil sie den alten Zustand erhalten wollen, schweigen sie dazu; aber die anderen müssen begreifen, daß wir allein auf Grund von Zahlen nicht 43,8 Mil-

(Köppler CDU)

- (A) Aber, meine Damen und Herren, wir wissen auch alle – der Bundeswirtschaftsminister, der ja ein erhebliches Maß an dieser Gesamtverantwortung zu tragen hat, hat das vor der IG Chemie in wünschenswerter Deutlichkeit gerade gestern erklärt –, es wird ohne Kernenergie nicht gehen. Und um diese Feststellung können Sie sich nicht herumdrücken.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es rührt nicht nur an Ihre eigene Glaubwürdigkeit, sondern es rührt an die Glaubwürdigkeit des Parlamentarismus insgesamt,

(Beifall bei der CDU)

wenn auf der einen Seite verantwortliche Minister im Bund klare Erklärungen über die Haltung der Bundesregierung zu einer verständlicher Weise und notwendigerweise auch umstrittenen Frage in unserer Bevölkerung abgeben und dann die Parteifreunde dieser Minister nicht nur das Gegenteil sagen, sondern auf Privatbesuchen oder bei anderer Gelegenheit das Gegenteil tun. Das, meine Damen und Herren, zerstört die Grundlagen auch der demokratischen Arbeit in diesem Lande auf die Dauer.

(Zustimmung bei der CDU)

- (B) Sie wissen genausogut wie ich, daß die Konzeption der Bundesregierung, die zu tragen Sie ja immer als den wichtigsten Lebenszweck Ihrer Koalition hier in Düsseldorf bezeichnet haben, für den nächsten Planungszeitraum den Bau von 16 neuen Kernkraftwerken vorsieht. Was die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen bisher getan hat, um die Konzeption der Bundesregierung zu stützen, das kann man, glaube ich, nicht einmal mit der Lupe finden. Sie hat im Gegenteil alles getan, was sie bisher tun konnte, um dieser Bundesregierung bei der Verwirklichung der Gesamtkonzeption der nationalen Aufgabe Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

(Zustimmung bei der CDU – Pürsten CDU: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, wenn ich davon gesprochen habe, daß Energiepolitik eine nationale Aufgabe ist, dann heißt das, daß zu dieser Aufgabe, zu den einmal festgestellten Notwendigkeiten – auch aus Opportunismus oder aus anderen Gründen – die Verantwortlichen stehen müssen, daß dazu auch die Koalition zu stehen hat, und glauben Sie ja nicht, daß das Spiel fortgesetzt werden kann, daß Sie auf die Dauer per Flüsterkommunikation von der Bundesregierung den Unionsministerpräsidenten sagen können: „Macht mal schön weiter, damit das Konzept der Bundesregierung erfüllt wird“, daß Sie aber dann bei jeder politischen

Auseinandersetzung wegen dieser Politik, nämlich der Verwirklichung der Konzeption der Bundesregierung, die Prügeln von der Koalition in den jeweiligen Ländern bekommen.

(Zustimmung bei der CDU)

Das, meine Damen und Herren, können Sie nicht durchhalten, in Ihrem eigenen Interesse nicht und nicht im Interesse der Energieversorgung der Zukunft und der Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich frage heute Sie, Herr Ministerpräsident, und ich fordere Sie auf: Nutzen Sie diese Aktuelle Stunde, um Klarheit über die Position dieser Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wenigstens im Bereich der Lagerung von Atommüll zu schaffen! Schaffen Sie Klarheit auch vor der Öffentlichkeit: Steht diese Landesregierung trotz der Eskapaden Ihres Innenministers zum Projekt in Gorleben,

(Lebhafter Widerspruch des Ministers Dr. Hirsch)

steht sie trotz der Eskapaden des Herrn Innenministers zum Projekt in Gorleben,

(Zustimmung bei der CDU – Eifring CDU: Das saß!)

oder soll aus Gorleben, wie Sie gestern hier gesagt haben, so eine Art erweitertes Zwischenlager gemacht werden, und wie verträgt sich das denn mit der These Ihres Wirtschaftsministers, der gesagt hat: „Solange die Endlagerung nicht geklärt ist, geht es in Ahaus keinen Schritt weiter.“ Meine Damen und Herren, diese Ungereimtheiten sollten Sie heute aus der Welt schaffen, damit wir wenigstens für den Bereich der Zwischenlagerung und für den Bereich der Endlagerung endlich von einer klaren Position dieser Landesregierung ausgehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lenz: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Gespräch über die Zwischenlagerung für bestrahlte Brennelemente hat im Jahre 1977 begonnen. Damals hat die Bundesregierung die Länder gebeten, möglichst kurzfristig die für ein Zwischenlager für solche bestrahlten Brennelemente geeigneten Standorte zu prüfen und die Bereitschaft zu ermitteln, einen solchen Standort zur Verfügung zu stellen. Einer der Gründe für diese Bitte der Bundesregierung waren die sich damals schon abzeichnenden Schwierigkeiten, rechtzeitig die Endlagerung sicherzustellen.

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Bayern und Hessen haben zunächst gezögert, entsprechende Standorte anzubieten. Der damalige bayerische Ministerpräsident Dr. Goppel hat eine zunächst angekündigte Bereitschaft zur Errichtung eines Zwischenlagers in Bayern später leider widerrufen. Mein Vorgänger im Amt, Ministerpräsident Kühn, hat in der Besprechung der Regierungschefs der Länder mit dem Bundeskanzler am 14. Oktober 1977 aus gesamtstaatlicher Verantwortung die grundsätzliche Bereitschaft unseres Landes zur Übernahme eines Zwischenlagers erklärt, ohne sich damals schon auf einen bestimmten Standort festzulegen.

Der Standort Ahaus geht auf einen Antrag des künftigen Betreibers des Zwischenlagers, der Deutschen Gesellschaft für die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen, zurück. Später haben wir – zuletzt in der Regierungserklärung vom 27. September 1978 und mit der Vorlage des Haushalts für das Jahr 1979 – unsere Bereitschaft zur Übernahme des Zwischenlagers in Ahaus bekundet; die Mittel dafür stehen im Haushalt. Wir haben freilich von Anfang an unmißverständlich gesagt – wenn ich „wir“ sage, meine ich die Regierung meines Vorgängers wie meine eigene –, daß die Errichtung des Zwischenlagers, wie es das Wort schon sagt, unabhängig vom Ausgang der durchzuführenden Prüfungsverfahren nur eine Übergangslösung darstelle und die Endlagerung nicht ersetzen könne.

- (B) Wir sind der Auffassung, daß sich das Zwischenlager technologisch gesehen gar nicht als Endlager eignen würde. Deshalb hat die Landesregierung immer gesagt: Wir werden die Errichtung eines Endlagers in Ahaus nicht zulassen. Vielmehr müsse die Endlagerung an anderer Stelle gesichert sein. Dabei haben wir die Ansicht vertreten – die von der Bundesregierung geteilt wird – daß die atomrechtliche Genehmigung nach § 6 Abs. 2 Ziff. 2 des Atomgesetzes unter anderem voraussetzt, daß die Entsorgung des Zwischenlagers gewährleistet sein muß. Das bedeutet im Klartext: Ein Zwischenlager kann nicht genehmigt werden, wenn seine Entsorgung, also der endgültige Verbleib der dort einzulagernden Brennelemente, in Gorleben oder an anderer geeigneter Stelle – in Gorleben haben wir ja noch nicht die Ergebnisse der Probebohrungen – nicht gesichert ist.

Aus der Sicht der Bundesregierung kann damit gerechnet werden, daß bei der Inbetriebnahme des Zwischenlagers Ahaus realistische Nachweise über den endgültigen Verbleib der dort einzulagernden Brennelemente erbracht werden können, die nach dem zitierten Abschnitt aus dem Atomgesetz als ausreichend anzusehen sind. Wir haben also das Unsere getan, dem Genehmigungsverfahren den nötigen ungehinderten Fortgang zu geben.

Am 4. Februar hat der Erörterungstermin begonnen. Er soll nach der Auslegung der noch ausstehenden Gut-

achten, die jeweils zwei Monate ausliegen, damit sie eingesehen werden können, noch in diesem Jahre weitergeführt und zum Abschluß gebracht werden. – Das ist die Position der Landesregierung zum Zwischenlager in Ahaus.

Sowohl der Wirtschaftsminister als auch ich haben in der vergangenen Woche bei mehreren Gelegenheiten zuerst intern und dann auch öffentlich gesagt, dieses Zwischenlager sei an die Sicherheit der Endlagerung gebunden,

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

weil in und um Ahaus Auseinandersetzungen um das Zwischenlager stattfinden, wie sie gegenwärtig bei allen atomrechtlichen Genehmigungsverfahren zu beobachten sind. Diese Anhörungsverfahren haben viele Sorgen der Menschen artikuliert. Es gibt auch Mißbräuche, aber daß solche Sorgen nach Harrisburg verstärkt artikuliert werden und daß sie sich nicht nur auf Reaktoren des Typs von Harrisburg, sondern auf alle Einrichtungen im Bereich von Kernenergie beziehen, halte ich für verständlich. Dies sollte uns veranlassen, alle Prüfungsverfahren noch sorgfältiger und noch gewissenhafter durchzuführen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir sagen also ja zum Zwischenlager, und wir sagen gleichzeitig: Nun muß schnell entschieden werden, was in Gorleben möglich ist. – Das sage ich auch nicht als erster. Das hat mein Vorgänger Ministerpräsident Heinz Kühn auf Parteitag und in Diskussionen des Bundestages gesagt, und er hat dabei im Verhältnis zu seinem niedersächsischen Kollegen Albrecht durchaus deutliche Formulierungen gebraucht. Ich habe bei Gesprächen unter den Ministerpräsidenten genauso gesagt: Das ist jetzt wichtig; das müssen wir jetzt wissen. Und wir waren im Kabinett dieser Meinung.

Nun ist freilich – und das machen ja die Gespräche auch des vergangenen Montags deutlich, deren Vertraulichkeit vereinbart worden ist, aber die nicht diese Ausführlichkeit gehabt hätten; ich habe heute nacht einige Rundfunknachrichten über mutmaßliche Gegenstände dieser Gespräche am Montag gehört – doch nach dem Gorleben-Hearing schon für viele erkennbar, daß es Bemühungen gibt, das Konzept dieses integrierten Systems noch einmal kritisch zu prüfen und zu fragen, ob nicht andere Systeme – nach dem, was im Hearing gewesen ist – Platz greifen sollten.

Ich halte solche Fragestellungen für legitim und für berechtigt, und ich halte es für politisch verantwortlich, daß Politiker aller Parteien die Frage, was denn in Gorleben möglich sei, unter geologischen, unter Sicherheitstechnischen und unter allgemeinpolitischen Aspekten erörtern. Das tun auch viele Politiker aller Par-

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) teien in Niedersachsen. Solche Gespräche sind berechtigt, und Engagierte werden sie auch mit Engagement führen.

Das hindert die Landesregierung nicht, erneut festzustellen: Wir sind bereit, aus gesamtstaatlicher Verantwortung das Zwischenlager in Ahaus unter der Voraussetzung zu errichten, daß nicht nur eine Scheinverbindung mit der Endlagerung hergestellt wird, sondern daß wir den Bürgern dieses Landes glaubwürdig und glaubhaft sagen können: Dieses Zwischenlager ist im Wortsinne ein Zwischenlager; es kann nur gebaut werden und in Betrieb gehen, wenn gesichert ist, daß Endlagerung an einem anderen Ort stattfindet.

(Nickels CDU: Weiß das auch Herr Hirsch? – Weitere Zurufe von der CDU)

Dieser Ort ist nach dem Energiekonzept der Bundesregierung Gorleben. Seine Eignung wird gegenwärtig geprüft.

Dies ist die Meinung der ganzen Landesregierung, und nun gibt es in der Frage der Bewertung der Eignung, z. B. in der Frage, ob man denn Endlagerung mit Wiederaufbereitung koppeln müsse oder könne, unterschiedliche Auffassungen.

(Zurufe von der CDU)

- (B) Es gibt übrigens auch, Herr Kollege Köppler, inzwischen Differenzierungen im Blick auf Endlagerung, die mit dem Begriff „Langzeitlagerung“ umschrieben werden.

(Soënius CDU: Rückholbar!)

– Und zwar rückholbar! Das heißt, daß die Brennelemente nicht eingeschweißt werden. Alle diese Überlegungen befinden sich innerhalb des Rahmens dessen, was gegenwärtig diskutiert werden kann und darf.

(Neu F.D.P.: Sehr wahr!)

Dazu sollten auch wir Beiträge leisten können und dürfen, ohne daß uns deshalb jemand der Konspiration verdächtigt.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Der Innenminister hat mir versichert – und das ist in seinem ersten Beitrag auf die Frage gestern deutlich geworden –, daß sich seine Überlegungen in diesem Rahmen vollzogen haben, den ich hier beschrieben habe.

(Dr. Pohl CDU: Warum hat er das denn gestern nicht gesagt?)

Deshalb erkläre ich Ihnen: Dies ist die Meinung der gesamten Landesregierung, und wir werden diesen Weg weitergehen.

Ich werde aber, Herr Kollege Köppler, von keinem meiner Kabinettskollegen, der möglicherweise nach gewissenhafter Prüfung für seine Person glaubt sagen zu müssen, er sei ein Gegner der Kernenergie und werde alles tun, um alternative Wege zu finden, verlangen, daß er seine gewissenhafte Entscheidung nicht mehr äußert. Ich werde verlangen, daß er seine Politik im Rahmen der Beschlüsse der Landesregierung hält.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Zurufe von der CDU)

– Ich habe Sie nicht verstanden!

(Köppler CDU: Dann muß er doch zurücktreten! – Weitere Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

– Herr Kollege Köppler, seien Sie doch nicht so aufgeregt! Ich habe ja gar nicht gesagt, daß es diesen Sachverhalt gibt; ich wollte auf einen völlig anderen Gedanken hinaus. Ich wollte Ihnen nämlich deutlich machen, daß ich glaube: In den nächsten Jahren wird in allen Parteien ein neues Nachdenken über die Zweckmäßigkeit und den Anteil von Kernenergie in der bundesrepublikanischen Wirtschaftsordnung beginnen.

(Schürmann CDU: Vor den Wahlen!)

Wir sollten in allen Parteien einer solchen neuen Gesinnung nicht im Wege stehen, gerade dann nicht, wenn es unser Ziel ist, eine glaubhafte und in sich geschlossene Energiepolitik zu betreiben, die auch Kernenergie als Bestandteil hat, wie das nach der Regierungserklärung und im übrigen auch nach den Beschlüssen meiner Partei die gegenwärtige Position ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Köppler!

Köppler CDU: Habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie hier erklärt haben, Sie würden jedem Mitglied Ihrer Regierung, das anderer Meinung als die Regierung sei, gestatten, sich gegen die Politik der Regierung öffentlich zu äußern?

Rau, Ministerpräsident: Nein, Sie haben mich völlig falsch verstanden. Ich habe gesagt, daß jedes Mitglied der Regierung, das in der Frage der Kernenergie eine andere Position hat als die, die Sie eben beschrieben

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) haben und wie ich sie für die Regierung in der Regierungserklärung deutlich gemacht habe,

(Zuruf von der CDU: Das ist aber nicht mehr tragbar!)

berechtigt sein muß, nach alternativen Wegen aus der gegenwärtigen Situation in der Energiediskussion zu suchen und darüber zu reden.

Wenn Herr Geraedts vorige Woche gesagt hat, die CDU sei die Wechselbäder leid, dann würde ich Herrn Biedenkopf raten, einmal aus dem warmen Bad herauszukommen, in dem der Satz steht: Soviel Kernenergie wie nur möglich. Denn dies halte ich für eine falsche Politik.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Wir sollten durch die Ereignisse der letzten Monate noch wacher geworden sein; nicht nur wacher, was die Sicherheitsbestimmungen angeht, nicht nur wacher, was die Tatsache angeht, daß der Unfall von Harrisburg in keiner Simulation vorher je vorgekommen war, also gar nicht zu den denkbaren gehört hatte, sondern auch wacher im Blick darauf, daß viele Menschen in der Bundesrepublik nach der Diskussion der letzten Jahre aufgewühlt und in großer Sorge sind. Sie sollten wissen und sollten das berechnete Gefühl haben, daß wir diese ihre Sorgen ernst nehmen.

(B)

(Beifall bei den Regierungsparteien – Zuruf des Abg. Köppler CDU)

Nun haben Sie das Stichwort Kalkar – die nächste Teilerrichtungsgenehmigung – auf Grund eines Zitats von Herrn Kollegen Riemer noch einmal angesprochen.

(Köppler CDU: Zeitungsartikel!)

Ich sage dazu folgendes: Die dritte Teilerrichtungsgenehmigung ist im Dezember vergangenen Jahres erteilt worden, wie ich das zugesagt hatte; die vierte steht gegenwärtig nicht an. Zu den Konditionen der dritten Teilerrichtungsgenehmigung gehörte unter anderem die Einsetzung einer Enquetekommission des Bundestages, die inzwischen zusammengetreten ist.

Ich habe die Hoffnung, daß sich die Frage einer vierten Teilerrichtungsgenehmigung für uns nicht stellt, bevor nicht wenigstens ein Zwischenbericht dieser Enquetekommission vorliegt. Außerdem bleibt es bei dem, was der Deutsche Bundestag beschlossen hat: daß vor der Betriebsgenehmigung für Kalkar die Ergebnisse der Enquetekommission vorliegen und im Plenum des Bundestages diskutiert sein müssen; denn ich glaube, daß wir in diesem Bereich, in dem wir wie in kaum einem anderen den Experten ausgeliefert zu sein schei-

nen, lieber Fristen verstreichen lassen als den Eindruck erwecken dürfen, wir seien Leute, die über die Probleme hinweghüpfen.

(Büssow SPD: Sehr richtig!)

Hier handelt es sich um Dimensionen von Problemen, wie sie vorherigen Generationen so nicht gestellt worden sind,

(Lantermann F.D.P.: Sehr wahr!)

und wir werden alles tun, um uns in der Darstellung der Probleme, in der Suche nach Antworten auf diese Probleme an Gewissenhaftigkeit von keinem übertreffen zu lassen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei SPD und F.D.P. – Köppler CDU: Unglaublich! Sie wollten doch etwas zu Lambsdorff sagen!)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Ich erteile Herrn Innenminister Dr. Hirsch das Wort.

Dr. Hirsch, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat in seinen Darlegungen die einmütige Auffassung der Landesregierung dargestellt – dieser Landesregierung ebenso wie der vorhergehenden Landesregierung unter Ministerpräsident Kühn. Es gibt keine Äußerung des Innenministers dieses Landes, durch die in irgendeiner Weise die hier eben sehr sorgfältig und differenziert dargestellte Politik dieser Landesregierung angezweifelt worden wäre. Diese Darstellung entspricht in allen Punkten der Meinung der Mitglieder dieser Landesregierung.

(Pürsten CDU: Das darf doch nicht wahr sein!)

Wir sind der Auffassung, daß die Schaffung eines Lagers notwendig ist, das langfristige Lagermöglichkeiten ohne Zeitdruck ermöglicht. Das bedeutet für das Land Nordrhein-Westfalen, daß die Einrichtung eines Zwischenlagers – wie das Wort sagt – ein Endlager an einer anderen Stelle voraussetzt. Es gibt – ich wiederhole das – keine Erklärung, keine Zusicherung des Innenministers dieses Landes, die diese Position in irgendeiner Weise in Frage stellt.

Ich füge hinzu: Wir sind in Nordrhein-Westfalen und nicht in Niedersachsen. Ob der Ort Gorleben nach seinen geologischen Voraussetzungen für ein Lager dieser Art geeignet ist, entzieht sich unserer Beurteilung. Es gibt keinen Menschen in diesem Hause, der das weiß. Es entzieht sich auch unserer Beurteilung, ob die niedersächsische Landesregierung bereit und in der Lage ist, ein solches Endlager mit einer Wiederaufarbeitungsan-

(Köppler CDU)

- (A) zu Recht – nicht nur Skepsis, sondern Unzufriedenheit bei den gewählten Vertretern der Bürger im Revier besteht.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, ich komme zum Schluß. Ein Handlungsrahmen, wie Sie ihn in Castrop-Rauxel verkündet haben, genügt jetzt nicht mehr.

(Beifall bei der CDU)

Was wir erwarten, sind politische Entscheidungen in concreto.

Was wir erwarten, sind ausgearbeitete Konzepte, haushaltmäßige Vorlagen und endlich verbindliche Zusagen aus Bonn. Sie sind am Zug, Herr Ministerpräsident! Sorgen Sie dafür, daß sich nicht noch nachträglich der Verdacht verstärkt, Castrop-Rauxel sei tatsächlich ein Schaugeschäft gewesen, dem nichts Konkretisierendes mehr folgt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lenz: Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache über den Antrag der CDU. Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

- (B) Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die differenzierende Bewertung, die Herr Kollege Köppler der Ruhrkonferenz von Castrop-Rauxel hat zuteil werden lassen, empfinde ich als erfreulich im Gegensatz zu vorher Gesprochenem. Diese Ruhrkonferenz war ein großer Erfolg

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien – Widerspruch bei der CDU – Schürmann CDU: Wir wollen doch keine Lobeshymnen! Wir wollen praktische Politik!)

all derer, die sich bei unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Positionen anderthalb Tage getroffen haben und die in einem ernsthaften, seriösen, unpolemischen Gespräch die Situation im Revier analysiert und gemeinsam Wege zu ihrer Verbesserung gesucht und – wie ich glaube – gefunden haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Sie war nicht, Herr Kollege Köppler, ein „Konsilium am Krankenbett“ – Originalton Heinrich Köppler vom 7. Mai –,

(Köppler CDU: Das hat gegessen!)

„bei dem merkwürdigerweise nicht nur Fachärzte, sondern auch Medizinalpraktikanten und Laien, an der Ge-

nesung Interessierte, aber auch präsumtive Erben, Theapeuten und solche, die die Inflation erst gebracht haben, zusammenstehen“.

(Köppler CDU: Infektion!)

– In der Zeitung, die mir vorliegt, steht das anders, und da werde ich doch wohl das vorlesen, was in der Zeitung steht.

(Köppler CDU: Wenn ich ein Bild gebrauche, dann pflege ich auch in dem Bild zu bleiben!)

Ich habe mir nämlich überlegt, wer denn wohl die Medizinalpraktikanten gewesen sein könnten – der von Ihnen gelobte Oberbürgermeister Samtlebe oder Bischof Hengsbach? – oder wen Sie denn meinen, wenn Sie einen Kreis so abqualifizieren, wie Sie das mit dieser Äußerung getan haben.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Ich bin Ihnen dankbar dafür, Herr Köppler, daß Sie sich heute hier korrigiert haben, daß Sie diese Ruhrkonferenz heute anders beurteilen, als Sie in dieser Prognose tun zu müssen glaubten. Dabei würde ich den Strei über die Frage, wer denn wann was zuerst gedacht und gesagt habe, nicht scheuen, aber auch nicht suchen.

(Ostrop CDU: Das letzte kann ich mir vorstellen!)

Wir können darüber reden, wann denn der Kraftwerk sanierungsplan von wem zum ersten Mal vorgeschlagen worden ist. Er steht in der Regierungserklärung vom 27. September des vergangenen Jahres. Er hat inzwischen konkrete Gestalt angenommen. Er befindet sich in Elementen auch in Ihrem Antrag. Und so gibt es anderes im Bereich des Umweltschutzes, das sich in Ihrem Antrag und in unserem Handlungsrahmen befindet den wir in seinen Grundstrukturen Wochen vor der Ruhrkonferenz selbstverständlich mit anderen, auch mit Ressorts des Bundes, erörtert haben; sonst hätten wir ihn nicht vortragen können.

Vaterschaftsprozesse im Blick auf das Ruhrgebiet und auf Lösungsvorschläge für seine Probleme

(Schürmann CDU: Die sind Ihnen wegen der CDU-Initiativen peinlich!)

sind nicht nötig; aber nötig ist, daß niemand beiseite steht, wenn es dem Revier zu helfen gilt, das mit besonderen Problemen zu tun hat. Da werden Sie die Landesregierung nicht beiseite finden, sondern im Revier und bei den Problemen des Reviers.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Dabei können wir Hilfe gebrauchen. Bei der Diskussion über das Kohledrittel, die Sie und die Herr Oberbürgermeister Samtlebe angesprochen haben, können wir Hilfe gegenüber Herrn Albrecht gebrauchen, der, als ich das zum ersten Mal im Bundesrat vorgetragen habe, dies mit Schärfe zurückgewiesen hat. Wir können Hilfe gegenüber Herrn Jaumann, dem bayerischen Wirtschaftsminister, gebrauchen.

(Zurufe von der SPD: Sehr richtig! – Jawohl!)

der, als wir 1 Milliarde vom Bund forderten, während Sie 3 Milliarden für angemessen hielten, erklärte, das alles gehe viel zu weit, der Kohlepfennig reiche – und das sei auch noch zu viel für Nordrhein-Westfalen!

(Schlottmann CDU: Weitere Zitate! Aus Hessen, Hamburg! – Dr. Pohl CDU: Wo ist der Klose denn?)

Wir wollen solche Gespräche führen; aber wir sind nicht der Meinung, daß wir Regieren durch Konferieren ersetzen und daß wir Zeit vertan haben.

Wir haben konferiert. Ich erachte es weder für das Vertun von Zeit noch für eine Demütigung des Parlamentes, wenn eine Regierung alle an einem Sachverhalt – und hier heißt der Sachverhalt 5 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen – Interessierten und Engagierten zu einem Gespräch zusammenbittet und wenn dieses Gespräch offen stattfindet und wenn das, was da gesprochen worden ist, in die Arbeit des Parlamentes eingeht, das freilich die Stätte der Entscheidung bleibt.

(B)

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Damit ist nicht Zeit vertan, sondern damit ist ein Prozeß in Gang gesetzt worden, der dazu führt, daß bei allen unterschiedlichen Interessenlagen der Gewerkschaftler und der Unternehmer, der Kommunen und der anderen Gebietskörperschaften und ihrer Zusammenschlüsse gemeinsames Handeln für das Revier möglich wird.

Ich rate, daß sich niemand ausschließt. Es ist auch eine Form des Selbstausschlusses, Herr Kollege Köppler, wenn Sie den Eindruck erwecken, nun fange die Regierung erst zu handeln an. Sie, der Sie bei der Ruhrkonferenz nicht waren,

(Hört, hört! bei der SPD)

haben das schärfste kritische Urteil über die Ruhrkonferenz abgegeben. Und Sie, der Sie mindestens die Drucksachen der Ruhrkonferenz kennen könnten oder kennen werden – Sie dürfen so etwas über die Untätigkeit der Landesregierung nicht sagen, bevor Sie sich kritisch mit der Leistungsbilanz auseinandergesetzt ha-

ben, die wir vorgelegt haben und die sich sehen lassen kann.

(Sehr wahr! bei der SPD – Zustimmung bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Darin steht die Errichtung der Ruhr-Universität Bochum.)

– Ja, selbstverständlich steht die Errichtung der Ruhr-Universität Bochum darin. Wir hätten doch „Tinte gesoffen“, wenn wir so täten, als wären wir die ersten, die die Probleme des Ruhrgebiets gesehen hätten. Ihre früheren Regierungen haben sie doch auch gesehen und Schritte unternommen. Das steht darin.

(Schürmann CDU: Die haben gehandelt!)

– Aber, Herr Kollege Schürmann! Was Heinz Kühn in zwölf Jahren für das Revier getan hat, das konnten und brauchten sie damals noch gar nicht zu tun, weil da im Revier eine völlig andere Situation gewesen ist.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien – Zurufe von der CDU – Schürmann CDU: Denken Sie einmal an die großartige Gewerbe- und Industrieansiedlung bei Opel und die Grundung universitärer Einrichtungen wie Ruhr-Universität, Klinikum Essen durch CDU-Landesregierungen!)

Wenn Herr Kollege Köppler von der Unzufriedenheit der Oberbürgermeister

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

gegenüber den Ergebnissen der Ruhrkonferenz spricht, dann frage ich: Welcher dieser Oberbürgermeister hat Unzufriedenheit geäußert? Mir gegenüber und denen gegenüber, die in Castrop-Rauxel gewesen sind, nicht einer!

(Schlottmann CDU: Die haben doch Ihr ganzes Programm auf den Kopf gestellt, Herr Ministerpräsident!)

Aber freilich ist es so, daß der, der nach dort kam, ob er nun für die Kommunen, für die Kirchen oder für die Kammern sprach, wußte: Diese Ruhrkonferenz ist die Erfüllung der Zusage in der Regierungserklärung, ist die Stätte des Gesprächs und nicht der Ort, an dem die Landesregierung –

(Dr. Schwefer, Köppler und Pürsten CDU: Hier ist die Stätte des Gesprächs!)

– Die Stätte des Gesprächs mit den Betroffenen, richtig! Die Stätte der Rechenschaft und die Stätte der Entscheidung ist hier, und mit dieser Rechenschaft werden wir uns sehen lassen können, und Jahr für Jahr werden Sie von uns erfahren, was aus dem umgesetzten Hand-

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) lunsrahmen der Regierung einschließlich der Bundesmittel, die hinzukommen, geworden ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Seien Sie da ganz sicher.

Im Gegensatz zur Opposition bin ich der Auffassung, daß schon die Ankündigung der Ruhrkonferenz als Initialzündung gewirkt hat, daß auf diese Ankündigung hin eine Fülle von Anregungen und Vorschlägen erfolgt ist. Wir haben alle Anregungen unabhängig davon, von wem sie kamen, in den zuständigen Ressorts kritisch geprüft.

(Ostrop CDU: Zur Sache und weg von den Kulissen!)

Das Ergebnis ist der Handlungsrahmen zur künftigen Politik für das Ruhrgebiet, den wir jetzt umsetzen

(Dr. Schwefer CDU: Ja, was denn? – Ostrop CDU: Nehmt doch mal die Kulissen weg und zur Sache!)

in Handeln, in Haushalt.

(Dr. Schwefer CDU: Ja, was denn?)

- (B) – Wir werden im Haushalt 1980 – das habe ich auf der Ruhrkonferenz gesagt, und das wiederhole ich hier – und in der mittelfristigen Finanzplanung diesen Handlungsrahmen mit einer Größenordnung –

(Dr. Schwefer CDU: Welchen Handlungsrahmen? Sie reden doch nur vom Handlungsrahmen. Werden Sie doch konkret! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Herr Kollege Schwefer, kennen Sie ihn denn wirklich nicht?

(Dr. Schwefer CDU: Dann machen Sie doch etwas! – Köppler CDU: Tragen Sie ihn doch einmal vor!)

Herr Köppler hat sich jedenfalls hier mit dem Handlungsrahmen auf eine andere Weise auseinandergesetzt, als Ihre Zwischenrufe das vermuten lassen.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Dr. Schwefer CDU: Welchen Handlungsrahmen?)

– Ich werde Ihnen die sechs Punkte des Handlungsrahmens hier gleich noch einmal –

(Elfring CDU: Dann stehen sie endlich einmal im Protokoll des Parlaments! Das ist doch wohl notwendig. – Zurufe der Abg. Dr. Schwefer und Schlottmann CDU)

Herr Kollege Schwefer, ich werde meine Rede hier in dem Zusammenhang halten, den ich mir vornehme und nicht fragen, ob Ihnen das paßt.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Dr. Schwefer CDU: Und ich werde Zwischenrufe machen

– Aber sicher, Herr Kollege Schwefer. Das macht sonst Herr Spellerberg, der heute beurlaubt ist.

(Heiterkeit – Elfring CDU: Das stimmt doch auch nicht, Herr Kollege Rau! – Denzer SPD zu Abg. D Schwefer CDU: Theo, laß das doch sein! Hör doch mal zu! – Heiterkeit – Weitere Zurufe – Unruhe Glocke des Präsidenten)

Die Landesregierung ist der Auffassung, daß die besonderen struktur- und arbeitsmarktpolitischen Probleme des Ruhrgebiets – und wir sind in der Tat der Meinung, Herr Kollege Köppler, daß es sich im Revier nicht nur um konjunkturelle Probleme, sondern um strukturelle Probleme handelt – ihre Ursache vor allem in der Entwicklung in der Montanindustrie und in den Umwelt- und Siedlungsbedingungen dieses größten und ältesten Ballungsgebietes in Westeuropa haben. Diese Probleme treten am schärfsten hervor in der Arbeitslosigkeit, in der technologischen Entwicklung, bei der Stadtentwicklung und im Wohnumfeld, in der Umweltbelastung, in der Energiesituation und in der ungleichen Investitionstätigkeit.

Sie wirken über die Region hinaus auf die Beschäftigungssituation, auf die wirtschaftliche Lage, auf das soziale Klima und auf die politische Stabilität des Landes und des Bundes. Wir sind der Auffassung, daß diese Entwicklungsschwierigkeiten nur durch ein Bündel sich ergänzender Maßnahmen von Wirtschaft, Kommunaler Land und Bund begegnet werden kann.

Dabei muß es das Ziel sein, die Anpassungsfähigkeit im Revier zu erhöhen und die Attraktivität dieses größten Ballungsraums in Europa zu stärken. Die Arbeitslosigkeit an der Ruhr übertrifft seit 1975 mit zunehmender Tendenz die Arbeitslosigkeit in allen anderen Landesteilen und liegt über dem Bundesdurchschnitt. Wir alle kennen die verschiedenen Gruppen, die insbesondere betroffen sind. Besonders hoch ist im Revier der Anteil der älteren Arbeitnehmer mit Qualifikationsmängeln oder mit gesundheitlichen Einschränkungen. Besonders hoch ist auch der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen. Es gibt einen erheblichen Mangel an Arbeitsplätzen für Frauen.

Auf der Ruhrkonferenz ist von allen Seiten anerkannt worden, daß diese anhaltende Arbeitslosigkeit eine wesentliche Ursache in der von der Grundstoffindustrie geprägten Wirtschaftsstruktur hat. Deshalb müssen Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktu-

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen Hand in Hand gehen. Wir wollen die bisherigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen fortführen und in besonderen Problembereichen verstärken. Die Landesregierung wird dazu das Bundesprogramm für arbeitsmarktpolitische Problemregionen durch korrespondierende und ergänzende Arbeitsbeschaffungsprogramme gezielt für das Ruhrgebiet und in enger Kooperation mit den Gemeinden, in denen besonders hohe Arbeitslosigkeit herrscht, unterstützen. Wir setzen dabei einen besonderen Akzent auf die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen vor allem im Sozialbereich, um der starken Frauenarbeitslosigkeit zu begegnen.

Die Teilnehmer der Ruhrkonferenz waren sich über die Notwendigkeit einig, die im Revier vorhandenen Industrien Kohle und Stahl in ihrer technologischen Zukunft zu sichern und sie durch Wirtschaftszweige mit neuen hochwertigen Technologien zu ergänzen. Unter der Dominanz der Montanindustrie herrschen noch Branchen mit vergleichsweise geringer Forschungs- und Know-how-Intensität vor; das Arbeits- und Leistungspotential des Reviers wird nicht voll ausgeschöpft. Das Revier nutzt noch nicht voll alle Möglichkeiten der seit den 60er Jahren gegründeten Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Wir wollen die technologische Entwicklung in den vorhandenen Basisindustrien wie in den übrigen Bereichen mit einem Technologieprogramm Nordrhein-Westfalen weiter fördern. Die Technologieförderung im Bereich von Kohle und Stahl soll noch verstärkt werden. Es gilt, ergänzend mehr Innovationen aus dem Wissenschaftsbereich in den Industrie- und Gewerbebereich zu übertragen, die vorhandene Forschungskapazität zur Lösung der Strukturprobleme einzusetzen und zusätzliche Forschungskapazitäten zu gewinnen. Wir haben darüber unter dem Stichwort „Technologiezentrum Ruhr“ auf der Ruhrkonferenz debattiert.

Ein weiterer Punkt, mit dem wir uns auseinandergesetzt und zu dem wir Vorschläge gemacht haben – das liegt in einer Größenordnung von 1 Milliarde DM, gemessen an den 4 Milliarden DM, die wir zur Verfügung stellen –, liegt bei Stadterneuerung und Verbesserung des Wohnumfeldes. Hier hinein gehört auch der von Herrn Kollegen Köppler schon angesprochene Plan, den wir freilich in einer anderen Weise.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

als der SVR und die CDU das vorschlagen, realisieren möchten. Wir möchten einen Landesbodenfonds errichten, der unter der Kontrolle des Landes steht und eine Größenordnung von 500 Millionen DM umfaßt. Wir haben im Laufe dieses Jahres die Förderungsbedingungen im Städtebau wegen der besonderen Probleme an der Ruhr verbessert und sind auf 90 % möglichen Zuschuß gekommen.

Wir hoffen, daß der Landesbodenfonds einen neuen Anstoß zur Umwandlung von Industrie- und Zechenbrache nicht nur für Industrieansiedlungen gibt,

(Köppler CDU: Wohnungsbau!)

sondern auch für den Bereich städtischen Wohnens.

Meine Damen und Herren! Beim Umweltschutz sehen wir Möglichkeiten, sowohl Hilfe des Bundes zu erreichen als auch eigene Mittel einzusetzen. Zentraler Punkt ist freilich die Verlängerung der Befreiungsvorschriften in § 7 d des Einkommensteuergesetzes, damit endlich dann, wenn ein Unternehmer etwas zugunsten des Umweltschutzes in diesem besonders belasteten Gebiet tut, auf Dauer diese seine Anstrengung vom Staat belohnt wird und wir so die vorhandenen Industrien halten und neue hinzufügen können.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wir werden die Investitionshilfen für Sekundärentstauung in Hütten- und Stahlwerken, für Entschwefelungsprogramme und zur Verbesserung der Situation in den Kokereien und um die Kokereien erhöhen.

Ein Hauptaugenmerk, meine Damen und Herren, legt die Landesregierung auf die Sicherung Nordrhein-Westfalens und des Ruhrgebiets als eines energiewirtschaftlichen Zentrums der Bundesrepublik. In diesem Zusammenhang gehört der Kraftwerksanierungsplan, für den wir finanzielle Anreize bis zu einer Größenordnung von 960 Millionen DM bereitstellen wollen. Wir wollen damit den Absatz der heimischen Steinkohle sichern; wir wollen damit Tausende von Arbeitsplätzen erhalten, und wir wollen damit zur Verminderung der Umweltbelastungen beitragen, in dem alte umweltverschmutzende Kraftwerke stillgelegt und durch neue ersetzt werden können.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Besondere Anstrengungen werden wir – gemeinsam mit dem Bund – im Bereich der Heizkraftwerke unternehmen und bei der Kraftwärmekopplung; aber Sie werden Verständnis dafür haben, wenn ich meine Kabinettskollegen bitte, jeweils aus ihren Ressorts die einzelnen Positionen und die einzelnen Schwerpunkte darzustellen.

Die Stärkung der Investitionskraft im Revier ist sowohl zur Umrüstung vorhandener als auch zur Ansiedlung neuer Industrien wichtig, und deshalb wollen wir unsere Regionalförderung zugunsten des Ruhrgebiets räumlich ausdehnen und verstärken. Wir wollen Ausbaumaßnahmen der Schifffahrtswege beim Rhein-Herne-Kanal möglich machen; aber auch die Frage der Rheinvertiefung wird eine Rolle spielen, um die Stand-

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) ortbestimmungen der heimischen Stahlindustrie zu verbessern.

Meine Damen und Herren! Die sechs von mir genannten Ziele sind die Schwerpunkte des von der Landesregierung ausgearbeiteten Handlungsrahmens. Die zuständigen Mitglieder der Landesregierung werden Ihnen die Einzelheiten noch vorstellen. Dieser Handlungsrahmen ist keine vorgefertigte Schablone, in die andere ihre Entscheidungen einpassen müssen. Er ist die Grundlage für die weitere Arbeit und zeigt die Perspektiven auf, an denen sich unser Handeln in den nächsten Jahren orientieren wird. Wir werden mit dem Haushalt 1980, mit der mittelfristigen Finanzplanung und mit der zugesagten Hilfe des Bundes – und hier rate ich Ihnen, Herr Kollege Köppler, einmal nachzulesen, was Matthöfer gesagt hat, und zwar alles nachzulesen, was Matthöfer in Castrop-Rauxel und an anderer Stelle gesagt hat! – diesen Handlungsrahmen ausfüllen und durchsetzen. Jährlich geben wir Rechenschaft, wohl wissend, daß Strukturpolitik eine Sache dieses Landes und dieser Landesregierung ist.

Herr Kollege Zöpel hat keine Verhandlungsposition gegenüber dem Bund aufgegeben, sondern er hat gemeinsam mit dem Chef der Staatskanzlei dafür gesorgt, daß die Verhandlungen mit dem Bund in diese Phase der Konkretion kommen konnten, in der wir gegenwärtig sind.

- (B)

(Köppler CDU: Dann ist die Presse wieder falsch!)

Das Revier muß jetzt Vorrang haben bei der Bewältigung struktureller Fragen. Aber die Landesregierung wird die Sorgen der anderen Landesteile nicht vernachlässigen. Auch darauf habe ich hingewiesen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Alles, was wir tun, muß entweder die spezifischen Nachteile und Lasten des Reviers ausgleichen können oder auch allen anderen Landesteilen zugute kommen, die die gleichen Kriterien – etwa bei der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit – erfüllen.

Meine Damen und Herren, wir sind darauf eingerichtet, Ihnen im Laufe dieses Tages die Ergebnisse der Ruhrkonferenz im einzelnen darzustellen.

Ich will meine Redezeit an dieser Stelle und bei diesem ersten Diskussionsbeitrag nicht überziehen. Aber ich glaube, dieses Land und seine Bürger – und damit auch die Menschen im Revier – haben Grund zur Zuversicht. Die Ruhrkonferenz hat – entgegen allen Unkenrufen – gezeigt, daß es nicht nur eine gewaltige, sondern eine zu leistende Aufgabe ist, das Revier wieder zum modernsten Industriegebiet Westeuropas zu machen.

Die Ruhrkonferenz hat gezeigt, daß das Revier auf den richtigen Weg ist und daß es gute Voraussetzungen mitbringt. Das Potential des Ruhrgebiets ist zuerst seine industrieerfahrene und fleißige Bevölkerung. Das sind die Menschen, die in diesem Land leben wollen und die dieses Land zu dem gemacht haben, auf das wir stolz sind.

Das Potential des Ruhrgebiets ist seine nach wie vor vorhandene Wirtschaftskraft, die sich nicht nur in der weltbekannten Namen der Großunternehmen verkörpert, sondern ebenso im Mittelstand, der zu stärken ist und in einem leistungsfähigen Handwerk, das doppel so viele Arbeitskräfte beschäftigt wie der Bergbau.

Das Potential des Ruhrgebiets ist eine hervorragende Infrastruktur. Diese Infrastruktur ist sektoral verbesserungsfähig, und sie muß modernisiert werden. Aber sie braucht nicht erst geschaffen zu werden.

Das Potential des Ruhrgebiets sind die Standortgunst Kohle für Jahrhunderte, die zentrale Lage in Nordwesteuropa und ein Markt für mehr als 5 Millionen Verbraucher. Und sein Potential ist der Sprung nach vorn im wissenschaftlichen Bereich, den es in den letzten 15 Jahren gemacht hat.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das Potential des Reviers ist aber auch die in der Geschichte zumindest zweimal bewiesene Integrationskraft und Anpassungsfähigkeit seiner Bevölkerung.

Wir sollten unsere Politik für das Revier mit Geduld, Zähigkeit, Kraft und – wo immer das möglich ist – auch gemeinsam fortsetzen. Und dazu lädt die Ruhrkonferenz – mit dem Potential, das sie deutlich gemacht hat – uns alle ein.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Als nächster Redner hat Herr Abg. Dr. Haak von der Fraktion der SPD das Wort

Dr. Haak SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für mich steht fest: Die Ruhrkonferenz von Castrop-Rauxel hat dem Revier neue Impulse gegeben.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Tage von Castrop-Rauxel waren und sind für die weitere Entwicklung des Ruhrgebiets entscheidend. Die Weichen sind gestellt. Der Weg des Ministerpräsidenten ist richtig.

(Pürsten CDU: Hurra! Hurra! Hurra!)

Die Ruhrkonferenz beweist: Wir haben einen gemeinsamen Grundkonsens aller Interessen im Revier; wir

(Dr. Brüggemann CDU)

- (A) Das wäre völlig verfehlt! Der Ministerpräsident repräsentiert den reinen klinischen Sachverstand, er ist durchdrungen von Sachverstand, er kennt keine politischen Parteien mehr, er kennt nur noch das Ruhrgebiet!

(Beifall bei der CDU)

Wir sind es, die nachhinken. Ich hätte mich gar nicht gewundert, wenn der bibelkundige Ministerpräsident die prophetische Vision noch zum Schluß beschworen hätte, daß man doch jetzt alle Schwerter zu Pflugscharen umschmieden müsse; das wäre ein schöner Schlußakzent dieser Debatte gewesen.

Im Grunde, meine Damen und Herren, sollte die Opposition in die Rolle versetzt werden: Macht euch doch nicht lächerlich, eigentlich habt ihr doch jetzt gar nichts mehr zu sagen, eigentlich fällt euch doch gar nichts mehr ein oder kann euch doch gar nichts mehr einfallen!

(Ostrop CDU: Hat euch nichts mehr einzufallen!)

– Oder: hat euch nichts mehr einzufallen!

Abschließend, meine Damen und Herren: Sie sollen wissen, daß wir das wissen. Was geschieht nämlich hier? Die Erörterung zentral wichtiger Probleme im Vorraum politischer Entscheidungen wird in einen Bereich verlagert, der durch clevere Regie als konfliktfreier Bereich konstituiert worden ist.

(B)

(Beifall bei der CDU)

In diesem Bereich nutzt die Landesregierung die Chance zu nicht von Konflikt, von Rede und Gegenrede bedrohter Selbstdarstellung.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen, die sich mühsam von uns abringen lassen, daß der Konflikt nicht als Grundelement in die Schulen und in die Universitäten übertragen wurde, verweigern den Konflikt, wo er legitim ist, nämlich hier im Parlament.

(Beifall bei der CDU)

Sie hatten noch eine zweite Absicht – das muß man mit Nachdruck sagen –: Sie hatten die zweite Absicht, die Opposition auszutricksen, die Opposition zu überspielen, sie gewissermaßen außer Funktion zu setzen. Die Opposition sollte in die Rolle des Hasen versetzt werden, der atemlos ankommt und dem der Igel immer sagt: Ich bin all hier, was wollt ihr eigentlich noch? Die Opposition sollte zwangsweise in die Rolle des ständig Nachkartenden, des Mäklers und des Neiders versetzt werden. Und das geschieht formal einwandfrei, das geschieht mit einer wirklich fröhlichen Unschuldsmiene.

Ich habe den Eindruck, die Regisseure lachen sich hinter den Kulissen ins Fäustchen.

Der Ministerpräsident erscheint so ein bißchen wie jemand, der am Tisch sitzt, seinen Gesprächspartner freundlich anlächelt, ihn unentwegt vors Schienbein tritt und, wenn dieser dann schmerzhaft sein Gesicht verzieht, ihn fragt, ob er Zahnschmerzen hat.

(Dr. Pohl CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Hier bleibt im Hinblick auf dieses Spiel, das wir durchschaut haben und das unmit Ihnen desillusioniert hat, noch eines zu sagen: Sie haben sich desillusioniert; die Rolle der ideal gesonnen jungen Politiker, die einen neuen Anfang setzen dürfen Sie im Grunde nicht spielen. Auch Sie nicht, Herr Ministerpräsident. Was Sie hier demonstriert haben war Raffinesse, waren die clever gehandhabten Techniken reiner Machterhaltung im Zusammenhang dieser ganzen Gefüges. Ich meine, nur in dieser Rolle dürfen Sie in Zukunft noch auftreten, diese Rolle sind Sie der Öffentlichkeit in Zukunft schuldig.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eines sagen – und ich sage das mit Ernst –: Ich stehe nicht an zu sagen, daß Johannes Rau ein Scharmützel gewonnen hat. Ich bin aber der Meinung, daß die politisch-parlamentarische Kultur in Nordrhein-Westfalen eine Schlacht verloren hat.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In mehr als acht Jahren als Wissenschaftsminister habe ich gelernt: Es lohnt sich zuzuhören, wenn Kollege Brüggemann einen Beitrag leistet. Aber es ist auch sinnvoll, gut zuzuhören und Widerspruch anzumelden. Ich möchte gern von der CDU wissen, ob dies ihre Meinung ist: daß auf Grund einer cleveren Regie zur reinen Machterhaltung 150 Leute nach Castrop-Rauxel gekommen sind. Ich glaube, daß Sie damit alle die abwerten, die aus unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Positionen nach Castrop-Rauxel gekommen sind, um mit uns über die Zukunft des Reviers zu reden.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Ist es reine Machterhaltung, nichts als clevere Regie, wenn da Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Kirchen und Verbände, Leute unterschiedlicher Positionen, auch unterschiedlicher parteipolitischer Verpflichtungen und Verbindungen, anschließend kommen und sagen: Wir danken Ihnen dafür, daß Sie dies nicht zu einer parteipol-

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) litischen Show gemacht haben; das hat uns die Mitwirkung erst möglich gemacht? Ist es denn wirklich so, daß, weil das Parlament die Stätte des Gesprächs und der Entscheidung ist, das zugleich bedeutet, daß keine Regierung mehr mit staatlichem Auftrag die Gruppen der Gesellschaft einladen darf, ihre Positionen zu beschreiben?

(Giesen CDU: Wer sagt denn so etwas? – Schlottmann CDU: Sie haben eine Debatte verweigert! – Weitere Zurufe von der CDU – Pardon SPD: Hier ist sie doch!)

Das Ziel, die Opposition auszutricksen, hätten wir auf andere Weise wahrgenommen als durch die Einladung an die Opposition, zu kommen und mitzuwirken. Und wir haben Bundestagsfraktion und Landtagsfraktion mit der Bitte eingeladen, an der Beratung über den Standort des Reviers, dieses schwierigen, dieses liebenswerten und dieses wichtigsten Bereichs in der Landespolitik Nordrhein-Westfalens, mitzuwirken.

Herr Kollege Brüggemann, jetzt und in dieser Situation der Debatte sollten wir zu dem Stellung nehmen, was CDU-Anträge beinhalten und was das Handlungsprogramm der Regierung in sechs Schwerpunkten auf seine Weise zusammenfaßt, und wir sollten in der Tat auch mit parteipolitischem Schwerterklang Positionen beschreiben und Gegenpositionen darstellen.

- (B) Aber wer aus der Ruhrkonferenz nur deshalb, weil sie ein Erfolg war, nicht mehr macht und in ihr nicht mehr zu sehen vermag als die clevere Regiebemühung eines Ministerpräsidenten, seinen eigenen Namen bekannt zu machen, sich selber in Szene zu setzen, der mag zwar helle sein, aber in Castrop-Rauxel war der nicht.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Zuruf des Abg. Koch (Langenfeld) F.D.P.)

Herr Kollege Brüggemann, es hat im Vorfeld dieser Ruhrkonferenz viele gegeben, die mir abgeraten oder zugeraten haben. Es hat den einen oder anderen gegeben, der gesagt hat: Das ist viel zu spät!, und den einen oder anderen, der gesagt hat: Die Vorbereitungen reichen nicht! Ich könnte Bände mit dem füllen, was es vor der Ruhrkonferenz an Erörterungen mit dem Bund, mit den Kammern, mit den Gewerkschaften gegeben hat.

Ich stelle mich der Kritik dieser Ruhrkonferenz aufgrund des Textes dieser Ruhrkonferenz, und den lesen Sie erst einmal, bevor Sie hier das Verdikt aussprechen, das sei nichts anderes gewesen als der Versuch, den Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen an die Seite zu drücken.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Schulze-Stapen CDU: Genau das war es doch! – Weitere Zurufe von der CDU)

Bei dieser Ruhrkonferenz haben mir Menschen geholfen, die meine parteipolitischen Überzeugungen nicht teilen.

(Koch (Langenfeld) F.D.P.: Sehr richtig! – Ostrop CDU: Warum haben sie Ihnen geholfen?)

– Weil ich der Ministerpräsident dieses Landes bin und weil diese Menschen möchten, daß mit dem, was ich tue und was diese Regierung ins Gespräch bringt, das Ruhrgebiet in der industriellen Entwicklung einen Schritt nach vorn kommt.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Sie, Herr Kollege Brüggemann, sehen in dieser Methode, die Sie hier auf eine außerordentlich geistreiche Weise dargestellt haben,

(Koch (Langenfeld) F.D.P.: Nur noch Galle, nichts anderes! – Dr. Pohl CDU: Bei Ihnen, Herr Koch? – Weitere Gegenrufe von der CDU)

eine Gefährdung dessen, was parlamentarische Möglichkeiten und was den Schlagabtausch der Argumente im Parlament anbetrifft.

(Dr. Brüggemann CDU: Das war mein Thema: Das Parlament, nicht die Ruhrgebietskonferenz!)

Ich sage das Gegenteil, ich sage, Herr Kollege Brüggemann:

(Schürmann CDU: Sie haben sich doch überhaupt nicht damit auseinandergesetzt!)

Wer immer in diesem Lande regiert, wer solche Methoden, wer solche Möglichkeiten des offenen und des öffentlichen Gesprächs nicht in der Weise nutzt, wie ich es getan habe,

(Beifall des Abg. Koch (Langenfeld) F.D.P.)

der drängt Menschen aus der Verantwortung ab, statt sie einzubeziehen.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Schulze-Stapen CDU: Und hier kein Wort! – Dr. Brüggemann CDU: Wir ließen Sie hier im Hause immer zu Wort kommen, immer!)

– Richtig!

(Dr. Brüggemann CDU: Sie tun es nicht!)

– Aber da geht es um völlig andere Sachverhalte, Herr Kollege Brüggemann.

(Lachen bei der CDU – Schürmann CDU: Hier geht es um das Revier!)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Selbstverständlich kann der Landtag und selbstverständlich können die Ausschüsse des Landtags in Hearings fragen, was die Gruppen wollen, was die Gruppen an Möglichkeiten sehen und wo sie keine Möglichkeiten sehen. Aber sie können doch der Regierung nicht verweigern, daß sie das auch tut und daß sie das auf ihre Weise tut. Und wir haben das getan, wir haben das mit Erfolg getan, und Sie werden sich diesem Erfolg anschließen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Es ist keine Rede davon, daß wir die Opposition austricksen wollen. Ich hätte heute morgen anders geredet, wenn das mein Ziel wäre. Aber es ist die Rede davon, daß diese Regierung deutlich machen möchte, daß wir bei all dem, was an technokratischem Vollzug, bei allem, was an nötigen Verhandlungen zwischen Bund und Land, bei allem, was an Vorlagen im Blick auf den Haushalt 1980 oder einen Nachtragshaushalt, im Blick auf mittelfristige Finanzplanung oder andere Instrumente der Finanzierung unseres Handlungsrahmens geschieht, das Gespräch mit den Bürgern im Lande und mit denen, die diese Bürger vertreten, nicht aufgeben, sondern intensivieren. Es hat Menschen gegeben, die gesagt haben, meine Eröffnungsrede auf der Ruhrgebietskonferenz hätte zu wenig Stoff enthalten, ich hätte zu wenig die Elemente des Handlungsplans dargestellt. Ich habe erwidert, daß dies bewußt deshalb geschehen sei, weil ich nicht mit einem geschlossenen Konzept in eine Konferenz gehe mit der Bitte, mir das abzusegnen und das noch mit ein paar parteipolitischen Tupfern zu versehen, sondern weil ich in der Meinung nach Castrop-Rauxel gegangen bin: Die erste Tugend des Politikers ist die Gabe des Zuhörens! Diese Tugend haben wir dort anderthalb Tage wahrgenommen!

(B)

(Lebhafter Beifall bei SPD und F.D.P. – Zuruf von der SPD: Die Tugend kennt Herr Köppler nicht!)

Freilich: Zuhören darf nicht das Ende sein! Das ist nur ein Schritt, nur eine Phase, und nach dem Zuhören muß dann saldiert und gesagt werden, was die Regierung tun will,

(Ostrop CDU: So wie heute!)

und muß erkennbar werden, was die Regierung tut. Wer die Schlußrede gehört hat, der weiß, was die Regierung jetzt tut, und hier im Landtag – dazu war heute Gelegenheit, und dazu wird bei der Einbringung des Haushalts 1980 und bei der Erörterung der mittelfristigen Finanzplanung Gelegenheit sein – werden Sie erkennen: Diese Regierung läßt sich in ihrem Einsatz für das Revier mit klaren, erkennbaren und diskutierbaren Positionen von niemandem übertreffen, und sie läßt die Opposition einmischen. Das ist das Thema!

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wir tricksen nicht aus, weder die, die zu dieser Ruhrkonferenz gekommen sind,

(Dr. Brüggemann CDU: Das habe ich auch nicht gesagt. Uns wollen Sie austricksen!)

noch die Opposition,

(Köppler CDU: Das haben Sie heute wieder getan!)

die zu dieser Ruhrkonferenz eingeladen war.

Wir suchen das Gespräch

(Dr. Heimes (Essen) CDU: Mit wem denn? Dann fangen Sie doch einmal damit an!)

mit allen, auch mit Ihnen, Herr Kollege Dr. Heimes! Nur Zuhören ist die erste Voraussetzung.

(Schürmann CDU: Das haben wir zwei Tage lang getan! Nur haben wir noch keine Ergebnisse vor Ihnen dazu gehört!)

– Herr Schürmann, die Ergebnisse werden Sie überprüfen, die werde ich überprüfen, und am 11. Mai nächste Jahres spricht der Wähler; dann werden Sie sehen, was hier im Lande Sache ist!

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien – Zuruf des Abg. Giesen CDU)

– Ach, Herr Kollege Giesen, Sie können auch noch andere Sachen per Eilboten bekommen! Diese Regierung ist zur Verantwortung bereit. Diese Regierung wird sich verantworten, und sie tut das jeden Tag.

(Schürmann CDU: Das müssen Sie auch! Sie haben den Eid geleistet!)

Sie tut das in einer Zeit, in der das Ruhrgebiet in einer schwierigen Lage ist und große Chancen hat; denn in 150 Jahren Industriegeschichte ist die Modernisierung alter Industriebereiche eine der schwierigsten Aufgaben gewesen. Wir wollen diese Aufgabe anpacken! Wir wollen die Opposition einbeziehen, so gut wir das können; aber wenn Sie zur Voraussetzung des Einbeziehens der Opposition machen, daß wir alle Ihre Vorstellungen ungeprüft übernehmen, dann gibt es keine Gemeinsamkeit!

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Das, was mit der Ruhrgebietskonferenz geschehen ist, wird nicht parteipolitisch ausgenutzt.

(Köppler CDU: Ach Gott!)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Das habe ich in der Schlußrede deutlich gesagt. Dies haben mir die Gesprächspartner in Einzelgesprächen beglaubigt. Fragen Sie diese Gesprächspartner! Sie werden feststellen: Es hat bei dieser Ruhrgebietskonferenz von keinem Mitglied der Landesregierung parteipolitische Töne oder Nuancen gegeben.

(Schürmann CDU: Nur von Herrn Matthöfer!)

– Herr Schürmann, ich habe nicht jeden Satz eines jeden Sprechers zu verantworten; aber ich sagen Ihnen: Kein Mitglied der Landesregierung hat diese Ruhrkonferenz zu parteipolitischen Scharmützeln mißbraucht!

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Deshalb sage ich: Die interessante und bedenkenswerte Analyse, die Herr Kollege Brüggemann hier gegeben hat, geht an der Sache vorbei. Wir gehen auf die Sache zu. Wir bleiben bei der Sache des Reviers und werden uns durch Polemiken aus dieser Sache nicht entlassen lassen.

(Anhaltender Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Vogt: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Köppler.

- (B) Köppler CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben eben wiederum den Versuch des Ministerpräsidenten erlebt, mit verbalen Elogen von der Sache, um die es geht, abzulenken.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, es spricht für Sie, daß Sie offenbar von dem Vorwurf, den Kollege Brüggemann hier völlig zu Recht erhoben hat, getroffen worden sind, daß Sie sich gewehrt haben. Aber Sie haben Kollegen Brüggemann „in die Schuhe zu schieben“ versucht, er habe sich sozusagen an der Qualität der in Castrop-Rauxel Versammelten vergriffen. Davon war keine Rede!

(Zurufe von der SPD: Doch! – Lachen bei der SPD)

– Entschuldigung! Sonst wäre ja wohl von Herrn Rau hier nicht jene – –

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

– Wenn ich nicht wüßte, – –

(Zuruf des Abg. Janssen (Remscheid) SPD)

– Verehrter Herr Kollege, ich bin jetzt dabei, etwas mit dem Herrn Ministerpräsidenten abzurechnen; wenn Sie daran nicht teilnehmen wollen, habe ich dafür Ver-

ständnis. Aber stören Sie bitte nicht einen normalen parlamentarischen Ablauf!

(Beifall bei der CDU – Gelächter bei der SPD – Heinz F.D.P.: Dann dürften Sie sich dort in der ersten Reihe überhaupt nicht mehr mucken! Sie sind doch der größte Schreihals hier! – Weitere Zurufe von der F.D.P. – Gegenrufe von der CDU – Unruhe)

Herr Ministerpräsident – –

(Anhaltende Zurufe von den Regierungsparteien)

– Wir haben lange Zeit! – Über Ihr Parlamentsverständnis reden wir jetzt; das ist nämlich der Punkt!

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU – Zurufe von den Regierungsparteien)

Der Vorwurf, Herr Ministerpräsident, der Ihnen von Herrn Kollegen Brüggemann gemacht wurde, ging dahin, daß Sie die parlamentarische Opposition auszutricksen versuchen, indem Sie ihr die parlamentarische Debatte über ihre Anträge verweigern.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Das war vor vierzehn Tagen der Fall, das war heute wieder der Fall.

(Erneute Zustimmung bei der CDU)

Nicht ein einziger Sprecher der Regierung bzw. der Koalition – ich muß als rühmliche Ausnahme den Kollegen Robertz nennen –

(Elfring CDU: Sehr richtig!)

hat sich mit dem heute auf der Tagesordnung des Landtags stehenden Gegenstand beschäftigt.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Statt dessen haben wir von Ihnen Elogen über eine sicher richtige und nützliche außerparlamentarische Veranstaltung der Landesregierung gehört – ausschließlich, nichts anderes! Sie haben uns wiederum den sachlichen Dialog, von dem Sie immer reden, zu unseren Anträgen im Parlament verweigert.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn Sie wenigstens den Anstand aufgebracht hätten, der eigentlich von der parlamentarischen Geschäftsordnung her zu erwarten ist, im Landtag eine Vorlage einzubringen!

(Zurufe von der SPD)

(Meuffels CDU)

- (A) politischer Seite und von gewissen politischen Gruppierungen die berufliche Bildung, insbesondere die duale Bildung, in ihrer Wertigkeit herabgesetzt worden ist?

(Lachen bei der SPD)

Dr. Riemer, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr: Natürlich hat es immer die Diskussion darüber gegeben, ob das duale System das richtige System ist. Für mich gab es aber nie einen Zweifel daran – und ich habe es immer verteidigt –, daß es das beste ist. Ich glaube, daß es bis jetzt nicht gelungen ist, dieses System weder in der Bundesrepublik noch im Ausland zu diffamieren.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Zu einer dritten Frage Herr Kollege Voetmann!

Voetmann CDU: Herr Wirtschaftsminister, es zeigt sich, daß gerade die Ausbildungsplätze in den handwerklichen Berufen nicht besetzt werden können. Ist das möglicherweise damit zu begründen, daß den Jugendlichen die Chancen der handwerklichen Berufe nicht deutlich genug gemacht werden?

Dr. Riemer, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr: Herr Abgeordneter, wir haben alles getan; aber nichts ist so gut, als daß man es nicht noch besser machen könnte. Wir werden uns zu überlegen haben, wie wir die Jugendlichen über die beruflichen Aussichten gerade im Bereich des Handwerks noch weiter aufklären können.

- (B)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Zu einer Zusatzfrage Herr Abg. Dr. Pohlmeier!

Dr. Pohlmeier CDU: Herr Ministerpräsident! Ist die Landesregierung bereit, auf die Medien – hier insbesondere auf den WDR – einzuwirken, daß eine wahrheitsgemäßere, sachgerechtere Information und auch eine Darstellung insbesondere der Möglichkeiten im Handwerk für die Jugend, beispielsweise in der Sendung „Radiothek“, erfolgen?

Rau, Ministerpräsident: Herr Kollege Pohlmeier, die Landesregierung ist bereit, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuweisen, daß Berufe auch im Handwerk reizvoll und sinnvoll sind und auf ein gutes berufliches Leben hin vorbereiten können. Dabei wird sie nicht verschweigen, daß es bestimmte handwerkliche Berufe gibt, in denen der Wechsel in andere Berufe nach der Ausbildungszeit längst zum Normalfall geworden ist. Der Beruf des Bäckers ist dafür ein besonders markantes Beispiel.

Die Landesregierung ist nicht bereit, auf Medien einzuwirken – weder auf den WDR noch auf sonst jemanden –,

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

weil die Landesregierung gegenüber dem Westdeutschen Rundfunk nur eine Rechtsaufsicht und nichts anderes hat und weil sie Einwirkung auf Medien jedenfalls nicht mit irgendeinem Druck ausüben möchte. Wir haben lediglich die Möglichkeit, mit unseren Mitteln, die Sie gern verstärken können, eine Öffentlichkeitsarbeit auch in der von Ihnen gewünschten Richtung zu betreiben.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Weitere Fragen liegen nicht vor. Dann erkläre ich auch die Mündliche Anfrage 397 für erledigt und schließe zugleich die Fragestunde.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Wahl eines Landesbeauftragten für den Datenschutz

Wahlvorschlag der Landesregierung
Drucksache 8/4820

Ich eröffne die Beratung. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Wahlvorschlag Drucks. 8/4820 zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion ist der Wahlvorschlag mit der erforderlichen Stimmenmehrheit von mehr als der Hälfte des Hauses angenommen. – Wir haben vorher gezählt, damit Sie Bescheid wissen.

(Heiterkeit)

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Gesetz über die Durchführung eines Feldversuchs mit Bildschirmtext (Bildschirmtextversuchsgesetz NW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 8/4620
erste Lesung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird durch den Herrn Ministerpräsidenten eingebracht. Ich erteile ihm das Wort.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den letzten Tagen fand die Internationale Funkausstellung in Berlin statt. Wir alle haben vieles

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) über diese Funkausstellung gelesen und hatten vor allen Dingen Gelegenheit, über die angebotenen neuen Informationssysteme – über Videotext, über Bildschirmtext und über Kabelfernsehen – nachzulesen.

(Unruhe)

– Übrigens: Die Rede ist ebenfalls ein Informationssystem; nur müssen dann auch Zuhörer dasein – wenn ich mir den Hinweis erlauben darf.

(Zustimmung bei der SPD – Elfring CDU: Die Opposition hört zu.)

– Jedenfalls, der medienpolitische Sprecher der Opposition hört zu, Herr Kollege Elfring. Herzlichen Dank!

Ich lege dem Hohen Hause heute den Gesetzentwurf der Landesregierung über die Durchführung eines Feldversuchs mit einer dieser drei von mir genannten neuen Technologien vor, nämlich mit dem Informationssystem Bildschirmtext.

Dieser Gesetzentwurf soll dokumentieren, daß die Landesregierung bereit ist, sich der Aufgabe zu stellen, die sich nach unserer Überzeugung vor allen Dingen den Ländern stellt, nämlich der Aufgabe einer medienrechtlichen Ordnung der neuen Techniken, die auf uns zukommen. Der Gesetzentwurf will zugleich versuchen, einen Beitrag zur Versachlichung einer Diskussion zu leisten, die in diesen Tagen intensiv und oft emotional geführt wird.

- (B)

Dieser doppelte Versuch, einerseits eine medienrechtliche Ordnung weiterzuentwickeln und andererseits die Diskussion zu versachlichen, kommt unter anderem darin zum Ausdruck, daß die Regelungen unseres Gesetzentwurfs eingehend mit allen Bundesländern und insbesondere wiederholt mit den Vertretern der Presse erörtert worden sind, weil die Presse ja die Entwicklung in diesem Bereich mit ganz besonderem Interesse und manchmal auch mit Sorge betrachtet.

Ich will auch hervorheben, daß der Entwurf die Frage offenläßt, ob Bildschirmtext dem Rundfunkbegriff zuzuordnen ist, oder ob er als sogenanntes neues Medium angesehen werden muß. Wir möchten die Entscheidung über diese Frage von den Ergebnissen der Erprobung abhängig machen. Das gilt ganz besonders auch für die künftige Organisationsform des Mediums Bildschirmtext.

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, handelt es sich bei Bildschirmtext um ein Kommunikationssystem, bei dem beliebige Informationen über Telefon von einem Computer abgerufen und als Text oder als Grafik auf dem Fernsehbildschirm sichtbar gemacht werden können.

Die Deutsche Bundespost möchte dieses System vor einer allgemeinen Einführung, über die 1981 entschieden werden soll, im Raum Düsseldorf-Neuss in einem Versuch testen. Dieser Versuch soll Aufschluß darüber geben, ob insbesondere in privaten Haushalten ein ausreichendes Interesse für diesen neuen Dienst besteht. Der Versuch soll für die Dauer eines Jahres insgesamt 3000 Teilnehmer einbeziehen, und er soll wissenschaftlich begleitet werden. Ich messe dieser wissenschaftlichen Begleituntersuchung ganz besondere Bedeutung zu.

Die Landesregierung hat sich mit dem Vorschlag der Deutschen Bundespost über die Durchführung dieses Versuchs eingehend auseinandergesetzt und hat ihm nach sorgfältiger Prüfung zugestimmt. Dabei haben wir uns nicht nur von der Erwägung leiten lassen, daß grundsätzlich vor einer Entscheidung über die Einführung eines neuen Kommunikationssystems mit vielfältigen Folgewirkungen eine solche Erprobung nötig ist; wir möchten auch das, was die Fachleute Akzeptanzverhalten nennen, prüfen, das heißt, wir möchten genug Zeit haben, um zu erproben, ob die Bürger ein solches System wünschen und welche gesellschaftlichen Auswirkungen ein solches neues Kommunikationssystem hat. Erst dann kann die Frage entschieden werden, ob es verzichtbar oder unverzichtbar ist.

Ich habe deshalb wiederholt betont, daß dieser Versuch genauso wie das Pilotprojekt Kabelfernsehen in Dortmund die Möglichkeit offenlassen muß, je nach seinem Ergebnis und je nach den während der Versuchsphase gesammelten Erfahrungen auch negativ über eine allgemeine Einführung von Bildschirmtext zu entscheiden.

Ich finde, daß diese Entscheidung nicht der Euphorie der Techniker überlassen bleiben darf, sondern daß sie im politischen Raum getroffen und verantwortet werden muß.

(Beifall bei der SPD)

Der Gesetzentwurf, den ich Ihnen heute vorlege, sieht auch im Blick darauf aus guten Gründen eine zeitliche Befristung des Versuches vor. Seine Bestimmungen sind insgesamt auf eine vorübergehende Erprobungsphase abgestellt. Sie stehen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß dadurch weder der Entscheidung über eine künftige allgemeine Einführung von Bildschirmtext noch der endgültigen rechtlichen Ausgestaltung dieses Mediums durch Sie, den Landesgesetzgeber, vorgegriffen werden darf.

Zu den Regelungen, die der Entwurf vorsieht, möchte ich mich hier auf wenige Bemerkungen beschränken. – Die Zahl der Informationen, die bei Bildschirmtext bereitgestellt und die zum Abruf durch den einzelnen Teil-

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) nehmer angeboten werden können, ist praktisch unbegrenzt. Der Entwurf läßt deshalb jeden interessierten Informationsanbieter zur Teilnahme an dem Versuch zu, und er sichert seinen chancengleichen Zugang.

Alle Informationsanbieter brauchen lediglich einige klar umrissene Voraussetzungen zu erfüllen, um die erforderliche Teilnahmebescheinigung zu erhalten. Die Vielfalt des Angebotes wird dabei durch die Vielfalt der unterschiedlichen Anbieter gewährleistet. Vor allem der Presse ist die Möglichkeit eröffnet, sich gleichberechtigt als Informationsanbieter am Versuch zu beteiligen. Der Zugang der Presse zu diesem Medium ist in vollem Umfang gewährleistet.

Ich begrüße ausdrücklich, daß die Verleger ihre Bereitschaft erklärt haben, am Feldversuch Bildschirmtext intensiv mitzuwirken. Sie haben freilich zugleich und in erster Linie darauf gedrängt, an der gleichzeitig geplanten Erprobung von Videotext durch die Rundfunkanstalten beteiligt zu werden, und würden diesem Medium gegenüber dem Bildschirmtext den Vorzug geben. Aber diese Entscheidung steht heute nicht zur Debatte.

Der Entwurf sieht vor, daß Informationen jeder Art angeboten werden können. Weil das so ist, kommt der Frage besondere Bedeutung zu, ob und inwieweit auch Werbung zugelassen werden soll. Angebote dieser Art umfassen ja nicht zuletzt den Anzeigenbereich; sie können für die Presse von existentieller Bedeutung sein.

- (B)

Deshalb hat die Landesregierung diese Frage besonders sorgfältig beraten und geprüft. Sie hat sich von dem Gedanken leiten lassen, daß Bildschirmtext nicht zu Lasten der Presse erprobt oder eingeführt werden darf, und sie wird diesem Anliegen auch künftig besondere Aufmerksamkeit widmen.

Für den gegenwärtig zu regelnden Feldversuch mußte die gebotene Abwägung, von der ich gesprochen habe, aber zu dem Ergebnis führen, daß ein Ausschluß von Werbeangeboten gerade im Blick auf schutzwürdige Belange der Presse nicht zweckmäßig sein könnte.

Das Ziel der Erprobung von Bildschirmtext ist vielmehr, im Rahmen der wissenschaftlichen Begleituntersuchung und deshalb gezielt möglichst umfassende Erkenntnisse über Art und Umfang der abgerufenen Werbeangebote zu bekommen. Nur so können gesicherte Grundlagen für die Entscheidung darüber gewonnen werden, welche Regelungen in einem künftigen Dauerbetrieb möglich sind, insbesondere ob, in welcher Art und in welchem Umfang Beschränkungen der Werbung zum Schutz wesentlicher Belange der Presse zwingend sind.

Der Feldversuch bietet im übrigen die Möglichkeit, ohne daß infolge der Zulassung von Werbung eine ernsthafte

Gefährdung von Pressebelangen zu besorgen wäre, dies zu prüfen und darüber zu berichten. Deshalb glaube ich, daß eine Befürchtung im Blick auf den Anzeigenbereich der örtlichen Presse angesichts der Befristung der Versuchsphase und wegen der im Vergleich zur Größe des Versuchs geringen Zahl von 3000 Teilnehmern nicht ernsthaft in Rede zu stehen braucht.

Meine Damen und Herren, wir alle beschreiten mit diesem Gesetzentwurf und mit seiner Annahme, auf die ich hoffe, medienrechtliches Neuland. Die Technologie hat sich stürmisch entwickelt, und in den widerstreitenden Interessen tragen die Länder eine hohe Verantwortung dafür, daß die Nutzung der neuen Medien sachgerecht geschieht.

Die Entscheidungen, die dazu nötig sind, dürfen nicht bloß die technischen und rechtlichen Bedingungen sorgfältig berücksichtigen – das müssen sie auch tun –; es muß vor allem darum gehen, daß die persönliche, die zwischenmenschliche Kommunikation, das Gespräch innerhalb der Familie, das Gespräch zwischen den Bürgern im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen bleibt. Ich stelle mir nichts Schlimmeres vor als eine sprachlose Familie vor zahllosen Kommunikationssystemen.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien – Elfring CDU: Das braucht nicht nur an den Systemen, sondern kann auch an den Familien liegen.)

– Ja, sicher! Aber wir wollen doch nicht die Familie diffamieren, Herr Kollege Elfring; vielmehr wollen wir ihr helfen.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung ist überzeugt davon, daß ihre Entscheidung für eine Durchführung des Feldversuchs Bildschirmtext, die Erwägungen, die ich Ihnen vorgebracht habe, und der Entwurf, den ich Ihnen für eine gesetzliche Regelung vorlege, dieser Verantwortung, von der ich gesprochen habe, gerecht werden, und ich bin dem Hohen Hause dankbar, wenn es den Gesetzentwurf schnell berät und bald beschließt, damit wir bei dem Versuch, der vor uns steht, ein Stück weiterkommen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten und eröffne die Beratung. Zunächst hat Herr Abg. Elfring von der Fraktion der CDU das Wort.

Elfring CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vom Herrn Ministerpräsidenten bereits zitierte rundfunkpolitische Diskussion, die Aussicht auf Satellitenfernsehen, das in Dortmund geplante Kabelprojekt, die Eindrücke der Berliner Funkausstel-

(Heinz F.D.P.)

- (A) sprechen. Es kann aber auch nicht eindeutig gesagt werden, daß es sich nicht um Presse handelt. Denn obwohl Texte verbreitet werden, werden sie nicht gedruckt.

Es ist also zu beachten, daß ein Teil der Sendung mit Sicherheit publizistischen Charakter hat. Deshalb müssen Vorkehrungen getroffen werden, die die Entwicklung dieses Mediums unter Kontrolle halten und die Presse nicht völlig ausschließen. Für die Versuchsanordnung ist sicherzustellen, daß die Angebotsseite nicht eingeschränkt wird und daß die Meinungsfreiheit garantiert bleibt.

Das zweite Problem liegt in der organisatorischen Ausgestaltung. Auf die Dauer wäre zu gewährleisten, daß Netzbereich und Nutzungsbereich strikt getrennt werden und die Deutsche Bundespost als Träger des Netzes vom Nutzungsbereich, das heißt also auch als Anbieter von Inhalten, auszuschließen ist.

Bei diesem Versuch müssen wir prüfen, wieweit dieses neue Medium von Anbietern und Nutzern angenommen wird. Da für einen Versuch mit ungewissem Ausgang nicht die technischen Voraussetzungen geschaffen werden können, um jedem, der Interesse an der Nutzung zeigt, die Möglichkeit zur Teilnahme zu geben, wird der Nutzerkreis auf 3000 Teilnehmer beschränkt. Für die begleitende Untersuchung ist wichtig, auf welche Weise und nach welchen Maßstäben dieser Kreis ausgesucht wird, damit nicht die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchung bereits durch die Auswahl des Teilnehmerkreises präjudiziert werden.

Wir müssen ebenfalls überprüfen, was mit der Feldversuchsanlage nach Beendigung des Versuchs geschehen soll. Auch wenn es sich hier nur um den Gesetzentwurf über die Durchführung eines Versuchs von befristeter Dauer handelt, sollten wir alles sorgfältig prüfen und uns nicht von verschiedenen Interessenten drängen lassen – wie das ja bereits geschehen ist –, das Gesetz schnell zu verabschieden. Bei Neuigkeiten, bei technischen Neuerungen mit möglicherweise sehr empfindlichen medienpolitischen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen ist der Gesetzgeber zu besonderer Sorgfalt verpflichtet, und Sorgfalt kostet unter Umständen auch Zeit. Wir müßten das dann in Kauf nehmen.

Der Überweisung an den Hauptausschuß stimmen wir zu. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident Dr. Vogt: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs an den Hauptausschuß**. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Es ist **einstimmig so beschlossen**.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 8/4700
erste Lesung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird durch den Herrn Ministerpräsidenten eingebracht. Ich erteile ihm das Wort.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf, der das Landesplanungsgesetz zu ändern vorschlägt, will die aus dem Jahre 1950 stammenden Vorschriften der Braunkohlenplanung mit den jüngeren Bestimmungen der Regionalplanung im Landesplanungsgesetz harmonisieren. Damit wollen wir zugleich einen wichtigen Beitrag leisten für die künftige Energiepolitik im Bereich der deutschen Braunkohlewirtschaft für die achtziger Jahre.

Zum anderen wird durch den Gesetzentwurf sichergestellt, daß im Anschluß an die Kommunalwahl die bei dem Regierungspräsidenten für die Regionalplanung zuständigen Bezirksplanungsräte zu Beginn ihrer zweiten Legislaturperiode auf Grund neuer Rechtsvorschriften gebildet werden können. Und schließlich werden die landesplanerischen Rechtsvorschriften insgesamt bereinigt, damit die Planung auch zukünftig praxisgerecht bleiben kann.

Der vordringliche Anlaß zur Novellierung ist der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Februar 1978 über die Verfassungswidrigkeit der Regelung zur Bildung der Bezirksvertretungen in den Gemeinden. Diese Entscheidung betrifft zwar nur Volksvertretungen, sie läßt es aber dennoch geraten erscheinen, auch die Bildung der Bezirksplanungsräte und des Braunkohlenausschusses neu zu regeln.

Die von uns vorgenommene Prüfung hat ergeben, daß die gegenwärtigen Vorschriften über die Berufung von Mitgliedern des Bezirksplanungsrates aus Reservelisten und die Vorschriften zur Bildung des Braunkohlensausschusses erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken begegnen, die eine Novellierung geboten erscheinen lassen.

Die Novellierung des Braunkohlengesetzes und die Suche nach einer zukunftsorientierten Konzeption für die

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Funktion und Zusammensetzung des Braunkohleausschusses sind in der Vergangenheit schon wiederholt Gegenstand der politischen Diskussion gewesen. Die durch den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts gebotenen Gesetzesänderungen geben uns jetzt die Möglichkeit, die nun fast drei Jahrzehnte alte Rechtsgrundlage der Braunkohlenplanung an den gegenwärtigen Entwicklungsstand des Regionalplanungsrechtes anzupassen.

Eine der wichtigsten Fragen der Novelle ist die nach der Zusammensetzung des Braunkohleausschusses. Wir sind der Auffassung, daß es nicht ausreicht, die bei den Bezirksplanungsräten mögliche und ausreichende formale Korrektur auf den Braunkohleausschuß zu übertragen und es bei der staatlichen Bestätigung bewenden zu lassen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung enthält eines der möglichen Modelle für die Zusammensetzung des Braunkohleausschusses. Die Landesregierung steht aber auch anderen Modellen offen gegenüber. Wir haben uns von dem Grundsatz leiten lassen, daß niemand auf den bewährten Sachverstand derer verzichten wollte, die seit langem in der Braunkohleplanung Erfahrung haben, und daß im Braunkohleausschuß die unmittelbar Beteiligten angemessen zu Wort kommen müssen. Zugleich sollte aber auch die kommunalpolitische Repräsentanz im Braunkohleausschuß verstärkt werden.

(B) Alle im Planungsgebiet liegenden Kreise und kreisfreien Städte sollen stimmberechtigt im Braunkohleausschuß vertreten sein. Darüber hinaus gehören die betroffenen Gemeinden den zu bildenden Unterausschüssen an.

Für die Landesregierung ist die Beteiligung der Wirtschaft und damit natürlich auch der Landwirtschaft an der Braunkohleplanung selbstverständlich. Wir haben in letzter Zeit kritische Stimmen vor allen Dingen aus dem Bereich der Landwirtschaft gehört, die sich, wenn ich mich richtig erinnere, im wesentlichen auf die Frage: Stimmrecht oder nicht Stimmrecht? beziehen. Wir sind auch hier gesprächsbereit. Ich will darauf hinweisen, daß alle Besucher, die das Braunkohlegebiet kennenlernen, die erheblichen Erfolge bei der Rekultivierung in diesem Bereich anerkennen und sie als einmalig darstellen. Dem wollen wir gern Rechnung tragen; aber die Entscheidung, ob das im Wege der Beratung, ob das in Unterausschüssen, ob das mit oder ohne Stimmrecht geschehen muß, darf nicht gleichzeitig die Frage sein, welche Bedeutung wir der Landwirtschaft, insbesondere auch im Braunkohlegebiet, zumessen. Da sollten wir gesprächsbereit sein und bleiben.

Auch der Bergbautreibende soll weiter an der Planung mitwirken; aber er soll nicht mitentscheiden. Angesichts der Bedeutung, die diese Novelle hat, liegt uns daran, daß es bei der Lösung der angeschnittenen Probleme zu möglichst viel Übereinstimmung in diesem

Hohen Hause kommt, und gerade deshalb habe ich auf die Relativität des von uns vorgeschlagenen Modells am Anfang hingewiesen. Mir erscheint das angesichts der erheblichen energiepolitischen Tragweite dieses Gesetzentwurfs als Gebot der politischen Vernunft. Wir sind uns ganz gewiß, meine Damen und Herren, alle darüber einig, daß in einer Zeit der Energieknappheit die heimischen Energieträger optimal genutzt werden müssen, damit wir die Importabhängigkeit der Energieversorgung verringern. Das war heute morgen in einem Punkt Gegenstand der Fragestunde; ich will daran nur erinnern.

Die Braunkohle der Bundesrepublik hat einen Lagerstättenvorrat von zirka 62 Milliarden Tonnen und ist damit eine ganz bedeutsame Energiereserve. Von diesen 62 Milliarden Tonnen entfällt allein auf das rheinische Braunkohlenrevier ein Braunkohlenvorrat von rund 55 Milliarden Tonnen. 55 Milliarden Tonnen, meine Damen und Herren, das ist ungefähr der Energieinhalt des gesamten Erdölvorkommens im Iran. Solche Energievorräte sind ein stabilisierender Faktor für die langfristige Energieversorgung der Bundesrepublik, und deshalb ist die Braunkohle unverzichtbar. Sie ist es ganz besonders auch als eine preisgünstige Energiequelle für unser Energieland Nordrhein-Westfalen.

Allerdings weiß die Landesregierung ebenfalls, daß mit dem Gewinnen dieses wertvollen Minerals Braunkohle ein ganz gravierender Eingriff in den Lebensraum des Bürgers im rheinischen Braunkohlenrevier und seine Umwelt geschieht. Die Kostengründe führen dazu, daß der Abbau der Braunkohle nur in großflächigen Tagebauen wirtschaftlich vertretbar erscheint. Das volkswirtschaftlich Erwünschte, nämlich kostengünstige und sichere Energie, fordert aber zugleich Opfer von den Bürgern des Reviers im Interesse der Allgemeinheit der Bürger unseres Landes und darüber hinaus.

Die Landesregierung hat in Zusammenarbeit mit dem Braunkohleausschuß und den Bergbautreibenden versucht, die Belastung der Bürger soweit wie möglich zu reduzieren, ihnen eine neue und lebenswerte Umwelt zu schaffen und aus ehemaligen Bergbauflächen wieder Kulturlandschaft zu gestalten. Aber alle staatliche Hilfe und alle Unterstützung durch den Bergbautreibenden können das persönliche Opfer nur verringern helfen, das der einzelne im Interesse der Allgemeinheit bringt und das für viele, vor allen Dingen viele ältere Menschen, ein ganz, ganz schweres Opfer ist.

Um so dankbarer sind wir den vielen Bürgern im Braunkohlenrevier, den vielen Menschen im Erftkreis, in Bergheim, im Westrevier und im Raum Hambach für das, was sie an Bereitschaft und an Gesprächsfähigkeit immer wieder erweisen. Viele von ihnen haben den in Generationen gewachsenen Lebensraum verlassen müssen. Viele haben die Schwierigkeiten des Neube-

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) ginns in der ungewohnten Umgebung neu erstandener Städte und Dörfer auf sich genommen.

Weil das so ist, müssen wir den Bürgern auch die Gewißheit erhalten, daß die rechtliche Grundlage des künftigen Braunkohleabbaus in Ordnung ist. Das sollte möglichst bald – nach Auffassung der Landesregierung noch in dieser Legislaturperiode – geschehen.

Meine Damen und Herren! Für die Landesplanung in Nordrhein-Westfalen sind die Vorlage und die bevorstehende Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs eine vorläufige Zäsur. Nachdem die Organisation der Landesplanung neu geregelt worden ist, das Leitbild für die Landesentwicklung vorliegt und die langfristigen Optionen der Landesentwicklungspolitik im Landesentwicklungsprogramm gesetzlich festgelegt sind, ist mit der Einführung der Vorschriften über die Braunkohleplanung in das Landesplanungsgesetz die Kodifikation des Landesplanungsrechts im Grundsatz abgeschlossen. Künftig wird es noch um Verfeinerung und um Fortentwicklung im Detail gehen.

Damit beginnt eine neue Phase der Landesentwicklungspolitik, bei der es um mehr geht als um die Aufstellung und Fortschreibung von Plänen. In § 2 Ziff. 2 des Landesplanungsgesetzes ist der gesetzliche Auftrag der Landesregierung beschrieben. Danach muß die Landesregierung darauf hinwirken, daß bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen von überörtlicher Bedeutung einschließlich des Einsatzes raumwirksamer Investitionen die Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung beachtet werden.

- (B) Ich habe das zitiert, um deutlich zu machen, daß es die Aufgabe der Landesplanung bleibt, im Rahmen ihrer so vorgezeichneten Koordinierungsfunktion das Landesentwicklungsprogramm und die langfristigen Landesentwicklungspläne jeweils an der Realität zu messen und fortzuschreiben.

Das sind ganz gewiß neue planerische Herausforderungen, vor allen Dingen in Verbindung der genannten Ziele mit den Ansprüchen einer glaubwürdigen Umweltpolitik. Der Konflikt zwischen den wachsenden Ansprüchen der modernen Industriegesellschaft an den Raum auf der einen Seite und dem Zwang zur Erhaltung einer gesunden und lebenswerten Umwelt auf der anderen Seite hat eine neue Dimension und erfordert planerische Vorsorge. Diese Dimensionen werden uns auf neue Lösungswege bringen, für die das rheinische Braunkohlenrevier ein Beispiel gibt. Ich bitte Sie, daß wir uns an diesem Beispiel so weit wie möglich orientieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident Dr. Vogt: Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten und eröffne die **Beratung**. Als erstem erteile ich Herrn Abg. Dr. Worms von der CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Worms CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Ihre schon weitgehende Relativierung des von Ihnen eingebrachten Gesetzentwurfs will ich für unsere Fraktion zum Anlaß nehmen, Ihnen die politischen Eckwerte, die wir an dieses Gesetz legen werden, zu verdeutlichen, und zwar – um es gleich vorweg zu sagen – mit dem klaren Ziel, daß wir nicht bereit sind, jenen Tönen zu folgen, die wir in den letzten Tagen gehört haben. Man kann ein solches Gesetz auch „schieben“. Wir sind der Meinung, Herr Ministerpräsident, daß die Probleme des rheinischer Reviers heute wie morgen die gleichen sind.

(Beifall bei der CDU)

Von daher hoffe ich, daß das eintrifft, was wir im zuständigen Fachausschuß jedenfalls von den Vertretern von SPD und F.D.P. auf meine Frage hin gehört haben: daß wir kein Spielmaterial ins Plenum bekommen, sondern den ernststen Willen haben, dieses Gesetz noch in dieser Legislaturperiode

(Zuruf von der F.D.P.: Das haben wir doch gesagt!)

und im Hinblick auf den 30. September noch rechtzeitig im Monat Oktober zu beraten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir uns in dieser Frage einig sind, um so besser. Dann hoffe ich, da wir uns auch in einigen ganz gravierenden Sachfragen relativ schnell einigen werden. Lassen Sie mich hier auch sagen, daß die CDU-Fraktion – ich möchte das mit Nachdruck unterstreichen – bereits im Jahre 1976 erkannt hat, daß es notwendig ist, dieses Gesetz zu ändern, und daß wir damals auch einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt haben.

Ich will – um hier auf das einzugehen, was Sie, Herr Ministerpräsident, vorhin in bezug auf Braunkohle, Rekultivierung und alles was damit zusammenhängt, vorgebracht haben – einmal in aller Öffentlichkeit etwas vorab sagen. In diesen Tagen sind wir von vielen erstaunten Bürgern gefragt worden: Wie kommt es, daß ihr im rheinischen Braunkohlenrevier trotz aller Vorgänge dort keine Grünen Listen bei den Wahlen habt? – Ich habe diese Frage wie folgt beantwortet – und konnte dies auch mit allem Ernst tun –: Natürlich sind wir als politisch Tätige darüber glücklich, aber dieses Glückseligkeit ist ja nur vordergründig. Dahinter verbirgt sich die Tatsache – und die gilt es auch einmal vor Landtag und Landesregierung anzuerkennen –, daß wir dort im

(Dr. Klose CDU)

- (A) tungen treffen – und diese liegen nicht nur im Geldlichen –, um die Betreuung dieser Menschen zu ermöglichen. Dabei stellt sich für uns beispielsweise die Frage: Haben Sie eigentlich schon einmal ermittelt, wie viele frühere Entwicklungshelfer in Indochina es in Nordrhein-Westfalen gibt, die entsprechende Sprachkenntnisse haben und die wir jetzt bei der Wiedereingliederung dringend gebrauchen und einsetzen können? Es geht um ganz praktische Aufgaben, die erfüllt werden müssen. Ich habe den Eindruck, daß all die bürokratischen und sonstigen Hemmnisse, die Sie vorgetragen haben, Sie davon abhalten, über das Zurverfügungstellen von Geld hinaus wirklich etwas Ernsthaftes zu tun.

Meine Damen und Herren, es reicht nicht aus, zu sagen, man überlege dieses und jenes. Hier muß effektiv gehandelt werden. Was Niedersachsen in drei Wochen bei der Übernahme von 1000 Flüchtlingen schafft, müßte Nordrhein-Westfalen auch können. Sie beklagen sich über die angeblich schwerfällige Handlungsweise des Auswärtigen Amtes in Bonn. Dann aber bleibt für uns die Frage, ob Sie nicht selbst tätig werden können, ob Sie nicht selbst Maschinen chartern können, die die Menschen aus Vietnam hierherbringen. Sollen denn noch mehr Hunderte von Menschen sterben, nur weil bürokratische Schwierigkeiten von Ihnen geltend gemacht werden?

- (B) (Eykmann F.D.P.: Das ist doch unmöglich, was Sie da machen! Das ist unverschämt! Schämen Sie sich! – Schulze-Stapen CDU: Das ist eine logische Folge! – Weitere erregte Zurufe von der SPD und der F.D.P. und Gegenrufe von der CDU)

– Das ist eben nicht unmöglich, Herr Kollege Eykmann. Das ist ja praktiziert worden.

(Eykmann F.D.P.: Schämen Sie sich!)

– Herr Kollege Eykmann, Sie haben mir einen sehr guten Rat gegeben. Ich habe mich bereits geschämt, nämlich für die Regierung, die hier sitzt und die so handelt.

(Starker Beifall von der CDU – Heinz F.D.P.: Das ist der Gipfel der Scheinheiligkeit! – Weitere lebhaftere Zurufe des Abg. Hinrichs F.D.P. und von Abgeordneten aller Fraktionen.)

– Ich sage Ihnen nur eines – bitte, nehmen Sie mir das ab –

(Hinrichs F.D.P.: Am besten hätten Sie heute überhaupt nichts gesagt! – Weitere Zurufe)

– Ich weiß, wie ich Ihre Bemerkung zur Scheinheiligkeit einzuschätzen habe, Herr Kollege. Ich habe selbst das

Schicksal des Vertriebenen erlebt. Ich kann das beurteilen. Glauben Sie mir das. (C)

(Hinrichs F.D.P.: Jetzt kommt das auch noch! – Büssow SPD: Das kann man ja nicht anhören! Kann man da nicht Einhalt gebieten? Das ist ja Demagogie! – Weitere Zurufe)

– Der Verlauf der heutigen Debatte hat gezeigt, daß die Erörterung dieses Themas – auch wenn wir uns der Grenzen unseres eigenen Tuns bewußt sind – notwendig war. Das Allerwichtigste aber scheint mir heute zu sein – damit darf ich noch einmal das Wort an Sie, Herr Ministerpräsident, richten, weil ich gemerkt habe, daß Sie sich zu Wort melden –: Ich frage mich, ob es Ihnen in den kommenden Monaten gelingen wird, das moralische Defizit, das dieser Innenminister in ihrem Kabinett vertritt,

(Zuruf von der CDU: Das kann man wohl sagen!)

in der Öffentlichkeit durch den „Bruder-Johannes-Kult“ noch weiter ausgleichen zu können.

(Starker anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Vogt: Ich erteile dem Ministerpräsidenten das Wort.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jetzt kommt kein „Bruder-Johannes-Trick“. Ich gehe nicht auf Ihr Niveau, Herr Kollege Klose. (E)

(Starker Beifall und Bravo-Rufe bei den Regierungsparteien – Elfring CDU: Da haben wir heute schon etwas anderes erlebt! – Pürsten CDU: Niveau Hirsch kommt! – Ostrop CDU: Jetzt kommt er zum Niveau Hirsch! – Weitere lebhaftere Zurufe von der CDU und Gegenrufe von den Regierungsparteien)

Sie haben gesagt, Sie schämten sich für diese Regierung.

(Zuruf von der CDU: Ja, richtig!)

Ich antworte darauf nicht mit der selbstgerechten Feststellung, daß wir die ersten waren, die am 12. Dezember vergangenen Jahres einen unbegrenzten Kabinettschluß gefaßt haben. Wir waren die erste Regierung von den Regierungen von 11 Bundesländern, die beschlossen hat, daß sie vietnamesische Flüchtlinge nach dem seit Jahrzehnten geltenden Schlüssel in unbegrenzter Zahl aufnimmt.

(Köppler CDU: Was hat er denn in der Zeitung gesagt?)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Das war im Dezember vergangenen Jahres und gilt für alle Kabinettskollegen.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Zuruf von der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, das Problem liegt doch anders, und ich beklage, daß dieses Problem in der gegenwärtigen Diskussion unterzugehen droht. Das Problem ist, daß wir sowohl die Bereitschaft brauchen, sofort zu helfen und jeden vor dem Tode zu retten,

(Allgemeiner Beifall)

als auch den langen Atem, der uns hilft, daß daraus nicht ein emotionaler Tageserfolg wird, und den wir für die Hilfe für diese Menschen auf lange Zeit benötigen.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Pürsten CDU: Richtig! Aber das erste ist wichtiger!)

Herr Kollege Pürsten: Deshalb haben wir diesen Beschluß im Dezember vergangenen Jahres miteinander gefaßt.

(Schulze-Stapen CDU: Sie haben ihn konditioniert gefaßt! – Hellwig SPD: Hört doch zu!)

(B) Wenn dann die Kollegen Farthmann und Hirsch, die eine besondere Verantwortung tragen und die bisher bewältigt haben, daß wir diese 120000 Menschen haben aufnehmen können, auf die Schwierigkeiten hinweisen und sagen, daß in vielen Städten und Gemeinden die Kraft bald nicht mehr da sei, Menschen aufzunehmen, dann meine ich, wäre dieser Ruf der beiden berechtigt und verständlich, und er sollte uns ermutigen, mehr zu tun, mehr Bereitschaft zu fordern und mehr Mittel bereitzustellen.

Dies ist die Meinung der Landesregierung, und diese Meinung der Landesregierung habe ich bei vielen Gelegenheiten genannt. Herr Kollege Klose, als mitten in die Kabinettsitzung hinein der Vorschlag eines Kollegen aus einem anderen Bundesland kam, wir möchten doch die deutschen Schiffe, die schon in Südostasien sind, ermächtigen, jeden, der zu ertrinken droht, aufzunehmen und in die Bundesrepublik zu bringen, da haben wir noch während der Kabinettsitzung ja gesagt und das per Fernschreiben festgestellt.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Gescheitert ist das am Einspruch eines anderen Ministerpräsidenten, der mitgeteilt hat, er halte nichts von Einzelaktionen.

(Zurufe von den Regierungsparteien: Hört, hört!)

Ich bin darüber erregt, daß Sie dem Innenminister, der Ihnen möglicherweise in seinem Temperament, in der Art, wie er sich ausdrückt, nicht paßt, unterstellen, daß er aus Gründen der Bürokratie Menschen ertrinken lasse. Das ist eine Unverschämtheit!

(Anhaltende Pfui-Rufe und stürmischer Beifall bei den Regierungsparteien – Elfring CDU: Das ist Wiegen mit ungleichen Gewichten!)

– Herr Kollege Elfring, es geht Ihnen wie mir, daß man gelegentlich bei einem Sprecher denkt: „Ich würde an seiner Stelle anders argumentieren“, daß man denkt: „Ich hätte das Gewicht so oder so ein bißchen anders gesetzt.“

(Giesen CDU: Mehr als ein bißchen!)

– Von mir aus auch mehr als ein bißchen, Herr Kollege Giesen. – Aber die Art und Weise, wie Sie hier Gerichtsverhandlung machen, ohne den Angeklagten zu hören, die hat mit Brüderlichkeit nichts zu tun; das ist Selbstgerechtigkeit.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien – Elfring CDU: Naturschutz für Hirsch!)

Ich wiederhole: Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, die in dem Schlüssel der Aufnahme für Flüchtlinge, für Vertriebene, für Asylbewerber weit über ihrem Bevölkerungsanteil liegt – was man aus allgemeinen politischen Gründen wohl beklagen kann, aber nicht beklagen muß –, wird Flüchtlinge aus Vietnam gemeinsam mit dem Bund und den übrigen Bundesländern in unbegrenzter Höhe aufnehmen. Sie hat dies im Dezember erklärt. Ich wiederhole diese Erklärung, wie ich das mehrfach getan habe.

(Schulze-Stapen CDU: Wenn!)

– Nicht „wenn“, Herr Kollege Schulze-Stapen. Es gibt Situationen, da gibt es kein Wenn und Aber.

(Beifall bei der CDU)

Aber es gibt doch auch das Recht, auf Schwierigkeiten, auf Probleme bei diesem Prozeß hinzuweisen. Dazu sind die Minister meiner Regierung nicht nur ermächtigt, dazu sind sie verpflichtet.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich bin am 1. September nicht nach Bremerhaven gefahren, um dort – ich weiß nicht, wie man das nennt – an dem feierlichen Stapellauf des Schiffes des Roten Kreuzes teilzunehmen, an dem wir uns mit einer Million DM beteiligt haben.

(A) Vizepräsident Dr. Vogt: Herr Ministerpräsident, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage zu beantworten?

Rau, Ministerpräsident: Ja, wenn ich den Satz beendet habe. – Ich habe das nicht getan, weil ich der Meinung bin, das Elend der vietnamesischen, der kambodschanischen, der laotischen, der chilenischen und welcher Flüchtlinge auch immer eigne sich zu keinerlei Selbstdarstellung.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Nagel CDU: Herr Ministerpräsident, sind Sie denn nicht der Meinung, daß es sich bei der spontanen Aktion des Abgeordneten Pinger um eine solche Situation ohne Wenn und Aber handelte, die der Innenminister hier anders dargestellt hat?

(Beifall bei der CDU)

Rau, Ministerpräsident: Ich habe den Innenminister so verstanden, daß diese Aktion des Kölner Abgeordneten Pinger sachgerechter vorher mit der aufnehmenden Behörde, mit dem aufnehmenden Land hätte erörtert werden müssen, daß dies nicht geschehen ist –

(Dr. Pohl CDU: Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß das geschehen ist!)

(B) Ich antworte gerade auf die Zwischenfrage. Dann können wir gleich noch einmal darüber reden. Vielleicht habe ich da nicht genügend Informationen. Das ist doch denkbar –, und daß der Innenminister kritisiert hat, was der Abgeordnete Pinger gemacht hat.

Aber, meine Damen und Herren, finden Sie es denn angemessen, daß wir in dieser Art und Weise hier diskutieren, wie Sie das jetzt versuchen?

(Zurufe von CDU und SPD: Nein!)

– Ich auch nicht.

Vizepräsident Dr. Vogt: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage? – Bitte, Herr Kollege Ostrop.

Ostrop CDU: Genau deswegen frage ich, Herr Ministerpräsident: Würden Sie genauso wie Herr Innenminister Hirsch die Aufrichtigkeit eines Bemühens mit der Frage in Zweifel ziehen, wie hoch denn der Beitrag des Betroffenen aus der privaten Tasche gewesen sei?

(Dr. Pohl CDU: Das ist mies! – Nagel CDU: Das ist das Niveau! – Elfring CDU: Das ist das Niveau des Ministers! Aber dazu sagt er nichts! – Dr. Pohl CDU: Das ist Hirsch!)

Rau, Ministerpräsident: Ich habe mich über diesen Satz auch geärgert.

(Zustimmung bei der CDU)

– Moment, Moment! Aber, meine Damen und Herren, noch mehr ärgert mich, daß Sie jetzt den Versuch machen, zwischen den Innenminister und den Regierungschef einen Keil zu treiben –

(Widerspruch bei der CDU)

mit der Attitüde der Selbstgerechtigkeit. – Herr Kollege Klose, war die Sache mit dem Bruder-Johannes-Trick ein christliches Wort?

(Dr. Klose CDU: Das stand in der Zeitung!)

Ist das die Methode, mit der wir hier miteinander diskutieren,

(Kniola SPD: Das ist der CSU-Stil.)

wenn es darum geht, daß Menschen – wie Sie gesagt haben – nicht ertrinken dürfen? Dürfen Sie hier auch nur unterschwellig die Meinung aufkommen lassen, Sie müßten sich für eine Regierung schämen? Herr Kollege Klose, man schämt sich nie für eine Regierung, immer für sich selber; manchmal vielleicht nur, wenn man mit sich selber allein ist.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien – Zurufe von der CDU)

– Ach wissen Sie, Herr Kollege Schulze-Stapen, ich habe Freunde in der Partei, und ich habe Leute in der Partei, die nicht meine Freunde sind. Das wird Ihnen ebenso gehen.

Daß wir dieses Thema hier der parteipolitischen Polemik öffnen,

(Köppler CDU: Nein!)

habe ich für falsch gehalten und werde ich weiter für falsch halten. Dabei hat es auf allen Seiten Töne gegeben, die ich nicht gern gehört habe. Aber ich meinte, nach der Rede des Kollegen Klose müßte ich hier nicht nur aus Solidarität mit dem Innenminister, sondern auch um der Sache willen

(Zuruf von der CDU: Der Sache wegen!)

ein klares Wort sagen. – Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich das so spontan getan habe. Es schien mir nötig.

Wenn von dieser Debatte nichts anderes in die Zeitung kommt, als daß wir uns hier angegiftet haben, dann tun

(Rau, Ministerpräsident)

(A) mir auch noch die Flüchtlinge leid, die wir retten können.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident Dr. Vogt: Das Wort hat Herr Abg. Köppler von der CDU-Fraktion.

Köppler CDU: Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren! Ich verstehe die Erregung, die Sie noch einmal ans Rednerpult getrieben hat. Aber, Herr Ministerpräsident, Sie müssen sich sagen lassen, daß der Antrag vom 24. Juli, den eine Reihe von Kollegen aus meiner Fraktion während der Sommerpause eingebracht hatte, erstens eine Veranlassung hatte und zweitens offenbar auch etwas bewirkt hat.

Veranlassung war – um das noch einmal klarzustellen – ein Pressegespräch mit der WAZ, das die Herren Hirsch und Farthmann geführt haben und das mit Balkenüberschrift wiedergegeben worden ist: „NRW: kein Platz mehr für Vietnam-Flüchtlinge“. Und dann wurde dargelegt, mit welchen Alternativvorschlägen die Herren Farthmann und Hirsch die Aufnahme von Vietnam-Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen ersetzen wollen.

Dies war ja dann auch um diese Zeit so die Meinung, die man immer wieder aus Kreisen der Regierung im Lande hören und lesen konnte. Sie stand in einem diametralen Gegensatz zur öffentlichen Meinung in diesem Lande, in der ganzen Bundesrepublik.

Es ist ja eines der erstaunlichsten Phänomene, daß offenbar – ich bilde mir nicht ein, daß unser Antrag das bewirkt hat – eine Welle der Aufnahmebereitschaft und der damit verbundenen Opferbereitschaft durch alle Kreise unserer Bevölkerung geht. Herr Kollege Eykmann, diese miesen Abweicherscheinungen, die Sie zitiert haben, glaube ich, können das Bild nicht verändern, das in der deutschen Bevölkerung deutlich geworden ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Genau in diese Situation hinein gibt Herr Kollege Hirsch mit seinem Kollegen Farthmann Interviews und Zeitungsgespräche, die die Journalisten zu Veröffentlichungen veranlassen.

Sie müssen verstehen, daß jeder annehmen mußte, dies sei die Haltung der Landesregierung nach ihrem Dezemberbeschluß. Über die unbegrenzte Aufnahmebereitschaft des Landes Nordrhein-Westfalen haben Herr Hirsch und Herr Farthmann nichts veröffentlicht lassen, sondern sie haben gesagt: Hier ist kein Platz mehr. Wörtlich so zitiert, Herr Kollege Hirsch!

(Zustimmung des Abg. Pürsten CDU)

Sie haben dann gesagt, man sollte die Mittel, statt Vietnam-Flüchtlinge hierher zu holen, dafür verwenden, ihnen in ihrem Kulturkreis neue Lebens- und Überlebenschancen zu schaffen.

(Pürsten CDU: Das ist es!)

Mit anderen Worten: hier nicht! Dies in einer Situation in der unsere Bevölkerung durch die Presseberichterstattung, durch Rundfunk und Fernsehen – der ältere Teil dieser Bevölkerung weiß selber noch,

(Pürsten CDU: Ja!)

welche Not damals herrschte – gerade in diesen Tagen auf 40 Jahre Kriegsausbruch von 1939 zurückblickt. Die Älteren von uns werden sich ihre privaten Gedanken und Erinnerungen dabei gemacht haben. Ich glaube, dies hat gezeigt, daß unsere Bevölkerung für Not und für die Konsequenz aus Not, nämlich für Hilfsbereitschaft, sensibel ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Dieses Gefühl wurde durch die Erklärungen, die Ihre Kabinettsminister abgaben, mit Füßen getreten.

(Zustimmung bei der CDU)

Dies hatte den Antrag ausgelöst. Sie haben daraufhin dankenswerterweise – dies hat Herr Kollege Klose ausdrücklich, nicht nur für seine Person, hier gesagt – am 7. August in Ihrem Schreiben an die Bundesregierung erklärt, daß Nordrhein-Westfalen zur unbeschränkten Aufnahme von in Not geratenen Flüchtlingen in Südostasien bereit sei.

Sie haben eben wiederholt, Herr Ministerpräsident, der Herr Abgeordnete Pinger – und der steht für mich als einer für viele, die spontan Hilfe geleistet haben und hoffentlich noch leisten werden – aus dem Deutschen Bundestag hätte das besser mit den Behörden absprechen sollen. – Nun frage ich Sie, Herr Ministerpräsident: Was soll der Abgeordnete Pinger noch anderes in genau dieser Richtung tun, als er getan hat?

(Dr. Pohl CDU: Ja, das möchte ich auch wissen!)

Er war in Bangkok, um dort Feststellungen zu treffen, wie man so schnell wie möglich helfen könne. Er hatte die Möglichkeit, diese Gruppe von Flüchtlingen mitzunehmen.

Dann fragt er den in Bangkok bei der Konferenz anwesenden Leiter der Konsularabteilung des Auswärtigen Amtes: Glauben Sie, daß das geht? Der Leiter antwortet: Dann muß ich mit dem Auswärtigen Amt Rücksprache nehmen.

(Dr. Pohl CDU: Bedenkzeit!)

(A) **Rau, Ministerpräsident:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der Ernennung zum König, der Degradierung des Herrn Trinius zum Bauern – ich habe ihn heute als Läufer empfunden –, --

(Zurufe von der CDU)

– Moment! Moment! Ich spiele besser Skat als Schach; aber, Herr Kollege Köppler, die Dame waren Sie nicht!

(Köppler CDU: Selbst da ist der Bauer mehr wert als der König! – Heiterkeit)

Hier ist nichts zu verstecken, hier ist nichts zu verbergen. Der Ministerpräsident hat nicht die Absicht, sich von der Hochschulpolitik zu distanzieren, die er selber 8 1/2 Jahre lang in diesem Lande als Ressortchef verantwortet hat, sondern der Ministerpräsident ist freilich selbstbewußt genug, sagen zu können, daß sich diese Hochschulpolitik in unserem Lande und im Verhältnis zu den übrigen Bundesländern sehen lassen kann. Das, was da an Aufbauleistung erbracht worden ist, kann sich sehen lassen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich komme auch nicht her und lese Ihnen die Liste jener Gesetze vor, die in einem der Landesparlamente in den letzten Jahren von Mehrheiten verabschiedet und dann generell oder in Einzelpunkten für verfassungswidrig erklärt worden sind. Sie wissen so gut wie ich, daß das in allen Bundesländern schon geschehen ist --

(Dr. Pohl CDU: Warum ändern Sie das dann?)

– Dazu komme ich gleich. – Sie wissen genauso gut wie ich, daß es keinem dieser Landesparlamente und dieser Mehrheiten zu unterstellen ist, sie hätten an der Verfassung vorbei Gesetze machen wollen.

Wir können und wir wollen nicht sagen – auch das Verfassungsgericht hat das in seiner einstweiligen Anordnung und in seinem Brief an den Landtag nicht gesagt –, dies Gesetz sei in den Punkten verfassungswidrig, die die CDU beklagt. Nicht einmal das hat das Gericht gesagt, sondern es hat die Frage gestellt, wie der Landtag zu reagieren gedenke, wenn die und die drei Punkte für nichtig erklärt würden.

(Köppler CDU: Das hat es nicht gefragt!)

– Nun kann man, Herr Kollege Köppler, darauf unterschiedlich reagieren. Man kann sagen: Wir nehmen dazu Stellung und warten dann auf das Urteil.

(Köppler CDU: Soll ich Ihnen den Brief verlesen? – Dr. Pohl CDU: Teilnichtigkeit!)

– Ich habe ihn jetzt nicht hier. Es ging um Teilnichtigkeit und ganze Nichtigkeit.

(Abg. Köppler CDU überreicht dem Ministerpräsidenten den Brief des Verfassungsgerichts.)

– Vielen Dank!

(Dr. Pohl CDU: Im ersten Absatz steht es!)

– Herr Kollege Pohl, mir geht es hier um eine politische Äußerung. Mir geht es darum, daß nicht der Eindruck entsteht, diese Regierung wisse mehr, als sie sagt. Deshalb habe ich mich auf Herrn Köpplers Rede hin sofort gemeldet, um ihm zu sagen: Wir wissen nicht mehr als die einstweilige Anordnung und den Brief des Gerichts. Das gilt für die Koalitionsfraktionen, mit denen wir gestern darüber gesprochen haben, wie für die Regierung. Das ist das eine.

Das zweite ist: Nun kann man unterschiedlich reagieren. Man kann sagen, daß wir bis zum 23. 11. Stellung nehmen. Dann ist mündliche Verhandlung im Dezember, und im Januar kommt das Urteil. Diesen Gang wollen und werden wir nicht beeinflussen, sondern wir gehen davon aus, daß Stellung zu nehmen ist. Wir gehen davon aus, daß mündlich verhandelt wird, und wir gehen davon aus, daß ein Urteil kommt.

Dies kann uns aber doch nicht hindern – und hier wollte ich nun in der Tat, Herr Kollege Köppler, aus Koop etwas gelernt haben –, die Frage zu stellen, ob es nicht eine Zusammenfassung von Universitäten und Pädagogischen Hochschulen mit Fach-zu-Fach-Zuordnung geben könnte, die in den vom Gericht in seiner einstweiligen Anordnung und seinem Brief bezeichneten Punkten anders formuliert wäre als das verabschiedete Gesetz. Das ist die Frage, die wir den Koalitionsfraktionen gestellt haben.

Nun waren wir der Meinung, es wäre gut, wenn der zuständige Minister dies vor der Debatte in Form einer Regierungserklärung sagte, damit das nicht gewissermaßen apokryph durch die Gänge geht, sondern damit der Kabinettsbeschluß vor der Debatte dem Landtag bekannt ist. Das ist geschehen. Und es gibt keinen Textentwurf; darüber wollen wir selbstverständlich mit den Fraktionen reden. Wir glaubten aber, daß wir diese entsprechende Erklärung hier heute abgeben sollten.

Ich hoffe, daß der Weg, auf den wir uns damit begeben, das heute morgen von den Sprechern aller Fraktionen noch einmal beschriebene Ziel der Verbesserung der Lehrerausbildung in diesem Lande fördert und daß er das Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. 4. 1980 möglich macht.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(Köppler CDU)

- (A) Eine politische Partei – vor allen Dingen dann, wenn sie Regierungen zu stützen, zu tragen, zu stellen hat – ist kein Debattierklub bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Eine solche Partei muß sich bei aller Breite und auch bei aller Verbissenheit gegensätzlicher Standpunkte in der Diskussion – gerade, wenn sie Regierungspartei ist – zu einer Entscheidung, und zwar nicht zu einer doppelstrategischen Entscheidung, durchringen. Das erwarten wir von Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich wissen wir, daß wir auf manche Besorgnisse und Ängste in der Bevölkerung eingehen müssen. Nur, Herr Kollege Dr. Haak, wir vergrößern diese Ängste, Ängste letztlich, die aus Unsicherheit wachsen, wenn wir notwendige Entscheidungen nicht fällen, sondern ausschließlich aus taktischen Gründen zurückstellen und vor uns herschieben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Dr. Haak, ich will gerade Sie als einen positiven Gegenbeweis nennen. Sie haben sicher auch – jeder, der Sie kennt, unterstellt Ihnen das – um diese Ängste gewußt. Und Sie haben die Problematik gekannt, als Sie vor einiger Zeit hier den Mut fanden, öffentlich im Lande Nordrhein-Westfalen zu erklären: Wir brauchen in diesem Lande vier neue Kernkraftwerke.

(B)

(Dr. Haak SPD: Nein, das ist nicht richtig! – Pürsten CDU: Jetzt hat er wieder Angst vor der eigenen Courage!)

– Dies haben Sie gesagt, Herr Kollege Dr. Haak. Sie haben es öffentlich gesagt. Es ist jedenfalls so zu lesen gewesen.

(Dr. Haak SPD: Nein! – Weitere Zurufe)

– Herr Kollege, dann wird es aber höchste Zeit, daß Sie den durch Ihre Erklärung entstandenen Eindruck wieder aus der Welt schaffen. Dies haben wir alle so gelesen. Das ist von der Presse so gedruckt worden.

Ich war gerade dabei, Ihnen dafür ein Kompliment auszusprechen, daß Sie sich bei aller Abwägung auch von Schwierigkeiten zu einer Entscheidung durchgerungen haben. Ich hoffe nicht, daß Sie jetzt im Begriff sind, das Kompliment wieder abzuräumen. Das würde mir leid tun.

Vizepräsident van Nes Ziegler: Herr Abg. Köppler, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Haak zuzulassen?

(Köppler CDU: Ja!)

– Bitte, Herr Abg. Dr. Haak!

Dr. Haak SPD: Herr Kollege Köppler, sind Sie bereit; hier richtig zu zitieren – das ist überhaupt kein Dementi –, daß ich damals gesagt habe: Auf lange Sicht hielte ich energiewirtschaftlich gesehen zwei bis drei Kernkraftwerke in Nordrhein-Westfalen für erforderlich, wenn die Frage der Reaktorsicherheit und die Frage der Entsorgung gelöst sei? So war der Kontext.

Köppler CDU: Herr Kollege Dr. Haak, ich nehme das gern zur Kenntnis. Aber das können Sie jetzt aktualisieren. Denn Ihr Ministerpräsident hat am 28. 9. der Gewährleistung der Sicherheit und der Entsorgung zugestimmt. Also, meine ich, können Sie jetzt sagen: Ran mit den zwei, drei Kernkraftwerken.

(Beifall bei der CDU)

Und dann möchte ich Sie bitten, daß wir beide gemeinsam diese Landesregierung auffordern, endlich über das zu entscheiden, was notwendig ist – auch in Uentrop zu entscheiden und auch in Vahnum endlich eine Entscheidung zu treffen.

Ich hoffe, Herr Ministerpräsident, daß Sie in der Lage sind, noch in dieser Debatte dem Hause diese konkreten Antworten zu geben, die wir eigentlich schon etwas früher erwartet hätten. Aber ich räume ein: Wir hätten wahrscheinlich eine neue Ministerin, die gerade heute erst vereidigt worden ist, überfordert, wenn wir bei ihrer ersten Rede am heutigen Tage schon diese Kenntnis auch der Hängepartien im Lande für die Beantwortung der von uns erwarteten konkreten Fragen vorausgesetzt hätten. Ich hoffe, daß dies in Kürze möglich sein wird.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Herr Kollege Köppler Frau Minister Funcke so zitiert hat, daß er glaubt, sie habe hier Nordrhein-Westfalen als einen Ausbund an Aktivität in Fragen der Kernenergie dargestellt, dann ist dies sicher ein freier Einfall des Kollegen Köppler, die Umschreibung dessen, was er glaubt, gehört und verstanden zu haben. Ich habe die Ausführungen der Frau Kollegin Funcke nicht so verstanden. Ich habe aber – und ich möchte das hier gern noch einmal wiederholen – verstanden: Das, was Nordrhein-Westfalen auf Grund von Entscheidungen früherer Regierungen und der jetzigen Regierung an kerntechnischem Risiko unter den Bundesländern trägt, ist ohne Beispiel. Und dafür stehen wir ein.

(Beifall bei der SPD)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Jülich, Ahaus – dazu sage ich gleich noch ein paar Sätze –, Würgassen, Schmehausen, Kalkar und Gronau – wir haben in diesem Lande einen Anteil an der kerntechnischen Entwicklung in der Bundesrepublik, in dem größten und am dichtesten besiedelten Bundesland, der uns ganz besondere Verantwortung abfordert. Und diese Verantwortung gedenkt die Landesregierung wahrzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Nun ist das freilich so, Herr Kollege Köppler, daß ich zum Beispiel meine politischen Freunde in Ahaus in zwei mehrstündigen Gesprächen nicht davon habe überzeugen können, daß die Standortentscheidung Ahaus richtig ist.

(Köppler CDU: Waren Sie denn in Ahaus?)

– Ich habe mich einmal in Stadtlohn mit ihnen getroffen, weil ich da eine öffentliche Kundgebung hatte, und einmal sind sie hier in Düsseldorf gewesen. Über beide Gespräche habe ich öffentlich berichtet.

(Nagel CDU: Warum waren Sie denn nicht in Ahaus?)

– Ich war schon oft in Ahaus, Herr Nagel.

- (B) (Erneute Zurufe von der CDU)

Ich war in dieser Situation nicht in Ahaus. Ich will Ihnen sagen, ich war dort auf Bitten meiner Freunde natürlich in dieser Situation nicht, weil sie da in einer völlig anderen Schlachtordnung waren, und ich habe –

(Gelächter und Zurufe von der CDU)

– Moment! Lassen Sie mich meinen Satz doch zu Ende bringen!

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

Aber ich habe mit diesen Freunden gesprochen; ich habe das deutlich in der Öffentlichkeit gesagt. Dies geschah in einer Podiumsdiskussion vor mehreren hundert Leuten; dort habe ich zum Ausdruck gebracht, daß wir diesen Konflikt in dieser Partei fair austragen. Ich habe meine Position zum Zwischenlager mit aller Deutlichkeit vorgetragen und werde das auch in Zukunft tun.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Nagel CDU: Bitte am Tatort!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie hier nach dem Muster vorgehen, diese Regierung sei in Fragen der Kernenergie nichts als eine „Hängepartie“, sie treffe keine Entscheidungen, und die Entscheidung vom 28. Sep-

tember, die ich dort getroffen habe, sei möglicherweise gar keine,

(Köppler CDU: Das werden wir prüfen!)

dann möchte ich gerne hinzufügen: Diese Regierung ist entscheidungsfreudiger als andere. Bayern ist nicht bereit, ein Zwischenlager für die Kernenergie zur Verfügung zu stellen.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Herr Strauß sagt: Bei uns tun's die Kompaktlager bei den Kernkraftwerken bis 1990. Und was den Rest angeht, sagt er der Bundesregierung: Sieh du zu! – Herr Albrecht sagt: Wir müssen das Atomgesetz ändern, bevor wir ein integriertes Entsorgungskonzept hinnehmen können.

Wir sagen: Wir stehen zu diesem Atomgesetz, und wir sind bereit, die Konsequenzen aus diesem Gesetz zu ziehen. Um der Sorge der Bürger willen sind wir auch bereit, dieses Atomgesetz so auszulegen, daß wir sie in hohem Maße beteiligen. Deshalb beteiligen wir die Bürger in Ahaus – über die Zwänge des Atomgesetzes hinaus –, weil wir glauben, dies den Bürgern in unserem Lande schuldig zu sein.

(Beifall bei der SPD – Köppler CDU: Und warum verschweigen Sie, daß Niedersachsen ein Zwischenlager angeboten hat?)

– Niedersachsen hat sich bereit erklärt zu prüfen, ob es ein Zwischenlager einrichten wolle.

(Köppler CDU: Stimmt nicht! Soll ich Ihnen den Beschluß vorlesen?)

Aber Herr Albrecht hat deutlich erklärt, daß er aus Gründen politischer Durchsetzbarkeit am integrierten Entsorgungskonzept nicht festhalte und die Bundesregierung bitte, dieses Konzept aufzugeben.

(Widerspruch bei der CDU – Dr. Heimes (Essen) CDU: Das ist wegen der Schlachtordnung! – Soénius CDU: Es geht doch um das Zwischenlager! Er garantiert ein Zwischenlager! – Köppler CDU: Wieder eine andere Schlachtordnung! – Kuhlmann SPD: Herr Strauß will Kernkraftwerke nur bei uns! – Weitere Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CDU – Unruhe)

Ich gebe Ihnen zu, meine Damen und Herren – und der Parteitag meiner politischen Freunde in der nächsten Woche in Berlin wird das zeigen –: In der Frage der Kernenergie gibt es in meiner Partei eine außerordentliche Spannweite von Meinungen, Einschätzungen und Entscheidungen. Ich bin bereit, dem Leitantrag 500 bei die-

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) sem Parteitag zuzustimmen – oder, um es deutlich zu sagen, dem Vorschlag des Parteivorstandes bezüglich dieses Leitantrages meine Zustimmung zu geben.

(Soénius CDU: Haben Sie denn schon zugestimmt?)

– Ich bin bereit, das als Delegierter auf diesem Parteitag zu tun.

(Soénius CDU: Ich fragte nur, ob Sie dem Antrag im Bundesvorstand zugestimmt haben.)

Als einer derer, die bereit sind, diesem Antrag zuzustimmen, bin ich stolz auf die Breite und die Tiefe dieser Diskussion in meiner Partei.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich glaube nämlich, Herr Kollege Köppler, daß Ihr gelegentlich in Nebensätzen bekundeter Respekt vor den Ängsten und Sorgen der Bürger

(Kuhlmann SPD: Das ist doch Makulatur!)

deutlicher ausgesprochen werden müßte, als Sie das tun.

(Köppler CDU: Ich rede mit den Leuten.)

- (B)

– Ich tue das auch!

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Aber nicht in Ahaus!)

Ich war achteinhalb Jahre lang als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender für die Kernforschungsanlage Jülich zuständig, und ich habe in der Zeit vorher die entsprechende Kommission im Landtag geleitet. In den letzten Jahren habe ich mich bei den Gesprächen, die über diese Fragen mit den Bürgern zu führen waren, wahrlich nicht feige gezeigt. Ich habe sehr viele Gespräche geführt; das wissen viele von Ihnen auch.

(Giesen CDU: Mit wem haben Sie denn in Jülich gesprochen?)

Ich meine, Herr Kollege Köppler, daß Sie die Unruhe, die in der Bevölkerung unseres Landes existiert,

(Giesen CDU: Ernst nehmen!)

nicht so bewerten, wie das geschehen müßte. Ich glaube, daß die Ursachen dieser Unruhe, daß die Dimension dieser Unruhe, daß das, was hier an Lebensangst, an Urängsten auf- und hochkommt, auch das Verzögern von Entscheidungen rechtfertigt, wenn es das Ziel ist, in diesem Volk wieder zu einer gemeinsamen Energiepoli-

tik zu kommen, die von der Mehrheit getragen werden kann. In diesem Fall muß man sich, glaube ich, dafür Zeit nehmen.

(Zustimmung bei der SPD)

Und wer sagt, das sei ein Verzögern, der verkennt nach meiner Meinung die Tiefe des Risses, die vor allen Dingen durch die junge Generation hindurchgeht. Wir haben doch bis 1970/71 diese Diskussion gar nicht gehabt. Daß wir sie bis dahin nicht gehabt haben, liegt auch daran, daß es gesellschaftliche Versäumnisse im Aufspüren der Gründe gibt, die bei dieser Situation anstehen.

(Köppler CDU: Das hat alles Willy Brandt hervorgerufen! – Soénius CDU: Darüber reden wir mit Herrn Girgensohn im Ausschuß.)

– Nein, das hat nicht alles der Willy Brandt hervorgerufen, Herr Soénius!

Ich weiß nicht, ob Sie den Artikel gelesen haben, den Prof. Spaemann in diesen Tagen in der Zeitschrift „Zeitwende“ veröffentlicht hat. Ich möchte Ihnen sehr dazu raten, ihn einmal zu lesen. Prof. Spaemann ist nun wahrlich kein Mann, der mir und meinen politischen Freunden zuzuordnen ist. Wenn Sie auf der einen Seite die ganze Bandbreite der Diskussion des Artikels Spaemanns, der in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vor etwa zehn Tagen in Auszügen nachgedruckt wurde, und auf der anderen Seite das uns gestern in die Fächer gelegte Buch von Klaus Knizia und auch die verschiedenen Versuche Carl Friedrich von Weizsäckers sehen, Brücken zu schlagen, dann wird deutlich, mit einer wie schwierigen, differenzierten und weit über technische Fragen hinausgehenden Problemstellung wir es hier zu tun haben.

Ich sage eben: Kernenergie ist mehr als irgendeine Weiterentwicklung bisher bekannter technischer Prozesse. Das ist im Bewußtsein der öffentlichen Meinung unter der jungen Generation sehr wach.

Nun möchte ich Ihnen ganz gern noch auf die konkrete Frage, wie es mit der Entschließung vom 28. September stehe, antworten.

(Köppler CDU: Ja!)

Diese Entschließung vom 28. September war der Natur und der Sache nach einstimmig. Ich habe an ihr mitgewirkt, auch an einzelnen Formulierungen. Diese Erklärung habe ich für die Landesregierung abgegeben. Daran ist überhaupt kein Zweifel. Aber daran, daß diese Erklärung jetzt in der Bund-Länder-Kommission in den

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Vorschlag zu neuen Grundsätzen umgesetzt werden muß, besteht doch wohl auch kein Zweifel!

(Köppler CDU: Nicht zu neuen Grundsätzen! Zur Anpassung der bestehenden Richtlinien!)

– Zur Anpassung der bestehenden Richtlinien! Die werden dann neue Richtlinien.

(Köppler CDU: Die Grundsätze haben Sie doch beschlossen!)

– Entschuldigung, „Richtlinien“! Es ist ein Versprecher gewesen.

Daß dann jede Landesregierung diese neuen Richtlinien prüfen muß – das muß Herr Albrecht, das muß Herr Strauß, das muß Herr Späth, das muß Herr Vogel, das muß ich auch –, nicht mehr und nicht weniger war mit dem Satz ausgesprochen,

(Soénius CDU: Das stimmt aber nicht!)

der in der Erklärung von Frau Minister Funcke „Zustimmung zu den Grundsätzen“ genannt wurde, die wir beim Bundeskanzler miteinander verabredet hatten.

Aber damit auch das deutlich ist, Herr Kollege Köppler: Kein Mitglied der Runde bei den Ministerpräsidenten hat mit dem Ja zu dieser Entscheidung am 28. September auch gesagt: Ich baue in meinem Land ein neues Kernkraftwerk. – Das war nicht Gegenstand der Erörterung, sondern Gegenstand der Erörterung war die Herstellung politischen Einvernehmens über Entsorgungsgrundsätze. Ich bin stolz darauf, daß das gelungen ist. Ich glaube, daß damit eine wichtige Vorarbeit für das geleistet ist, was jetzt an Entscheidungen auf uns zukommt und was wir zu entscheiden haben werden.

(Zustimmung des Abg. Reinhard (Gelsenkirchen) SPD)

Vorletzte Bemerkung! Sie haben gefragt, wo denn nun die Großanlagen entstehen sollten, die wir für Kohleverflüssigung, Kohlevergasung angekündigt hätten. Von Bottrop brauche ich ja nicht mehr zu sprechen; das ist heute hier gebührend behandelt worden. Aber ich könnte von einer Kohlegasfabrik im Bereich Hückelhoven berichten, bei deren Vorbereitung wir sind. Geschätzte Investitionssumme: 280 Millionen DM.

Ich könnte von der Industrieanlage Ruhr sprechen, die die Ruhrkohle AG plant. Der Baubeschluß soll 1982 getroffen werden. Der Auftrag wurde am 30. August erteilt.

Ich könnte von der Großanlage Kohleöl Ruhr sprechen. Der Baubeschluß soll 1981 getroffen werden. Die erste Straße soll 1986 in Betrieb genommen werden.

(Soénius CDU: Standorte! Danach haben wir gefragt!)

– Was die Standorte angeht, so haben wir bisher Angebote aus den Bereichen Oberhausen, Herne, Gelsenkirchen, Hamm, Waltrop und Wesel.

(Dr. Pohl CDU: Aber nicht in der Öffentlichkeit!)

Meine Damen und Herren, ob es aber sinnvoll ist, bevor Unternehmensentscheidungen zugunsten einzelner Standorte getroffen worden sind und darüber das Gespräch stattgefunden hat, Mikrostandorte anzugeben, oder ob wir damit nur wieder mit dem Blick auf Grundstückspreise ins Gerede kommen, das möchte ich hier als Frage jedenfalls offenlassen.

(Zustimmung bei der SPD)

Letzte Bemerkung! Ich habe den Beitrag des Herrn Kollegen Nickels in weiten Teilen als einen Beitrag verstanden, der für die Kohlefraktion dieses ganzen Landtages gesprochen war. Ich möchte ihm für diese Teile seiner Rede ausdrücklich danken.

Was die Bergmannsprämie angeht, so habe ich darüber Gespräche mit dem Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie geführt. Ich habe danach ein erstes Gespräch mit dem Bundeskanzler darüber geführt, der seinerseits seine zuständigen Kollegen darauf angesprochen hat. Wir haben verabredet, innerhalb der nächsten Wochen dieses Gespräch fortzusetzen.

Ich selber hätte das Thema Bergbauprämie noch nicht in die öffentliche Erörterung gebracht, Herr Kollege Nickels; aber nicht etwa deshalb, weil ich eine Bergbauprämie und ihre Erhöhung nicht für angemessen halte, sondern ich bin der Meinung: Die Arbeit des Untertagesmannes kann man gar nicht hoch genug bezahlen. Sie wird jetzt viel zu schlecht bezahlt.

(Allgemeiner Beifall)

Ich glaubte, vor der öffentlichen Erörterung von Bergbauprämien für die Arbeit unter Tage müßte man die tarifpolitischen Spielräume ausnutzen und müßte man gleichzeitig, Herr Kollege Köppler, auch innergewerkschaftlich die Frage nach der Relation der Löhne unter Tage und über Tage und in den verschiedenen Arbeitsbereichen ins Gespräch bringen dürfen. Auch das wollte ich lieber intern als in der öffentlichen Erörterung tun.

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Aber wenn das Thema hier schon angesprochen wird, kann ich nur sagen: In diesem Lande Nordrhein-Westfalen ist in den letzten Jahren vieles finanziell machbar gemacht worden. Wenn wir einen Beitrag dazu leisten können, daß der Bergmann unter Tage für seine harte Arbeit besser bezahlt wird – über das hinaus, was tarifpolitisch erreicht werden kann –, dann werden wir uns dabei nicht lumpen lassen; und dann bin ich der erste, der für die Erhöhung der Bergbauprämie eintritt. – Herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Köppler.

Köppler CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich hoffe, daß Sie bald Gelegenheit nehmen – ja, wie soll ich es formulieren? –, diese verbale Entgleisung, die Ihnen da unterlaufen ist, in Ordnung zu bringen, als Sie feststellten, Sie seien deshalb um Ahaus herumgefahren und nicht in Ahaus gewesen, weil dort Ihre politischen Freunde Sie gebeten hätten, nicht zu kommen; und da die dort in anderer Schlachtordnung gekämpft hätten, hätten Sie diese Bitte auch erfüllt.

(Zustimmung bei der CDU – Zuruf von der SPD: Da haben Sie nicht zugehört.)

(B)

So war die Erklärung.

Meine Damen und Herren, ich erwarte, daß der Ministerpräsident dieses Landes, wenn schon nicht der Landesvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in Nordrhein-Westfalen, der Öffentlichkeit nicht den Eindruck hinterläßt, als würde der Ministerpräsident

(Soénius CDU: Doppelstrategie!)

auch mit veränderten Schlachtordnungen hier und da, je nachdem, wo es im Land hinpaßt, stehen.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Eindruck sollte nicht aufrechterhalten bleiben. Sie haben ihn erweckt.

(Zuruf von der SPD: Nein, hat er nicht. – Unruhe)

Bringen Sie ihn weg. Deshalb habe ich mir erlaubt, hier von einer verbalen Entgleisung zu reden, die in Ordnung gebracht werden soll.

(Zustimmung bei der CDU – Widerspruch von der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben gemeint, Ihre Regierung sei mutiger als andere, und Sie haben auf den Ministerpräsidenten von Niedersachsen verwiesen, dem es offenbar an diesem Mute mangle.

(Dr. Haak SPD: Doch, der hat nur Mut beim NDR.;

– Verehrter Kollege Haak, ich darf noch einmal darauf hinweisen, was schon geschehen ist: In der Tat hat Herr Albrecht erklärt, das von der Bundesregierung nach wie vor bevorzugte integrierte Entsorgungskonzept an einem einzigen Standort sei zwar technisch machbar, aber politisch nicht durchsetzbar. Nun will ich Ihnen, weil Sie es offenbar immer noch nicht wissen, sagen, woran das liegt. Er hat zwar eine absolute Mehrheit; aber er hat sich in dieser Frage mit den wütenden Angriffen sowohl der außerparlamentarischen Opposition als auch der parlamentarischen Opposition auseinandersetzen,

(Zuruf von der SPD: Eben! – Beifall bei der CDU)

und beide, meine Damen und Herren, sind die politischen Mitträger der Verantwortung des Bundeskanzlers in Bonn.

(Starker Beifall bei der CDU)

Das ist die veränderte Situation. Das unterscheidet Ihre Situation hier im Landtag völlig. Ich kann Ihnen nur noch einmal sagen: Sie haben hier eine Opposition, die Ihnen mehr als die Stimmen bringt, die Sie vielleicht in den eigenen Reihen nicht bekämen,

(Soénius CDU: Sehr richtig! und Beifall bei der CDU)

um das durchzusetzen, was hier notwendig ist. Das ist eine total andere Situation. Ich kann Sie nur noch einmal auffordern: Handeln Sie entsprechend! Erzählen Sie hier nicht nur ruhmrednerisch, Sie seien mutig, sondern zeigen Sie endlich einmal, daß Sie mutig sein können.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Ich halte es auch für richtig, mit den vielen einzelnen in der Bevölkerung – die sind für mich noch wichtiger als manche Organisierte –, die dem mit inneren Vorbehalten und mit Sorgen gegenüberstehen, zu reden.

(Zuruf von der SPD: Wir tun das schon lange.)

– Ja, Herr Kollege, ich bezweifle das ja auch nicht. Ich kenne auch eine ganze Anzahl in Ihren Reihen – und Kollege Meyer, der hier gesprochen hat, gehört dazu –, die eine klare Meinung haben, auch was die Nutzung der Kernkraft angeht. Wenn ich mit dieser eigenen

(Köppler CDU)

- (A) rhein-Westfalen. Das verlangt wohl in Bonn ein aktives Tun und nicht nur ein Dulden dessen, was eventuell vielleicht einmal auch auf das Land Nordrhein-Westfalen zukommen könnte.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehe jetzt auf die verschiedenen Aspekte nicht mehr ein, zumal ich auch glaube, wir dürfen die Debatte jetzt nicht mehr verlängern; es wird noch mancherlei zu sagen sein.

Ich habe mich nur wegen des einen Satzes zu Wort gemeldet, den ich offenbar nicht zu Ende geführt hatte und der, wie Sie gesagt haben, wohl einen Lapsus linguae darstellte. Ich weiß auch nicht genau, wie der Satz zu Ende gegangen wäre. Jedenfalls wollte ich ihn so nicht sagen, Herr Kollege Köppler.

- (B) Ich will das hier auch offen sagen: Ich beziehe mich auf einen Satz, den ich Herrn Köppler zum Geburtstag geschrieben habe. Ich meine auch, wir müßten fair miteinander umgehen, und wenn sich einer einmal verplappert, muß er das sagen. Ich hatte nicht gemeint, daß es in der SPD eine Arbeitsteilung dergestalt geben dürfe: die einen machen es so herum, und die anderen machen es so herum. Und darum sagen sie dann: Bleib da weg, sonst störst du uns. So habe ich den Satz nicht gemeint.

(Dr. Heimes (Essen) CDU: Sie wollten doch auf das breite Spektrum so stolz sein!)

– Herr Kollege Heimes, das ist etwas völlig anderes, ob man auf Diskussionsbreite und -tiefe stolz ist oder ob man links redet und rechts lebt, beispielsweise. Davon halte ich nichts.

(Zuruf von der SPD: Oder umgekehrt!)

– Oder umgekehrt. – Ich habe auf einer öffentlichen Veranstaltung mit mehreren hundert Leuten, wie das von mir in dem Unterbezirk verlangt worden ist, meine Position zum Zwischenlager dargestellt. Ich bin keiner Frage ausgewichen und habe nicht das angeboten, was da gehört wurde. Das war im Nachbarort; aber das hatte Gründe anderer Art. Dann habe ich noch zwei Gespräche mit meinen politischen Freunden in Ahaus geführt. An irgendeiner Arbeitsteilung in dem Sinne, daß ich irgendwem etwas in die Tasche stecke, war nicht gedacht. Wenn der Satz so geklungen haben sollte, würde ich das bedauern. Wir werden anderen Anlaß zum Streit haben, als daß wir uns bei einer solchen Sache aufhalten sollten. Das wollte ich da von mir aus klargestellt haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Das Wort hat Herr Minister Farthmann.

Dr. Farthmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Köppler hat einige Fragen zu den konkreten Vorhaben gestellt und so getan, als ob diese Vorhaben überhaupt nicht betrieben würden, als ob wir zögerten und nicht wüßten, was wir machen sollten. Herr Köppler, ich bin in diesem Moment nicht darauf eingestellt, Ihnen die genauen Daten der einzelnen Fälle zu nennen. Ich war der Meinung, darüber würden wir im Ausschuß reden. Da Sie mir die Frage aber gestellt haben, will ich versuchen, sie so gut zu beantworten, wie ich das aus dieser Situation kann.

Eines muß ich ganz offen sagen: Ich wundere mich, daß Sie bei den vielen Zitaten, auch bei den internationalen Gesichtspunkten – Herr Rinsche hat sich in seinen Betrachtungen geradezu europäisch gegeben –,

(Meuffels CDU: Ist er auch!)

überhaupt nicht einbezogen haben – ist Ihnen das denn gar nicht bekannt? –, daß vor wenigen Tagen die von der Regierung der Vereinigten Staaten eingesetzte Kommission zum Harrisburg-Fall empfohlen hat, in den USA zunächst keine neuen Kernkraftwerke anzufangen. Das muß Ihnen doch zum Nachdenken Anlaß geben. Offenbar ist es doch nicht so, daß hier nur die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ihre bösen Finger im Spiel hat, sondern es ist ein Beweis dafür, daß weltweit Gesichtspunkte eine Rolle spielen, die nicht von heute auf morgen zu beseitigen sind.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Nun, meine Damen und Herren, zu den einzelnen Fällen! Ich beginne mit Ahaus. In Ahaus geht es um die Einrichtung eines Zwischenlagers. Bei diesem Zwischenlager haben wir uns freiwillig bereit erklärt – nach dem Gesetz brauchten wir das nicht, es gilt § 6 Atomgesetz; das kann also so über die Bühne gehen –, ein Anhörungsverfahren durchzuführen.

(Zuruf des Abg. Köppler CDU)

– Ja, Herr Köppler, ich bin noch nicht fertig. Am ersten Tage der Anhörung stellte sich heraus, daß die Anhörung mehrere Tage in Anspruch nehmen würde, und die Einwander erklärten, sie seien überhaupt nur bereit, das Anhörungsverfahren ernst zu nehmen, wenn sie vorher in die Gutachten Einsicht nehmen könnten. Das war, glaube ich, im Februar dieses Jahres.

(Köppler CDU: Dann sollen sie es lassen!)

– Darauf wollte ich hinaus. Das ist genau der Punkt, an dem wir Differenzen haben.

(Köppler CDU)

- (A) Herr Ministerpräsident, lassen Sie mich zu Ihrer Verantwortung zurückkommen. Ich will nicht auf Ihre Verantwortung als Ressortminister eingehen. Das liest sich ja wie ein Krimi, was wir da gelesen und heute morgen und heute nachmittag gehört haben, daß da ununterbrochen in Ihrem Hause Wiedervorlagevermerke auf Anmahnungen über Bettenplanung mit dem MAGS gemacht wurden. Ich will das hier gar nicht noch einmal zur Sprache bringen.

Ich will auf den für mich zentralen Punkt zurückkommen. Sie sitzen in einem Aufsichtsrat, der zunächst einmal eine Vergabe vorzunehmen hat, der hochkomplizierte Verträge abgeschlossen hat, die die Geschäftsführung der HFG ausgehandelt hat und der doch wohl – oder wer sonst? – zuständig war nach der Entscheidung des Parlaments, wie völlig überflüssigerweise von Ihnen, Herr Posser, noch einmal breit dargelegt worden ist – darüber gibt es ja doch keinen Streit.

Wir haben doch alle, SPD, F.D.P. und CDU, die Entscheidung in Sachen HFG getroffen, die HFG gegründet, weil wir natürlich von der Annahme ausgegangen sind, daß dort ein leistungsfähiger Service geschaffen wird und vor allen Dingen auch ein leistungsfähiger Aufsichtsrat seines Amtes waltet.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Wir konnten doch nicht ahnen, was dann nachher passieren würde. Deshalb sollten Sie den Versuch nicht weiter verfolgen, sozusagen eine Kausalität zwischen dem einstimmigen Beschluß dieses Landtags über die Gründung der HFG und den dann passierten skandalösen Zuständen in Aachen herzustellen.

(Elfring CDU: Sehr gut! – Beifall bei der CDU – Zuerufe von der SPD – Dr. Pohl CDU: Seit 1971 betreiben wir die Auflösung.)

– Na ja, lassen wir das!

Herr Ministerpräsident Rau hat in seiner Eigenschaft als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender – wie wir hören – fleißig und fast regelmäßig an den Sitzungen teilgenommen, und er hat offenbar doch alle Entscheidungen über die Vergabe jener Aufträge in der berühmten Synchronplanung gebilligt. Zumindest haben Sie nichts unternommen! Da hätte doch wahrscheinlich der Untersuchungsausschuß sofort zugegriffen, wenn er einen Beleg dafür gefunden hätte, daß Sie etwas unternommen haben, um diese Talfahrt des Projekts, von dem wir hören, daß man jetzt nach Jahren wieder Land sieht, zu verhindern.

(Dr. Heimes (Essen) CDU: Eiland!)

Sie haben dem allen zugestimmt, und deshalb haben Sie dafür vor dem Parlament und vor der Öffentlichkeit einzustehen. Da kann man nicht einfach die Bewertung weglassen. Bei allem Verständnis: Für ein solches Verschulden müssen Sie die Verantwortung tragen.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen sich darüber im klaren sein, daß dies nicht irgendein Kleckerverschulden ist. Das ist nicht, wie man den verzweifelten Plädoyers der Herren Minister entnehmen konnte, so ein Randunfall gewesen, der da in Aachen passiert ist. Vom Volumen und von den Vorgängen her ist das eine unglaubliche Angelegenheit, die hier im Lande passiert ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie sollten hier vor dem Hause etwas dazu sagen, wie Sie als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender die Tatsache beurteilt haben oder heute beurteilen, daß hier ohne Baugenehmigung gebaut worden ist.

(Elfring CDU: Sehr gut! – Beifall bei der CDU)

Dazu sollten Sie etwas sagen!

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident dieses Landes sollte sich auch darüber im klaren sein, daß ein ähnliches Fehlverhalten in einem großen, mittleren oder kleinen Unternehmen dazu geführt hätte, daß er längst von seiner Aufgabe entbunden worden wäre.

(Sehr richtig! und Zustimmung bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, wir erwarten von Ihnen eine Erklärung ohne Wenn und Aber, und wir überlassen es Ihnen, die Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Vogt: Es spricht Herr Ministerpräsident Rau.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe in der Tat dieser Debatte nun fünf-einhalb Stunden und einigermaßen interessiert und engagiert zugehört. Dabei habe ich durchaus auch bei der einen oder anderen Rede überlegt, ob und zu welchem Zeitpunkt ich mich als ein wie Sie, Herr Köppler, mit Recht sagen, auf mehrfache Weise Betroffener in die Debatte einschalten sollte. Ich glaubte zuerst, das nicht tun zu sollen. Aber ich will nun, nachdem Sie mir einige Fragen gestellt haben, versuchen, auf diese Fragen einzugehen.

Es ist sowohl von den Sprechern der Koalitionsfraktionen als auch im Beitrag der beiden Kabinettskollegen

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) nicht verschwiegen worden – und ich habe überhaupt keinen Grund, von diesen Aussagen abzuweichen –, daß es in der Planungs- und Baugeschichte des Klinikums Aachen Fehler gegeben hat, daß nach dem Vorliegen des Untersuchungsberichtes, des Zwischenberichtes, Wertungen vorzunehmen und Konsequenzen zu ziehen sind. Das hat Herr Posser gesagt; das wiederhole ich: Das wird geschehen; darüber werden wir Rechenschaft legen.

Was mir nicht gefällt – ich darf das ein wenig engagiert ausdrücken –, ist diese Art und Weise zu sagen: Na, Kameraden, Ihr von der Koalition würdet ja ganz gerne auch die Leute in die Wüste schicken; aber Ihr könnt ja nicht, weil Wahlen vor der Tür stehen. Wir, die Opposition, sind so unabhängig! Wir denken überhaupt nicht an den Wahltag. Wir sind fürs deutsche Volk da.

(Zustimmung bei der SPD – Sehr richtig! bei der CDU – Dr. Schwefer CDU: Wir wollen keine Bilanz!)

Herr Köppler, ich will Ihnen das an einem Beispiel verdeutlichen. Hier werden Sachen vermischt. Sie haben soeben erklärt, daß man überlegen müsse, ob die Minister in die Aufsichtsräte gehen müßten, ob sie dazu nicht zu belastet wären. Sie haben in Parenthese Herrn Hirsch genannt, der dieses System eingeführt hätte und selber nicht hingegangen sei.

- (B) (Köppler CDU: Verfassungsrechtlich begründet hat!)

Warum haben Sie denn nicht gesagt, daß es ein Gesetz gibt – einstimmig beschlossen –, mit dem dieser Landtag den Finanzminister und den Wissenschaftsminister als Person in den Aufsichtsrat schickt? Das habe ich doch nicht erfunden! Ich habe dort doch nicht hinein gewollt – in diesen Aufsichtsrat.

(Klein CDU: Ach, das haben Sie nicht gewollt?)

Das ist doch hier qua Gesetz festgelegt worden.

(Zuruf von der CDU: Jetzt sind wir da noch schuld!)

– Nein, Sie sind da nicht schuld. Nur: Das war nicht in mein Belieben gestellt, ob ich dieses Aufsichtsratsmandat wahrnahm oder nicht.

(Zustimmung bei der SPD – Reinhard (Gelsenkirchen) SPD: Das haben alle beschlossen!)

Lassen Sie mich doch auch noch etwas sagen.

(Katzu CDU: Das wollen wir doch ändern! – Zustimmung bei der CDU)

Es wurde hier, meine Damen und Herren, dargestellt, daß ich ja den Baubetreuungsvertrag mit der Neuen Heimat abgeschlossen und ihn deshalb zu verantworten hätte. – Ich war noch gar nicht Wissenschaftsminister, als diese Verträge ausgehandelt wurden. Damal war ich Fraktionsvorsitzender.

(Widerspruch und Zuruf des Abg. Katzy CDU Klein CDU: Dies ist für den zweiten, entscheidenden Vertrag falsch!)

– Herr Klein, ich rede von dem Grundvertrag, der zu Beginn abgeschlossen wurde; ich komme ja noch zu der Zweiten Vertrag und zu den Teilhöchstpreisangeboten

Jetzt werde ich nach Teilhöchstpreisangeboten und nach meiner Mitverantwortung gefragt, meine Dame und Herren! Ich bin vom Ausschuß danach nicht gefragt worden. Im Ausschuß ist keine Gelegenheit genommen worden, die Frage nach Teilhöchstpreisangeboten mir zu erörtern und mir Gelegenheit zu geben, mich in die dem Ausschuß vorliegenden Akten einzuarbeiten oder mich entsprechend vorzubereiten und dazu Stellung zu nehmen. Ich bin im Ausschuß nach anderen Dingen gefragt worden.

Auch wenn Herr Klose und jetzt Herr Köppler eben versichert haben, es gehe ja nie um irgend etwas Unehhaftes und nie um persönliches Fehlverhalten in einem moralisch vorwerfbaren Sinn – so habe ich das verstanden –,

(Köppler CDU: Richtig!)

dann fühle ich mich moralisch tangiert, wenn im nächsten Satz oder im Satz vorher gesagt wurde: Sie haben eine Menge Mist gemacht; ob das grobfahrlässig oder vorsätzlich war, wissen wir noch nicht genau. – Das ärgert mich.

(Köppler CDU: Das können Sie nur leider nicht leugnen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Denn Sie können, meine Damen und Herren, über meine Arbeit als Wissenschaftsminister in achteinhalb Jahren urteilen – und Sie tun das unentwegt – –

(Katzu CDU: Beim PH-Gesetz beispielsweise!)

– Lassen Sie mich doch ausreden! Wenn ich schon aufgefördert werde, hier etwas zu sagen, dann geben Sie mir doch die Chance, das zu tun.

(Zustimmung bei der SPD – Zurufe von der CDU Bitte!)

Aber daß ich in diesen achteinhalb Jahren als Wissenschaftsminister und auch als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der HFG alle mir zur Verfügung

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) stehende Sachkunde und alle mir von meinen Mitarbeitern zusätzlich zur Verfügung gestellte Sachkenntnis in die Arbeit dieses Aufsichtsrates eingebracht habe, das ist nun wirklich keine Frage.

Dabei habe ich nicht gewußt, und dabei ist mir nicht vorgetragen worden, es fange jetzt eine Phase an, und die Baugenehmigung liege noch nicht vor. Dabei ist mir in keinem dieser Bereiche vorgehalten worden, die Bettenzahlen seien zu hoch! Meine Damen und Herren, wissen Sie denn nicht, daß Herr Mikat damals an den Finanzminister geschrieben hat und über 2 000 Betten haben wollte,

(Köppler CDU: Der ist schuld!)

daß wir also die Zahlen reduziert hatten!

(Nagel CDU: Wir kriegen noch einen anderen Schuldigen!)

– Nein, wir kriegen keinen anderen Schuldigen, Herr Kollege Nagel.

(Nagel CDU: Es ist zum Lachen!)

Es mag sein, daß das für Sie zum Lachen ist; für mich ist es nicht zum Lachen, wie Sie hier nach einem Zwischenbericht die Schuld aufteilen, möglichst diejenigen, die nicht mehr im Amt sind, zwar noch erwähnen – aber nicht so stark –:

- (B)

(Zuruf von der SPD: So ist das!)

und dann volle Ladung auf den Ministerpräsidenten! Das halte ich nicht für der Sache angemessen.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Vogt: Herr Ministerpräsident, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

(Ministerpräsident Rau: Aber sicher!)

– Bitte schön, Herr Abg. Nagel!

Nagel CDU: Herr Ministerpräsident, wenn das so einfach ist, wie Sie das gerade darstellen: Wie erklären Sie sich dann die Ausführungen des Kollegen Roericht aus den eigenen Koalitionsfraktionen?

(Zustimmung bei der CDU)

Rau, Ministerpräsident: Ich glaube, ich habe zu diesen Ausführungen mit den ersten beiden Sätzen meines Diskussionsbeitrages schon einiges gesagt.

(Zurufe von der SPD zu CDU hin: Zuhören!)

Wenn Sie bitte genauso aufmerksam hören wollten, Herr Nagel!

Aber wie erklären Sie sich denn, Herr Nagel, daß das Aachener Klinikum „Rausoleum“ genannt wird und gesagt wird, der eigentliche Bauherr sei nämlich der Rau, während bei allen anderen Einrichtungen, die ich gebaut habe, heute noch hier gesagt wird: „Das waren die Vorgänger; das haben die gemacht; das war doch nicht der Rau“?

(Zustimmung bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Schwefer CDU)

– Nein, nein! Ich bin der Auffassung, daß die Bettenzahl in Aachen stimmt,

(Köppler CDU: Die Folgekosten stimmen?)

daß die Größe dieser Klinik – wobei ich jetzt die Bettenzahlen meine – richtig ist.

(Köppler CDU: Die Folgekosten – alles in Ordnung!)

– Nein, Jetzt lassen Sie mich das doch einmal zu Ende führen! Sie fordern mich zu einem offenen Wort auf; dann müssen Sie mir auch die Chance geben, etwas dazu zu sagen, und zwar ohne Manuskript.

Ich bin der Meinung, daß wir dafür sorgen müssen – das habe ich im Gespräch Herrn Kollegen Katzy zugesagt –, daß diese Klinik mit ihren fast 1 600 Betten nun wirklich auch der Leistungsmedizin, und zwar in einigen Bereichen bundesweit zugewiesen werden muß, damit die freien, gemeinnützigen Krankenhäuser nicht Schaden nehmen. Das habe ich schon vor Jahren gesagt.

Und ich bin der Auffassung, daß ich, wenn dies heute noch einmal zu tun wäre, wahrscheinlich genauso wie Sie für einen einzigen Bauabschnitt wäre, weil sich das seinerzeit aus den Zwängen ergab; das hing mit den Studentenzahlen, aber auch mit dem Bedarf in der Höchstleistungsmedizin zusammen. Ich hätte aber sehr wohl die Frage, ob der Bau heute auch architektonisch die richtige Lösung wäre. Vor zehn Jahren habe ich das anders gesehen.

(Köppler CDU: Herr Jochimsen sieht es jetzt noch so; der findet den Bau noch schön! – Weitere Zurufe von der CDU)

Ob nun die kompakte Bauweise, wie sie beim Klinikum angewandt worden ist und wie ich sie damals für richtig gehalten habe – ich sage ausdrücklich: Zu der Bettenzahl stehe ich noch heute, zu der Ausstattung stehe ich noch heute, und das gleiche gilt für die Gerätelisten, weil wir Geld dadurch gespart haben, das wir auf die

(Rau, Ministerpräsident)

(A) sem Gebiet hoch gepokert und nicht alles akzeptiert haben; wir haben ja die Firma McKinsey eingeschaltet wie in Köln, und das hat etwas gebracht --

(Zurufe von der CDU)

Ich fragte, ob wir zu einem solchen Bau heute noch einmal kämen. Dazu meine ich, zu dieser Art von Bau würden wir wahrscheinlich heute nicht mehr kommen, wir wohl alle miteinander nicht!

(Zuruf von der CDU: Doch, wohl! Was sagt denn Herr Jochimsen dazu?)

Zu dieser Art von Bau? Herr Jochimsen hat über die Größe gesprochen!

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

Nun bin ich aber der Meinung -- und diese Meinung habe ich im persönlichen Gespräch ebenso wie vor dem Landtag schon geäußert --, daß es falsch ist, wenn Sie aus Gründen politischer Propaganda dieses Klinikum in Aachen nun zu einem Unikum, zu einem Monstrum, zu einem Beispiel für eine Politik machen, die Sie bekämpfen; damit treffen Sie aber in Wirklichkeit das Klinikum, das für Tausende von kranken Menschen notwendig ist, die darin behandelt werden müssen.

(B) (Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Vieles an Zahlen war uns damals nicht bekannt. Wir hatten die Ergebnisse der Bevölkerungsentwicklung noch nicht so vorliegen, wie sie uns seit 1976 bekannt sind. Wir haben die Dimensionierung gegenüber dem zurückgenommen, was wir an Plänen vorgefunden haben. Wir sind dabei nicht fehlerfrei geblieben, und ich kenne keinen Redner, der gesagt hätte, wir hätten das alles richtig gemacht.

Aber wie Sie die Tatsache, daß innerhalb von zehn Jahren bei einem Projekt von tausend Millionen und mehr Fehler passieren --

(Dr. Schwefer CDU: Es sollte doch nur 600 Millionen kosten!)

-- Aber doch nach dem damaligen Index, Herr Kollege Schwefer! Sie können mit Indexzahlen besser rechnen!

(Reinhard (Gelsenkirchen) SPD: Sehr richtig! -- Zurufe von der CDU -- Unruhe)

-- Was die Steigerungsraten betrifft, hat Herr Posser alles vorgetragen.

(Erneute anhaltende Zurufe von der CDU)

Wie Sie aus dieser Geschichte, aus der schwierigen Geschichte des Klinikums Aachen, bei dem meine Mitarbeiter im Wissenschaftsministerium und die im Finanzministerium sich wahrlich nicht als die Erfüllungsgehilfen von Parteipolitik empfunden, sondern ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan haben, wie Sie daraus jetzt einen Gegenstand von Wahlauseinandersetzungen machen, das finde ich schlimm.

(Köppler CDU: Was glauben Sie, was Sie gemacht hätten, wenn uns das passiert wäre! -- Zustimmung Zurufe von der CDU)

-- Herr Kollege Köppler, Sie kennen mich gut genug, und ich kenne Sie auch ganz gut.

(Dr. Brüggemann CDU: Sie finden das nicht schlimm!!)

-- Ich finde einiges sehr schlimm, Herr Kollege Brüggemann; aber das sage ich Ihnen einmal, wenn wir unter Beichtgeheimnis stehen.

(Heiterkeit -- Zurufe von der CDU)

Ich stehe zu diesem Klinikum und stehe zu seinen Fehlern. Wo ich diese Fehler mitverantwortet habe, da bin ich für die öffentliche Erörterung dieser Fehler -- aber dann bitte mit der Chance auf Vollständigkeit, und dann bitte nicht mit dem Hinweis, zu diesem oder jenem Zeitpunkt sei auf die Akte „Wiedervorlage 20. Januar“ geschrieben worden, ohne zu erwähnen, was in der Zeit bis zum 20. Januar geschehen ist. Ja, es wird nicht einmal danach gefragt, ob bis zu diesem Termin etwas geschehen ist.

(Zustimmung bei der SPD -- Elfring CDU: Sagen Sie es doch! Die Chance wird Ihnen doch hier gegeben!)

-- Das kann ich nicht, ohne die Akten zu kennen.

(Elfring CDU: Nun tagen wir schon seit heute morgen; Sie hätten es uns längst sagen können, Herr Ministerpräsident! -- Weitere lebhaft Zurufe von der CDU -- Gegenrufe von der SPD -- Unruhe)

-- Herr Kollege Elfring, ich habe vor dem Ausschuß jede mir gestellte Frage beantwortet.

(Elfring CDU: Aber hier ist das Parlament! -- Zustimmung bei der CDU -- Zurufe der Minister Dr. Hirsch und Dr. Posser -- Allgemeine Unruhe)

-- Richtig, hier ist das Parlament.

(Dr. Schwefer CDU: Was ist denn nun bis zum 20. Januar passiert? -- Elfring CDU: Ja, sagen Sie es! -- Weitere Zurufe)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) -- Aber nun mal ruhig!

(Dr. Schwefer CDU: Sagen Sie, was gemacht worden ist!)

-- Herr Schreiber hat die Termine vorgelesen, die in der Zeit bis zum 20. Januar stattgefunden haben zwischen den entsprechenden Beamten, an die die Wiedervorlage gerichtet war. Herr Schreiber hat es eben vorgetragen; das muß man doch zur Kenntnis nehmen.

(Erneute Zurufe von der CDU)

-- Aber ich bin nach den Teilhöchstpreisangeboten nicht gefragt worden! Hier werden andere Dinge angesprochen als diejenigen, die Gegenstand der Erörterung waren, jedenfalls was meine Person angeht.

Ich weiß, daß Sie eine andere Strategie hätten, wenn ich noch Wissenschaftsminister oder wenn ich nicht mehr im Amt wäre und wenn andere personelle Konstellationen vorhanden wären. Die Mitglieder meiner Regierung haben in allen Erörterungen das Recht, auch zu Erklärungen des Parlaments wertend Stellung zu nehmen, wie Herr Kollege Jochimsen dies getan hat. Es wäre ja noch schöner, wenn ein Mitglied der Regierung das nicht mehr dürfte. In gleicher Weise hat die Opposition das Recht, solche Erklärungen ihrerseits zu kritisieren.

(B) Ich bin dafür, daß nicht nur ein Zwischenbericht vorgelegt wird, sondern daß es zu einem Bericht kommt und daß dann Sie, meine Damen und Herren von der CDU, bitte mit der gleichen Akribie die Arbeit der Hochschulbau- und Finanzierungsgesellschaft bewerten: bei Studentenwohnheimen, bei Gesamthochschulen, bei den Vorhaben Münster und Düsseldorf und bei allem, was diese Gesellschaft getan hat. Und ich bitte Sie, dann auch zu sagen: Das sind „Rausoleen“. Und sagen Sie dann auch: Das ist eine gute Sache!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Vogt: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Beratung ist geschlossen.

Entsprechend der Beschlussempfehlung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Drucksache 8/4960 bitte ich von dem Zwischenbericht Kenntnis zu nehmen. Ich stelle dies fest.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Angelegenheiten von besonderer Bedeutung hier: Rechnungen der Landeshauptkasse in Düsseldorf über die Einnahmen und Ausgaben bei Einzelplan 08 Kapitel 08 03 Titelgruppe 65 (Finanzhilfen

für die Sicherung von Arbeitsplätzen in Wirtschaftsunternehmen) für die Haushaltsjahre 1975 bis 1977

Unterrichtung des Landtags gemäß § 99 LHO

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses Drucksache 8/5211

Ich eröffne die Beratung. Wird das Wort gewünscht? -- Das ist nicht der Fall. Die Beratung ist geschlossen.

Entsprechend der Beschlussempfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses Drucksache 8/5211 bitte ich die Unterrichtung durch den Landesrechnungshof zur Kenntnis zu nehmen. -- Ich stelle diese Kenntnisnahme fest.

Ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Forschungs- und Entwicklungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen (Innovationspolitik)

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 8/2443

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses Drucksache 8/5112

Ich eröffne die Beratung. Ich erteile das Wort dem Herrn Abg. Detert von der CDU-Fraktion.

Detert CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die staatlichen Förderungsmittel für Forschung und Entwicklung des Bundes und auch in weiten Bereichen des Landes waren lange Jahre einseitig auf die Großwirtschaft ausgerichtet. Ja, es wurde allgemein vom Selbstbedienungsladen der Großwirtschaft gesprochen. Die mittelständische Wirtschaft wurde, wie so oft, zum Stiefkind der staatlichen Technologie- und Innovationsförderung degradiert, obwohl gerade in den Klein- und Mittelbetrieben Initiative und Einfallsreichtum vorherrschen, die zu neuen Technologien führen.

(Zuruf von der SPD: Die machen die doch kaputt!)

-- Wenn Sie der Meinung sind, daß durch die einseitige Förderung der Großwirtschaft -- das ist auch unsere Meinung -- die mittelständische Wirtschaft ihrer Existenzgrundlage beraubt wird, dann sollten wir gemeinsam dafür sorgen, daß es so nicht weitergeht.

Deshalb, und auch in Fortsetzung der konstruktiven Mittelstandspolitik meiner Fraktion für dieses Land, haben wir mit Antrag vom 10. Oktober 1977 die Landesregierung aufgefordert, ein Forschungs- und Entwicklungs-

(Eykmann F.D.P.)

- (A) Sie versuchen, auf Kosten dieser Menschen negative, ja schon manchmal geradezu destruktive Kritik zu üben.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Dr. Lenz: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am letzten Plenartag dieses Jahres über das Ruhrgebiet und über das sprechen zu können, was mit der Ruhrkonferenz der Landesregierung eingeleitet worden ist, scheint mir eine gute Sache zu sein.

(Dr. Heimes (Essen) CDU: „Eingeleitet“ ist ja übertrieben.)

– Ich komme noch darauf, Herr Kollege Heimes.

Wir haben Kritisches über den ersten Anteil des Ruhrprogrammes im Haushaltsplanentwurf 1980 gehört, wir haben Hinweise darauf gehört, daß es auch schon vor dieser Landesregierung Bemühungen um das Ruhrgebiet gegeben hat, mit dem Hinweis auf Universitätsgründungen und Immissionsschutz.

Ich halte diesen Hinweis für wichtig; denn ich habe bei der Ruhrkonferenz gesagt – und ich wiederhole es –: Das ist nicht nur Sache dieser Regierung, das hat es auch in Vorgängerregierungen gegeben; aber jetzt handeln wir so, wie wir handeln zu müssen glauben, und wir laden zur Diskussion und zum Mittun ein. Wir haben ein Programm für die Ruhr erreicht, das auf dem breiten Konsens der Betroffenen beruht,

(Zustimmung bei der SPD)

und wir bitten Sie um Ihre Zustimmung.

Wir können noch viele Vaterschaftsstreite darüber führen, wer wann welche Idee gehabt hat.

(Nagel CDU: Das würde ich an Ihrer Stelle nicht machen.)

– Herr Kollege Nagel, jede Ruhrkonferenz, die Sie vor meiner Ankündigung am 27. September des vergangenen Jahres durchgeführt haben, nehme ich als etwas, was vor meiner Arbeit gelegen hat, ernst. Aber was Sie dann nach meiner Ankündigung nachgeschoben haben, das war Propaganda.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Deshalb sage ich: Kommen Sie aus den Gräben der Rechthaberei, und machen Sie bei diesem Aktionsprogramm Ruhr mit!

(Beifall bei den Regierungsparteien – Dr. Heimes (Essen) CDU: Wir sind ja froh, daß wir Sie so weit getragen haben.)

Wirkliche Hilfe für die Ruhr heißt, über Fakten und Maßnahmen, über das Aktionsprogramm der Landesregierung reden, zu dem man Kritisches sagen können, zu dem man noch etwas hinzulegen kann, das auf fünf Jahre bemessen ist und das wir in einem ersten Jahr anfinanzieren, aber mit der Sicherheit, daß über all diese Jahre hin der Bund uns helfen wird.

Herr Kollege Heimes, es gäbe doch kein Ehrenberg-Programm, wenn es nicht unser Drängen auf dieses Programm hin gegeben hätte und wenn dieses Programm nicht die Problemregionen Nordrhein-Westfalens zum Inhalt hätte.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Über die Umsetzung des Ruhrprogramms, über seine Verwirklichung, muß im Haushalt 1980 und in der mittelfristigen Finanzplanung entschieden werden. Sie können dabei mitwirken: Stimmen Sie im nächsten Jahr dem Haushaltsplan zu!

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie darauf hinweisen, daß vieles früher schon geschehen ist, dann gilt das in der Tat für alle Regierungen, dann gilt das für das Entwicklungsprogramm Ruhr 1968 und für das Nordrhein-Westfalen-Programm 1970. Mit beiden Maßnahmen ist ein Gesundungsprozeß für das industrielle Herz unseres Landes eingeleitet worden, und dieser Prozeß hat zu wesentlichen Verbesserungen in der Wirtschaft und in der Infrastruktur der Städte geführt.

Die Leistungen des Landes haben wir zur Ruhrkonferenz mit dem Leistungsbericht dokumentiert und auch in der Antwort auf die Kleine Anfrage des Herrn Kollegen Schwefer im August 1979. Daraus können Sie entnehmen, daß wir in den Jahren 1973 bis 1978 das Ruhrgebiet mit einem Gesamtbetrag von über 27 Milliarden DM gefördert haben.

Aber Strukturpolitik – und um die geht es hier – braucht einen langen Atem. Der Gesundungsprozeß, der Anfang der siebziger Jahre eingesetzt hat, ist Mitte der siebziger Jahre durch weltwirtschaftliche Einflüsse, die Sie kennen, ins Stocken geraten: durch die Ölkrise, durch die weltwirtschaftliche Rezession, durch die Stahlflaute. Er mußte wieder in Gang gebracht werden.

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Und nun sage ich: Es ist wieder im Gange! Es gibt neue Zuversicht im Revier! Und die sollten wir nicht totreden, sondern fördern.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Am 14. November d. J. habe ich in einer Zeitung unseres Landes gelesen: „Revier jetzt Spitze im Konjunkturzug.“ Ich sage natürlich nicht, daß das nur unsere Arbeit ist. Aber ich stelle fest: Das hat auch etwas damit zu tun, daß wir durch unsere Initiativen wieder Zuversicht ins Revier gebracht haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

In der Novemberausgabe der Zeitschrift der Handelskammer in Dortmund schreibt der Hauptgeschäftsführer: „Die Zukunft des Reviers hat schon begonnen, man muß nur noch nachhelfen.“ Und dann fährt er fort: „Diese Zukunft hat deshalb begonnen, weil die Voraussetzungen dafür wieder so günstig sind, wie lange nicht mehr.“ – Ich meine, wir sollten diesen Ton aufnehmen, stolz darauf sein und nun dem Rückenstärkung geben, was an Entwicklungen möglich ist und was sich abzeichnet.

Die Zahl der Arbeitslosen hatte sich im Herbst dieses Jahres gegenüber dem Frühjahr um ein Fünftel vermindert. Auch der saisonale Anstieg im November, mit dem wir rechnen mußten, ist deutlich geringer als im Vorjahr. Der Abstand des Ruhrgebietes zum Landesdurchschnitt ist kleiner geworden.

(B)

Das ist eben nicht nur günstige konjunkturelle Entwicklung, sondern hat etwas mit den Arbeitsmarktprogrammen von Bund und Land – das heißt mit Impulsen, die von der Ruhrkonferenz ausgegangen sind und die auf der Ruhrkonferenz verstärkt worden sind – zu tun. Es wäre besser gewesen, Sie wären dabei gewesen und hätten mitdiskutiert.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Was? Wir waren doch dabei!)

– Ich habe gesagt „und hätten mitdiskutiert“, Herr Kollege Köppler!

(Köppler CDU: Wir konnten doch gar nicht diskutieren!)

– Aber sicher!

(Köppler CDU: Minuten-Statements!)

Die Wirtschaft im Revier hat neue Zuversicht. Von den befragten Industrie- und Handelsunternehmen haben erstmals seit 1975 20 % die Konjunkturlage wieder als gut und 63 % als befriedigend bezeichnet. Jedes dritte

Unternehmen im Revier berichtet von einer Verbesserung seiner Geschäftslage. Ich könnte Ihnen die Zahlen über den Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes, über die Kapazitätsauslastung und die besonders erfreuliche Situation im Steinkohlenbergbau und in der Stahlindustrie – also bei den beiden für das Revier besonders wichtigen Zweigen – vortragen.

(C)

Der Präsident der Handelskammer in Dortmund nennt das Ruhrprogramm einen „Schritt in die richtige Richtung“. Das tut er doch nicht aus Freundlichkeit dem Regierungschef gegenüber. Dr. Neuman, der Präsident der Arbeitgeberverbände, fordert doch seine Kollegen nicht aus Freundlichkeit der Regierung gegenüber auf, bei Investitionen jetzt wieder verstärkt ins Revier zu gehen. Dies ist aber genau die Unterstützung, die das Ruhrgebiet braucht.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Kohle hat wieder Zukunft, meine Damen und Herren! Die Entwicklung in der Deutschen Stahlindustrie ist weiter positiv. Die vorliegenden Daten zeigen, daß die zu Beginn des Jahres 1979 vorausgeschätzte Produktion von 43 Millionen Tonnen Rohstahl erheblich übertroffen wird. Die Bestellungen gehen merkbar nach oben. Es gibt ein hohes Produktionsniveau. Die Erzeugung lag in den ersten neun Monaten dieses Jahres um gut 8 % über dem Vorjahresergebnis.

(D)

Meine Damen und Herren, alle diese positiven Zeichen sollten wir nun gemeinsam – deshalb habe ich gesagt: Kommen Sie aus den Gräben der Rechthaberei – anderen weitersagen, damit das Revier seine Chancen verbreitern kann und damit nicht Störfeuer aus anderen Bundesländern kommt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lenz: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Ministerpräsident Rau: Ja!)

– Herr Abg. Schürmann, bitte sehr!

Schürmann CDU: Herr Ministerpräsident, können Sie mir bitte sagen, was aus den 1300 gefährdeten Arbeitsplätzen der AEG-Kanis in Essen wird?

Rau, Ministerpräsident: Nein, Herr Kollege Schürmann, das kann ich Ihnen jetzt noch nicht sagen, obwohl sich viele von uns um diese Arbeitsplätze bemühen – und ich hoffe, wir tun das gemeinsam! Bloß können Sie die Krise der AEG nicht als eine Belastung der Ruhr-Situation darstellen, bei der möglicherweise die Landesregierung noch ein Verschulden trifft.

(Zustimmung bei der SPD)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Das wäre ja noch schöner, wenn die Landesregierungen immer eintreten müßten, wenn irgendwo Managementprobleme entstehen.

(Dr. Pohl CDU: Aber die Verbesserung des Stahls haben Sie veranlaßt?)

– Nein, Herr Kollege Pohl, ich habe doch nicht gesagt, das hätten wir veranlaßt, sondern ich habe gesagt: Bitte sagen Sie es mit mir dem Herrn Jaumann und der Frau Breuel, damit die nicht solchen Unsinn reden, wie sie das seit einigen Monaten tun.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Wenn der bayerische Wirtschaftsminister Jaumann davon spricht, wir würden ein Kostgänger der anderen Bundesländer, wenn Frau Breuel einer „Abstimmung mit Füßen“ das Wort redet, muß ich Sie doch einmal fragen: Wo sind die Zuwachsmöglichkeiten in diesen Bundesländern gewesen? Die haben doch darin bestanden, daß die Arbeiter und Steuerzahler an Rhein und Ruhr seit Jahrzehnten für andere Bundesländer gezahlt haben.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

- (B) Ich will ganz deutlich sagen, meine Damen und Herren, damit hier keine Mißtöne aufkommen: Herr Kollege Schwefer hat nach diesen Äußerungen Frau Breuel und Herrn Jaumann trotz der parteipolitischen Nähe zu beiden öffentlich aufgefordert, solche Formulierungen nicht mehr zu gebrauchen, und hat sich für die Interessen unseres Landes eingesetzt. Ich möchte mich an dieser Stelle bei ihm ganz herzlich dafür bedanken, daß er das getan hat.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Meine Damen und Herren! Die Ruhrkonferenz, von der wir heute erfreulicherweise reden, mögen Sie als Schau bezeichnen, mögen Sie so bewerten, wie Sie das heute wieder und nicht zum erstenmal getan haben und wie Herr Köppler das sicher gleich wieder tun wird;

(Lachen des Abg. Köppler CDU)

ich sage, sie war ein erster und wichtiger Schritt,

(Dr. Heimes (Essen) CDU: Der erste war es nicht.)

ein erster und wichtiger Schritt in dieser wirtschaftspolitischen Situation, nach dem, was nach dem Ruhrprogramm von 1968 und dem NWP von 1970 jetzt zu tun war. Dieser erste und wichtige Schritt hat in die richtige Richtung geführt; wir werden diesen Weg weitergehen. Der Wille zur Selbstbehauptung des Reviers, das sicht-

bare Engagement aller Kräfte im Revier und des Bundes und des Landes geben Impulse, die sich nicht nur in Mark und Pfennig ausdrücken lassen, sondern die eine neue, gute, zuversichtliche Stimmung ins Revier bringen. Da ist nicht nur Stimmung, sondern da sind unmittelbar nach der Ruhrkonferenz Maßnahmen eingeleitet.

Freilich, meine Damen und Herren, den Haushalt 1980 müssen wir erst verabschieden, damit es losgehen kann. Ich sage noch einmal: Stimmen Sie dem Haushalt 1980 zu, trotz des Wahljahres, dann tun Sie etwas Gutes für die Ruhr!

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien – Dr. Heimes (Essen) CDU: Nur hätten Sie das schon früher tun können.)

Das erste, was zu tun ist, und das Wichtigste, was zu tun war, sind die Maßnahmen, die dem verstärkten Kampf gegen die Arbeitslosigkeit im Revier gelten. Das Programm von Ehrenberg, um das wir mit ihm Wochen und Monate gerungen haben, war ursprünglich auf 500 Millionen DM veranschlagt. Es war am ersten Tag ausgebucht. Es wurde wegen der starken Nachfrage auf 940 Millionen DM erhöht. Von diesen 940 Millionen DM sind 633 Millionen DM in die beschäftigungspolitischen Problemregionen Nordrhein-Westfalens gegangen.

(Köppler CDU: Von wem wurde das denn erhöht?)

– Von der Bundesanstalt für Arbeit, Herr Kollege Köppler.

(Köppler CDU: Eben!)

Alles, was wir hier bereden, ist das Ausgeben von Mitteln, die der Bürger uns treuhänderisch zur Verfügung stellt: der, der an die Bundesanstalt für Arbeit zahlt, derjenige, der Steuern zahlt. Ich glaube, über solche Selbstverständlichkeiten brauchen wir hier nicht gesondert zu reden.

Wir haben zu den 633 Millionen DM ein eigenes Programm mit 243 Millionen DM gelegt, die in unser Land und ins Revier gegangen sind. Auch dieses Programm wird voll in Anspruch genommen.

Wir haben in der regionalen Wirtschaftsförderung sofort gehandelt. Am 8. August 1979 sind geänderte Richtlinien für die Landesförderung in Kraft gesetzt worden. Sie geben dem Indikator Arbeitslosigkeit ein stärkeres Gewicht. Damit sind die Städte und Gemeinden Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Hamminkeln, Hattingen, Holzwickede, Mülheim/Ruhr, Scharmbeck, Schwerte, Wesel und Witten zusätzlich in die Förderung aufgenommen worden. In Gelsenkirchen und Oberhausen wurden die Förderungsmöglichkeiten verstärkt.

(Rau, Ministerpräsident)

A) Meine Bitte ist: Sagen Sie das in den Städten, wenn Sie da auftreten; weisen Sie darauf hin.

Jetzt liegt ein Aktionsprogramm vor. Die Vorbereitungen, es zu verwirklichen, laufen gleichzeitig mit den Haushaltsplanberatungen auf Hochtouren. Wir sind gerüstet. Wenn der Haushalt verabschiedet ist, können wir das Programm unverzüglich umsetzen. Aber diesen Startschuß Haushalt brauchen wir.

Wir werden, Herr Kollege Heimes, kein Mehr an Bürokratie schaffen. Soweit das irgend geht, wollen wir mit vorhandenen Richtlinien und mit vorhandenem Personal auskommen. Wir werden aber Richtlinien verbessern und aufeinander abstimmen müssen.

Ich habe Ihnen das Schwerpunktthema Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schon genannt. Ich füge ohne Anspruch auf Vollständigkeit die Maßnahmen für Zeitarbeitsplätze mit Bildungsangeboten – morgens arbeiten, nachmittags lernen, wie Friedhelm Farthmann das genannt hat – in Bergkamen, in Bergisch Gladbach, in Dortmund, in Unna, in Herne hinzu. Gegenwärtig prüfen wir einen Antrag aus Oberhausen. Ich spreche von den Zentren zur Information, zur Qualifikation und zum Training für eine besonders benachteiligte Gruppe von Arbeitslosen. Da haben wir vier Projekte in Gang; erst mit 300 Menschen, aber mit Menschen, die nach fünf Jahren Arbeitslosigkeit in die Resignation zu fallen schienen, die wir aus der Resignation herausgehalten haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ein zweiter Schwerpunkt, meine Damen und Herren, der zum Ruhrprogramm gehört, ist, daß wir bei den Technologien, bei den Innovationen, und zwar sowohl in den Monostrukturen von Kohle und Stahl als auch in anderen Bereichen, im Markt nach vorne kommen. Deshalb das Technologieprogramm Nordrhein-Westfalen. Wir sind mit den Vorbereitungen im Endstadium. Das Programm kann im Februar/März des kommenden Jahres vorgelegt werden. Deshalb der gemeinsame Förderungsschwerpunkt Mikro- und Meßelektronik in Dortmund und in Duisburg. Die Projekte liegen vor, werden gerade gutachterlich überprüft, und wenn der Haushalt verabschiedet ist, können die Mittel ausgegeben werden.

Deshalb Technologietransferzentrum, Innovationsförderung in den Hochschulen des Ruhrgebietes. Am 10. Dezember hat die Bund-Länder-Kommission unseren Antrag, diesen Modellversuch zu genehmigen, bewilligt. Beteiligt sind die Universitäten Bochum und Dortmund, die Gesamthochschulen Essen und Duisburg. Die Vereinbarungen sind geschlossen. Die Bewilligungsbehörden sind dabei, andere Anträge für Forschungsprojekte im Revier zu bearbeiten. Da verändert

sich etwas, und wer ein Gespür hat für Situationen, der weiß, in den letzten Jahren und in der Zeit, in der wir leben, ändert sich auch das Lebensgefühl im Revier auf Grund der strukturellen Veränderungen, die in dieser Hochschullandschaft inzwischen entstanden sind.

Ich nenne als dritten Schwerpunkt Stadterneuerung und Verbesserung des Wohnumfeldes. Wir haben Ihren Antrag heute vorliegen. Ich selber halte das, was da geschehen soll, mit dem Grundstücksfonds Ruhr für eine staatliche Aufgabe, für die die Regierung die Verantwortung haben muß, und da muß sie die Gemeinden beteiligen, denen sie Vorschlagsrechte geben muß. Aber wir sind im Kabinett der Meinung, die Verantwortung dafür darf nicht bei einem Verband liegen, die gehört in die Regierung selber, die hier Rechenschaft ablegt über das, was sie tut.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Dr. Heimes (Essen) CDU: Also doch Bürokratie!)

Die Mittel sind bereitgestellt. Die Verfahrensregelungen werden gegenwärtig erarbeitet und dann mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt, wie sich das gehört. Aber wir halten Branchenmobilisierung, wie sie da betrieben werden muß, für eine Gemeinschaftsaufgabe von Land und Gemeinden, und wir meinen, hier sollte das Land selber die letzte Verantwortung bei sich behalten. Wir haben den Erlaß für die Wohnungssanierung und für das, was da im Revier geschehen muß – das Wohnumfeld wird eines der wichtigsten Problemfelder werden, mit denen wir es im Revier zu tun haben, wenn wir erreichen wollen, daß junge Menschen dableiben und alte sich weiter zu Hause fühlen –, abgestimmt; sobald die Entscheidungen zum Haushaltsplan gefallen sind, kann der Erlaß veröffentlicht werden.

Auch das, was an Bundesmitteln kommt, wird nach Oberhausen, nach Herne, nach Castrop-Rauxel gehen.

Ein ganz wichtiger Teil des Programms ist das, was wir im Augenblick mit der Bundesregierung beraten. Der erste Beschluß der Bundesregierung liegt vor – wir werden in diese Beschlußfassung und in die Beratung noch eingreifen –, nämlich die Änderung des § 7 d des Einkommensteuergesetzes, damit Wirtschaftsgüter, die dem Umweltschutz dienen, anders abgeschrieben werden können als bisher, zeitlich verlängert, sachlich ausgeweitet, vielleicht auch regional bestimmt. Das ist für ein Industriegebiet wie Nordrhein-Westfalen eine ganz wichtige Sache.

Wir werden weiter Hilfen leisten zur Sanierung stark umweltbelastender Anlagen in Hütten und Stahlwerken bei der Sekundärentstaubung, mit Entschwefelungsprogrammen, mit Verbesserungen in Kokereien und bei der Chemie. Da gibt es Anträge auf konkrete Förderungs-

(Rau, Ministerpräsident)

(A) projekte gegenüber dem Bund. Die im Landeshaushalt 1980 vorgesehenen Mittel werden voll belegt werden können. Wir werden den ersten modellhaften Lärm-minderungsplan in Oberhausen aufstellen. Die Aufträge für die Gutachter sind verteilt. Und auch die Frage, wie denn in Nordrhein-Westfalen das Ruhrgebiet das energiewirtschaftliche Zentrum der Bundesrepublik bleibt, ist eines unserer Themen.

(Zustimmung des Abg. Köppler CDU)

– Und, Herr Köppler, offenbar steht ja in den Zeitungen nur das, was im Manuskript steht, wenn von der Kernkraftschmiede Europas die Rede war. Im Manuskript stand Kernkraftschmiede, jedenfalls in der Vervielfältigung, die ich hatte. Aber gesagt worden ist es wohl anders, und korrigiert haben Sie das auch.

(Köppler CDU: Auch eine Kernkraftschmiede!)

Aber ich will Ihnen als meine Auffassung sagen, auch das, was bei KWU und GHH geschieht,

(Aha! bei der CDU)

bedarf unserer fördernden Beobachtung und beobachtenden Förderung.

(B) (Weiss CDU: Sehr richtig! Das sagen Sie mal Herrn Eykmann!)

– Das sage ich denen auch; ich sitze doch mit denen zusammen, Herr Weiss.

(Weiss CDU: Dann ist es ja gut.)

Aber der Kerntechnologiediskussion nur – –

(Weiss CDU: Jetzt kommt es!)

– Ich sage nicht, daß Sie das tun – –

(Weiss CDU: Sie unterstellen das aber!)

– Nein, Herr Weiss, im Unterstellen bin ich gar nicht so geübt wie ein paar andere Kameraden.

(Heiterkeit und Beifall bei den Regierungsparteien – Weiss CDU: Sie können das ganz schön.)

– Nein, nein, das kann ich nicht. Sie haben von mir noch keine Unterstellung erlebt, Herr Weiss, noch keine!

(Zuruf des Abg. Dr. Heimes (Essen) CDU)

Energiewirtschaftliches Zentrum heißt für mich zuerst, den Vorrang der Kohle endlich so glaubwürdig machen, daß man den Menschen in diesem Lande und denen,

die unter Tage malochen, sagen kann: Das tut ihr nicht vergeblich, sondern das tut ihr, um Energiesicherung zu betreiben in einer Zeit, die immer unsicherer wird.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Und über Restbedarf an Kernenergie, wie ich das nenne – andere sprechen von einem anderen Verbund –,

(Köppler CDU: Restbedarf!)

– ich rede vom Restbedarf –, kann man nach meiner Meinung erst reden,

(Dr. Heimes (Essen) CDU: „Restbedarf“ hat Dr. Riemer immer gesagt!)

wenn die genehmigten Kohlekraftwerke im Bau sind.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Genehmigungen und Vorbescheide gibt es gegenwärtig für 8000 Megawatt Kraftwerksleistung in Nordrhein-Westfalen. Wer die jahrelangen Geschichten von Ibbenbüren, Siersdorf und Voerde usw. noch in Erinnerung hat, der weiß, wieviel Druck man hier machen muß.

Für mich gehört allerdings zur Kohleförderung oder zur Förderung der Kohle auch der Hochtemperaturreaktor, auch das, was in diesem Feld abzusichern ist. Das hat diese Regierung immer gesagt.

(Dr. Haak SPD: Das ist der Verbund.)

Diesen Verbund wollen wir, und um diesen Verbund bemühen wir uns. Aber auch bei diesem Verbund haben Sicherheitsprobleme absoluten Vorrang. Deshalb werden wir hier lieber sorgfältig und langsam als allzu schnell und unbesorgt handeln.

Wir werden das Technologieprogramm Energie, das ein Teil des Aktionsprogramms Ruhr ist, weiterentwickeln. Wir drängen in Richtung auf den Ausbau der Fernwärmeverorgung; wir haben dazu gerade entsprechende Beschlüsse gefaßt und verhandeln gegenwärtig mit dem Bund über ein Anschlußprogramm zum Programm für Zukunftsinvestitionen in diesem Punkt. Der Beschluß dazu ist in der vergangenen Woche gefaßt worden.

Meine Damen und Herren! Ich habe von den Landesmaßnahmen zur regionalen Wirtschaftsförderung gesprochen. Die Maßnahmen, mit denen wir die Innovations- und Investitionskraft der Gemeinden stärken wollen – Investitionspauschale erhöhen, Arbeitslosenquote bei der Bemessung von Zweckzuweisungen stärker bedenken – stehen im Entwurf des FAG 1980 und im Haushaltsentwurf. Stimmen Sie dem zu!

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Meine Damen und Herren! Sie brauchen unser Programm nicht zu preisen. Das kann man nicht erwarten. Jede Opposition hat ihre Funktion, und das Preisen der Regierung gehört jedenfalls nicht zu den Pflichtaufgaben der Opposition;

(Zurufe von der CDU)

aber nur Miesmachen hilft auch nicht!

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wir finden soviel kontroverse Felder in den nächsten Wochen und in den nächsten Monaten --

(Wagner CDU: Mit Ihren Oberbürgermeistern!)

– Mit unseren Oberbürgermeistern müssen wir gelegentlich auch einmal Tacheles reden. Das ist doch klar!

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

– Selbstverständlich!

(Köppler CDU: Wer mit wem eigentlich dann? – Heiterkeit bei der CDU)

– Ich mit denen auch, Herr Köppler!

B)

(Weiss CDU: Aber am besten vor Ort!)

Herr Köppler, das ist doch klar: Wenn Bund, Länder und Gemeinden an einer gemeinsamen Aufgabe sitzen, dann gibt es doch dabei auch Interessen, sowohl des Landes als auch des Bundes als auch der Gemeinden. Dann gibt es doch auch Interessenkonflikte,

(Weiss CDU: Und Koalitionen!)

– und Koalitionen! –

und Solidarität zeigt sich nicht in der Übereinstimmung bei der Beurteilung, sondern in der Art und Weise, wie man Konflikte löst.

(Beifall bei SPD und F.D.P. – Dr. Heimes (Essen) CDU: Im Ruhrgebiet gibt es eine Menge Enttäuschungen mit Ihnen.)

– Ach, Herr Kollege Heimes, Sie haben heute morgen über meine zupackenden oder nicht zupackenden Hände geredet. Ich würde gelegentlich gern einmal über meine strapazierten Ohren reden;

(Dr. Heimes (Essen) CDU: Bekommen Sie soviel Schelte?)

denn in den letzten Wochen habe ich bei dem, was ich von der Opposition gehört habe, immer nur an den alten Spruch denken müssen, der kein Bibelwort ist und dennoch stimmt: Wer schimpft, hat unrecht;

(Dr. Heimes (Essen) CDU: Wer schimpft denn da? – Heiterkeit bei der CDU)

wer nur noch schimpft und dauernd schimpft, der bekommt auch unrecht, meine Damen und Herren!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Ich erteile Herrn Abg. Köppler von der Fraktion der CDU das Wort.

Köppler CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir hatten eben die Freude, noch einmal kurz vor Weihnachten einen kräftig die Opposition ausschimpfenden Ministerpräsidenten zu erleben.

(Beifall bei der CDU)

Verehrter Herr Ministerpräsident, ich kann nur Ihre eigene Definition übernehmen: Wer schimpft, hat unrecht!

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Aber wir wußten ja, daß Sie diese Rede hier abliefern mußten – vor allen Dingen an die Adresse eigener Parteifreunde.

(Zurufe von der SPD – Beifall bei der CDU)

Die Vorstellung, Herr Ministerpräsident, Sie mit Herrn Katzor und seinen Kollegen Tacheles reden zu hören, hat einige Fröhlichkeit an sich!

(Beifall bei der CDU)

Aber Spaß beiseite! Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, man solle nicht miesmachen, und es sei eine neue Zuversicht im Revier eingekehrt. – Ich erinnere Sie daran, daß es Ihre Genossen waren, die in Duisburg bei der Konferenz der Oberbürgermeister der SPD auf den Tisch geschlagen haben, um mit Ihnen Tacheles zu reden und um Ihnen einmal darzulegen, was nicht im Revier geschieht. So war das!

(Zustimmung bei der CDU – Dr. Heimes (Essen) CDU: Ja, sicher!)

Ich nehme die Oberbürgermeister Ihrer eigenen Partei, die Oberbürgermeister unserer Ruhrgebietsstädte, vor dem Vorwurf in Schutz, sie würden miesmachen, wenn sie Ihnen einmal die Leviten lesen!

(Beifall bei der CDU – Lachen bei SPD und F.D.P.)

(Schlottmann CDU)

(A) net worden. Ich zitiere diesen Satz mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Die Landesregierung hebt hervor, daß der bisherige Erkenntnisstand in wichtigen Teilbereichen keinen Anlaß gibt, von der bisherigen besonnenen Politik abzugehen.

Es soll also bei dem, was da nicht ist, bleiben.

(Pürsten CDU: Es passiert nichts.)

Ich folgere, meine Damen und Herren: Da uns eine solche „besonnene Politik“ in Nordrhein-Westfalen nicht bekannt ist, die etwa auf aktuelle Probleme der Familien eingeht, wie das in anderen Bundesländern weit mehr geschieht, kann die Beantwortung der Großen Anfrage wegen ihrer politischen Inanspruchnahme durch die Landesregierung für die CDU und andere keinen großen Wert haben. Wir müssen deshalb nach anderen Hilfen suchen, wie sie zum Beispiel im Dritten Bundesfamilienbericht oder – ich muß das leider sagen – in Analysen anderer Bundesländer enthalten sind, um ausreichende Grundlagen für unsere Familienpolitik zu erhalten.

Sehr ernst aber, meine Damen und Herren, werden wir die Aussagen der nordrhein-westfälischen Bevölkerung zur Bevölkerungsentwicklung nehmen und sie in unsere politischen Überlegungen einbeziehen, besonders deshalb, weil die Meinung der Bevölkerung dieses Landes in diesem Bereich mit der Auffassung der CDU identisch ist, aber – und damit schließe ich – in krassstem Gegensatz zur Auffassung dieser Landesregierung steht. Die CDU dieses Hauses besitzt klare politische Vorstellungen zur Förderung unserer Familien. Das haben wir mehrfach bewiesen; sie haben das abgelehnt. Nach dem 11. Mai – das darf ich hier abschließend sagen – werden wir diese Vorstellungen durchsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Vogt: Ich eröffne die Beratung. Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daß eine Debatte über die Bevölkerungsentwicklung bei uns in Nordrhein-Westfalen wenige Monate vor der Landtagswahl nicht ohne polemische Töne abgehen kann, haben wir gerade erfahren. Ich glaube, daß Polemik hier nicht hilft, und ich glaube, daß das Verwechseln von Familienpolitik mit Bevölkerungspolitik dem schadet, was wir miteinander wollen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich glaube nicht, daß wir um eine Versachlichung der Diskussion herunkommen. Ich glaube, daß Katastrophenstimmung nicht erlaubt ist, und ich halte es nicht für legitim, Herr Kollege Schlottmann, daß Sie hier erklären, diese Landesregierung habe kein Konzept und hinke hinter anderen nach. Wenn Sie die Antwort auf die Große Anfrage gelesen und sich den Landesentwicklungsplan angesehen haben, dann wissen Sie: All das, was in den Bundesländern in diesem Bereich geschieht, ist von Nordrhein-Westfalen ausgegangen und angeregt worden. Wir haben die Arbeitsgruppen initiiert und eingesetzt. Wir werden diesen Weg weitergehen. Wir werden hier in Nordrhein-Westfalen ein Institut für Bevölkerungspolitik errichten und damit das erste Bundesland sein, das eine solche Maßnahme ergreift. Hier ist viel Forschung nötig.

Was uns aber in der Sache unterscheidet, ist, wenn ich Ihren Beitrag richtig verstanden habe, daß Sie Familienpolitik für eine bevölkerungspolitische Möglichkeit halten. Wir tun das nicht. Die Aufgabe des Staates ist es nicht, Geburten anzuregen, sondern die Aufgabe des Staates beginnt dann, wenn sich Menschen frei zur Familie und für Kinder entscheiden.

(Beifall bei der SPD)

Wichtiger als der Anreiz, zu stärkeren Bevölkerungszahlen zu gelangen, ist nach meiner Überzeugung die Frage – ich habe dies in vielen Diskussionen gesagt; ich habe dabei oft auch Zustimmung von Menschen erfahren, die meine politischen Grundüberzeugungen nicht teilen –, ob wir genug für die Kinder tun, die schon da sind für die Familien, die es schon gibt.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das werden wir zu diskutieren haben, auch bei familienpolitischen Anträgen, wie wir dies vor wenigen Wochen hier getan haben. Wir werden es wieder tun. Wir haben heute und morgen noch einmal Gelegenheit dazu. Wenn wir uns, Herr Kollege Schlottmann, freisprechen wollen von dem Vorwurf, der andere betreibe Ideologie, dann geht das nur auf Gegenseitigkeit. Sie können nicht Ihre ideologischen Positionen als Sachaussagen bewerten und unsere Sachaussagen als Ideologien diffamieren. Das paßt nicht.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Zuruf des Abg. Schlottmann CDU)

Sie müssen sagen, daß es einen Bevölkerungsrückgang nicht nur in Nordrhein-Westfalen, nicht nur in sozial-liberalen Ländern und nicht erst seit den sozial-liberalen Regierungen gibt, sondern seit über 100 Jahren in allen Industrienationen und bei uns seit 1964 signifikant. Sie müssen sagen, daß das in der Tat mit bisher nicht genug erforschten Haltungen und Verhaltensweisen von Men-

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) schen zu tun hat, die wir zwar erforschen wollen, als Staat aber nicht beeinflussen dürfen und wollen.

(Schlottmann CDU: Das haben wir schon längst gefordert, vor Jahren schon!)

Wer, Herr Kollege Schlottmann, die Würde des Menschen, die Intimsphäre schützen will –

(Schlottmann CDU: Aber auch die Verantwortung des Menschen!)

richtig, auch die Verantwortung des Menschen! – der muß dem einzelnen Menschen die Definition seiner Verantwortung überlassen.

(Beifall bei der SPD)

Als Regierung haben wir keinen Auftrag zur Bevölkerungspolitik. Wir haben einen Auftrag zur Familienpolitik. Lassen Sie uns darüber streiten, von mir aus kontrovers und mit Zahlenvergleichen aus allen Bundesländern. Lassen Sie uns in der Frage der Bevölkerungsentwicklung nach den Ursachen und danach fragen, wie der Staat dann, wenn sich eine bestimmte Entwicklung stabilisiert, reagieren soll. Das tun wir in der Schulentwicklungsplanung, in der Landesplanung, in der Krankenhausbedarfsplanung und in der Städtebaupolitik.

- (B) Ich glaube, daß wir mit solchen Schritten weiterkommen und daß es keinen Sinn hat, wenn wir hier Pappkameraden aufbauen und die dann beschießen. Wir werden als erstes Land ein Institut für Bevölkerungsforschung schaffen; ich sprach davon. Kein anderes Land hat das vor. Wir werden zudem ein paar Fakten deutlicher machen müssen, damit keine Katastrophens Stimmung aufkommt, daß zum Beispiel der Anteil der kinderlosen Ehepaare genau dem Anteilswert entspricht, wie es ihn in der Weimarer Republik auch gegeben hat, daß es den Geburtenrückgang seit 1964 gibt und daß es die gleichen Rückgänge in den Niederlanden, in der Schweiz, in Großbritannien, in Frankreich, in Österreich und in den skandinavischen Ländern gibt.

(Schlottmann CDU: Nur nicht so schlimm!)

– Doch!

(Schlottmann CDU: Nein, nicht in gleicher Weise!)

Es gibt keinen ernst zu nehmenden Bevölkerungswissenschaftler, der der These, die Politik könne zu kurzfristigen Verhaltensänderungen führen, zustimmte.

(Schlottmann CDU: Wer hat das denn gefordert?)

– Lesen Sie einmal Ihre ersten Sätze nach, Herr Schlottmann!

Heutige Verhaltensweisen sind auch das Ergebnis der 50er und der frühen 60er Jahre. Die Geburtenhäufigkeit hat sich in Europa zwischen 1870 und 1930 um mehr als die Hälfte reduziert. In den 30er Jahren wurde diese Entwicklung ganz deutlich. Ich könnte die Zahlen nennen. Ich erinnere nur an das freilich schreckliche Wort von der „Nettoreproduktionsrate“, die in Schweden bei 0,77, in Großbritannien bei 0,78, in Deutschland bei 0,81 lag und die in der Nachkriegszeit Quoten von 1,14 in Schweden, von 1,32 in Großbritannien und von 1,14 bei uns in der Bundesrepublik aufzeigten; gegenwärtig liegen wir bei 0,61. Wir sind kein aussterbendes Volk, und wir dürfen keine Politik mit der Angst betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben hier an Rhein und Ruhr, meine Damen und Herren, besondere Probleme nicht erst jetzt, sondern weil es hier seit eh und je viele Wanderungen gegeben hat. Aber ein Satz hat in Ihrer Rede gefehlt, Herr Schlottmann. Wir hatten nämlich 1978 zum ersten Mal wieder eine positive Wanderungsbilanz in Nordrhein-Westfalen; vorher hatten wir Wanderungsverluste.

(Schlottmann CDU: Was sind denn das für Leute, Herr Ministerpräsident? – Hellwig SPD: Menschen!)

– Ich komme noch darauf, was das für Leute sind. – Das sind alles Einwohner, das sind alles Menschen!

(Schlottmann CDU: Spätaussiedler, Ausländer!)

– Richtig, ich komme darauf. Es sind Ausländer, Spätaussiedler – alles willkommene Menschen in unserem Lande!

(Beifall bei den Regierungsparteien – Schlottmann CDU: Das ist Polemik.)

Es gibt starke Zuzüge von Spätaussiedlern; es gibt einige tausend DDR-Flüchtlinge und Familienangehörige ausländischer Arbeitnehmer.

Es gibt auch Abwanderungen von Deutschen und von unverheirateten Ausländern.

(Köppler CDU: Einige tausend DDR-Flüchtlinge?)

– In diesen Jahren, ja.

(Köppler CDU: Für alle zehn Jahre!)

Es ist zu vermuten, daß der Anteil der nicht rückkehrwilligen Ausländer ansteigen wird, je stärker die vorschulische, die schulische und die berufliche Integration greifen, es sei denn, daß sich die Verhältnisse in den Heimatländern in absehbarer Zeit positiv ändern. Darauf werden wir uns einzustellen haben.

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Nun wissen Sie, wie schwer wir es mit Prognosen haben. Dennoch sage ich: Unsere letzten Prognosen sind vergleichsweise präzise gewesen. Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik ist hier zu loben. Die kürzlich vorgelegte Prognose der Bevölkerungsentwicklung bis 1990 geht in diesen zwölf vor uns liegenden Jahren davon aus, daß wir dann nicht mehr 17, sondern 16,6 Millionen Menschen sein werden. Das wäre ein Rückgang von 2,2%. Aber Prognosen über 1990 hinaus sind naturgemäß umstritten. Modellrechnungen, die auf Vorhersagecharakter verzichten, sind ehrlicher, und deshalb haben wir solche Modellrechnungen mit unterschiedlichen Annahmen bis zum Jahre 2050 auf der Bundes- und auf der Länderebene gemacht. Ich habe den Ergebnisbericht Anfang Dezember 1978 der Ministerpräsidentenkonferenz und dann, Anfang 1979, Ihnen zugeleitet. Auf unsere Initiative arbeiten jetzt die Fachministerkonferenzen weiter. Eine Arbeitsgruppe der Ministerpräsidenten arbeitet an weiterführenden Analysen über die Veränderungen dessen, was man generatives Verhalten nennt, über die regionalen Aspekte der Bevölkerungsentwicklung und die zugrunde liegenden Motive, aber eben nicht mit dem Ziel des Veränderns des Willens von Menschen, sondern mit dem Ziel der Freisetzung des Willens und dem Reagieren des Staates auf diesen durch verantwortliches Leben artikulierten Willen.

(Schlottmann CDU: Da gibt es keinen Unterschied.)

– Und da meine ich, Herr Kollege Schlottmann, wir sollten uns noch einmal die polemischen Töne Ihrer Rede miteinander anhören und darüber sprechen, ob das richtig ist.

(Schlottmann CDU: Dann weiterreden!)

– Weiterreden, gut! Unser Problem bis 1990 ist nicht der Bevölkerungsrückgang. Unser Problem bis 1990 ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze, denn in den nächsten zehn Jahren kommt auf Grund der jetzigen Altersstruktur ein Kreis – das Wort „Kreis“ stimmt kaum noch – von 780 000 Menschen auf uns zu – von denen, die jetzt hier leben –, die zusätzlich nach Arbeit suchen. Die Zahl derer, die erwerbsfähig sind, steigt von 9,64 auf 10,42 Millionen. Das ist ein Plus von 8,1% in einer Zeit, in der die Bevölkerungszahl um 2,2% zurückgehen wird. Da gibt es also Anforderungen an die Arbeits- und Wirtschaftspolitik, denen wir uns stellen müssen.

(Schlottmann CDU: Und dann? Später?)

– Später? Dazu ist sehr schwer etwas zu sagen, Herr Schlottmann, weil wir nicht wissen, wie Enkel sich verhalten werden, die ja heute noch gar nicht geboren sind.

Aber wenn wir nach den Ursachen fragen, dann wissen wir: Es gibt nur Einzelansätze und Teiltheorien. Es gibt keine wissenschaftlich abgesicherten Erklärungen; die professionellen Bevölkerungsforscher sind eher zurückhaltend. Angesichts des gegenwärtigen lückenhaften Wissens wollen wir in der Tat bei der Politik bleiben, die ich besonnen nenne und die ich nachdenklich finde und von der ich glaube, daß wir sie in diesem Bereich gemeinsam tragen sollten.

Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf verschiedene Fachbereiche und Politiken – die müssen geleistet werden, und die sind nicht nur negativer Art.

(Beifall bei der SPD)

Die Altersstruktur unserer Bevölkerung ist zugegebenermaßen unruhig, aber das ist sie seit Beginn der Industrialisierung, und das hat Konsequenzen für viele gesellschaftliche Bereiche. Der verstärkte Geburtenrückgang während des ersten Weltkriegs bringt in den nächsten Jahren in der Rentenpolitik eine Erleichterung. Ich muß auch die Haushaltspolitik, die Politik für Kinder, die Bildungspolitik, die Wohnungsbau-, die Freizeitpolitik nennen, so wie Sie es getan haben. Ich denke, daß wir flexibel reagieren können, haben wir in der Kindergartenplanung und in der Bildungspolitik bewiesen. Daß in den 80er Jahren demographisch bedingte Anpassungsprobleme in der Berufsausbildung, in der Hochschulpolitik, in der Arbeitsmarkt- und der Wirtschaftspolitik auf uns zukommen, wissen wir schon, und wir zeigen es in unserem politischen Handeln. Bei Kindergeld und Kindergärten und der Sekundarstufe II wird der Spielraum unterschiedlich sein.

(Schlottmann CDU: Kindergeld?)

– Sie wissen, daß wir im Augenblick in schwierigen Verhandlungen stehen über die Fragen: Kindergeld oder Kinderfreibeträge, Steuerpaket und allem, was damit zusammenhängt. Daß ich selber eine Präferenz für ein erhöhtes Kindergeld für alle habe, damit nicht der Mehrverdienende über steuerpolitische Nachlässe für seine Kinder besser wegkommt als der geringer Verdienende, werden Sie verstehen, Herr Kollege Schlottmann.

(Beifall bei der SPD – Schlottmann CDU: Wo sind denn die Initiativen?)

Was als Ergebnis dabei herauskommt, kann ich nicht sagen. Eine Initiative im Bundesrat habe ich nie angekündigt, und die würde ich auch für falsch halten. Ich glaube, daß die Gespräche zwischen Bund und Ländern über die Steuerverteilung der richtige Ort sind, wo man solche Positionen vertreten soll. Das habe ich gesagt, und dabei wollte ich gern bleiben.

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Ich denke, daß im Kindergartenbereich deutlich wird: Wir rechnen trotz des Geburtenrückgangs mit Mehraufwendungen und haben sie einkalkuliert. Wir verbessern die Kindergartenplanung parallel zu der demographischen Entwicklung, die wir erkennen. Der Versorgungsgrad wird erhöht, die Gruppenstärke gesenkt, der Elternbeitrag soll 1981 vollständig übernommen werden; ich kenne kein anderes Land, das das tut. In der Sekundarstufe II werden wir beträchtliche Mehraufwendungen einsetzen. Aber die demographische Komponente engt den Spielraum des Landes ein.

Ich will nun die Zahlen nicht im einzelnen vortragen. Vielleicht haben wir im Ausschuß oder bei der Debatte des Landesentwicklungsplanes Gelegenheit, darüber miteinander zu sprechen. Ich warne vor einer Politik, die glaubt, Prophetie für 50 bis 60 Jahre leisten zu können. Die Kinder, die geboren werden – und das waren im letzten Jahr bei uns in Nordrhein-Westfalen 160000 Kinder –, sind Einzelwesen und Einzelmenschen und nicht Manövriermasse für Rentenberechnungen der nächsten Generation, meine Damen und Herren.

(Schlottmann CDU: Wer macht das denn? Das ist eine Unterstellung. Schlimm ist das.)

– Was ist schlimm, Herr Schlottmann?

(Schlottmann CDU: Diese Unterstellung ist schlimm.)

B)

– Ich habe hier doch niemandem etwas unterstellt. Sie haben doch die Infas-Umfrage gelesen: Es gibt einen Teil von Menschen, die die Zahl der Geburten in einen unmittelbaren Zusammenhang zu ihrer eigenen Rentenerwartung setzen. Das halte ich für falsch, und das muß man diesen Menschen doch sagen dürfen. Ich habe doch niemandem damit irgend etwas unterstellt.

Ich denke, wir haben vieles getan, und wir müssen noch mehr tun, damit Kinder zu haben keine sozialen Nachteile bringt. Das ist das Ziel.

(Beifall bei der SPD – Frau Hölter CDU: Das ist richtig!)

Aber das ist nicht das Ziel aus bevölkerungspolitischen Gründen, sondern um der Menschlichkeit des Politischen überhaupt willen. Wir haben da vieles getan, und es ist spürbar, daß wir seit 1973 mit der völligen Übernahme der Kosten für Lernmittel durch die öffentliche Hand vor allem einkommensschwache und kinderreiche Familien finanziell entlastet haben und daß damit eine Barriere gegenüber besserer und längerer Ausbildung der Kinder abgebaut wurde. Die Maßnahmen des Wohnungsbauförderungsprogramms 1979 kommen größtenteils kinderreichen Familien zugute, damit ein eigenes Haus nicht mehr nur noch etwas für Kinderlose

(C) ist. Es ist wichtig, die Lebensbedingungen kinderreicher Familien zu verbessern, deren Belastungen zu reduzieren, und wichtig ist der Kampf zur Senkung der Säuglingssterblichkeit. Da gibt uns der Erfolg recht.

(Schlottmann CDU: Familiendarlehen!)

Die Maßnahmen reichen von der Beratung zu Fragen der Familienplanung über die Betreuung werdender Mütter bis zur Verbesserung der Ausstattung in den Krankenhäusern. Aber nicht die einzelne Maßnahme, sondern das Maßnahmenbündel hat die Säuglingssterblichkeit in Nordrhein-Westfalen gesenkt.

Freilich bleibt noch einiges zu tun. Aber ich denke, diese wenigen Beispiele haben die Breite der Handlungsmöglichkeiten gezeigt, die wir sinnvollerweise in unsere weiteren Überlegungen einbeziehen sollten.

Direkte Aktionen wären gewiß spektakulärer und vielleicht werbewirksamer. Aber abgesehen von der unübersehbaren Ausgabenflut, die sich damit ergäbe, wären die beabsichtigten Wirkungen auch mehr als zweifelhaft. Ich wiederhole noch einmal, was ich zu Beginn gesagt habe: Der Staat hat erst dann Pflichten, wenn sich Menschen frei und verantwortlich zugunsten einer Familie und für Kinder entschieden haben, und wenn durch unser Verbessern der familien- und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen der Wunsch nach Kindern stärker wird, um so schöner.

Diesen Weg wollten wir gehen. Diesen Weg wollen wir weiter gehen, und auch das im Sommer des vergangenen Jahres vorgelegte Programm für ein kinderfreundliches Nordrhein-Westfalen ist da ein wichtiger Schritt nach vorn.

(Rosorius CDU: Vor allem der Aufkleber!)

– Den Aufkleber habe ich gegenwärtig nicht in Erinnerung. Sie wissen, daß wir an Dienstwagen keine Aufkleber haben dürfen, Herr Rosorius; das erspart einem manches.

(Heiterkeit)

Aber ich will Ihnen ganz offen sagen, Herr Rosorius: Ich habe mit sehr gemischten Gefühlen gelegentlich gelesen und gehört, was es da an Polemik darüber gab, daß dieser Ministerpräsident sich der Kinder besonders angenommen hat. Da wurde dann gelegentlich aus dem Onkel oder dem Bruder ein Brüderchen. Wenn das ein Spitzname sein soll, so trifft mich das nicht. Ich werde das weitermachen, und ich werde Kinder weiter bitten, mir zu schreiben und Gespräche mit den Eltern zu suchen. Ich werde alles tun, damit Kinder in dieser Gesell-

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) schaft angstfrei leben können, soviel, wie ich dazu tun kann. Wir alle werden nie ganz ohne Angst leben können.

(Völker CDU: Das beste Rezept für das angstfreie Leben wäre der Regierungswechsel.)

– Sie sagen, für das angstfreie Leben wäre der Regierungswechsel das beste Rezept. Nun habe ich Sie schon auf höherem Niveau erlebt, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich denke, die Art und Weise, wie wir den Wettbewerb um die Regierung der kommenden fünf Jahre führen, hat auch etwas mit Menschen zu tun, und da wollen wir einmal zeigen, ob wir hier als Demokraten miteinander im Wettbewerb liegen. Dabei wird jeder die Rolle spielen und die Begabung und die Schwächen zeigen, die er hat. Das sehe ich mit großer Ruhe. Aber in diese Politik für ein kinderfreundliches Land das offenbar Sie alle täglich beschäftigende Thema des Regierungswechsels hineinzubringen, halte ich nicht für originell.

In die gleiche Richtung, meine Damen und Herren, wie das Programm, von dem ich sprach, zielen die Beschlüsse der Bundesregierung zur Steuer- und Familienpolitik. Das sind Verbesserungen, die sich am Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit orientieren.

(B)

(Schlottmann CDU: Was meinen Sie denn da?)

– Ich denke, Herr Schlottmann, das Kernstück ist der Kinder-Grundfreibetrag, der für alle gleich wirkt. Das ist besser als jede Lösung, bei der mit der Höhe des Einkommens auch die steuerliche Entlastung steigt. Ich meine, Sie sollten dazu etwas sagen, ob das Ihr Recht ist.

Ich denke, das Wohngeld muß eine stärkere familienbezogene Komponente bekommen, und der Kindergeldzuschlag von 300 DM in den ersten sechs Monaten nach der Geburt ist eine Hilfe.

Meine Damen und Herren, ich darf zusammenfassen. Erstens: Die Bevölkerungsentwicklung ist nicht dramatisch; hüten Sie sich vor der Dramatisierung.

Zweitens: In diesem Land sollen Eltern frei darüber entscheiden können, ob, wann und wie viele Kinder sie haben wollen. In diesem Bereich hat der Staat nichts zu suchen.

(Schlottmann CDU: Verbietet das denn jemand?)

– Das sage ich ja gar nicht, daß das jemand verbietet. Ich kann Ihnen hier doch meine Position beschreiben. Kinder sollen um ihrer selbst willen geboren werden.

(C) Drittens: Wir werden eine aktive Familienpolitik betreiben, ohne jeden Hintergedanken, aber keine Bevölkerungspolitik.

Viertens: Familienpolitik dient dem Wohl der vorhandenen Familien und der heute lebenden Kinder, nicht der zahlenmäßigen Vergrößerung, um irgendeiner fiktiven Bevölkerungszahl zu genügen.

Fünftens: Wir werden und wollen zum Bewußtseinswandel beitragen und weiterhin die Bedingungen für eine kinderfreundliche Gesellschaft schaffen. Helfen Sie dabei mit. Lassen Sie uns diesen Wettstreit führen. Wer dabei der Sieger ist, siegt für eine gute Sache.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Dr. Lenz: Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen zunächst einmal die Rednerliste bekanntgeben, damit Sie disponieren können: zunächst Herr Köppler, dann Frau Brunn, Frau Gerigk-Groht, Herr Ostrop, Herr Hellwig, Herr Dr. Vogt, Herr Nüchel; so sieht zur Zeit die Rednerliste aus.

Ich erteile Herrn Abg. Köppler für die Fraktion der CDU das Wort.

(D) Köppler CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte an sich nicht die Absicht, mich in dieser Debatte zu Wort zu melden. Aber die Erklärungen, die der Herr Ministerpräsident hier abgegeben hat, verdienen doch Anmerkungen.

Herr Ministerpräsident, ich möchte zunächst einmal Ihren Schlußsatz aufgreifen, es bestehe kein Grund zur Panik. Das ist richtig, aber Sie haben vergessen, hinzuzufügen, daß Anlaß zur Sorge besteht.

(Beifall bei der CDU)

Diese Bemerkung haben wir in Ihrem Beitrag leider vermißt.

(Dr. Pohl CDU: Richtig! – Schlottmann CDU: Sehr gut!)

Ich glaube, wir können darin übereinstimmen, daß es unzulässig wäre, bestimmte familienpolitische oder sonstige Maßnahmen einzuleiten und davon sofort kurz- oder langfristig eine Veränderung des generativen Verhaltens der Bevölkerung zu erwarten.

(Beifall bei der CDU)

Das ist nicht der Punkt. Aber, Herr Ministerpräsident, hier festzustellen, daß wir es – von keinem sehr hohen Sockel aus – nun mit rapide sinkenden Geburtenraten zu tun haben, und dann so zu reagieren, wie Sie das ge-

(Klein CDU)

- (A) parteipolitischen Vorteil ziehen wollen. Nur darauf kommt es an.

(Beifall bei der CDU)

Nun haben Sie das Verfassungsgerichtsurteil zitiert. Ich erlaube mir, aus demselben Urteil einen weiteren Satz zu zitieren, und dann müssen wir abklopfen, ob dieser Satz erfüllt ist. Es heißt dort:

Hingegen kann die Regierung ihre Pflicht, die Wahlentscheidung des Bürgers nicht zugunsten einer Partei oder im Interesse ihrer eigenen Machterhaltung zu beeinflussen, verletzen, wenn sie im nahen Vorfeld der Wahl ihrem Inhalt und ihrer Aufmachung nach nicht zu beanstandende Veröffentlichungen, insbesondere in Form von sogenannten Arbeitsleistungs- oder Erfolgsberichten, mit beträchtlichem Aufwand und in erheblicher Menge veröffentlicht oder gegen ihre Verbreitung keine ausreichenden Vorkehrungen trifft, die ihre Verwendung zu wahlwerbenden Zwecken verwehren.

(Dr. Haak SPD: Thema verfehlt!)

Zum letzten Teil haben wir eben unsere Befürchtungen geäußert. Das ist noch nicht Gegenstand in diesem Hause; ich hoffe, das wird es auch nie.

- (B) (Zuruf von der SPD: Tätigkeitsbericht!)

Zum ersten Teil! – Die Frage wird sein, ob die Schrift, die hier abgegeben worden ist, überhaupt das ist, was Sie immer sagen, daß sie es wäre, nämlich eine objektive Information über die Gesamtschule im Ganzen.

(Zustimmung bei der CDU – Pürsten CDU: Kein Stück!)

Bei näherer Betrachtung ist sie nichts anderes als das einseitige Loben einer einseitigen Meinung zu einem politischen Streitpunkt.

(Zustimmung bei der CDU – Pürsten CDU: Darum geht es!)

Genau dies – mit Steuerzahlers Mitteln einer Meinung zum Erfolg zu verhelfen, über die Sie als Partei nicht streiten mögen, sondern die Regierung veranlassen, etwas zu tun, was Sie nicht tun – ist Ihnen verboten worden; genau das!

(Zustimmung bei der CDU – Zuruf von der SPD)

– Herr Kollege, Sie sind schon einmal mit der Behauptung hereingefallen, es wäre eine Werbung nicht wider

die Verfassung geschehen. Ich würde an Ihrer Stelle etwas vorsichtiger sein, ich würde etwas leiser sein. (C)

(Ostrop CDU: Lassen Sie ihn doch!)

Sie können auch lauter sein; dann honoriert es der Wähler. Die Lösung wäre mir lieber.

Ich meine nur: Sie sollten aus der Achtung vor der Willensentscheidung des Bürgers in Kenntnis aller Meinungen sich als Parteien entschließen, mit uns um Sachpunkte zu streiten;

(Zustimmung des Abg. Köppler CDU)

aber Sie sollten sich einer vom Steuerzahler bezahlten Werbung zugunsten Ihrer Meinung enthalten, die nicht Sie bezahlen und nicht Sie vertreten, sondern eine Regierung, deren Amt am 11. Mai dieses Jahres endet.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lenz: Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe im Blick auf die hier zur Debatte stehende Veröffentlichung des Kultusministers ein gutes Gewissen. Ich halte die Aufregung der Opposition für künstlich und gespielt. (D)

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Man kann darüber streiten – und man muß darüber streiten –, ob etwas im Rahmen der Verfassung liegt, ob etwas dem Urteil des Verfassungsgerichtes angemessen ist. Ich sehe einer solchen Prüfung gelassen entgegen.

Das von Herrn Kollegen Pohl gezeichnete Bild, das die sauberen Westen von Ministerpräsidenten betrifft, sagt nach meiner Meinung mehr über Herrn Kollegen Pohl als über meinen Vorgänger und mich.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: So billig kriegt man Beifall!)

Das ist genauso, als wenn ich vor dem Landtag gestern erklärte: Ich bin für mehr Elternrecht und für mehr Elternwillen –, und ich lese heute als Überschrift über der Nachricht: Rau will weniger Gymnasien. –

(Zuruf von der CDU: Stimmt doch!)

So einfach, meine Damen und Herren, geht es nicht.

(Lachen und Zurufe von der CDU)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) – Hören Sie mir doch einmal zu; ich rede nicht lange, weil ich gern noch ein paar Kollegen etwas Zeit lassen möchte.

Ich möchte Ihnen einen Beleg beibringen, warum ich Ihre Aufregung für gespielt, für gekünstelt und für nichts anderes als Vorwahlkampf im Plenum halte.

Herr Kollege Beckel, Sie sind ein – wie ich finde – Redner, dem zuzuhören sich lohnt.

(Elfring CDU: Das haben Ihre Kollegen nicht getan!)

– Deshalb bedaure ich das immer.

Aber jetzt frage ich Sie – und ich bitte Sie, diese Frage nicht als rhetorische zu verstehen –: Angesichts der Diskussion, die wir hier über eine Informationsschrift führen, die die Gesamtschule als eine mögliche – von mir gar als wünschenswert bezeichnete – Schulform beschreibt, sagen Sie auf einen Zwischenruf des Kollegen Dorn – wenn ich mich richtig erinnere –, daß die SPD diese Schrift, eine Informationsschrift, irrtümlich für eine Propagandaschrift halte. Es handelt sich um ein Blatt aus dem Saarland: „Saarland heute – Unser Land auf gutem Wege“ – mit acht Fotos von Ministerpräsident Zeyer und 17 Namensnennungen sowie 3000 Zeilen Leistungsbericht. Dazu sagen Sie, das hielten wir irrtümlich für eine Propagandaschrift; das sei aber Informationsmaterial.

(Heiterkeit und Beifall bei den Regierungsparteien)

Was haben denn Worte überhaupt nur für einen Sinn, wenn das, was im Saarland offenbar Information ist, in der ein Ministerpräsident bekanntgemacht wird –

(Köppler CDU: Aber nach Meinung Ihrer Genossen nicht!)

– Ich bin überzeugt, auch nach Beckels Meinung nicht; dazu hat er nicht gesagt, was er denkt.

(Köppler CDU: Ach so!)

sondern er hat jemand in Schutz genommen.

(Beifall bei SPD und F.D.P. – Köppler CDU: Zitieren Sie doch Ihre Genossen im Saarland!)

Was ist denn das für eine Information?

(Ministerpräsident Rau hält eine Broschüre hoch. – Köppler CDU: Zitieren Sie doch Ihre Genossen aus dem Saarland!)

Das sind die Paßbilder der Regierung Lothar Späth, als Wocheninformation den Bürgern „Rechenschaft über das zu geben, was wir in den zurückliegenden zwölf Monaten erreicht haben“, jetzt verteilt, am 18. Januar, als ganzseitige Beilage in der „Saarländischen Zeitung“.

Herr Köppler, ich mache Ihnen ein Angebot.

(Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD: Zuhören!)

Herr Köppler, ich wollte Ihnen das Angebot machen, daß wir aus den Mitteln, die wir zur Verfügung haben, allen Abgeordneten des Saarländischen Landtages, wo im April gewählt wird, des baden-württembergischen Landtags, wo im März gewählt wird, und unseres Landtages, der am 11. Mai neu gewählt wird, alle Informationsschriften der jeweiligen Regierung zur Kenntnis geben. Wir könnten dann gemeinsam prüfen, wo hier Wahlwerbung und wo hier Sachinformation betrieben wird.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien – Dr. Heimes (Essen) CDU: In einer Prüfung sind wir schon mitten drin!)

– Richtig, wir können alles prüfen. Sie wissen ja, Herr Kollege Heimes: Prüfet alles, das Beste behaltet!

(Lebhafte Zustimmung und Beifall bei den Regierungsparteien)

Wenn Sie, meine Damen und Herren, die Gesamtschüler, die Eltern der Gesamtschüler und diejenigen, die – neben dem herkömmlichen Schulsystem – für ihre Kinder gern eine Gesamtschule hätten, nicht durch Ideologie aus dem politischen Dialog aussperren würden, dann brauchten wir diesen Streit hier nicht zu führen.

(Lebhafter anhaltender Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Dr. Lenz: Für die Fraktion der CDU spricht jetzt Herr Abg. Köppler.

(Zuruf von der SPD: Er lehnt das Angebot ab!)

Köppler CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich komme auf den Ausgangspunkt dieser aktuellen Stunde zurück.

(Zurufe von der SPD)

Dieser Ausgangspunkt wird auch nicht dadurch relativiert oder aus der Welt geschafft, daß sich Herr Rau hier

(Köppler CDU)

(A) Meine Damen und Herren, wir haben seit gestern früh Dauersitzungen des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Der Landtag ist zu einer Haushaltsberatung zusammen. Er hat gestern bis in die Abendstunden getagt; er wird das auch heute und morgen tun. Gleichwohl müssen wir aus der Zeitung lesen, daß die Landesregierung die Absicht hat, Staatsverträge zu kündigen, und sie teilt dies nicht etwa dem Parlament an passen der Stelle mit.

Im übrigen kann ich dazu nur folgendes feststellen. Gestern abend wurde erstmals die heute in der „NRZ“ abgedruckte Erklärung des Herrn Innenministers Hirsch bekannt, wonach die Landesregierung den Staatsvertrag über die ARD kündigen werde. Um 21 Uhr hatte die deutsche Öffentlichkeit Gelegenheit, den Herrn Ministerpräsidenten Rau im ZDF zu sehen und zu hören, wie er zu Fragen Stellung nahm, welche Konsequenzen sich aus dem Scheitern der Bemühungen zur Aufrechterhaltung des NDR als Drei-Länder Anstalt für den WDR und für das Land Nordrhein-Westfalen ergeben. Der Text dessen, was Herr Ministerpräsident Rau dazu gesagt hat, liegt mir vor. Ich will mich dazu im einzelnen nicht äußern. Fest steht nur, daß vom Ministerpräsidenten dieses Landes mit keinem Wort die Kündigung eines Staatsvertrags über die ARD erwähnt oder angekündigt worden ist.

(B) Es stellt sich natürlich hier die Frage – und ich stelle sie dem Ministerpräsidenten unseres Landes: Wer bestimmt eigentlich die Richtlinien der Politik in diesem Land?

(Beifall bei der CDU)

Bestimmt die neuerdings auch in rundfunkpolitischen Fragen Herr Hirsch, oder ist das nicht, wie das Tradition im Lande ist, in erster Linie Sache des Ministerpräsidenten, in der Frage der Rundfunkpolitik Erklärungen abzugeben?

(Beifall bei der CDU)

Es ist ganz offenkundig, daß der Ministerpräsident von der Erklärung des Herrn Innenministers, heute abgedruckt in der NRZ, nicht unterrichtet war; denn ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie, Herr Ministerpräsident, in einem Interview mit dem ZDF auf solche Fragen nicht entsprechend geantwortet hätten, wenn Sie von Herrn Hirsch unterrichtet worden waren. Nicht nur der Verdacht, sondern die Gewißheit ist in dieser Sache wieder einmal da: Hier wedelt der Schwanz mit dem Hund in der Rundfunkpolitik dieses Landes.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU – Dr. Pohl CDU: Hirsch röhr, und alle kriechen zu Kreuze!)

(C) Meine Damen und Herren, ich frage mich, ob dies der Stil dieser Landesregierung in Zukunft sein wird: daß Kündigungen von Staatsverträgen im Zusammenhang mit der ARD und dem Westdeutschen Rundfunk von dieser Landesregierung verkündet werden – wie gesagt: nicht vor dem Parlament, sondern in Zeitungsinterviews –, ohne daß überhaupt ein Wort in einem Gremium des WDR oder mit dem Intendanten des WDR gewechselt worden ist. Soll das der neue rundfunkpolitische Stil einer Landesregierung sein, die sich nicht genutzt kann, andere des Staatsrundfunks zu beschuldigen?

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ein solches Verfahren nenne ich Staatsrundfunk.

Herr Ministerpräsident, zu den späten Kitzungsberühungen des Landespressechefs: Meine Damen und Herren, um 22.29 Uhr tickte noch eine dpa-Meldung durch die Nacht, wonach plötzlich das völlige Einvernehmen zwischen dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Innenminister in Sachen der Erklärung des Herrn Innenministers hergestellt worden ist. Fadenscheiniger geht es nicht mehr!

(Zustimmung bei der CDU)

(D) Meine Damen und Herren, ich will von dem Herrn Ministerpräsidenten wissen, welche ARD-Staatsverträge die Landesregierung kündigen will. Ich will wissen, auf welchen Vertrag sich das bezieht. Es gibt eine ganze Reihe von Staatsverträgen im Zusammenhang mit der ARD und mit der Arbeit im Verbund der ARD. Dies alles hat Herr Hirsch nicht näher erläutert. Er hat nur die große Glocke geschwungen. Wir wollen jetzt vom Ministerpräsidenten wenigstens im nachhinein wissen, was diese Landesregierung zu tun gedenkt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lenz: Das Wort hat Herr Ministerpräsident Rau.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin Herr Köppler für den frühen Zeitpunkt seiner Rede dankbar, weil er aus Briefen, die ich den Fraktionen geschrieben habe, weiß, daß ich heute nachmittag hier nicht zur Verfügung stehen kann.

(Katz CDU: Das ist gesagt worden. Köppler CDU: Das war angekündigt.)

Ich habe in Bonn im Auswärtigen Ausschuß des Bundesrates zu tun. Anschließend – das stand nicht in meinem Brief – tagt die Rundfunkkommission der Ministerpräsidentenkonferenz. Wir werden über das sprechen.

(Rau, Ministerpräsident)

(A) was auch Gegenstand der Erregung von Herrn Köppler gewesen ist.

(Köppler CDU: Nein, nein! Ich bin nicht erregt! – Dr. Pohl CDU: Das waren Fragen. Katzy CDU: Konkrete Fragen!)

– Manchmal redet Herr Köppler so, als wäre er erregt.

Nun zur Sache selbst! – Ich soll nun der Hund sein, mit dem da jemand wedelt.

(Dr. Schwefer CDU: „Schwanz“ hat er gesagt!)

Während des gestrigen Abends haben Herr Hirsch, ich und einige andere gute Freunde

(Heiterkeit bei der CDU)

lange zusammengesessen. Wir haben miteinander über diese Fragen gesprochen. Ich habe gerade versucht, Herrn Hirsch zu erreichen, damit er auch hier zur Verfügung stehen kann. Ich denke, daß das gleich der Fall sein wird. Es gibt gar keinen Anlaß zu irgendwelchen Aufregungen.

Der Innenminister hat kein Interview gegeben auch der NRZ nicht –, sondern der Innenminister hat gestern in Gesprächen

(B)

(Abg. Köppler CDU hält „heute in der Presse“ hoch.)

die Erwägung angestellt – auch bei unserem Zusammensein gestern abend –, daß Nordrhein-Westfalen sich überlegen werde und überlegen müsse, ob es bei den Staatsverträgen zum Gebührenaufkommen bleibe, wenn es im Norden zu einem Staatsfunk und zu einem Kommerzsender komme. Er hat gesagt, er werde dann diese Frage im Kabinett zur Sprache bringen.

Dies ist richtig. Ich bestimme die Richtlinien der Politik, aber jeder Minister darf bei mir im Kabinett etwas zur Sprache bringen, und er darf das auch ankündigen.

(Abg. Köppler CDU schwenkt eine Zeitung: „Hirsch: Nordrhein-Westfalen kündigt den Staatsvertrag“!)

– Aber, Herr Köppler, wie oft hatten wir denn die Situation, daß Sie sagten: Nun zitieren Sie doch original und nicht nur die Überschriften, und lesen Sie, was im Text steht.

(Dr. Pohl CDU: Wird gekündigt oder nicht?)

– Wir wissen noch nicht, ob gekündigt wird; aber wir werden alles tun, damit der Norddeutsche Rundfunk in seiner jetzigen Gestalt bestehenbleibt.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Elfring CDU: Das hätten Sie zu Bremen auch einmal sagen sollen!)

Es ist erst noch ein Bundesverwaltungsgerichtsurteil abzuwarten.

(Zustimmung des Abg. Köppler CDU)

Anhand dieses Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes wird festzustellen sein, ob zwei Regierungschefs mit je einer Stimme Mehrheit die in 30 Jahren gewachsene und bewährte Rundfunkstruktur zerschlagen dürfen.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien – Elfring CDU: Das ist ein sehr subjektives Urteil!)

Der Satz „Mehrheit ist Mehrheit“ stammt nicht von Herbert Wehner; er stammt von Wilhelm Lenz aus dem Jahre 1966 – im Sommer. Das hat aber nur ein halbes Jahr gedauert.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Am 12. Mai 1978 haben die Ministerpräsidenten ein Abkommen über Pilotprojekte geschlossen. Im ersten Satz dieses Abkommens heißt es, daß sie die öffentlich-rechtliche Struktur für ein hohes Gut halten und sie während der Pilotphase nicht in Frage stellen wollen.

(Elfring CDU: Das tut kein Mensch. – Köppler CDU: Das tut keiner.)

Nach unserer Überzeugung wird durch die Entscheidungen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein dieses hohe Gut doch in Frage gestellt, weil in Niedersachsen eine kommerzielle Nutzung der Frequenzen beabsichtigt ist.

Präsident Dr. Lenz: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Ministerpräsident Rau. Ja!)

– Herr Abg. Köppler zu einer Zwischenfrage!

Köppler CDU: Herr Ministerpräsident, darf ich Sie so verstehen: Sie sehen die Tatsache, daß Länder mangels Verständigungsmöglichkeit über die Fortführung einer Drei-Länder-Anstalt von ihrer Rundfunkhoheit gesetzgeberisch Gebrauch machen, nicht als einen von Ihnen skizzierten Verstoß an? Denn sonst müßten Sie – wenn ich mir das hinzuzufügen erlauben darf – ja die Politik des Landes Nordrhein-Westfalen im nachhinein verur-

(Köppler CDU)

(A) teilen, das von dieser Rundfunkhoheit durch die Gründung des WDR Gebrauch gemacht hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Rau, Ministerpräsident: Ich habe überhaupt nichts dagegen, daß der Gesetzgeber – in welchem Land auch immer seine Rundfunkpolitik bestimmt. Das ist doch gar keine Frage. Aber in der Erklärung vom 12. Mai 1978 sind wir – und ein späteres Schreiben von Staatssekretär Schreckenberger hat uns darin bekräftigt – davon ausgegangen: Dies ist ein fünfjähriges Moratorium gegen privaten Rundfunk und gegen privates Fernsehen. Dies ist ein Stillhalteabkommen. Davon sind wir ausgegangen.

Wenn in Niedersachsen jetzt ein Kommerzsender möglich gemacht wird – manche nennen das privat; ich nenne das kommerziell –, dann halten wir das für falsch.

(Köppler CDU: Wie hoch sind denn die kommerziellen Einnahmen des WDR und des ZDF?)

– Es ist etwas ganz anderes, wenn eine öffentlich-rechtliche – –

(Köppler CDU: Ach so! Das ist aber ein Kommerz!)

(B) – Sicher ist das etwas ganz anderes! Lesen Sie doch mal das Fernsehurteil von 1961. Sie haben es doch schon einmal versucht

Wir sind der Meinung, daß dies kein guter Weg ist. Und wir meinen, daß Sender, bei denen von 14 Mitgliedern des Rundfunkrates sechs weisungsgebundene Regierungsvertreter sein sollen, nicht gut sind.

(Köppler CDU: Weisungsgebunden?)

Wir werden heute nachmittag darüber in der Rundfunkkommission reden. Und wir werden hier in Nordrhein-Westfalen unsere Position durch Kabinettsbeschlüsse und – wenn es sein muß – durch Gesetzesvorlagen deutlich machen.

Hier hat kein Schwanz mit dem Hund gewedelt, sondern hier hat der Innenminister in internen Gesprächen ganz deutlich gesagt, daß er auch die Möglichkeit nicht ausschließt, den ARD-Vertrag zu kündigen

(Köppler CDU: Das sieht schon anders aus!)

Ich schließe die auch nicht aus.

(Köppler CDU: Ich auch nicht! Darüber haben wir früher schon geredet.)

– Wir haben früher darüber geredet, aber unter anderen Aspekten. Wenn Sie sich einmal die gemeinsame Entschließung dieses Landtags über Rundfunkpolitik ansehen, dann werden Sie feststellen, daß wir im Augenblick in eine gegenläufige Richtung gehen. Da wollten wir nämlich weniger Sonder, als wir haben. Und jetzt kriegen wir mehr, als wir haben und brauchen, wie ich behaupte.

(Elfring CDU: Den Zustand, daß wir viel zuviel Rundfunkanstalten haben, haben wir seit vielen Jahren!)

Richtig! Aber durch Addition wird Sünde doch nicht geringer, Herr Elfring!

(Elfring CDU: Das ist doch keine Frage der Qualität mehr!)

Nach unserer Auffassung – nach der gemeinsamen Auffassung von Burkhard Hirsch und mir – müssen alle Mittel ausgeschöpft werden, um den NDR zu erhalten.

(Büssow SPD: Sehr richtig!)

Nach unserer Meinung muß alles getan werden, um die ARD zu erhalten. Aber wenn es Einbrüche in Richtung Staatsrundfunk oder kommerzieller Funk gibt, dann müssen auch, meine ich, die Verträge zur Disposition stehen. Denn wir sind hier verantwortlich für die angemessene Versorgung der Bürger in unserem Land.

(Giesen CDU: Die ist bei uns nicht gefährdet. Keine Sorge! – Köppler CDU: So ist es, jawohl! Auch eine preisgünstige Versorgung!)

– Auch eine preisgünstige Versorgung! Wie preisgünstig wir versorgen, das zeigen wir ja dadurch, daß sich das ganze Parlament die Gebührenerhöhungen immer sehr schwer macht und sie an Bedingungen knüpft.

(Köppler CDU: Die nicht erfüllt werden!)

Und zu den bis heute nicht aufgegebenen Bedingungen gehört eine Verkleinerung der Zahl der Rundfunkanstalten. Das hat dieser Landtag beschlossen.

(Schulze-Stapen CDU: Die ist vertan.)

Und jetzt werden noch mehr gegründet.

Es gab das Angebot von Klose zum Regionalprogramm Niedersachsen und zum Regionalprogramm Schleswig-Holstein.

(Elfring CDU: Die drei waren sich völlig einig, Herr Ministerpräsident, auch wenn die Tonbänder nicht mehr da sind.)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) – Nein, die drei waren sich nicht einig. Herr Elfring, ich habe am Montag mit Herrn Klose über diese Fragen sprechen können. Sie waren sich nicht einig in Fragen der äußeren und der inneren Rundfunkfreiheit, der Staatsnähe oder der Staatsferne. Und die sind sich auch nicht einig in der Frage, wie es jetzt weitergehen soll.

Wir wollen in dieser Auseinandersetzung an der Seite des NDR sowie derer stehen, die ihn geschaffen und erhalten haben. Das ist die Position.

(Schulze-Stapen CDU: Wer ist denn der NDR?)

– Den NDR gibt es noch, Herr Schulze-Stapen!

(Schulze-Stapen CDU: Wer ist das? Der Intendant? Oder wer? – Abg. Lemper unterhält sich in der vorderen Reihe der Abgeordnetenbanken der CDU-Fraktion. – Ministerpräsident Rau wartet.)

Präsident Dr. Lenz: Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort. Fragen sind erlaubt!

Rau, Ministerpräsident: Ich wollte Herrn Lemper nicht stören.

(Ostrop CDU: Das gelingt Ihnen ohnehin nicht!)

- (B) – Herr Ostrop, stellen Sie sich vor, ich habe sogar die Hand erhoben und sie nicht in den Schoß gelegt.

(Lemper CDU: Ich bitte vielmals um Entschuldigung, daß ich zu Ihrer Irritation beigetragen habe!)

Ich halte eine Kündigung des ARD-Vertrages --

(Köppler CDU: Welcher ARD-Vertrag? Der von 1973?)

– Eine Kündigung des Gebührenvertrages sowie des Finanzausgleichs befindet sich nach meiner Auffassung im Rahmen des Möglichen. Und ich kann mir Situationen vorstellen, in denen das nötig ist. Wir werden das dann öffentlich sagen und öffentlich erklären. Und daß der Innenminister sich dazu gestern --

(Schulze-Stapen CDU: Das Parlament darf dann auch was dazu sagen?)

– Sie erfahren das doch immer zuerst.

(Elfring CDU: Das stimmt doch nicht!)

Gestern um 21.29 Uhr waren Sie doch nicht mehr zusammen!

(Zurufe von der CDU: Doch! – Heiterkeit!)

– Aber wer weiß, wo?

(Schulze-Stapen CDU: Nicht da, wo Sie waren!)

– Also, ich war in der Altstadt.

(Köppler CDU: So sieht die Erklärung auch aus.)

– Ich kann ja verstehen, daß Sie es zwischendurch gern einmal ein bißchen fröhlich haben möchten. Aber wenn hier so aufgeregte Fragen gestellt werden, wird man ja wohl noch ruhig antworten dürfen.

Das, was der Innenminister gesagt und als rundfunkpolitisches Ziel angesprochen hat, ist die gemeinsame Überzeugung dieser Regierung und der sie tragenden Fraktionen. Über die geeigneten Mittel werden wir mit allen Beteiligten sowie mit allen zuständigen Gremien reden. Zum ersten Mal geschieht das heute nachmittag bei der Ministerpräsidentenkonferenz.

Schönen Dank an die Minderheit in der CDU, die mir zugehört hat!

(Beifall bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Diese Minderheit ist zur Zeit die Mehrheit, Herr Ministerpräsident!)

– An die Minderheit innerhalb der CDU!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Köppler CDU: Diese Minderheit ist zur Zeit die Mehrheit im Landtag.)

Präsident Dr. Lenz: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Dr. Haak für die Fraktion der SPD.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dr. Haak SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat ja ausdrücklich gesagt, er danke der Minderheit, die ihm zugehört habe.

(Köppler CDU: Ja, und? – Katzy CDU: Aus Ihrer Fraktion!)

und ich glaube, wir sollten uns auch bei diesem schwierigen Thema vornehmen, genau aufeinander zu hören.

Der Herr Oppositionsführer hat hier den Vorwurf erhoben, wir hätten eine Debatte, und wir hätten eine bestimmte Meinungsäußerung zuerst aus der Zeitung erfahren.

(Köppler CDU: Ja.)

Dieser Vorwurf wäre zutreffend, wenn es sich um Gegenstände handelte, die Themen unserer Beratung in

(Köppler CDU)

- (A) Wenn wir der Regierung Versagen in der Sache in vielen lebenswichtigen Punkten vorwerfen, in einem Punkt müssen wir ihr den größten Vorwurf machen, nämlich in der Frage der Qualität des Regierens. Diese Regierung verweigert dem Land die politische Führung seit Jahr und Tag.

(Beifall bei der CDU)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben auf Ihrem Parteitag in Bochum an Ihre Genossen appelliert, Sie so zu nehmen, wie Sie sind. Sie selbst haben ja auch einmal vor diesem Hause erklärt, es sei Ihre Eigentümlichkeit, auf leisen Sohlen daherzukommen. Das findet seinen besonderen Niederschlag in Ihrer Unfähigkeit, Entscheidungen zu treffen.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie versuchen mit dieser von Ihnen selbst als Politik der Zuwendung charakterisierten Regierungs- und Führungsverweigerung, den Wähler zu überreden. Ein guter Politiker soll den Wähler nicht überreden, sondern er soll ihn überzeugen,

(Beifall bei der CDU)

und daran, meine Damen und Herren, mangelt es.

- (B) Diese Regierung verweigert nicht nur dem Land die politische Führung, die es braucht, durch Entscheidungsfähigkeit und Entscheidungskraft auch Entscheidungen einmal dann durchzustehen, wenn sie unpopulär erscheinen mögen, aber notwendig sind.

(Beifall bei der CDU)

Diese Regierung hat in vielen Jahren das größte Bundesland der Bundesrepublik Deutschland, Nordrhein-Westfalen, im Bund ohne Einfluß und ohne Stimme gelassen.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will mich nicht mit dem Tagesablauf des Herrn Bundesratsminister Zöpel beschäftigen, aber eins steht fest: Noch nie war das Land Nordrhein-Westfalen gerade bei den politischen Maßnahmen in Bonn, die es selber betreffen, so ohnmächtig, so wenig vorhanden wie in Ihrer Regierungszeit. Lassen Sie mich ein Beispiel dafür nennen.

(Pürsten CDU: Der macht Folklore.)

Da bastelt der Bund seit Jahren an einer Verbesserung des Immissionsschutzgesetzes herum. Ich kann Ihnen nur sagen, früher wäre es niemandem in Bonn, erst recht nicht nordrhein-westfälischen Bundesministern,

eingefallen, gerade eine solche Gesetzgebungsaufgabe ohne vorherige Abstimmung mit dem Bundesland Nordrhein-Westfalen anzupacken.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie sind völlig einflußlos in dieser Frage, vom Ergebnis her gesehen – ich weiß nicht, was Sie sich an Bemühungen abgerungen haben –, und Sie kommen dann hinterher; im Bundesrat müssen Sie mit der Mehrheit des Bundesrates die Gesetzesvorlage der Bundesregierung ablehnen. Dies ist der Ausweis einer nicht mehr betriebenen Politik für Nordrhein-Westfalen in Bonn. Und dies muß sich ändern am 11. Mai.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir lehnen diesen Haushalt ab – aus den politischen Gründen, von denen ich einige genannt habe.

(Zuruf von der SPD)

Wir halten es für dringend erforderlich, daß angesichts der Herausforderung der 80er Jahre gerade auch im Industrieland Nordrhein-Westfalen eine neue Politik in diesem Lande betrieben wird, und wir erhoffen zuversichtlich, daß uns die Wähler, deren Urteil wir in Gelassenheit abwarten, dazu das Mandat am 11. Mai geben werden.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident van Nes Ziegler: Das Wort hat Herr Ministerpräsident Rau.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn bei der letzten dritten Haushaltslesung dieser Wahlperiode der Führer der Opposition

(Elfring CDU: Der Vorsitzende!)

den breiten Bogen von der ersten Regierungserklärung meines Amtsvorgängers am 13. Dezember 1966 bis zur heutigen Situation – wie er sie sieht – schlägt, dann kann das natürlich keine Rede sein, in der das Lob für die Regierung und der Tadel für Regierungsmitglieder abgewogen verteilt werden. Daß da in den mehr als 1 1/2 Stunden, die Sie gesprochen haben, Herr Kollege Köppler, gelegentlich die Gelassenheit verlorengeht,

(Zurufe von der CDU)

gelegentlich vom „selbstgefälligen Geschwätz“ und von dem, was „frech“ und „unverschämte“ und was „zynische Verachtung“ ist, die Rede ist, daß dabei Rückschau auf Politik, wie Sie sie sehen, stattfindet, daß da-

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) bei düstere Aussichten gemalt werden, wenn diese Regierung weiter regiere, das alles ist so selbstverständlich, daß man es für ritual halten könnte.

(Frau Brunn SPD: Sehr richtig!)

Ich halte es nicht für ritual, sondern ich glaube, es ist selbstverständlich, es entspricht der Situation, Ihren Hoffnungen und Ihren Wünschen, daß Sie so anfangen, wie Sie begonnen haben, und so schließen, wie Sie geschlossen haben. Sie möchten gern nach dem 11. Mai aus der mehr als 13jährigen und gewiß oft mühevollen Zeit der Opposition heraus. Sie möchten wieder regieren. Das ist ein aus Ihrer Sicht legitimer Anspruch, und Sie werden dabei sicher nicht sagen: Wählt CDU, und wir sind über den Berg. Das werden Sie nicht sagen. Vielleicht werden Sie sagen: Wählt den politischen Frühling, für den Herbst sorgen wir dann selber.

(Heiterkeit und Beifall bei den Regierungsparteien)

Aber dabei wird die Gelassenheit, von der Sie gesprochen und die Sie auf einen Zwischenruf hin meinen Kollegen angeraten haben, auch Ihnen gut tun. Dabei werden wir dann – Sie, Kollege Hirsch, Frau Funcke und ich und Herr Biedenkopf übrigens auch – 74 Tage lang mit dem Wähler sprechen, ihm unsere Positionen darstellen, und dann wird der Souverän entscheiden. Dabei bin ich im Gegensatz zu Ihnen zuversichtlich. Denn ich glaube, nach 13 Jahren erfolgreicher Politik wird der Wähler diese Regierung am 11. Mai bestätigen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Dann werden wir diesem Wähler auch deutlich machen, wo die Leistungen in diesen 13 Jahren gelegen haben. Wir werden von dem nach meiner Überzeugung nicht wieder Eingeholten, in 12 Jahren Erbrachten, von Heinz Kühn an Gestaltung diesem Land Aufgeprägtem in allen Bereichen sprechen, und wir werden davon reden, wie wir das fortsetzen.

Und wir werden vor den falschen Propheten warnen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Einen dieser falschen Propheten zitiere ich:

Sollte die SPD-F.D.P.-Regierungskoalition die nächste Bundestagswahl gewinnen, kann der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Heinrich Köppler schon für die absehbare Zeit eine finanzpolitische Katastrophe und sogar einen Währungsschnitt, eine erneute Währungsreform, in der Bundesrepublik nicht mehr ausschließen.

22. Januar 1976!

Wo ist die Währungsreform geblieben? Die SPD und die F.D.P. haben 1976 gewonnen, so wie sie es am 5. Oktober wieder tun werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

und wir haben neben der Schweiz die stabilste Währung der Welt.

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien)

Und Kurt Biedenkopf sagt in seiner Studie „Die programmierte Krise“ vom November 1979:

Zu drastischen Maßnahmen wie einer Währungsreform besteht gegenwärtig kein Anlaß.

(Dr. Haak SPD: Ja, die widersprechen sich immer.)

Und nun sage ich: Auch das, was Sie sonst hier heute an Zustandsbeschreibungen dargestellt und an Befürchtungen ausgesprochen haben,

(Dr. Pohl CDU: Die Fakten können Sie doch nicht leugnen.)

das trifft bei der Zustandsbeschreibung nicht unser Land Nordrhein-Westfalen und bei den Befürchtungen nicht unsere Politik.

Sie haben über Finanzpolitik gesprochen – da wird vielleicht noch die eine oder andere Bemerkung hinzuzufügen sein –, und Sie haben offenbar große Sorge, was die Verschuldung der Bürger in unserem Lande angeht.

(Köppler CDU: Nicht der Bürger, des Landes!)

– Sie haben die Belastungsquote des Landes auf den einzelnen Bürger umgerechnet

(Köppler CDU: Ein übliches Verfahren!)

– ein übliches Verfahren –, und Sie haben dabei die mittelfristige Finanzplanung einbezogen und dabei nicht das Ist der Kredite, sondern die Ermächtigungen gerechnet. Nun ist das mit Zahlen so eine Sache. Hätten Sie die Kreditmarktverschuldung der Länder am 30. September 1979 netto und wie sie ist pro Kopf gerechnet, dann hätten Sie diesem Landtag berichten müssen – und ich tue das nun stellvertretend für Sie –, daß Nordrhein-Westfalen mit 1199 DM je Einwohner unter den Flächenländern im ganzen Bundesgebiet an zweitbesten Stelle steht.

(Beifall bei der SPD)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Die Flächenländer sind insgesamt mit 1496 DM verschuldet, ohne Nordrhein-Westfalen mit 1621 DM, und wir liegen bei 1199 DM pro Einwohner. Da sprechen Sie von „bedrohlicher Verschuldung“, rechnen die Zeit von 1966 mit den 431 Millionen DM und sprechen von einem

(Köppler CDU: Schuldenberg!)

Himalaja-Gebirge an Schulden, nachdem damals Heinz Kühn vom Schuldenberg gesprochen hat.

(Dr. Pohl CDU: Wertz war das!)

– Wertz! – Ich weiß nicht, Herr Köppler, ob Sie zu den Schulden, die wir gemacht haben – einmal für sich, ohne das hier vorzutragen –, dazugerechnet haben, wie hoch unsere Schulden wären, wenn wir in den 13 Jahren auch noch alle CDU-Anträge angenommen und das alles zu bezahlen hätten.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Sie sagen, die Investitionsquote sei ständig gesunken.

(Pürsten CDU: Ist das falsch?)

– Das ist richtig.

(Zuruf von der F.D.P.: Auch notwendig!)

- (B) Aber Sie sagen nicht, Herr Köppler – und das wäre besser; ich möchte heute gern ein paar Ergänzungen zu Ihrer Rede liefern –, die Investitionsquote in Nordrhein-Westfalen ist immer noch weit höher als in anderen Flächenländern. Sie sagen nicht, daß das Sinken nötig war, weil der hohe Stand der Nachkriegszeit, der die Folge des Wiederaufbaus gewesen ist, nicht gehalten werden konnte.

Sie sprechen von der Vernichtung von Gestaltungsspielräumen. Ich antworte darauf: Wir haben eine solide Haushaltspolitik betrieben.

(Dr. Schwefer CDU: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Wir haben jeweils eine Verschuldungsreserve gehabt – man kann das für viele Jahre nachrechnen –, die im richtigen Zeitpunkt genutzt werden konnte. Die Verschuldung, die wir betrieben haben, war nötig. Sie war nicht nur nötig, meine Damen und Herren, sondern

(Pürsten CDU: Unnötig!)

sie hat ihren Zweck erfüllt. Es gab zu dieser Politik keine vertretbare Alternative. Wenn der Staat zum Ausgleich konjunkturbedingter Steuerausfälle die Ausgaben gekürzt hätte, dann hätten sich die Steuerausfälle weiter

vergrößert, und die Staatsverschuldung wäre nicht niedriger gewesen. Aber dann hätte wirklich die Gefahr bestanden, daß die Zahl der Arbeitslosen drei- bis viermal höher gewesen wäre;

(Beifall bei den Regierungsparteien)

denn die Rezession wäre tiefer gewesen, und der Wiederaufstieg wäre maßlos teuer geworden.

(Dr. Schwefer CDU: Das ist „Morgenpost“-Mentalität!)

– Die wird übrigens weitergeführt. Haben Sie das gelesen, Herr Schwefer? Ich habe mich daran beteiligt; ich tue etwas dazu.

(Pürsten CDU: Das muß aber einer tun, der etwas davon versteht!)

– Albert, wir können über vieles streiten, aber daß ich von der Existenz eines Verlegers etwas verstehe, das wird mir nicht mal Albert Pürsten aus Espelkamp übelnehmen. Ich bestreite dir ja auch nicht, daß du etwas von Mittwald verstehst.

(Pürsten CDU: Aber warum haben Sie die „Morgenpost“ nicht übernommen?)

Wir haben übrigens, meine Damen und Herren, einen Teil der Kredite auch für die Gemeinden aufgenommen; denn nur so war es möglich, daß trotz höherer Steuerausfälle beim Land die Leistungen an die Gemeinden gesteigert wurden und daß deren Investitionskraft gesichert wurde. Wer diesen Zusammenhang zwischen der Landesverschuldung und der Gemeindefreundlichkeit leugnet, der berichtet nicht vollständig, und der ist nicht aufrichtig.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das Ergebnis dieser Politik kann sich sehen lassen. Wir haben Probleme in unserem Land. Über diese Probleme reden wir nicht hinweg. Ich werde gleich noch zu den einzelnen Feldern einiges sagen und hoffe dennoch, ein wenig kürzer zu sprechen, als der Kollege Köppler das notwendigerweise tun mußte. Aber auch wenn wir Probleme haben, die tiefste Rezession der Nachkriegszeit haben wir gemeistert. Die Wirtschaft befindet sich heute trotz eines neuen Ölpreisschocks in einer insgesamt guten Verfassung. Die Zuversicht der Unternehmen wird in ihrer durchaus robusten Investitionsneigung deutlich. Wenn uns schon hier gelegentlich Zeitungsartikel vorgelesen werden, warum nicht der aus der „Rheinischen Post“ von gestern: „Nordrhein-Westfalen machte 1979 einen guten Sprung?“ Warum nicht der Hinweis darauf, daß das Bruttoinlandsprodukt real um 4% über dem von 1978 lag?

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Es hat sich ausgezahlt, meine Damen und Herren, daß Nordrhein-Westfalen in den Jahren des Booms eine antizyklische Haushaltspolitik betrieben hat. In den Jahren des kräftigen Wirtschaftswachstums von 1970 bis 1973 war das Haushaltsdefizit in Nordrhein-Westfalen gleich Null. 1972 und 1973 schloß der Haushalt mit einem Finanzierungsüberschuß von 0,5 beziehungsweise 0,1 Milliarden DM. 1977 wurde die Neuverschuldung binnen eines Jahres von 2,9 auf 1,2 Milliarden zurückgeführt. Das war die gegen den Widerstand der Opposition geschaffene Basis der konjunkturstützenden Expansion der Jahre 1978 bis 1979.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Nun hat Herr Dr. Schwefer in der ersten Lesung des Haushalts den Vorwurf erhoben, wir hätten eine jetzt schon zehn Jahre praktizierte, höchst unsolide Finanzpolitik. Dieser Vorwurf liegt fern aller Wirklichkeit. Nach meiner Meinung macht er deutlich: Die Opposition hat in diesen zehn Jahren in einem Wolkenkuckucksheim gelebt, und das ist nicht bei Düsseldorf, das ist näher bei Sonthofen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wie vorsichtig auch die Aussagen der Finanzplanung 1975 bis 1979 waren, das zeigt doch der folgende Vergleich zwischen der geplanten und der realisierten Kreditaufnahme:

(B)

Für 1976 hat die Finanzplanung von 1975 eine Verschuldung von 5,1 Milliarden DM vorgesehen; tatsächlich aufgenommen wurden 2,9 Milliarden DM. Dieselbe Finanzplanung sah für 1977 Kreditaufnahmen in Höhe von 3,7 Milliarden DM vor; tatsächlich aufgenommen wurden 1,2 Milliarden DM. Da fragt man sich: Von welchem Land reden Sie eigentlich, wenn Sie von Verschuldungspolitik sprechen?

(Köppler CDU: Wollen Sie meine Zahlen bestreiten?)

In all den Prognosen zur Schuldenentwicklung bis 1979 hat sich die Opposition verschätzt.

(Köppler CDU: Keine Ahnung!)

Der Schuldenstand Ende des Jahres 1979 betrug nicht 30, sondern nur 20 Milliarden DM.

(Zurufe von der CDU)

Die Lage, in der wir uns jetzt befinden, erfordert einen Defizitablauf in diesem Jahr. Deshalb sieht der Entwurf heute zur dritten Lesung vor, daß die Neuverschuldung um rund eine halbe Milliarde DM zurückgeführt wird, und zwar trotz 2,8 Milliarden DM notwendiger Mehr-

ausgaben, zu denen Sie nicht eine einzige sinnvolle Alternative dargestellt haben.

Sie haben aus unserem Wahlprogramm zitiert, Herr Köppler. In der Wahlaussage 1980 Ihrer Partei steht: „Die CDU wird innerhalb von drei Jahren erreichen, daß bei der Finanzierung des Landeshaushaltes neue Kreditaufnahmen an den Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes orientiert werden.“ – An anderer Stelle heißt es dann: „Wir, die CDU Nordrhein-Westfalen, werden wieder solide haushalten und nach und nach den Schuldenberg abtragen.“ – Das ist ein so krasser Widerspruch, daß ich nicht annehmen kann, daß Herr Schwefer an diesen Texten mitgearbeitet hat.

Da ist viel Merkwürdiges in dem, was Sie als Cassandra vortragen. Nähme man, Herr Kollege Köppler, den von der CDU angelegten Maßstab für den Eintritt der Handlungsunfähigkeit ernst, dann nämlich, wenn Schuldenaufnahme und benötigte Zinsen identisch werden, dann wäre dieser Zustand in Bayern 1982 bei einer Finanzplanung von 1,2 Milliarden DM und bei einer Neuverschuldung von 1,1 Milliarden DM und in Baden-Württemberg 1983 erreicht. Würde man diesen Maßstab, wie Sie ihn auch hier wieder dargestellt haben, gelten lassen, dann wäre der Bund bereits 1969 unter dem Finanzminister Franz Josef Strauß handlungsunfähig gewesen. Das ist er nicht gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, Ihre Cassandra-Rufe im Blick auf die Schuldenpolitik Nordrhein-Westfalens sind so unnötig und so haltlos wie Ihre Sorge, es käme zu einem Währungsschnitt in der Bundesrepublik, wenn SPD und F.D.P. miteinander regierten. Die Wirklichkeit ist ganz anders.

Wenn Wirtschaftspolitiker ins Examen gehen

– so zitiere ich –

müssen sie auf vier Hauptfragen Antwort geben: Wie steht es mit der Beschäftigung, mit den Preisen, mit dem Wirtschaftswachstum, mit dem Außenhandel? Das Prüfungsergebnis 1979 ist für die Bundesrepublik schmeichelhaft. Sie errang in allen vier Fächern das Prädikat „gut“. Sie hat unter den sechs größten westlichen Industrieländern die zweitniedrigste Arbeitslosenquote,

(Köppler CDU: Eine Million bezeichnet er als gut!)

die zweitniedrigste Inflationsrate, das zweithöchste Wirtschaftswachstum und den zweitgrößten Exporterfolg.

(Köppler CDU: Eine Million Arbeitslose ist gut?)

(C)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Kein anderes Land hat eine solche Stetigkeit guter Leistungen aufzuweisen.

So zitiert nach der WAZ vom 1. Februar dieses Jahres aus einem Leitartikel.

(Pürsten CDU: Die eine Million Arbeitslosen werden aber dankbar sein!)

– Nein. Ich habe Ihnen einen Artikel aus der WAZ vorgelesen.

(Köppler CDU: Sie machen sich das Zitat doch zu eigen!)

– Herr Kollege Köppler, ich komme noch auf die Arbeitsmarktpolitik. Sie werden mir aber zugestehen, daß ich, wie Sie, die einzelnen Themenbereiche abhandele und mich zu ihnen äußere.

Zur Frage der Arbeitslosigkeit will ich Ihnen sagen, daß es sich keiner so leicht machen darf wie Herr Biedenkopf in seinem heutigen Interview in der WAZ.

(Zustimmung bei der SPD)

der davon ausgeht, wir hätten hier so hohe Arbeitslosenquoten, weil Herr Farthmann zu wenig Phantasie hätte. Daß wir in Nordrhein-Westfalen auf Grund der schwierigen wirtschafts- und finanzpolitischen Situation, auf Grund der Monostruktur im Ruhrgebiet und auf Grund der mit günstigen Preisen eingebrachten Öllieferungen, die uns in den sechziger Jahren die Kohlebasis zu entziehen drohten, wenn es nicht die Kohlefraktion des Landtages gegeben hätte, in diesen Jahren in besonders schwierige Phasen gekommen sind, bestreitet kein Mensch. Nur sage ich dazu: Wir haben diese schwierigen Phasen gemeinsam mit der Bundesregierung besser gemeistert als jede andere Regierung; das wollen wir auch weiter tun.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir wüßten auch gern, wer denn recht hat, Herr Breitbart, der sagt, die 6,9 Milliarden für das Revier seien zu wenig, das reiche nicht; oder Herr Schwefer, der davon spricht, daß das ein „unnützes Gemälde“ sei; oder Herr Biedenkopf oder Herr Jaumann oder Herr Breuel.

(Zurufe von der CDU: Frau Breuel!)

– Entschuldigung, Frau Breuel; ihn habe ich noch nicht kennengelernt.

(Zuruf von der CDU: Er legt auch keinen Wert darauf!)

Wir wüßten gern, wer denn recht hat und welche Politik die CDU in Bund und Ländern denn betriebe, wenn sie hier das Sagen bekäme.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht darf ich noch ein Zitat vortragen. Möglicherweise werden Sie, Herr Köppler, sagen, daß dieses Zitat genau das treffe, was Sie soeben glaubten, an den Schluß Ihrer Rede stellen zu wollen:

Das Land Nordrhein-Westfalen, bisher mit Abstand an erster Stelle der gebenden Länder, ist durch die Länder Hessen und Baden-Württemberg abgelöst worden. Es steht jetzt im Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer je Einwohner an dritter Stelle. Das Land Nordrhein-Westfalen hat seine Spitzenstellung verloren, weil die Bedeutung von Kohle und Stahl zurückgeht.

Das ist nicht aus Ihrer Rede. Das ist ein Brief – der Raumordnungsbericht der Bundesregierung von 1966 – an Ministerpräsident Franz Meyers. Damals ist die Position Nordrhein-Westfalens aufgegeben worden, Herr Köppler!

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Und wer da von „Hinterland Nordrhein-Westfalen“ redet, der muß wissen: Wir haben dieses Land aus der damaligen schwierigen Situation wieder nach vorne gebracht. Und wir werden das weiter tun.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Da hilft nicht der Wortschatz der Negation und der Herabsetzung, den Herr Biedenkopf längst ausgeschöpft hat und dem nichts mehr hinzuzufügen ist. Da hilft nicht die Warnung vor staatlicher Strukturpolitik. Da hilft nicht der Ruf, das Bausparwesen nicht mehr zu fördern. Und da hilft auch nicht die Schrift „Wohnungsbau am Wendepunkt“ von Biedenkopf und Miegel. Wenn Ihre Fahrt unter Tage gestern einen positiven Sinn hatte, dann war es in der Tat die Zustimmung Biedenkopfs zu der These, daß man im Wohnungsbauprogramm für die Bergarbeiter etwas Besonderes tun müsse. Dafür sind wir dankbar. Aber dann muß es auch geschehen. Und dabei muß man dann bleiben.

Biedenkopf, von dem ich gelegentlich den Eindruck habe, daß er die Richtlinien der Opposition bestimmt, und dem ich wünsche, daß er die der Regierung nie bestimmen darf,

(Beifall bei der SPD)

rechnet vor, daß das reale Wachstum von 1970 bis 1974 noch 3,6% betragen habe. Es sei dann in der Zeitspanne

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) von 1975 bis 1979 auf 2,7 % abgesunken. Daraus folgt er, man könne in Zukunft nur noch mit 2 % Wachstum rechnen. Nimmt man aber nicht die Zeitspannen von 1970 bis 1974 und 1975 bis 1979, sondern die ebenfalls fünf Jahre umfassenden Zeiträume von 1971 bis 1975 und 1976 bis 1980, dann erhält man – ganz im Gegensatz zu Biedenkopf – kein langfristig rückläufiges, sondern ein langfristig ansteigendes Wachstum.

Wer sich solche Zahlen ansieht, denkt an das Zitat, das Heinz Kühn hier mehrfach vorgetragen hat: Die Statistik ist für manche Politiker das, was die Laterne für den Betrunkenen ist. Er hält sich daran fest, ohne erleuchtet zu werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die eine wie die andere Spielerei ist Unsinn. Aber die zweite hat den Vorzug, den Unsinn der ersten zu beweisen.

Es hat keinen Sinn, dieses Land in die Krise zu reden. Denn dieses Land ist nicht in der Krise.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(B) Die Zuwachsraten haben in den fünfziger Jahren bei uns erheblich über denen des Bundes gelegen. Dann kam eine Phase unterdurchschnittlichen realen Wirtschaftswachstums in Nordrhein-Westfalen. Und diese Phase dauerte bis 1964. Seit dieser Zeit hat sich die reale Zuwachsrate des Sozialproduktes in unserem Lande wieder deutlich dem Bundesdurchschnitt angenähert. Und in mehreren Jahren konnte dieser übertroffen werden.

Nun gibt es seit 1975 wieder einen gewissen Wachstumsrückstand. Aber er beginnt, sich zu verringern. 1979 betrug er nur noch 0,3 Prozentpunkte. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist im Bundesgebiet um 4,4 % gestiegen, bei uns in Nordrhein-Westfalen um 4,1 %.

Deshalb gilt für uns und sollte für die Opposition gelten: um Vertrauen werben, Zuversicht vermitteln, Angst abwehren, Besonnenheit beweisen – auch in der Wirtschaftspolitik des Landes!

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir tun das auch mit dem Aktionsprogramm Ruhr. Sie werden dieses Aktionsprogramm einmal als Ihre eigene Idee reklamieren und uns des Plagiats bezichtigen, wie Herr Kollege Dr. Schwefer das in der ersten Lesung getan hat. Sie werden auf der anderen Seite – wie in Ihrem Wahlprogramm – eben dieses Ruhrprogramm als im Ansatz verfehlt und als nicht geeignet bezeichnen, das Entwicklungspotential des Ruhrgebiets zu mobilisieren.

(C) Uns ficht das nicht an, sondern wir glauben, daß wir mit diesem Ruhrprogramm das Herz unseres Landes, das Revier, so stärken können, daß der Kreislauf des ganzen Landes und der Bundesrepublik wiederbelebt wird und wieder in Gang kommt. Die ersten Anzeichen dafür sind spürbar.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Einzelfragen werden meine Kollegen beantworten. Ich will hier zum Grundstücksfonds Ruhr keine Ausführungen machen, sondern mich einer Frage zuwenden, von der Sie, Herr Kollege Köppler, gesagt haben, sie sei nach Ihrer Überzeugung die entscheidende oder mindestens eine der entscheidenden Fragen unserer Politik. Das ist die Frage der Energiepolitik.

Ich kann dem Oppositionsführer nur sagen: Mit der Wiederholung der These von der energiepolitischen Verweigerung dieser Landesregierung

(Köppler CDU: Kronzeugen Eppler!)

können Sie – auch mit dem Kronzeugen Eppler – die Fakten nicht verändern. Und die Fakten sind: Wir haben in der Energiepolitik seit 1966, seit dem Höhepunkt des Zechensterbens, eine Bilanz aufzuweisen wie kein anderes Land nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in Europa!

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(D) Wir haben den Vorrang der Kohle nicht nur behauptet, sondern wir haben ihn durchgesetzt. Und wir haben 28 Kohlekraftwerke – 15 auf Steinkohlen- und 13 auf Braunkohlenbasis – gebaut. Wir können Ihnen die Megawattzahlen sagen. Wir haben gegenwärtig 8000 Megawatt genehmigt. Weitere 8000 Megawatt kommen auf uns zu.

(Pürsten CDU: Das sind Blöcke!)

Wer sich die Kernenergie ansieht, der wird gefragt: Wo steht denn der Prototyp des Schnellen Brütters? In Nordrhein-Westfalen! Wo steht denn der Prototyp des Hochtemperaturreaktors? In Nordrhein-Westfalen!

(Köppler CDU: Jetzt rühmt der sich noch, daß wir die gefördert haben!)

– Nein, wir haben die dritte TEG erteilt.

(Weitere Zurufe von der CDU)

– Wir sind beim Zwischenlager.

(Köppler CDU: Was war das für ein Trauerspiel hier! Sie sind praktisch gezwungen worden! Herr Genscher mußte seinen Rücktritt anbieten, damit das überhaupt lief. So war das doch! – Pürsten

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) – Ich weiß nicht, wieso ich gerade als der einzig Vernünftige im ganzen Lande bezeichnet worden bin; ich finde, das gilt für die ganze Regierung.

(Köppler CDU: Damit haben wir Sie nicht gemeint!)

Herr Albrecht macht keine Wiederaufbereitung. Herr Strauß macht kein Zwischenlager. Und wenn die Franzosen ein großes Kernkraftwerk bauen wollen, dann müssen Herr Vogel und Herr Zeyer an den Bundeskanzler herantreten und ihn bitten, doch bei Giscard d'Estaing zu intervenieren, statt daß sie beglückt sind, jetzt ein Kernkraftwerk in die Nähe zu bekommen. Meine Damen und Herren, so darf man nicht mit zweierlei Maß messen!

(Beifall bei der SPD)

Mit Ahaus, mit Schmehausen, mit Jülich, mit Kalkar, mit Gronau, mit Würgassen

(Köppler CDU: Mit Ahaus, ja!)

(B) trägt dieses Land gegenwärtig ein Kernkraftisiko, das seinen Bürgern bei verantwortlicher Politik zuzumuten ist. Wir stehen zu diesem Risiko; aber wir stehen zuerst zum Vorrang für Kohle, und wir sagen, daß der Bergmann im Pütt, der unter Tage fährt, Anspruch darauf hat, daß diese seine Kohle zuerst verwendet wird.

(Dr. Schwefer CDU: Wer bestreitet das denn?)

Wir wollen Entscheidungen über weitere Kernenergie erst zu einem Zeitpunkt treffen, zu dem die Entscheidungen für den Bereich der Kohle gefallen und durchgesetzt worden sind.

(Beifall bei SPD und F.D.P. – Soénius CDU: Wann ist das denn? Am 6. Oktober?)

Wir weichen keiner Entscheidung aus.

(Soénius CDU: Sie stellen sich ihr erst gar nicht!)

Wir werden dann entscheiden, wenn die Kriterien einschließlich der Kriterien der Entsorgung, und zwar einer glaubhaften und glaubwürdigen Entsorgung,

(Soénius CDU: Was ist das denn genau?)

gesichert sind. Es gibt keine Landesregierung, die soviel für eine gesicherte Energieversorgung getan hat, wie die SPD/F.D.P.-Koalition in Düsseldorf.

(Beifall bei SPD und F.D.P. – Köppler CDU: Das ist der Witz des Tages!)

Wenn Sie schon bei Heinz Kühn 1966 anfangen: Als Bruno Gleitze 1967 hier die Bildung einer nationalen Kohlenreserve forderte,

(Köppler CDU: Wer hat denn den aus dem Amt gejagt? Sie doch!)

da verzeichnet das Protokoll der Plenarsitzung vom 14. 3. 1967: „Heiterkeit bei der CDU“. Inzwischen haben wir die zehn Millionen!

(Hört, hört! und Beifall bei der SPD – Köppler CDU: Wer hat denn den Herrn Gleitze geschafft? – Elfing CDU: Da fehlt noch etwas in Ihren Ausführungen!)

Unseren Hilfsmaßnahmen, meine Damen und Herren, ist es zu verdanken, daß der Anteil des Öls an der Elektrizitätsversorgung, der 1970 bei 15 % lag, rückläufig ist und nun nur noch bei 8,8 % liegt. Herr Köppler, das hat in Ihrer Rede gefehlt! Da hätten Sie eine Chance gehabt, uns zu loben. Das müssen Sie auch einmal tun.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich will über Ibbenbüren und über Siersdorf und über all das nicht mehr sprechen; aber dann muß man ja wohl auch erwähnen, daß es zuständige EVUs gibt, die gegenwärtig immer noch erklären, daß der zu erzeugende Strom keinen Abnehmer finde, und dann muß man auch die Entscheidungen des saarländischen Landtags, der keine SPD-Mehrheit hat, zugunsten der Ausschließlichkeit von Kohle besprechen.

(Soénius CDU: Die haben aber für das Entsorgungskonzept gestimmt – gegen die SPD!)

Da frage ich noch einmal, ob Sie uns nicht helfen wollen, damit nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die Regierungen der sogenannten B-Länder und der Herr Abg. Glos von der CDU endlich erkennen: Die Kohlelasten dürfen nicht allein beim Bund und bei Nordrhein-Westfalen liegen; da müssen andere helfen!

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wir werden die Politik einer besonnenen Energieversorgung, einer ausreichenden, einer sicheren Energieversorgung weiterhin betreiben, und wir werden Entscheidungen dann fällen, wenn sie fällig sind. Dabei werden wir allerdings dem Bürger alle Aspekte dieser Entscheidungen vortragen, damit er sie mit uns diskutieren kann.

Das gilt für andere Bereiche auch. Sie haben davon gesprochen, daß wir, wenn die CDU an die Regierung gelangt, wieder eine ganz andere Wohnungsbaupolitik bekommen, eine, die Sie an dem Namen Paul Lücke

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) orientieren wollen. Warum haben Sie verschwiegen, daß von 1975 bis 1979 35% aller im Bundesgebiet geförderten Neubauten in Nordrhein-Westfalen stehen?

(Beifall bei der SPD)

Man kann auch die Unwahrheit sagen, indem man etwas wegläßt.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Warum haben Sie verschwiegen, daß wir von 1967 bis 1970 mit dem ersten Wohnungsbauprogramm rund 283000 Wohnungen gefördert haben? Warum haben Sie verschwiegen, daß es von 1969 bis 1978 Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen in mehr als 670000 Wohnungen gab und daß 1979 weitere 150000 Wohnungen gefördert worden sind?

Von 1970 bis 1979 hat diese Landesregierung – und nun füge ich hinzu, Herr Köppler, natürlich mit dem Geld des Steuerzahlers, das der ganze Landtag bewilligt hat –

(Hellwig SPD: Aber gegen deren Stimmen!)

541969 Wohnungen gefördert. Da stellen Sie sich hierher und sagen, wir hätten in der Wohnungsbaupolitik versagt.

- (B) (Soénius CDU: Das müssen Sie den Oberbürgermeistern sagen.)

– Das wissen die Oberbürgermeister, Herr Soénius, das wissen die.

(Schürgers CDU: Aber wo bleiben die denn?)

– Sie müssen uns offenbar noch mehr Geld für Öffentlichkeitsarbeit geben, damit wir das noch mehr bekanntmachen.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Soénius CDU: So viele Oberbürgermeister haben Sie auch nicht mehr. – Elfring CDU: Für Ihre Sehnsucht habe ich volles Verständnis.)

Herr Köppler, wenn ich mir diese Zwischenbemerkung eben erlauben darf: Wir sind, wie eine der letzten Debatten gezeigt hat, unterschiedlicher Meinung über die Frage, ob die Broschüre zur Gesamtschule angemessen war oder unangemessen. Ich hielt sie für angemessen und für zulässig.

(Dr. Dammeyer SPD: Notwendig! – Soénius CDU: Rotwendig!)

Ich will jetzt nicht wiederholen, was ich damals in der Debatte gesagt habe. Herr Köppler, ich wollte Ihnen nur

sagen: Ich werde mich in der peniblen Beachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts von keiner anderen Regierung übertreffen lassen.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Kommt so etwas nicht mehr?)

Aber ich füge hinzu: Da ist natürlich nicht die Oppositionspartei und da ist nicht der Ministerpräsidentenkandidat der CDU der einzig zulässige Richter, der entscheiden kann, ob das so oder so ist.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Aber auch nicht der Herr Ministerpräsident!)

– Auch der nicht; das würde ich schon als Kabinettsentscheidung machen.

(Elfring CDU: Wo ist denn da der Unterschied? – Soénius CDU: Solche wichtigen Dinge werden im Kabinett gemacht.)

Herr Köppler, ich werde über meinen Führungsstil hier nichts sagen. Sie haben das noch einmal angesprochen.

(Köppler CDU: Ich habe Sie zitiert.)

– Sie haben mich zitiert. Mein Eindruck ist: Bis Sie ihn verstanden und akzeptiert haben, brauche ich noch fünf Jahre.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich will zur Bildungspolitik, von der Sie sagen, daß nur 6% der Bürger sie akzeptierten, ein paar Bemerkungen machen. Ich gebe zu, es wird schwierig, es fordert die Räte der Städte und auch unseren Sachverstand in der nächsten Wahlperiode heraus, sicherzustellen, daß der Elternwille im Blick auf die gewünschte Schulform optimal und gerecht erfüllt werden kann. Das ist keine leichte Aufgabe. Aber die Tatsache, daß eine Aufgabe schwer ist, darf uns doch nicht hindern, den Eltern auch dann zu ihrem Recht zu verhelfen, wenn es sich um eine Schulform handelt, die Sie von der Opposition noch nicht für serienreif halten. Da dürfen Sie sich doch nicht zurückziehen und fragen: Und wer garantiert die übrigen Gymnasien?

(Köppler CDU: Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien!)

Herr Köppler, wir haben doch für das dreigliedrige Schulsystem in diesem Lande mehr geleistet und aufgebracht, als Sie zu tun die Chance hatten.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Darauf lege ich angesichts der Beurteilung in der Bevölkerung auch Wert, daß das

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Wir haben doch in der Lehrerzuweisung, in der Entwicklung der Schüler/Lehrer-Relation von 1966 37 : 1 auf 1978 23 : 1, vom Anstieg der Zahl derer, die Realschulen und Gymnasien besuchen können – von 37,9 auf 51,9% –, bis zum 10. Schuljahr und bis zur Reduzierung der Zahlen derer, die eine Hauptschule ohne Abschluß verließen, nämlich auf 14%, bis zur Vervielfachung der Zahl der Arbeiterkinder, die jetzt studieren können, eine Leistungsbilanz vorzuzeigen, die sich vor den Bürgern wahrlich sehen lassen kann.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Daß es da Fehler gibt, so wie es bei anderen Fragen Fehler gegeben hat, denen Sie das Wort Skandal anhängen, das bestreite ich nicht. Meine Damen und Herren, wer nichts tut, macht keine Fehler.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wer handelt und entscheidet, der muß sich der Kritik dieser Entscheidungen stellen.

Das gilt übrigens auch für die Medienpolitik. Ich halte die Tatsache, daß ein Ministerpräsident im Verwaltungsrat des WDR sitzt, für rechtlich zulässig. Ich bin aber ausgeschieden. Das haben Sie sogar goutiert. Einige von Ihnen haben mit gesagt, das fänden sie gut.

- (B) (Elfring CDU: Das kann sich doch morgen schon wieder ändern.)

– Nein, morgen ist keine Neuwahl zum Verwaltungsrat.

(Elfring CDU: Institutionell kann sich das morgen ändern. Darum geht es doch.)

– Institutionell kann sich das ändern. – Ich bin bereit, mit Ihnen auch über diese Fragen zu sprechen. Aber dann lassen Sie uns auch darüber sprechen, ob man einen Rundfunk als Staatsrundfunk bezeichnen kann, bei dem die Mehrheit der Mitglieder eines Gremiums nicht vom Landtag gewählt, sondern vom Ministerpräsidenten berufen wird. Da sehe ich bei dem Vertrag starke Vorbehalte, sehr starke.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Abg. Köppler CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Vizepräsident Dr. Vogt: Bitte schön, Herr Abg. Köppler!

Köppler CDU: Herr Ministerpräsident, kennen Sie den Staatsvertrag über das ZDF? Würden Sie die Kriterien, die Sie soeben angewendet haben, dafür wirklich gebrauchen wollen?

Rau, Ministerpräsident: Nein, soweit es sich um Ländervertreter handelt, ist das eine völlig andere Situation. Ich rede nicht von dem Staatsvertrag über das ZDF sondern ich rede von dem Vorschlag der beiden Ministerpräsidenten von Niedersachsen und Schleswig-Holstein, von dem auch Herr Kollege Grundmann hier gesagt hat, wäre er vorher gefragt worden, hätte er Herrn Albrecht ein paar andere Ratschläge gegeben.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Mir geht es um folgendes.

(Köppler CDU: Korrigieren Sie sich!)

Mir geht es darum, Herr Kollege Köppler, daß nach meiner Überzeugung das Grundgesetz für die Bundesrepublik nur deshalb eine so insgesamt tiefe Wirkung in der 30jährigen Geschichte der Bundesrepublik bekommen hat, weil es nicht nur der Text des Grundgesetzes ist sondern weil es eine Reihe von – nun sage ich das gelegentlich anrühige Wort – Errungenschaften gibt, die nicht in der Verfassung stehen, die ich aber für konstitutionell für die freiheitlich demokratische Ordnung halte. Das sind für mich drei Dinge: Erstens die Einheitsgewerkschaft – im Gegensatz zum Weimarer System –,

(Zustimmung bei der SPD)

zweitens die Partnerschaft zwischen Staat und Kirche in der Trennung

(Zustimmung bei der SPD)

und drittens das Gegenüber von öffentlich-rechtlichem Rundfunksystem und privatwirtschaftlich organisierter Presse. Und das möchte ich gern erhalten wissen.

(Zustimmung bei der SPD)

Weil das so ist, darum sind die Privatisierungspläne im Norden für mich Alarmzeichen; und weil das so ist, darum glaubte ich auch so reden zu können, wie ich geredet habe – nicht, indem ich sage, wir kündigen jetzt, sondern indem ich auf Gefahren hinweise. Ich füge hinzu, Herr Köppler: Damit bin ich in der Tradition dieses Landtags; denn dieser Landtag hat beschlossen: Die Zahl der Rundfunkanstalten soll reduziert werden. Mit Ihrer Stimme!

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Nun geschieht das Gegenteil. Das kann nicht in Ihrem Sinne sein. Und die Kündigung des NDR-Vertrages kommt nicht von Klose, sondern kommt von Stoltenberg.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Es wäre noch viel zu sagen.

(Elfring CDU: Tun Sie es doch! – Köppler CDU: Machen Sie weiter, das wird ganz lustig!)

– Ich tue es noch, Herr Elfring, ich wollte Sie ja nur ermuntern, noch ein bißchen geduldig zuzuhören.

(Elfring CDU: Zum Beispiel sollten Sie auch etwas dazu sagen, wer die Einigung verhindert hat! – Dr. Dammeyer SPD: Da macht einer was kaputt, und dann sollen die anderen sich einigen!)

– Die Einigung – –

(Köppler CDU: Bremen! Zu Bremen hätte ich gern etwas von Ihnen gehört, zu den Vorgängen, die dort stattfinden. Über Ihre moralische Entrüstung, die Sie den anderen Ministerpräsidenten angedeihen lassen, haben wir noch nichts gehört. – Gegenrufe von der SPD)

– Herr Kollege Köppler, ich kann nicht gut Latein, aber wenn ich nicht irre, hat sich zu der Frage Radio Bremen und zu den Vorgängen dort Thomas von Aquin schon abschließend geäußert. Er hat doch gesagt, daß der Mißbrauch einer Sache ihren Gebrauch nicht diffamieren darf. Wenn es Pannen und Fehler in einer öffentlich-rechtlichen Anstalt gibt, sagt das doch nichts gegen das öffentlich-rechtliche System.

(B)

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien – Lachen des Abg. Köppler CDU – Elfring CDU: Wir sprechen über den Zugriff der SPD auf Radio Bremen. – Köppler CDU: Das hat er ja als Mißbrauch bezeichnet! – Dr. Schwefer CDU: Tolle Logik! – Gegenrufe von der SPD)

– Auch Zugriffe politischer Parteien auf öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten sind verwerflich – egal, welche Partei das tut, Herr Elfring.

(Elfring CDU: Ein klares Wort! – Köppler CDU: Gott sei Dank!)

Jetzt machen es mir die eigenen Freunde schwer.

Herr Köppler hat – und dafür bin ich ihm dankbar – unser Wahlprogramm sehr genau gelesen. Sie haben es aber nicht genau zitiert; sonst hätten Sie nicht die Entrüstung aufbringen können, die Sie zu unserem Satz über den Umweltschutz hier vorgetragen haben.

(Köppler CDU: Der fiel mir auf.)

In dem Programm steht nicht: Umweltschutz hat erst begonnen, als Heinz Kühn Ministerpräsident war. In dem Programm steht vielmehr, die SPD sei die erste

Partei, die ein geschlossenes Umweltrecht vorgelegt hat. (C)

(Abg. Köppler CDU winkt ab.)

Nun will ich daran erinnern: Nicht nur Meyers hat 1960 eine gute Rede in Karlsruhe gehalten. Der Meyers war überhaupt nicht so schlecht. Das hat damals Heinz Kühn gesagt. Der ist ja nicht wegen seines Versagens gestürzt worden, sondern weil Erhard nicht verstanden hat, wie wichtig die Kohlepolitik in diesem Land war.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

und weil er von Pinschern und anderen Tieren gesprochen hat. Ich kann nur warnen, die Tiersprache einzuführen, meine Damen und Herren!

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien – Soénius CDU: Das gilt für alle, auch für Wehner und Ehmke.)

Vizepräsident Dr. Vogt: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Ministerpräsident Rau: Ja.)

– Bitte schön!

Köppler CDU: Herr Ministerpräsident, darf ich Sie fragen, ob Sie bereit sind, in diese Beurteilung auch die Charakterisierung einzubeziehen, die Herr Bundeskanzler Schmidt im letzten Landtagswahlkampf in Gelsenkirchen gemacht hat, wo er in einer zugegebenermaßen üblen Weise auf einer Kundgebung gestört worden ist und dann erklärte: Die Schreihälse sollen dorthin gehen, wo sie hingehören: in die Löcher der Mäuse und Ratten? Und würden Sie die Charakterisierung, die Herr Kollege Wehner noch vor wenigen Wochen gegenüber einem gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages, dem Kollegen Rawe, gebraucht hat, indem er ihn nämlich als Ratte bezeichnete, gütigst in Ihre Beurteilung einbeziehen? (D)

(Dr. Brüggemann CDU: Jetzt aber nicht kneifen!)

Rau, Ministerpräsident: Nein, ich kneife nicht.

(Minister Dr. Hirsch: Herr Köppler, wer hat denn von „rattenhafter Wut“ gesprochen? – Köppler CDU: Böll! – Pürsten CDU: Mal lesen! Das bildet nämlich! – Köppler CDU: Ich habe Herrn Böll zitiert!)

– Sie haben gesagt, ich solle nicht kneifen.

(Weitere Zurufe)

(Rau, Ministerpräsident)

(A) – Jetzt darf ich wieder nicht!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Köppler, wenn ich sage, ich warne davor, die Tiersprache in die Politik einzubringen, dann gilt dies für alle, und dann gilt das auch für alle Tiersorten, das heißt, auch für Sie, als Sie mich einen „bemoosten Karpfen“ nannten,

(Allgemeine große Heiterkeit – Köppler CDU: Ich nehme ihn mit dem Ausdruck größten Bedauerns zurück!)

obwohl ich mich wie eine frische Forelle fühlte.

(Erneute allgemeine Heiterkeit – Pürsten CDU: Forellen haben ein kurzes Leben, Herr Ministerpräsident! – Soénius CDU: Forellen sind aber überwendig!)

Herr Kollege Köppler, wenn Sie gesagt haben, ich möge nicht kneifen, dann bitte ich Sie, mir auch noch zwei Minuten zugestehen, in denen ich folgendes sage: Ich kann keine dieser Formulierungen entschuldigen, obwohl Sie und ich wissen – wir haben auch schon einmal darüber gesprochen, sogar im Fernsehen –, daß einem manchmal in großen Versammlungen die Nerven durchgehen und man Worte sagt, die man später nicht gerne gesagt haben möchte. Wir sollten uns da alle gegenseitig ermahnen; denn Fairness darf ja nicht nur in Abkommen abends um 18 Uhr stattfinden, sondern muß immer gelten.

(B)

Die Erklärung von den Ratten und Schmeißfliegen war allerdings nicht in irgendeiner Erregung von Herrn Stoiber gesprochen, sondern die hat er leider nach ein paar Tagen noch einmal wiederholt.

(Zuruf von der CDU: Stoiber? – Pürsten CDU: Gucken Sie sich das Schwarzbuch einmal an, dieses miese Machwerk!)

– Herr Stoiber; Entschuldigung, was habe ich denn gesagt? Er hat diese Bemerkung wiederholt und hat sie hernach eingegrenzt und gesagt: „Es war nur Herr Engelmann gemeint.“ Ich fände es gut, wenn Herr Stoiber die innere Größe fände zu sagen: Da habe ich mich vergaloppiert; ich entschuldige mich. – Das fände ich gut, so wie ich es bei allen anderen gut fände,

(Dr. Pohl CDU: Schmidt und Wehner auch! – Gegenrufe von der SPD)

wenn sie von den Tiervergleichen in der Politik wegkämen.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Zuruf von der SPD: Was meint denn Herr Köppler zu Stoiber?)

Meine Damen und Herren, wir sind durch diesen Bereich der Zoologie in der Politik ein bißchen abgewichen. Ich möchte ganz gerne ohne einen Schlußappell, wie ihn Herr Köppler an seine Wähler gerichtet hat – einen verständlichen Schlußappell –, am Schluß dieser meiner Rede sagen – –

(Zuruf von der SPD: Das werden aber immer weniger Wähler. – Gegenruf von der CDU: Das hätten Sie wohl gerne.)

– Also, Freunde, wer weniger Stimmen bekommt und wer mehr Stimmen bekommt, das entscheiden die Wähler am 11. Mai.

(Zuruf von der CDU: Das ist richtig.)

Ich selber habe, wie ich glaube, das gleiche Recht wie Herr Köppler, auf meinen Wahlsieg und den meiner Freunde und meines Bündnisses zu vertrauen,

(Zuruf von der CDU: Vorsicht, das geht schief!)

und ich füge hinzu, ohne ein Geheimnis verraten zu wollen: Ich habe nicht nur das gleiche Recht, ich habe auch die größeren Chancen.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir werden – –

(Zuruf von der CDU: Bei Koop stimmte Ihre Vorhersage auch nicht. Das ist damals auch schiefgegangen. – Gegenrufe von der SPD)

– Also, an co-op denke ich immer; ich kaufe da gelegentlich ein.

(Pürsten CDU: Oh weh, war das nötig?)

– Nein, das war nicht nötig, das will ich Ihnen zugeben. Nur, wenn man in den letzten zwanzig Minuten den Versuch macht, bei einer Fülle von 50 bis 60 Zwischenrufen – –

(Köppler CDU: Auch von da drüben!)

– Ja, meinen Sie, in meiner Partei wären nur disziplinierte, schweigende Menschen?

(Heiterkeit)

Wir haben im Dezember 1966 ein Bündnis geschlossen. Dieses Bündnis stand damals zu der Großen Koalition in Bonn in einem Spannungsverhältnis. Dieses Bündnis hier in Düsseldorf hat dann zwei Jahre später in Bonn die sozial-liberale Koalition möglich gemacht, die jetzt elf Jahre im Amt ist. An deren Spitze steht ein Mann, von

(Rau, Ministerpräsident)

(A) dem ich glaube, daß er in dieser kritischen und schwierigen außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Situation für die deutsche Innen- und Außenpolitik unverzichtbar und ohne Alternative ist. Ich meine Helmut Schmidt.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Pürsten CDU: Der kommt im Oktober an die Reihe.)

Es gibt Publizisten, die Heinrich Köppler und mir Nebenrollen zuordnen

(Köppler CDU: Sie nehmen ja eine Nebenrolle ein.)

in den Auseinandersetzungen zwischen Schmidt und Strauß.

(Elfring CDU: Vor einer solchen Unterschätzung wollen wir Sie bewahren.)

– Herr Elfring, das ist keine Unterschätzung. Ich stehe da gerne; neben Helmut Schmidt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich unterscheide mich in vielem. Ich unterscheide mich von Köppler und Biedenkopf auch dadurch, daß ich Helmut Schmidt nicht zum Kanzler und nicht zum Kanzlerkandidaten gemacht habe. Aber Köppler und Biedenkopf haben uns Herrn Strauß als Kandidaten beschert; das gehört mit dazu!

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien – Dr. Petermann CDU: Und das war gut! – Weiterer Zuruf von der CDU: Davor haben Sie Angst.)

Deshalb glaube ich, daß die Auseinandersetzung um den 11. Mai für Nordrhein-Westfalen entscheidend und für die Bundesrepublik schicksalhaft ist,

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Sie wollen sich verstecken. Wir werden Sie nicht hinter den Kulissen stehen lassen.)

und deshalb werden Sie die Sozialdemokraten in diesem Wahlkampf selbstbewußt und ohne Arroganz erleben. Sie werden die Sozialdemokraten zuversichtlich, aber nicht siegesbewußt erleben. – Ja, es kommt doch auf jede Stimme an, Herr Köppler.

(Zuruf von der CDU: Das hört sich schon anders an als vorhin.)

– Es kommt auf jede Stimme an,

(Köppler CDU: So ist es.)

(C) und wir wissen: Wir haben mit dem harten Kern der CDU-Wähler noch unsere Schwierigkeiten. Den wollen wir aufbrechen!

(Beifall bei der SPD – Dr. Schwefer CDU: Ihr habt doch keinen eigenen Kern. Ich könnte mich totlachen. – Weitere Zurufe)

Dann nehmen wir am Abend des 11. Mai das Urteil des Wählers nicht nur hin, sondern an, und dann wird weiterregiert. Ich lade die F.D.P. jetzt schon ein, wieder mitzumachen.

(Anhaltender Beifall bei den Regierungsparteien – Elfring CDU: Die kommt auch uneingeladen!)

Vizepräsident Dr. Vogt: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Dr. Haak für die SPD-Fraktion.

Dr. Haak SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Oppositionsführer kann die Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Die Bilanz der sozial-liberalen Koalition in der nun zu Ende gehenden Wahlperiode kann sich sehr gut sehen lassen. Sie ist, gemessen an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Jahre 1975/76, sogar besser, als wir damals selbst zu hoffen wagten.

(Beifall bei der SPD)

(D) und, meine Damen und Herren, wir lassen uns diese erfolgreiche Bilanz auch durch eine noch so eifersüchtige Opposition nicht kaputt machen. Zwölf Jahre hat Herr Ministerpräsident Heinz Kühn zusammen mit den beiden Regierungsfractionen erfolgreiche und weithin anerkannte Arbeit geleistet. Ministerpräsident Johannes Rau hat diese Politik mit gleichem Erfolg kontinuierlich fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle sagen: Herr Kollege Köppler hat heute morgen etwas behauptet, wovon er selbst weiß, daß es einfach unwahr ist. Er hat gesagt, der Rücktritt von Ministerpräsident Kühn sei erzwungen gewesen. Das ist nicht wahr. Ministerpräsident Heinz Kühn hat selbst rechtzeitig seinen Rücktritt angezeigt. Es waren sein Wille und seine gemeinsame Entscheidung mit uns. Das ist wahr; alles andere ist Lüge.

Nun hat der Führer der Opposition heute – allerdings mit leiseren und knapperen Worten als früher – auch bezweifelt, daß dieses Land durch Ministerpräsident Johannes Rau eine sichere Führung habe. Meine Damen und Herren, der Oppositionsführer liest genauso wie wir die Umfragen, und daraus können wir ersehen, welchen Anklang der jetzige Ministerpräsident draußen bei der Bevölkerung findet.

(Beifall bei der SPD – Köppler CDU: Na, na!)

(Heinz F.D.P.)

(A) Meine Damen und Herren, die F.D.P.-Fraktion hätte am Ende die in der ersten Lesung sehr deutlich zum Ausdruck gebrachte Skepsis gegenüber dem Gesetzentwurf aufrechterhalten müssen, wenn wir nicht zu einer einvernehmlichen und klaren Trennung von Netz- und Nutzungsbereich gekommen wären. Das war ein ganz entscheidender Punkt; denn im Gegensatz zum Berliner Gesetzentwurf ist in Nordrhein-Westfalen nicht die Deutsche Bundespost, sondern das Land Träger des Bildschirmtextversuchs. Die Deutsche Bundespost stellt lediglich den technischen Teil, also das Netz und die Bildschirmtextzentrale, zur Verfügung.

Die Trennung von Netz und Nutzung ist für uns aus zwei Gründen von entscheidender Bedeutung: Erstens wollen wir eine Ausweitung der Monopoldienste der Deutschen Bundespost verhindern, und zweitens soll der Netzträger keinen Einfluß auf das Verbreiten der Inhalte nehmen und als der Träger des Netzes keinen Einfluß auf die Programmauswahl bekommen. Wir haben einerseits durch eine Änderung des § 4 sichergestellt, daß die Deutsche Bundespost keine neuen Informations- oder sonstigen Dienste für die Versuchsdauer anbieten kann, ihr aber auch auf der anderen Seite gewährleistet, daß sie ihre bisherigen Dienstleistungsangebote – Postspardienst, Postscheckdienst und die Fahrpläne des Busreisedienstes – in den Versuch mit einbringen kann.

(B) Meine Damen und Herren, ich denke, Sie sind sich alle darüber im klaren, daß uns der Entscheidungsvorbehalt am Ende der Bestimmungen über die wissenschaftliche Begleituntersuchung in § 3 Abs. 3 zwingt, uns auch in der Zukunft intensiv mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Durch § 3 Abs. 3 ist jedenfalls entgegen der ursprünglichen Begründung zum Gesetzentwurf, die die Befürchtung nahelegte, die Deutsche Bundespost wolle unabhängig von den Ergebnissen der Untersuchung ab 1982 Bildschirmtext allgemein einführen, klargestellt, daß wir von der Offenheit des Versuchs ausgehen und heute noch keine präzisen Voraussagen über das Ergebnis des Versuchs machen können.

Ich möchte mich bei den Kollegen der CDU- und SPD-Fraktion im Hauptausschuß sehr herzlich dafür bedanken, daß sie auf unsere auf dem Berliner Gesetzentwurf und den Vorschlägen des Landesbeauftragten für den Datenschutz sowie im übrigen auf den liberalen Leitlinien „Neue Medien“ beruhenden Änderungsanträge sehr ausführlich eingegangen sind und sie fast alle mittragen, so daß jetzt eine einstimmige Verabschiedung möglich ist.

Dank zugleich dafür, daß wir im Hauptausschuß gemeinsam dem Druck der Interessenten und auch der Deutschen Bundespost für eine hastige Verabschiedung ohne sorgfältige Prüfung der Rahmenbedingungen widerstanden haben. Dies ist eine gute Basis, um in der neuen Wahlperiode möglichst gemeinsam eine ge-

setzliche Grundlage für das Pilotprojekt Kabelfernsehen in Dortmund zu schaffen.

Die F.D.P.-Fraktion stimmt dem Bildschirmtextversuchsgesetz in der vom Hauptausschuß erarbeiteten Fassung zu.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Dr. Lenz: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es scheint, als ob dieser Gesetzentwurf, der im Hauptausschuß intensiv beraten worden ist, hier einvernehmlich verabschiedet werden kann. Deshalb will ich auch keine weiteren Ausführungen machen, die nur wiederholen könnten, was die drei Sprecher der Fraktionen mit unterschiedlichen Akzenten zur Entwicklung dieses bedeutsamen Gesetzentwurfes gesagt haben. Bitte erlauben Sie mir, daß ich zwei Bemerkungen mache.

Erstens. Zu der Frage der sozialen Repräsentanz, die Herr Kollege Büssow angesprochen hat, möchte ich Ihnen berichten, daß gegenwärtig noch eine gezielte Werbung stattfindet, die sich an die unter den bisherigen Anmeldern unterrepräsentierte Gruppe von Facharbeitern, ungelernten Arbeitern und Angestellten wendet, weil wir aus diesem Bereich bisher nur 45 Anmeldungen bekommen haben; das würde nicht dem Anteil entsprechen, den wir uns wünschen. Ich hoffe, daß diese gezielte Werbung am Monatsende erfolgreich abgeschlossen werden kann und daß dann eine andere Gewichtung des Teilnehmerkreises möglich ist.

Zweitens. Wenn Sie diesem Gesetzentwurf heute zustimmen, der durch die Beratungen im Hauptausschuß, durch Beiträge aus allen Fraktionen und von der Regierung gewonnen hat, dann wird das Kabinett dem Hauptausschuß vorschlagen, mit dem Versuch selber am 1. Juni dieses Jahres im Raum Düsseldorf/Neuss zu beginnen. Bund und Land sind darauf gerüstet, daß dann dieser erste Bildschirmtextversuch in der Bundesrepublik auf der Basis eines solchen Gesetzes unverzüglich, also am 1. Juni dieses Jahres, beginnen kann. Ich freue mich auf diesen offenen Versuch und danke allen, die zu diesem Gesetzgebungsverfahren beigetragen haben.

(Beifall)

Präsident Dr. Lenz: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung und komme zur Abstimmung in zweiter Lesung.

Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung unseres Hauptausschusses in der Fassung

(Heinz F.D.P.)

- (A) chen rund 20% für Zweckzuweisungen brauchen wir, das Land, auch in Zukunft gerade im Sinne der Ziele der Raumordnung und Landesplanung. Eine weitere Absenkung des Anteils der Zweckzuweisungen am Finanzausgleich ginge vor allem zu Lasten der finanzschwachen Gemeinden, und das können wir nicht mittragen. Damit spreche ich nicht gegen die 1981 notwendige Umstrukturierung des Finanzausgleichsgesetzes, sondern will im Gegenteil die Bedeutung dieses Vorhabens unterstreichen; denn unser besonderes Augenmerk wird dabei auf die Aufgabenverlagerung in der Funktionalreform gerichtet sein. Hier müssen wir den neuen Strukturen Rechnung tragen.

Meine Damen und Herren! Zum Schluß noch zwei kurze Bemerkungen zum Bericht im ganzen:

In der nächsten Legislaturperiode und – so denke ich – möglichst schon vor der Beratung des nächsten Landesentwicklungsberichtes, müssen wir uns verstärkt mit der Frage befassen, ob die in § 16 des Landesplanungsgesetzes vorgeschriebene Abstimmung bezirksüberschreitender Planungen funktioniert. Ich höre immer wieder Klagen aus Gemeinden und auch aus einem Bezirksplanungsrat, daß die Abstimmung mit dem benachbarten Ausland besser klappe als die Abstimmung zwischen den Regierungsbezirken. Damit müssen wir uns auseinandersetzen; das können wir nicht einfach auf sich beruhen lassen.

(B)

Der Bericht ist umfassend angelegt und behandelt bis auf Fragen der inneren Sicherheit und der Medienpolitik fast alle Bereiche der Landespolitik. In dem Bewußtsein, daß der zuständige Ausschuß des Landtages ausführlichere Berichte zur Landesentwicklung ausdrücklich gefordert hat, frage ich dennoch, ob damit nicht zuviel des Guten getan und damit die Übersichtlichkeit und die Konzentration auf die wesentlichen Schwerpunkte der Landesentwicklung gefährdet wurde. Ein Beispiel dafür: Das Datenschutzgesetz wird auf den Seiten 126/127 ausführlich dargestellt, ohne daß auch der geringste Bezug zur Landesentwicklung zu erkennen wäre. Ich meine, das Datenschutzgesetz sollte uns beim nächsten Landesentwicklungsbericht zu schade sein, um als Füllgut für diesen Bericht gebraucht zu werden.

Im Bericht des Ausschusses für Landesplanung und Verwaltungsreform ist festgehalten, daß die Staatskanzlei kritische Bemerkungen aus dem Ausschuß zum Bericht mit dem Hinweis beantwortet hat, das sei kein Leistungsbericht, sondern ein Instrument der Planungskontrolle durch das Parlament. Eben darum sollten wir den Bericht dann auch auf die Darstellung der bisherigen Landesentwicklung, auf die Darstellung der erkennbaren und zu steuernden Trends konzentrieren und alles Beiwerk, das nicht unmittelbar mit der Landesentwicklung zu tun hat, vermeiden.

Den Vorschlag von Herrn Dr. Worms, künftig die Beratung des Haushaltsplanentwurfs und die Beratung des Landesentwicklungsberichts stärker als bisher miteinander zu verbinden, möchte ich unterstreichen. Wir sollten bei den nächsten Haushaltsberatungen deutlicher als in der Vergangenheit den Versuch machen, diese Verabredung durchzuhalten. Sicher ist, daß der Landesentwicklungsbericht 1979 bei der Beratung des Haushalts 1981 noch eine Rolle spielen wird; der Bericht wird ja nach dem Auftrag des Gesetzes nur zweijährlich gegeben.

Ich sage noch einmal: Die Ausführlichkeit dieses Berichtes haben wir im Landesplanungsausschuß gemeinsam verlangt. Künftige Berichte aber sollten weniger auf Vollständigkeit in Form einer Fleißarbeit gerichtet sein, sondern besser strukturiert werden und vor allen Dingen die Trends in die Zukunft aufzeigen. Denn das ist ja der Hauptgegenstand des Landesentwicklungsberichts: nachzuprüfen und dem Parlament Anhaltspunkte für diese Nachprüfung zu geben, ob die im Landesentwicklungsprogramm dargestellten, in den Landesentwicklungsplänen zu entfaltenden Ziele der Raumordnung und Landesentwicklung so noch stimmen oder einer Korrektur bedürfen.

Meine Damen und Herren! Wenn ich diese kritische Anmerkung am Schluß mache, will und darf ich allerdings nicht verschweigen, daß auch dieses Parlament die Landesentwicklungsberichte lange Zeit nur förmlich zur Kenntnis genommen, aber nicht inhaltlich gründlich geprüft und diskutiert hat. Wenn ich mich recht entsinne, Herr Worms, sind wir jetzt erst zum dritten Male dabei und haben uns nur mühsam eine ausführlichere Debattezeit in der Plenarsitzung für diese Aufgabe reservieren können. Hier liegt für die Zukunft eine wichtige Aufgabe des ganzen Parlaments und nicht nur seines Ausschusses für Landesplanung. In diese Aufgabenstellung müssen wir dringend fast alle Fachausschüsse mit einbeziehen, damit das, was im Landesplanungsausschuß vorbereitet wurde, was im Landesentwicklungsbericht in einer kaum noch zu bewältigenden Vielfalt referiert wird, die Arbeit auch der anderen Fachausschüsse befruchten kann. Dafür wünsche ich Ihnen alles Gute.

Die F.D.P.-Fraktion nimmt den Landesentwicklungsbericht 1979 sowie den Bericht und die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Landesplanung und Verwaltungsreform zustimmend zur Kenntnis.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Präsident Dr. Lenz: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In diesem Landtag ist in der Wahlperiode,

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) die nun zu Ende geht, eine so gute Entwicklungs- und Planungspolitik der Regierung betrieben

(Elfring CDU: Na, so etwas!)

und in den Hauptfragen der Landesplanung soviel Gemeinsamkeit zwischen den Fraktionen erzielt worden, daß ich denke, es sei angemessen, wenn ich als der für die Landesplanung Ressortzuständige hier nur wenige Bemerkungen zu dem mache, was die Kollegen der drei Fraktionen angesprochen haben.

Dabei ist natürlich der Charakter eines solchen Landesentwicklungsberichtes, wie er hier vorliegt, immer ambivalent. Es gibt Tendenzen, ihn zu einer Art neuem Nordrhein-Westfalen-Programm auszubauen, indem man konkretere Zielvorstellungen beschreibt, die sich aus dem prognostischen Teil ergeben. Es gibt auf der anderen Seite die Sorge, man könne durch einen Landesentwicklungsbericht zu vieles festschreiben und dann den Spielraum der Haushaltspläne und der Gesetzgebung durch Festlegungen einengen, die vorher getroffen worden sind.

Es mag sein, daß das Mittelding, das dann entsteht, nicht alle befriedigt; aber mein Eindruck ist, daß doch in wesentlichen Punkten dieses Landesentwicklungsberichtes deutlich ist, was Landespolitik in den letzten Jahren zustande gebracht hat, wo Probleme und Schwierigkeiten der Zukunft liegen und welche Ansätze für Lösungen es gibt. Ich bin für alle Beiträge dankbar, die dazu Bemerkungen geliefert, Rückfragen gestellt oder Kritik geübt haben. Ich will einige dieser Punkte aufgreifen.

(B)

Zuerst möchte ich sagen, daß die Entscheidung darüber, ob zukünftige Landesentwicklungsberichte gemeinsam mit dem Haushalt und gemeinsam mit der mittelfristigen Finanzplanung beraten werden sollen, selbstverständlich dem Landtag zusteht. Wir haben den Bericht in der Landesregierung so abgestimmt, daß eine solche Möglichkeit bestanden hätte. Wir haben ihn Ende November im Kabinett beschlossen und dann dem Landtag mit all den Unterlagen zugeleitet. Daß wir ihn nun in einer Plenarsitzung nach den Haushaltsberatungen diskutieren, habe ich mehr als Entscheidung unter arbeitsökonomischen Gesichtspunkten denn als eine politische Grundentscheidung verstanden; aber die steht selbstverständlich zur Disposition des Parlaments.

Es ist nicht so, Herr Kollege Worms, daß man alle Zahlenreihen, alle Entwicklungen von Schülerzahlen, alle Bemerkungen und alle Rechenspiele im Blick auf Bevölkerungsentwicklung als Prognosen verstehen könnte. Uns fehlt innerhalb der Landesregierung das Potential zu gesicherten Prognosen, vor allen Dingen hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung. Es gibt ja auch kaum In-

stitute, die sich mit dieser Frage beschäftigen – deswegen unsere Entscheidung, ein erstes Institut dieser Art in Bielefeld einzurichten. Es ist daher an verschiedenen Stellen des Landesentwicklungsberichtes ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß hier die genannten Zahlen keine prognostische Bedeutung haben können und haben dürfen.

Wenn ich einen Vorwurf bei Herrn Kollegen Worms verstanden habe, dann ist es der, daß der Landesentwicklungsbericht mehr eine Aneinanderreihung von Beiträgen der Fachressorts wäre als ein geschlossenes Konzept. Sie haben die Sorge, daß die Regierungspolitik auseinanderdriften könne. Ich glaube, dieser Vorwurf ist unberechtigt; das macht schon der Aufbau deutlich. Die Sachkapitel folgen nicht der Ressortgliederung, sondern es werden Problemfelder gebündelt, und diese Problemfelder haben dann durchaus programmatischen Charakter: leistungsfähige Wirtschaft, Sicherung der Energieversorgung, humane Arbeitswelt, Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, Gestaltung des Lebensraums für den Bürger und so weiter. Ich glaube, aus dem Bericht wird deutlich, wo wir, herkommend aus der Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte, die Schwerpunkte und die Möglichkeiten des Handelns sehen. Dabei wird Flexibilität geboten sein.

Ich will das Stichwort der Schülerzahlen und Schulgrößen sowie die Fragen, Gegenfragen und kurzen Repliken dazu aufgreifen. Ich glaube, daß die Aussage des Landesentwicklungsberichtes an dieser Stelle besonders fundiert ist, wenn wir sagen: Der Primärbereich auf jeden Fall wohnnah; der Sekundärbereich so ortsnah wie möglich und wie unter Qualitätsgesichtspunkten des Sekundärbereiches I verantwortbar.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich glaube, dann gibt es immer noch genug Anlaß und Möglichkeit zum Streit darüber, wo denn nun die optimale Größe liegt. Diese Diskussion werden wir in den nächsten fünf bis zehn Jahren sicher haben. Wir haben schon gesetzliche Veränderungen vorgenommen. Davon ist gesprochen worden. Mag sein, daß sie ausreichen, mag sein, daß sie nicht ausgeschöpft werden müssen. Das, scheint mir, ist keine Frage parteipolitischer Auseinandersetzung. Sie muß es jedenfalls nicht sein.

Eine Frage parteipolitischer Auseinandersetzung könnte, wenn ich Herrn Kollegen Worms richtig verstanden habe, da liegen, wo Sie fordern, den § 7 des Landesentwicklungsprogramms zu ändern. Dieser § 7 heißt:

Im Rahmen der zentralörtlichen Gliederung soll eine Verdichtung durch Konzentration von Wohnungen und Arbeitsstätten in Verbindung mit zentralörtli-

(C)

(Rau, Ministerpräsident)

(A)

chen Einrichtungen angestrebt werden, sofern sie dazu beiträgt, die Voraussetzungen für gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen, ausgewogene infrastrukturelle, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verhältnisse sowie eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung zu erhalten, zu verbessern oder zu schaffen. Eine solche Konzentration ist unter Berücksichtigung der Verkehrsbedingungen vorrangig in den Siedlungsschwerpunkten zu fördern.

Herr Kollege Worms, für mich ist dies, in Behörden-Deutsch gesagt, eine optimale Beschreibung dessen, was wir in der Frage der Verdichtung wollen. Und für mich ist dieser § 7 nicht revisionsbedürftig. Mag sein, daß wir da unterschiedlicher Auffassung sind. Aber eine gegenteilige Politik würde nach meiner Überzeugung zu einer Zersiedelung führen können, die hernach den Auftrag des Staates und der anderen Gebietskörperschaften, nämlich die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sicherzustellen, behindert.

Nun kann man darüber reden – wir tun das ja auch im Wahlkampf, der uns im Augenblick so munter macht –, ob das mit den richtigen Mitteln geschieht. Ich sage: Das geschieht mit den richtigen Mitteln. Und ich kann nachweisen, daß die staatlichen Zuschüsse in die ländlichen Regionen größer sind als die, die in die kreisfreien Städte und in die Ballungsräume gehen.

(B)

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Hier haben wir eine Menge getan. Ich halte nichts davon, daß wir bei solchen Fragen im Ruhrgebiet anders reden als auf dem flachen Lande.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir müssen vielmehr deutlich machen, was geschehen ist und wo etwas geschehen ist. Wir werden auch über Defizite miteinander zu reden haben. Auch das kann mit Freimut geschehen. Je redlicher eine Wahlauseinandersetzung ist, desto mehr muß auch über Defizite gesprochen werden. Das fällt um so leichter, wenn auch Leistungen anerkannt werden.

Der Landesentwicklungsbericht, den wir hier diskutieren, will deutlich machen: Zur Aufgabe des Staates und zu seiner sozialen Verantwortung gehört vorausschauende Politik. Vorbeugen ist besser als strukturelle Unfallchirurgie. Es gibt eine Reihe von Punkten, wo wir deutlich machen, wie das Verhältnis des Bürgers zu Staat und Gesellschaft in diesem Lande organisiert, strukturiert und gestaltet sein soll. Deshalb empfinde ich, Herr Kollege Heinz, die zwei Seiten über den Datenschutz im Bericht nicht als hinderlich. Man kann darüber reden, ob man es aufnehmen soll oder nicht. Wir wollten es gerne deutlich machen, so wie wir auch deutlich machen wollten, wo wir uns größere Beteiligung des

Bürgers an der Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten vorstellen können und wie wir den Rat der Experten einbauen möchten, ohne den modernen politischen Handeln nicht mehr möglich ist.

Ein Schwerpunkt dieses in der Öffentlichkeit oft diskutierten, gut angekommenen, leider nicht von allen gelebten, aber insgesamt, wie ich meine, durchaus auszu-schöpfenden Landesentwicklungsberichtes ist die Situation der Jugendlichen in unserer Gesellschaft. Auch dazu ist einiges gesagt worden. Ich will hier die psychologisch-gesellschaftlichen Probleme der jungen Generation nicht noch einmal ausführlich ansprechen, obwohl der Landesentwicklungsbericht die Jugendpolitik des Landes sehr genau beschreibt. Wir haben ja den Dritten Jugendbericht der Landesregierung, der dem Landtag vorliegt.

(Elfring CDU: Der ist aber schon etwas älter!)

– Der Jugendbericht ist ein bißchen älter. Aber darüber kann man doch reden. Wir können auch immer wieder Neufassungen und Fortschreibungen bringen. – Sie, Herr Kollege Elfring, wissen wie ich: Die junge Generation lebt ja in unterschiedlichen Zeitsträngen, sie lebt heute in einem anderen Zeitstrang als zum Beispiel 1968. 1968 war es anders als es 1978 war und 1980 ist. Dies alles zu beachten und das Gespräch der Politik mit der jungen Generation zu suchen, ist sicher eine gemeinsame Aufgabe.

Gegenwärtig gibt es besondere Probleme. Herr Worms hat auf das Mädchenprogramm und auf seine noch zu geringe Annahme hingewiesen. Das ist richtig. Dagegen sage ich aber: Wenn von 10000 angebotenen Plätzen im ersten Jahr über 1000 angenommen werden, ist das ein großer Erfolg.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Denn dieses Mädchenprogramm, das die technisch-gewerblichen Berufe angeht – Frau Donnepp hat das immer sehr stark in das öffentliche Gespräch gebracht –, folgt ja auf eine jahrhundertalte Festschreibung des Mädchen- und des Frauenbildes auch im Elternhaus, die behutsam aufzubrechen und zu verändern ist. Und auf diesem Wege sind wir gegenwärtig.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Dabei dürfen wir nicht übersehen, daß es in der gegenwärtigen jungen Generation – bei einigen in ihr; auch da soll man nie pauschal urteilen – Entfremdungen und Verweigerungen gibt, Apathie und Resignation, Flucht in Subkulturen, Alkohol und Drogen. Wir haben darüber an anderer Stelle gesprochen. Da gibt es Unlust und Initiativlosigkeit, und ich denke, daß es eine gemeinsame Aufgabe aller politisch und gesellschaftlich Verantwort-

(Rau, Ministerpräsident)

(A) lichen ist, dem entgegenzuwirken, auch dadurch, daß wir das Gespräch nicht verweigern. Für mich ist dies keine Frage der Parteipolitik.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Eine Sache, bei der wir gute Ergebnisse haben – noch nicht die, die wir wünschen, aber bessere als in anderen Bundesländern –, ist der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit in unserem Lande – die Jugendarbeitslosigkeit liegt jetzt erheblich unter der Gesamtarbeitslosigkeit – und die Steigerung der Zahl der jährlich neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Das waren 1976, wie Sie nachlesen können, 128000, und 1979 sind es 174000. Das ist kein Verdienst, das sich die Regierung gutschreiben kann. Aber dies ist ein Anlaß für den Regierungschef, hier einmal denen in Handel, Handwerk, Gewerbe und in der Industrie zu danken, die diese Ausbildungsplätze vermehrt zur Verfügung gestellt haben, und sie zu bitten, das in den nächsten Jahren wieder zu tun,

(Beifall bei den Regierungsparteien – Dr. Fell CDU: Auf einmal!)

– Wieso „auf einmal“? Das haben wir immer gesagt, Herr Fell. Wir haben auch immer gesagt, es müsse noch mehr geschehen.

(B) (Köppler CDU: Wer hat denn den gelben Punkt geklebt?)

– Den gelben Punkt haben wir in einer Zeit geklebt, in der es in der Tat noch Verweigerungen gab, die uns nicht gefallen haben.

(Zustimmung bei der SPD – Dr. Fell CDU: Beschimpfungen haben Sie da gemacht.)

Ich habe ihn übrigens nicht geklebt, Herr Köppler. Aber immerhin: Diese Aktion hat es gegeben.

(Köppler CDU: Wir haben ihn nicht geklebt.)

– Nein, Sie haben ihn nicht geklebt. Wir waren in der Öffentlichkeitsarbeit manchmal ein bißchen eher. – Aber ich wollte auf ein Feld hinweisen, das ja in diesem Landesentwicklungsbericht eine wichtige Rolle spielt.

Ein anderes Feld, das gestern und heute morgen schon einmal angesprochen worden ist, ist die Entwicklung in der Hochschulpolitik. Hier sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Die Hochschulen sind offener, die Türen sind weiter, als sie das gewesen sind, und wenn wir über die Abschaffung der ZVS diskutieren, macht ja auch das deutlich, daß es Erfolge gibt und daß wir über diese Erfolge sprechen können und sprechen müssen.

(C) Zu dem, wo wir auf schwierige und wichtige Aufgaben zugehen – aber auch da sind erste Schritte getan, und der Landtag kennt diese Schritte –, gehört das Problem der ausländischen Mitbürger. Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer ist von 1974 bis 1978 um 25% auf rund 510000 zurückgegangen. Aber durch Familiennachzüge und hohe Geburtenraten ist die Zahl der ausländischen Mitbürger insgesamt größer geworden. Es sind jetzt 1,2 Millionen, und davon sind fast 350000 Kinder unter 16 Jahren. Dies fordert uns heraus. Der Gesetzentwurf der Landesregierung im Bundesrat ist ein Versuch einer Antwort.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber die größten Schwierigkeiten kommen hier noch auf uns zu, dann nämlich, wenn die Entscheidung zu treffen ist, Menschen hier heimisch zu machen und ihnen doch eigene Kultur und Religion zu erhalten. Da gibt es bis ins Weltanschauliche gehende schwierige Probleme, denen wir uns zuwenden müssen.

Zu den Facetten dieser Schwierigkeiten gehört das, was uns im Kreis der Ministerpräsidenten gegenwärtig bewegt, die Frage nämlich, wie wir das hervorragende, das freiheitlichste Asylrecht, das es auf der Welt gibt, halten und verteidigen und gleichzeitig doch vermeiden, daß wir eine Art Mekka für Schein-Asylanten und für Wirtschaftsflüchtlinge werden. Das ist ein ganz großes Problem der Politik in den nächsten Jahren.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Alle diese Probleme werden in diesem Landesentwicklungsbericht angesprochen, und das steht unter dem Auftrag, den wir haben, als Ziel der Landesentwicklungspolitik gleichwertige Lebensbedingungen zu realisieren. Damit hat der Landtag 1974 im Gesetz zur Landesentwicklung ein ehrgeiziges Ziel gesetzt, und wir haben dieses Ziel zu erreichen. Wir wollen daran gemessen werden, ob wir das schaffen und wie wir das schaffen.

Ich will auf die Verdichtungsgebiete nicht mehr eingehen, weil ich dazu schon einige Bemerkungen gemacht habe. Die Verbesserung der Kernbereiche unserer großen Städte, die Verbesserung des Wohnumfeldes, Modernisierungsmaßnahmen, wohnungsnahes Freizeitangebot – das alles gehört mit zu den Aufträgen der nächsten Jahre. Und wir bitten Sie: Kontrollieren Sie, wie wir diese Aufträge wahrnehmen. Sie werden dann feststellen, daß wir den ländlichen Raum nicht vernachlässigen. Die Summe aller Zweckzuweisungen in die ländlichen Räume liegt mit 1590 DM pro Einwohner um 270 DM über dem Vergleichsbetrag der Verdichtungsgebiete. Auch diese Zahl sollten Sie mit uns verbreiten.

(Rau, Ministerpräsident)

(A) Umweltschutz und Landesentwicklung gehören mit zu den Themen, bei denen in den nächsten Monaten und Jahren Leistungen aufzuzeigen, aber auch Lücken zugeben und deshalb weitere Leistungen zu erbringen sind.

Präsident Dr. Lenz: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Ministerpräsident Rau: Ja.)

– Herr Abg. Dr. Klose!

Dr. Klose CDU: Herr Ministerpräsident, wie finden Sie es eigentlich, daß man ihnen im Landtag zuhört, aber auf der Regierungsbank offensichtlich keiner der Minister Ihren wichtigen Ausführungen Aufmerksamkeit schenkt?

(Beifall bei der CDU – Lachen bei den Regierungsparteien – Zuruf von der SPD: Das stimmt doch nicht. – Weitere Zurufe von der SPD)

Rau, Ministerpräsident: Herr Kollege Klose, da gestern Herr Soénius schon reden und hören konnte, gehe ich davon aus: In mein Kabinett kommt nur, wer lesen und hören kann.

(Beifall bei der SPD – Dr. Fell CDU: Das ist aber zweideutig.)

(B)

Und im übrigen können Sie sich vorstellen, Herr Kollege Klose, daß meine Kabinettskollegen meine Ausführungen auch zu diesem Thema, weil wir ja alle Punkte, die wir im Landtag diskutieren, vorher im Kabinett gründlich durchsprechen, da wir ja ein Team sind –,

(Dr. Pohl CDU: Alles schon kennen, ja! – Lachen bei der CDU – Beifall bei den Regierungsparteien – Dr. Fell CDU: Das glauben Sie doch selbst nicht.)

– Sehen Sie, jetzt habe ich auf diese Weise noch Beifall für mein Team bekommen. Herzlichen Dank!

(Heiterkeit – Ostrop CDU: Nur hat das Ihre Kollegen gestört.)

– Herr Ostrop, mich hat es nicht gestört.

(Ostrop CDU: Nein, Ihre Kollegen sind gestört worden. – Schulze-Stapen CDU: Jetzt lesen sie nicht mehr, jetzt hören sie zu.)

– Jetzt hören sie alle zu.

(Heiterkeit – Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(C) Ich denke, Sie sollten das, was ich ausgeführt habe, und vor allen Dingen das, was im Landesentwicklungsbericht steht, weitersagen – mit kritischen Bemerkungen –, und ich denke, es wäre eine gute Stunde innerhalb dieser Wahlperiode, wenn wir das Kapital, das dieser Landesentwicklungsbericht bietet – nicht nur den Fleiß der Mitarbeiter, die da etwas aufgeschrieben und koordiniert haben, sondern das, was dort an politischer Rechenschaft und an politischen Zielsetzungen für dieses Land enthalten ist –, gemeinsam dem Bürger nahebrächten und ihn aufforderten, jeder auf seine Weise an den erkennbaren Zielen mitzuarbeiten.

(Bravo! bei der SPD – Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Dr. Lenz: Das Wort hat Herr Abg. Köppler für die Fraktion der CDU.

Köppler CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Zuruf von der SPD: Herr Klose, hören Sie zu!)

Der Herr Ministerpräsident hat seine Ausführungen mit der Feststellung eingeleitet, in diesem Lande – dies sei auch am heutigen Tag deutlich geworden – würde seit vielen Jahren eine hervorragende, gute Entwicklungspolitik geleistet.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Zuruf von der SPD: Offensichtlich haben Sie das verstanden.)

– Nur keine Aufregung, Herr Kollege! – Ich hoffe, daß dies breit berichtet wird im Lande; denn es ist ja kein Geheimnis, daß die Unzufriedenheit gerade auch mit langfristigen Entwicklungen in der Politik dieses Landes bei den Bürgern mit Händen zu greifen ist und vor allen Dingen, verehrte Kollegen aus der SPD, in Ihren eigenen Reihen immer wieder formuliert wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Sehen Sie, da konnte man noch vor wenigen Tagen lesen – ich hätte das gar nicht so hart ausgedrückt, wie er es offenbar gesagt hat –, daß sich Herr Samtlebe, Oberbürgermeister von Dortmund, gegen die gemeindefeindliche Politik hier im Lande gewehrt und die CSU als lobendes Gegenbeispiel herausgestellt hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich sage noch einmal: Ich hätte das nicht so hart formuliert wie Herr Samtlebe. Aber Herr Samtlebe ist ja nicht Mitglied der CDU, sondern einer der führenden Kommunalpolitiker aus Ihren

(Köppler CDU)

- (A) Herr Kollege Heinz hat das Thema der Staatsverschuldung im Rahmen seiner Ausführungen angesprochen. Er hat noch einmal gemeint, er müßte uns Widersprüchlichkeit ankreiden. – Herr Kollege Heinz, die Zahlenspiele, die Sie wiederholt haben, sind hier bereits in der Haushaltsberatung behandelt worden; damals sind sie richtiggestellt worden. Offenbar haben Sie gerade gefehlt, als dies geschehen ist; ich bitte Sie, das Protokoll darüber nachzulesen.

(Abg. Heinz F.D.P. schüttelt den Kopf.)

– Wenn Sie jetzt mit dem Kopf schütteln, müßte ich ja fast eine wissentliche Falschbehauptung unterstellen.

(Heinz F.D.P.: Nein.)

Ich bitte Sie, mit diesen objektiven Falschbehauptungen nicht weiter hausieren zu gehen.

Sie haben eine Bemerkung gemacht, die Widerspruch verdient. Sie haben gesagt, Kreditaufnahme, von uns als „der Untergang des Abendlandes“ bezeichnet, sei notwendig gewesen, um finanzpolitisch konjunkturgerecht, um antizyklisch zu steuern. Verehrter Herr Kollege Heinz, wenn dies richtig wäre – und etwas daran ist auch richtig –, dann hätte aber die Kreditaufnahme in den letzten Jahren, seitdem die Konjunktur ausweislich der Berichte der Frau Wirtschaftsminister und ihres Vorgängers außerordentlich befriedigend verläuft, zurückgeschraubt werden müssen, dann hätte eigentlich eine völlig andere Finanzpolitik in diesem Lande betrieben werden müssen.

(B)

(Zustimmung bei der CDU)

Denn Sie können doch nicht allen Ernstes behaupten, daß die Nettokreditaufnahme der letzten drei Jahre im Sinne einer antizyklischen Konjunkturpolitik nötig gewesen wäre. Genau das Gegenteil ist nämlich der Fall.

(Zustimmung bei der CDU)

Da setzt vor allen Dingen unsere Kritik ein: daß Sie in der Finanzpolitik, der mittelfristigen Planung der Finanzpolitik dieses Landes, immer wieder den Ansatz verkündet haben: Jetzt kommt der Drehpunkt, an dem wir die Konsolidierung des Haushalts besorgen müssen. Wir hatten eigentlich erwartet, dies sei wirklich in dem Moment Ihre ehrliche Absicht, zu dem offenkundig eine befriedigende Konjunktur im Lande herrscht. Leider aber müssen wir feststellen – und dagegen richtet sich unsere Kritik –, daß dann die Verschuldungspolitik unbekümmert weiter betrieben worden ist. Dies ist der Sündenfall, der – diese Auffassung teilen Sie mit uns – die Bewegungsspielräume des Landes, die Möglichkeiten, auf wieder schwerere Zeiten zu reagieren, und zwar auch mit dem Einsatz von Mitteln des Landes, unerträglich einengt.

(Zustimmung bei der CDU – Zuruf des Abg. Heinz F.D.P.)

Meine Damen und Herren, „Untergang des Abendlandes“ – das hat niemand von uns behauptet, noch nicht einmal im Zusammenhang mit der wirklich beängstigenden Finanz- und Verschuldungspolitik dieser Regierung. Oswald Spengler ist kein geistiger Vorgänger der CDU gewesen, sondern war in ganz anderen politischen und geistigen Räumen zu Hause.

(C)

Verehrter Herr Kollege Heinz, meine Damen und Herren, wir sehen zuversichtlich in die Zukunft. Wir wissen, daß heute viele unserer Mitbürger bei aller Zufriedenheit mit dem Erreichten mit wachsender Sorge in die achtziger Jahre blicken, daß sie die Sorge haben, ob das Erreichte noch gehalten werden kann. Und diese Sorge ist nicht ganz unbegründet; denn die achtziger Jahre werden schwere Herausforderungen für die deutsche Politik, für die Politik in Nordrhein-Westfalen bringen.

Wir behaupten, mit einer Politik, wie sie bisher betrieben worden ist, wird dieses Land den Herausforderungen der achtziger Jahre nicht gewachsen sein.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir sind zuversichtlich, daß diese Herausforderungen gemeistert werden können – aber, meine Damen und Herren, mit einer besseren Politik und mit einer anderen Regierung.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

(D)

Präsident Dr. Lenz: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will hier keinen Wettbewerb in Zuversicht machen. Deshalb möchte ich auf die letzten Äußerungen des Herrn Kollegen Köppler hier nicht eingehen. Ich kann Ihre Erwartungen verstehen;

(Köppler CDU: Ich die Ihren auch!)

es wäre ja schrecklich, wenn Sie die nicht hätten. Und Sie kennen meine Erwartungen. – Nur, das wissen Sie: Die Angstlücke bei den Menschen in diesem Land ist in den letzten Jahren geringer geworden, ist in den letzten Monaten nicht gestiegen.

(Schulze-Stapen CDU: Na, na!)

– Aber ich darf doch auch meine Erkenntnisse hier nennen! Herr Kollege Köppler hat die seinen ebenfalls vorgetragen.

Aber das waren nicht die Punkte, zu denen ich mich gemeldet habe.

(Zurufe von der CDU)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Vielmehr hat mich Herr Köppler persönlich angesprochen; darauf will ich persönlich antworten, nämlich zum Stichwort „Parteipolitik“.

(Köppler CDU: Richtig!)

Herr Kollege Köppler, zu dieser Frage, ob Parteipolitik eine Politik minderer Art sei, habe ich mich, wenn ich mich nicht irre, in der ersten oder zweiten Plenarrede geäußert, die ich hier gehalten habe, als nämlich Kultusminister Werner Schütz den Satz gesagt hatte, die Parteien sollten ihre schmutzigen Hände aus der Schule halten. – Damals habe ich in einer Diskussion gesagt: Parteipolitik ist eine legitime, im Grundgesetz besonders hervorgehobene Art von Politik; sie darf nicht diffamiert werden.

Das ist nach wie vor meine Meinung; dazu stehe ich. Wenn Sie heute Äußerungen von mir so verstanden haben sollten, als sei für mich Parteipolitik eine Art minderer Politik, dann ist dies ein Mißverständnis, das, wie ich vermute, im Hören begründet liegt. Was ich, Herr Köppler, mit den Äußerungen, dies sei eine Frage jenseits der Parteipolitik, gemeint habe, war etwas Dreifaches. Ich will das gern noch einmal deutlich machen.

- (B) Erstens: Dieser Landesentwicklungsbericht ist das Werk einer nicht parteipolitisch orientierten Administration. Er ist nicht mit irgendwelchen parteipolitischen Zielvorgaben in Auftrag gegeben und formuliert worden.

Zweitens: Wir haben in dem, was wir in den letzten fünf Monaten an Landesplanung betrieben haben, so viel Übereinstimmung in den parteipolitischen Positionen der drei Parteien erreicht, daß ich meine, dies sollte man auch in Zeiten des Wahlkampfes dankbar bestätigen.

Und das Dritte: Es ist nicht so, daß der Ministerpräsident, der auch noch Landesvorsitzender einer Partei ist

(Köppler CDU: Selbst wenn er dies nicht wäre!)

– selbst wenn er dies nicht wäre –, eine Person wäre, die über den Parteien schwebte. Ganz und gar nicht! Ich bin doch fest verwurzelt in meiner Partei; das zeigen doch alle Abstimmungsergebnisse!

(Beifall bei der SPD – Köppler CDU: Da muß sogar der Bäumer lachen! – Lachen bei der CDU)

Nur: Der Ministerpräsident ist aber auch etwas anderes als der zufällig einmal von einer Mehrheit zum Reden Bestellte. Er ist auch ein Staatsorgan. Wenn er spricht, dann spricht er nicht – sofern er für diese Regierung redet – als der Zufällige und, wie Sie meinen, noch gerade bis zum 11. Mai hauptamtlich Tätige. Das, was er sagt, kann gelegentlich – das will er dann auch hinzufügen –

auch eine andere Qualität haben, weil er für die Regierung spricht und damit nicht nur eine parteipolitische Funktion wahrnimmt. Wäre das anders, gäbe es das Urteil des Verfassungsgerichts über Öffentlichkeitsarbeit nicht. Darin sind solche Verpflichtungen für den Ministerpräsidenten ausdrücklich festgeschrieben, und die will er ernst nehmen.

(Köppler CDU: Vor allen Dingen Beschränkungen stehen darin!)

– Auch Beschränkungen, auch diese will ich ernst nehmen. Noch viele, viele Jahre werde ich sie ernst nehmen!!

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich hoffe, daß damit die Frage meines Verständnisses von Parteipolitik einvernehmlich geklärt ist.

Ich komme zu einer zweiten Bemerkung. Ich muß mich jetzt unmittelbar mit Herrn Köppler auseinandersetzen. Es kann sein, daß ich in der Frage der Jugendarbeitslosigkeit einen Halbsatz gesagt habe, den ich bei näherer Überprüfung so nicht aufrechterhalten kann, weil ich eine falsche Bezugsgröße hatte. Ich werde das hier nicht klären können, weil meine Unterlagen andere sind als Ihre. Ich bin aber bereit, zu dieser Klärung beizutragen. Bloß, Herr Kollege Köppler, lesen Sie einmal das Protokoll dazu nach, was Sie anschließend dazu gesagt haben. Selbst unterstellt, ich hätte hier einen falschen Halbsatz gesagt: Die anschließende Bemerkung von den ununterbrochen falschen Behauptungen, die ich machte – Herr Köppler, so vollmundig sind Sie doch nicht einmal in Großkundgebungen! Machen Sie das doch hier nicht!

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Sie können mir vieles vorhalten, aber „ununterbrochen falsche Behauptungen“ können Sie mir auch dann nicht vorwerfen, wenn ich einmal eine falsche Zahl genannt haben sollte. Das wird sich aber noch herausstellen.

Dritte Bemerkung! Es ist nicht wahr, daß wir keine Standortvorsorge für Kohleveredlungsanlagen getroffen hätten.

(Köppler CDU: Wendzinski!)

Im LEP VI stehen 14 Großflächen, die auch für Kohleveredlungsanlagen zur Verfügung stehen.

Es ist nicht wahr, Herr Kollege Köppler, daß es eine Anweisung des Innenministers gebe, daß die Wohnungsbauinstrumente nur noch in den städtischen Bereich dürften.

(Köppler CDU – eine Zeitung hochhaltend –: NRZ!)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) – Herr Kollege Köppler! Sie wie ich haben doch die leidvolle Erfahrung gemacht, daß nicht alles stimmt, was in der Zeitung steht.

(Köppler CDU: Wollen Sie das hiermit dementieren?)

Sie werden heute über den Ticker eine Erklärung des Innenministers erhalten – er kann leider nicht hier sein, weil er einen anderen Termin wahrnehmen muß –, aus der deutlich wird, daß die Hälfte der Wohnungsbaumittel in die sogenannten Ballungsgebiete und die andere Hälfte in die ländlichen, in die Ballungsrandzonen geht. Es gibt Gewichtsverschiebungen. Ich habe die Presseerklärung noch nicht vorliegen. Das hängt mit dem Anteil an Eigentumsmaßnahmen, der im ländlichen Bereich stärker gefragt ist, und mit dem Mietwohnungsbau, der wiederum im Ballungsgebiet stärker gefragt ist, zusammen. Also keine Vernachlässigung des ländlichen Raumes, sondern, Herr Kollege Köppler, die von mir pro Kopf der Bevölkerung genannte Summe für den ländlichen Bereich.

Präsident Dr. Lenz: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Ministerpräsident Rau: Ja.)

- (B) – Herr Abgeordneter, bitte sehr, zu einer Zwischenfrage!

Lakämper CDU: Herr Ministerpräsident, trifft es nicht zu, daß der Innenminister angeordnet hat, daß die Mittel für den sozialen Wohnungsbau, für Mietwohnungen, und die Mittel für Altenwohnungen nach den Haushaltungen in den Ballungskernen und in den solitären Verdichtungsgebieten berechnet werden und daß das bedeuten würde, daß weite Landstriche unseres Landes keine Mittel mehr für den Mietwohnungsbau und für Altenwohnungen bekommen?

(Köppler CDU: Das läuft draußen.)

Rau, Ministerpräsident: Zunächst einmal, wenn das, was Sie gesagt haben, zuträfe, wäre das etwas anderes, als Herr Köppler vorher gesagt hat; denn er hat von allen Wohnungsbaumitteln gesprochen.

(Zustimmung bei der SPD)

Da ich nicht weiß, ob das, was Sie gesagt haben, zutrifft, schlage ich Ihnen vor, daß wir die Pressemitteilung, die gleich herauskommt, an alle 200 Mitglieder dieses Hohen Hauses verteilen,

(Schulze-Stapen CDU: Und wir prüfen sie dann nach!)

und daß Sie dann so freundlich sind, sie an die Städte, Gemeinden und einzelnen Haushalte weiterzugeben.

(Beifall bei der SPD – Schulze-Stapen CDU: Dann prüfen wir, ob sie auch zutrifft.)

Zu dem, was Sie zu Frau Funcke und zum Stichwort Hoesch gesagt haben, wird sich Frau Kollegin Funcke gleich noch äußern.

Ich will hier nur sagen, daß ich nicht die Absicht habe, die langen Verhandlungen, die wir geführt haben und an denen wir beteiligt waren, zu qualifizieren und darüber zu spekulieren, ob wir dabei eine Nebenrolle gespielt haben oder eine Hauptrolle. Das ist schließlich ganz egal; Hauptsache ist, die Sache kommt voran. Die Sache ist immer wichtiger als die Menschen –

(Widerspruch)

– Nein, die Sache der Förderung ist wichtiger als die Menschen, die dabei in die Überschriften kommen. Haben Sie es jetzt verstanden? So war es gemeint.

(Beifall bei der SPD)

Sonst ist der Mensch natürlich immer wichtiger als die Sache.

(D) Zu Hoesch will ich nur sagen: Der Sachvortrag, den Frau Funcke im Kabinett am Vortag der Entscheidung gehalten hat und den wir im Kabinett ausführlich diskutiert haben, läßt mir Ihre Vermutung, Frau Funcke sei nicht sachkundig gewesen, als sie später vor dem Ausschuß berichtete, als völlig absurd erscheinen.

(Beifall bei der SPD – Köppler CDU: Protokoll lesen!)

Nun gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung, Herr Kollege Köppler, zur Frage der ausländischen Arbeitnehmer. Sie haben immer das Stichwort „Gastland“ gebraucht. Schon dieses Stichwort „Gastland“ macht deutlich, vor wie schwierigen Entscheidungen wir stehen; denn viele unserer ausländischen Arbeitskollegen und Mitbürger empfinden dieses Land nicht mehr als Gastland. Sie möchten hier bleiben, und wir müssen politische Entscheidungen über die Bedingungen und die Konsequenzen eines solchen Hierbleibens treffen, und da sind wir in der Politik – alle Parteien – noch nicht so weit, daß wir das mit der genügenden Schlüssigkeit tun könnten.

Ich halte das für eines der wichtigsten Themen der nächsten Jahre und gebe zu: Ich bin hier noch ohne Antworten, von denen ich sagen könnte, sie seien die Politik der nächsten Jahrzehnte. Lassen Sie uns ge-